

**Im Seichten kann man
nicht ertrinken...
...Medien zwischen Sinn
und Sensation**



**Medien-Disput der Friedrich Ebert-Stiftung
vom 9. November 2000 in Mainz**

Rheinland-Pfalz



MainzerMedienDisput

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

**Im Seichten kann man nicht
ertrinken...
...Medien zwischen Sinn und
Sensation**

Medien-Disput der Friedrich-Ebert-Stiftung
vom 9. November 2000 in Mainz

Thomas Leif Macht ohne Verantwortung Der wuchernde Einfluß der Medien und das Desinteresse der Gesellschaft	4
Klaus Rüter Im Seichten kann man nicht ertrinken	12
<hr/>	
Hans Leyendecker Die so genannte vierte Gewalt ist oft nur viertklassig	16
<hr/>	
Gesprächsrunde – Journalismus am Scheideweg: Farbe bekennen – Service contra Aufklärung Moderation: Miriam Meckel und Uli Röhm	
Michael Jungblut (WISO-ZDF) diskutiert mit Uwe Jean Heuser (Die Zeit)	22
Michel Friedman (Vorsicht Friedman! – HR) diskutiert mit Ulrich Kienzle (Frontal – ZDF)	30
Uli Röhm (ZDF) diskutiert mit Thomas Kröter (Tagesspiegel)	36
Nach „Big Brother“... – Wohin treibt die Bürgergesellschaft? Kurt Beck befragt von Lucia Braun	41
<hr/>	
Thesen zur Medienpolitik	
Hans Leyendecker Die moralische Macht der Medien – Was kann (investigativer) Journalismus bewirken?	58
Conny Hermann Journalismus am Scheideweg: Farbe bekennen – Service contra Aufklärung	59
Hans-Helmut Kohl Nach der Spendenaffaire – Nur Eitelkeit und Auflage oder Sieg des Journalismus?	61

Thomas Kröter	
Thesen über Medien und Politik in Berlin	63
Klaus Wirtgen	
MoKoKo – Das Aussitzen geht weiter	65
Walter Hömbeg	
Forum, Bühne, Beichtstuhl	
Zur Rolle der Medien in der Parteispenden-Affäre	69
<hr/>	
Christoph O. Meyer	
Europäische Politik ausser Kontrolle?	
Die Suche nach einer Europäischen Medienöffentlichkeit	
in Theorie und journalistischer Praxis	74
Thomas Leif	
Kritischer Journalismus kann die Demokratie beatmen	92
Jochen Markt	
Investigativer Journalismus „Handwerk statt Zauberei!“	108
Rundgespräch „Investigativer Journalismus in Deutschland“	141
Zehn-Punkte-Programm des „netzwerks recherche“	171
Start in die Informationsfreiheit nur mit angezogener Handbremse?	
Stellungnahme des Netzwerks Recherche zum	
Referentenentwurf für das Informationsfreiheitsgesetz	173
Walter Schumacher	
Nachschlag	177
<hr/>	
ReferentInnen und ModeratorInnen des 5. Mainzer Medien-Disputs	179
Projektgruppe des 5. Mainzer Medien-Disput am 9.11.2000	181
New Journalism – vom Kulturgut zum Wirtschaftsgut	
Mainzer Medien-Disput 2001 (vorläufiges Programm)	182
Impressum	184

Thomas Leif

Macht ohne Verantwortung

Der wuchernde Einfluß der Medien und das Desinteresse der Gesellschaft

Politik ist nur das, was prominent vor allem in den elektronischen Medien stattfindet. Diesen Leitsatz der Berliner Republik lernt jeder Minister, Oppositionspolitiker, Parlamentarier oder Lobbyist. Freiwillig oder unfreiwillig. Denn die Medienpräsenz entscheidet über den Marktwert eines Politikers und damit indirekt über künftige Listenplätze, Vorstandsposten oder mehr. Selbst ein brillanter, anerkannter Fachmann bleibt chancenlos, wenn er nicht in der Lage ist, die Essenz eines Leitzordners in einem 12-Sekunden-Sound-Bite zu präsentieren. Medienwirksamkeit – gemeint ist damit vor allem Fernsehtauglichkeit – wird zunehmend zum entscheidenden Auswahlkriterium, selbst für Kanzlerkandidaten. Die verdeckten, heimlichen Gesetze der Mediendemokratie werden wichtiger als die Regeln des Parteiengesetzes oder die Geschäftsordnung des Bundestages. Auf diese Entwicklung reagieren nur wenige prominente Politiker mit defensiven Mahnungen: die Talk-

Show dürfe Bundestags-Debatten nicht ersetzen.

Ein Gespür für Fehlentwicklungen der „Mediendemokratie“ hatten in Deutschland ausgerechnet die Bundespräsidenten. Richard von Weizsäcker, Roman Herzog und Johannes Rau setzten in ihren großen Reden zum Thema jeweils eigene Akzente, im Grundtenor waren ihre Warnungen eigentlich unüberhörbar. Aber die Botschaft versickerte im Dschungel der rund 2000 Agenturmeldungen, die täglich auf dem Bildschirm der Journalisten landen. Wichtiges und Unwichtiges, Aufgesetztes und Inszeniertes, Ernsthaftes und Belangloses – alles hängt hier zusammen und bildet gemeinsam eine „zerstreute Öffentlichkeit“, die nach einem Kompaß für Wichtiges und Relevantes sucht. Die Kluft zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung wird in der Medienberichterstattung immer größer. Ein Grund ist die „Umkehr der Wichtigkeiten“, wie Richard von Weizsäcker

einmal analysiert hat. Gemeint ist damit, dass das Missverhältnis zwischen den Dingen, über die geredet wird, und den Themen, über die geredet werden müsste, immer grotesker wird. Was wichtig und was nebensächlich ist, welche Nachricht oder Geschichte in den Vordergrund gehört, und was aussortiert werden kann, was also relevant ist, darüber gibt es heute bei den Medienschaffenden keinen professionellen Konsens mehr. Alles reiht sich aneinander, bleibt unsortiert.

Der Trend zum Unwichtigen

Michael Abend – früher Tagesschau-Redakteur – gab 1974 eine orientierende Definition für die Einordnung von Ereignissen. Die Tagesschau betrachte es „als ihre Aufgabe, über die wichtigsten Tagesereignisse zu berichten, aber auch ihren Bedeutungszusammenhang (Hintergrund und Auswirkungen) klar zu machen. Als wichtig gilt, was viele Zuschauer interessiert oder betrifft, was neue Entwicklungen aufzeigt oder Mißstände aufdeckt, was der demokratischen Selbstdarstellung der staatlichen Organe und der gesellschaftlichen Gruppen dient.“ Die öffentlich-rechtliche Konkurrenz der Tagesschau hat sich für „moderierte Nachrichten“ entschieden mit einem starken, kommentierenden Akzent. Doch selbst für die

Nachrichten ist eine gemeinsame Linie der Relevanz von Ereignissen bei ARD, ZDF, RTL und SAT1 nicht mehr festzustellen. Die Auswirkungen der unterschiedlichen Modelle war nicht nur bei der Berichterstattung über die CDU-Spendenaffäre, den Leuna-Komplex und die Rolle der Akteure um Kiep-Schreiber&Co zu besichtigen (vgl. die Aufsätze in dieser Dokumentation). Roman Herzog hat in seiner Amtszeit mindestens vier gewichtige Reden zur drohenden Verflachung der Medien gehalten. Bereits 1996 warnte er vor einer „Abflachungsspirale“: „Kein Schwachsinn, keine Perversion, keine noch so abwegige Marotte, die nicht in extenso bunte Seiten und Bildschirme bevölkern würde. (...) Diese unendlich, ausweglose, schleichende Banalisierung und Trivialisierung macht die Hirne kaputt.“ Drei Jahre später warnte er vor den Medien-Mechanismen, die die Inhalte der Politik veränderten.

Bundespräsident Johannes Rau knüpfte mit seiner Kritik nahtlos an seine Vorgänger an, als er in der zunehmenden unterhaltenden Inszenierung von Politik eine Gefahr witterte: „So wird Politik zu einem Teil der Öffentlichen Unterhaltung“, warnte er und verknüpfte seine Kritik mit einer Vision: „Ich wünsche

mir eine Mediendemokratie, in der das vermitteln der Sache wichtiger ist, als das vermitteln von Bildern und Bildunterschriften.“

Doch Wunsch und Wirklichkeit werden wohl auch künftig weit auseinanderreiben. Die Mahnungen der Staats-Oberhäupter blieben ungehört. Denn Appelle allein können wohl die eigenmächtigen Themenkonjunkturen nicht bremsen oder beeinflussen.

Betrachtet man rückwirkend die großen, den öffentlichen Diskurs strukturierenden Themen der vergangenen Monate, erkennt man die Webstruktur der prägenden Stoffe sofort: ganz gleich ob es um den Streit um die Kampfhunde in Deutschland, das Drama um die Gefangenen in Jolo, die Tragödie von Sebnitz, den Skandal um Joschka Fischers Jugendsünden, oder die immer wieder aufflackenden Debatten um den Preiskampf an den Tanksäulen ging, alle diese Themenwellen sind verebbt. Der politische Gehalt, der in den Themen verborgen war, ist heute kaum mehr erkennbar. Konkrete Folgen oder gar politische Korrekturen in den jeweiligen Politikfeldern sind nicht festzustellen. Der zynisch-realistisch gemeinte journalistische Leitsatz „Aktualität geht vor Realität“ trifft die Lage ganz gut.

Der Trend zur Informationsverdünnung

Inspiziert von der Kritik der Bundespräsidenten warnte ZDF-Intendant Dieter Stolte Mitte Mai die Medien vor einem zunehmenden Realitäts-Verlust. Die „voyeuristische Selbstinszenierung“ nehme zu, die Zuwendung zur konkreten Wirklichkeit müsse die Antwort auf diese Entwicklung sein. Ein Intendant forderte die Rückbesinnung auf die Realität und nutzte dazu die Bühne der „Mainzer Tage der Fernseh-Kritik“. Zwei Stars auf Stoltess Gästeliste witterten die Chance, um die Misere der zu diskutierenden Spaßgesellschaft noch deutlicher zu benennen. Harald Schmidt, der Entertainment mit dem weiten Horizont des Bildungsbürgers auslebt, bilanzierte knapp: „80 Prozent der TV-Sendungen sind unfassbarer Müll, da tut man niemandem Unrecht.“ Sein Konkurrent Thomas Gottschalk steuerte gleich die Lösung bei und betonte: „Es gibt eine Chance, den einseitigen Ausstieg aus dem Quotendruck zu erklären; das sollten sich die Öffentlich-Rechtlichen leisten können.“ Gottschalk, der Meister der Quotenmaximierung als Kritiker der einzigen Maßeinheit für Qualität, die heute tatsächlich noch gilt? Mit seinem Vorschlag ging es ihm nicht anders als den Bundespräsidenten zuvor.

Solche Empfehlungen von prominenten Quoten-Fischern sind neu. Aber werden die Protagonisten des öffentlich-rechtlichen Boulevards überhaupt auf ihre Kritiker reagieren? Ihre Erfolgsformel: „Informationsverdünnung bedeutet Quotensteigerung“, gelehrt auf Seminaren zum Thema „Boulevard-Journalismus“, gibt ihnen Recht.

Der Trend zur Personalisierung

Der Trend zur „People-Story“ ist ungebrochen, meint Hans Leyendecker und verrät die Rezeptur an Hand eines erfolgreichen Beispiels: „Das Sterben der Hannelore Kohl hat nicht nur deshalb so viel Aufmerksamkeit gefunden, weil sie die Gattin Helmut Kohls war, sondern auch, weil Leid und Gerüchte eine Melange ergaben, die den Klatsch beförderte.“ Nicht nur dieser Fall zeigte: das Unglück von Prominenten verkauft sich immer noch am besten.

Ein Grund für diese Entwicklung hin zum Leichten und Seichten liegt sicher in der zunehmenden Komplexität von politischen Entscheidungen. Politik wird mit allen internationalen Verflechtungen immer undurchsichtiger. Der Staatssekretär im Bildungsministerium, Uwe Thomas, definiert Politik als ein „Komplexitätsreduzierungs-Spiel“.

Gleichzeitig sinkt das Verständnis für den langwierigen Gestaltungsprozeß von Politik und den Einfluß von „pressure groups“ oder Lobbyisten, die erfolgreich im Stillen arbeiten. Das Bekenntnis des CSU-Generalsekretärs, Thomas Goppel, es gebe „Grenzen der Politikgestaltung“ ist eine Ausnahme. Im Zusammenhang mit der Gendebatte machte er öffentlich darauf aufmerksam, dass Entscheidungen der Politik in hochkomplexen Themenfeldern auf Grenzen stießen. Statt solcher Grenzziehungen neigen die meisten Politiker immer noch dazu, mehr zu versprechen, als sie halten können. Dies reduziert auf Dauer die Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit der Politik bei den Bürgern. Diesen diffusen Unmut spiegeln die Medien.

Der Trend zum Unernten

Mangelnder Ernst und das Verspielen von Glaubwürdigkeit sind aber nur eine Seite der Medaille. In einem Land, das die grossen ideologischen Auseinandersetzungen hinter sich gelassen hat, in dem die Mitte immer größer wird und sich die meisten recht gut eingerichtet haben, tritt der Streit um bessere Lösungen – um was eigentlich? – zurück. Es gibt kaum mehr Grundsatzfragen, über die kontrovers diskutiert wird. Bei vielen zentralen Reformthemen

etwa der Rentenreform ist es für den Normalbürger nicht leicht auszumachen, wo beim siebten Referententwurf nun die Unterschiede zwischen Regierung und Opposition liegen? Hätte *Die Zeit* die zaghaften Ermittlungen der Justiz in Sachen Leuna nicht immer wieder auf Seite Eins angeprangert, wären die Akten wohl nie genau angeschaut worden. Viele Medien reagieren auf diese Entwicklung, in dem sie auf andere leichtere Stoffe ausweichen. Es gibt als Antwort auf die zunehmende Komplexität einen stillen – nicht re-

flektierten – Konsens gegen das Anspruchsvolle, das Sperrige, das Komplexe. Statt des Sachberichts hat sich passend zu dieser Entwicklung ein neues Genre etabliert: der sogenannte „Aufreger“, der Themen aufbereitet, über die man sich eigentlich garnicht aufregen muss.

Selbst Klaus Bresser hat jüngst bilanziert und eingeräumt: „Es ist sicherlich schwieriger geworden für den ernsthaften Journalismus“, und „das Interesse an Politik scheint tatsächlich geringer zu werden.“



Der Trend zum Unwesentlichen

Wissenschaftliche Untersuchungen etwa des Medien-Tenors (Bonn) haben ergeben, das die Medien häufig zu spät über das Wesentliche berichten und die Sensation im Visier haben. Die Konzentration auf das Offensichtliche, das Spektakuläre und die Sensation verdrängt das Wesentliche.

Eine Langzeit-Studie im Auftrag der Landesmedienanstalten aus dem Jahr 2000 kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Unterhaltung ist das Maß aller Dinge, die politische Berichterstattung ist auf dem Rückzug. Im Bereich der Information verdrängt die Unterhaltungspublizistik die klassischen Formen der Informationsvermittlung. Mustert man diese Erkenntnisse ist es nur konsequent, das die Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen ein grosses Forschungsprojekt mit dem Titel „Der Wert von Nachrichtenwerten“ ausgeschrieben hat. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Nachrichtenwerten ist überfällig. Die Regeln der anerkannten journalistischen Handbücher, die immer noch von klassischen Relevanzkriterien ausgehen, haben sich längst überholt. Folgende „Agenda Setting Prozesse“ funktionieren, auch wenn sie noch nicht in die offizielle wissenschaftliche Literatur eingegangen sind. Der Stoff muß einfach und eingängig sein, komplizierte Sinnzu-

sammenhänge haben keine Chance. Beim Publikum gibt es eine Sehnsucht nach orientierender Verdichtung ohne verwirrende Nebenargumente. Stoffe, die sich zur extemen Vereinfachung nicht eignen (etwa die Politik der EU), fallen durch das elektronische Auslese-Raster. Nur wenn Bilder vorliegen, besteht die Chance in das Leitmedium Fernsehen und auf die Titel der zunehmend bildorientierten Zeitungen zu kommen. Hintergründe sind nicht mehr interessant, Vordergründiges muß beleuchtet werden weil der Aufmerksamkeitspegel in einer überreizten Gesellschaft sehr niedrig ist. Gute Chancen haben Schicksale von Prominenten, zumal wenn sie mit Aspekten von Sex&Crime verbunden werden können.

Der Trend zum Agenda Cutting

Die aktuelle Medienlandschaft würde allerdings missverstanden, wenn man nur die ‚neuen‘ Agenda Setting Prozesse analysieren würde. Genauso wichtig sind Agenda Cutting Prozesse. Denn in einer blühenden Medienlandschaft kommt es heute wesentlich darauf an, bestimmte Themen zu verhindern, zu verzögern oder mit einem eingenen ‚Spin‘ zu verbinden. Es gibt eine Zunahme von kanalisierter Information und einen grösseren Einfluß von Public Relation Agenturen auf die Bericht-

erstattung der Medien. Der zunehmende Einfluß der PR – die ihren Umsatz in einem Jahr verdoppelt hat – zehrt die Unabhängigkeit der Journalisten aus, die aus eigener Beobachtung und dem eigenen Einschätzungsvermögen unabhängig berichten sollen. Die Kolonialisierung der Medien durch die PR-Industrie korrespondiert mit dem schleichenden Kompetenzverlust von Teilen der Medien. Nach intensiver Beobachtung des vergangenen Bundestags-Wahlkampfes kam der Dokumentarfilmer Thomas Schadt („Der Kandidat“) zu einer nüchternen Bilanz. „Die Politiker waren besser vorbereitet als die Journalisten“. Dieser Befund läßt sich nicht nur auf heiße Wahlkampfzeiten begrenzen, er gilt sicher für die alltägliche Arbeit. Fast zwei Drittel der Berichterstattung basieren auf „offiziellen Verlautbarungen, Pressekonferenzen, Pressemitteilungen und anderen PR-Quellen. Weil nur noch jeder zehnte Artikel aus journalistischer Initiative entstehe, so der Schweizer Publizist René Grossenbacher, werde der Journalist zunehmend zum Textmanager. Andere sprechen von Schreibsoldaten. Die Abhängigkeit vom Mainstream der Agenturen verschärft diesen Trend noch. Zur Agenda Cutting gehört allerdings auch das, was junge Pressereferenten in den Staatskanzleien „Wor-

ding“ nennen. Nur eine bestimmte Aussage soll transportiert werden. Wer sich nicht an das politische Alphabet des Wordings hält, wird von der Interviewliste gestrichen, bekommt keine Antworten mehr. Immer mehr Ministerien und öffentliche Stellen gehen dazu über, nur noch ausgewählte Journalisten zu bedienen und alle potenziell kritischen Medien auszublenden. Auch dieser Trend hin zur kanalisierten Information hat sich verschärft.

Der Trend zur Inszenierung

Auch die Vermittlungswege von Information haben sich gravierend verändert. (Inszenierte) Bilder, gut gestylte Stimmungen und überlegt eingesetzte Emotionen verdrängen immer mehr das Wort, die Argumente oder den redlichen intellektuellen Austausch. Ist es ein Zufall, dass die Frisur der CDU-Vorsitzenden so viele Leitartikler inspiriert? Dass hinter diesen Feuilletons politische Ideen verschwinden? Schon Mao predigte: Ein Bild sagt mehr als 1000 Worte. Für die Berliner Praxis heißt das heute: der Politiker, der gute Laune zum bösen Spiel verbreiten kann, steht ganz vorne. Die Wohlfühlbilder überstrahlen die Mängelliste der verdrängten oder ungelösten Probleme.

Ein erfolgreiches Privatrado im Rhein-Main-Gebiet hat diese Ent-

wicklung zur Programmphilosophie erhoben. „Wir wollen, dass sie sich gut informiert fühlen,“ lautet der werbende Trailer. Es kommt also nur noch auf das Gefühl, nicht aber auf den tatsächlichen Zustand an. Politik wird so zu einer Sparte der Illusionskunst, die die Kulissen des Wichtigen und Unwichtigen nach Belieben verschiebt. Eine Folge ist, dass die Gesellschaft – bezogen auf die Mediennutzung – immer weiter auseinander fällt: in eine kleine Informationseleite, die die vielfältigen Quellen nutzt, und ein riesiges Unterhaltungs-Proletariat, das sich auf zufällige Informationen verlässt und eher der Unterhaltung zuneigt. Für die Politikvermittlung ein Riesengebirge großer Herausforderungen. Aber welche Institutionen und gesellschaftliche Agenturen kümmern sich um diese Aufgabe?

Der Trend zur Dauer-Unterhaltung

Ein führender Programm-Direktor der ARD sagte kürzlich, „die Unterhaltungsmaschine rollt und rollt.“ Die Gleichgültigkeit seines Gesichtsausdrucks verriet, dass er sie weder aufhalten könnte oder wollte. Diese Begegnung sagt mehr als viele Reden, Protokolle, Kongresse und Studien. Die skizzierte Entwicklung der zersplitterten Öffentlichkeiten wird weder von den Programm-Machern, noch von den

politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen mit der nötigen Aufmerksamkeit registriert. Das Problembewusstsein für all diese Tendenzen hat eine Quote von 0,1 Prozent, hat sich also „versendet“. Die Medien entfalten sich quasi im Schatten der öffentlichen Beobachtung und folgen lediglich den Gesetzen des Marktes. Dies beschädigt allerdings eine lebendige Demokratie-Entwicklung.

Im Sinne der Bundespräsidenten und einiger prominenter Kritiker dieser wuchernden Entwicklung müssen die Dinge nicht einfach treiben. Nicht zuletzt die Abstumpfung des Publikums nach großen Konjunkturen – etwa nach ‚Big Brother‘ oder ‚Big Diet‘ zeigt, dass es auch einen ‚Entertainment Overkill‘ geben kann. Es kann eine Renaissance einer neuen – breit angelegten – Politikvermittlung über die Medien geben, wenn die Verantwortlichen auf allen Ebenen dies wollen und ihre Gestaltungsspielraum nutzen. Dann werden sich auch die Bürger intensiver mit der Frage beschäftigen, welche Fragen wirklich wichtig und welche unwichtig sind. Wenn die Bürger sich intensiver um die großen Trends kümmern, wird die Politik die wichtigen Medientendenzen nicht länger von wenigen „Medienpolitikern“ bearbeiten lassen.

Klaus Rüter

Im Seichten kann man nicht ertrinken

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie ganz, ganz herzlich im Namen der beiden Veranstalter begrüßen, insbesondere der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Schön, dass Sie gekommen sind, schön, dass Sie mit uns diskutieren wollen und dass sie mit uns „disputieren“ wollen. Das ist in der Pfalz und auch in Rheinhessen ein bisschen etwas anderes als „diskutieren“, aber mindestens genauso spannend.

Fünf mal Mainzer Medien-Disput, das ist ein Faktum, auf das wir ein wenig stolz sind. Das ist schon fast eine kleine Tradition und ein Jubiläum. Aber wir wollen es nicht übertreiben. Wir wollen bescheiden bleiben. Aber wir wollen doch auch konstatieren, dass unser Konzept klein aber fein zu sein, eine besondere Veranstaltung ohne den großen Medienzirkus durchzuführen und dabei die Nähe zu denen zu sehen, die das Mediengeschäft machen, den Journalisten, aber auch die Nähe zu den Bürgern, zu den Bürgerinnen, voll aufgegangen ist. Dies

nicht nur deshalb, weil Sie heute gekommen sind und weil darüber berichtet worden ist, worüber wir uns auch immer sehr freuen, sondern auch weil einfach dieser Ansatz, eine Brücke zu schlagen zwischen der fachlichen Diskussion und dem was dann sozusagen die Außenansicht ist, was draußen ankommt, was die Bürger und Bürgerinnen verstehen, nicht nur gelungen, sondern auch umgesetzt worden ist. Und das wünschen wir uns natürlich von dieser Veranstaltung ganz genauso.

Und wenn wir über eine neue Medienordnung nachdenken, was zur Zeit geschieht, wenn wir feststellen, dass wir unzufrieden sind, dass wir mit unseren rechtlichen Ordnungen hinter den gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen hinterherhinken, dann meine ich, dass es gerade hier ganz wichtig ist, mit den Journalisten, und dem, den es betrifft, dem Bürger zu reden und zu diskutieren. Denn sonst verliert man den Blick für das Wesentliche, sieht vor lauter Wald die Bäume nicht und ist damit auch vielleicht in

den eigentlichen Fragen, die wir sehr fachlich und qualifiziert diskutieren gar nicht so gut. Wenn es um Probleme geht, wie die Digitalisierung - ungeHeuser wichtig, zweifellos, oder um die Frage, wie wir eine Diskriminierung in der Kabelbelegung abwehren. Dies sind ganz entscheidende Fragen, die uns gestellt sind. Aber wir vergessen dabei manchmal den Blick auf das, um das es geht. Es geht eben auch und es geht entscheidend um Inhalte und um die wollen wir uns heute kümmern.

Wie gesagt, klein aber fein und überschaubar und vor allen Dingen aktuell wollen wir sein und mitten ins Journalisten- und Bürgerherz wollen wir treffen.

Wenn das an diesem Tag auf dem Weg, den wir bisher mit insgesamt recht beachtlichem Erfolg gegangen sind, besonders gut gelingt, wenn es sozusagen und bei Ihrem Besuch könnte das so sein, ein Höhepunkt wird, dann wären wir doch sehr froh.

Wir werden dann, meine Damen und Herren, feststellen, ob man im Seichten wirklich nicht ertrinken kann und wohin die mediale Welt uns und darüber hinaus, so ist ja die Überschrift über die Podiumsdiskussion heute Nachmittag, die Bürgergesellschaft treibt. Ich könnte es



Klaus Rüter

auch anders herum formulieren, vielleicht etwas überspitzt und einseitig: Wer hat eigentlich den amerikanischen Präsidenten, wer es auch immer sein mag, am Ende gewählt, die Medien, die Bürger oder ein Club von Politikern und Journalisten, die sich gut verstehen, die die Gesetze der Medienwelt machen, sie beherrschen und somit wohl auch die Fähigkeit haben, die verfasste Ordnung ein gutes Stück zu ändern.

Im Programm sehen Sie, was heute ansteht. Die Bestandsaufnahme zu aktuellen Entwicklungen der Medien, die möglicherweise von einer

Rücknahme bis hin zum Verzicht auf professionelle journalistische Standards zugunsten oftmals, aber wirklich nur oftmals, nicht immer, oberflächlicher, effekthascherischer Darstellung und Inszenierung geht.

Hat das etwas zu tun mit dem immer härter werdenden Konkurrenzkampf, der zweifellos zu konstatieren ist? Oder ist das schon etwas mehr? Geht es um eine gesellschaftliche Entwicklung, die wir zum Teil, gelassen, zum Teil aber auch mit Schrecken zur Kenntnis nehmen, vor allen Dingen mit Schrecken zur Kenntnis nehmen. Oder geht es auch um eine, das deute ich damit ja schon an, um eine ganz unterschiedliche Sicht von Generationen. Denn beim Thema *Big Brother* gibt es quasi einen Generationenkonflikt. Die Jüngeren sehen es völlig anders, als dies die Älteren sehen, die wir dann die Hände schon vielfach, auch bei solchen Veranstaltungen über dem Kopf zusammengeschlagen haben. Und dann die Frage nach der Verantwortung der Medien, nach der Verantwortlichkeit der Journalisten bis hin zu einer angeblich notwendigen, sie sehen, ich bin ganz vorsichtig, neuen Medienethik, die den entsprechenden gesellschaftlichen Wandlungen Rechnung trägt. Wir brauchen sicher eine neue Medienethik, aber ob die etwas ganz ande-

res ist, als das, was wir bisher hatten, oder ob sie nur bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen fort-schreibt, den technologischen Wandel einbezieht, genauso wie die rechtlichen Fragen, die sich ergeben, das sei mal dahingestellt.

Ich bin jedenfalls ein Stück skeptisch, wenn hier vorschnell ein Fazit gezogen wird, weil die Einforderung von Verantwortlichkeit von Journalisten insbesondere für die Politik natürlich ein schwieriges Geschäft ist. Da halten wir uns mit guten Gründen zurück. Aber ich bin doch guten Mutes, dass die Grenzen bei uns noch nicht ganz so gezogen werden, wie in den Vereinigten Staaten, Causa Lewinsky, Internet. Das muss man natürlich dazusagen, und dass ab und an, zumindest die seriöse Presse und die seriösen Fernsehsender im allgemeinen Wettbewerbsstrudel und im Haschen nach dem letzten Bildkick innehalten und öffentlich sich auch mal selbst in Frage stellen. Das ist durchaus schon einige Male geschehen, zuletzt ganz spektakulär bei der *Süddeutschen Zeitung* als man bestimmte Fehltritte des eigenen Magazins dann sehr offen und sehr klar dargestellt hat und sich sozusagen vom eigenen Tun distanziert hat. Und Gerichte spielen natürlich dabei auch eine Rolle, wenn das auch heute nicht im Mittelpunkt

der Debatte steht. Das ist ein anderes Feld. Aber wenn Prinzessin Stefanie inzwischen jetzt, ich glaube zwei oder drei Mal, eine beachtliche Summe Schmerzensgeld erstritten hat, weil erfundene Stories über ihr Leben veröffentlicht worden sind, dann kann es auch eine Wirkung haben, die bei dem schmalen Grad zwischen Presse und Meinungsfreiheit und dem Persönlichkeitsrecht einige Dinge wieder grade schiebt.

Also, meine Damen und Herren, Grund zur Hoffnung gibt es. Es gibt positive Ausnahmereischeinungen, vielleicht gar nicht so wenige. Und es gibt natürlich auf der anderen Seite, das werden wir heute vernehmen, diese zum Teil gnadenlose Fehlentwicklung, die natürlich etwas zu tun hat mit unserem wirtschaftlichen System. Darüber brauchen wir uns keine großen Gedanken zu machen. Das ist immanent und das müssen wir dann auch entsprechend zur Kenntnis nehmen. Aber die Fehlentwicklungen dürfen wir dann durchaus aufgreifen und entspre-

chend kennzeichnen. Vielleicht, meine Damen und Herren, ich bin eigentlich ganz sicher, dass es so sein wird, vielleicht sind wir nach dem Ende der Veranstaltung insoweit etwas schlauer und Walter Schumacher, der das Schlusswort sprechen wird, kann ein Fazit ziehen, das wir doch ein Stück vorangebracht haben: nämlich die Erkenntnis, dass eben Freiheit der Presse und der Medien mit der Verantwortlichkeit eng zusammengehören und dass es eben viele Fehler gibt, bei denen man schon einmal einen Fingerzeig machen kann und mithelfen kann, eine gute Entwicklung voranzubringen.

Zum Schluss Preis und Lob, und vor allem Dank für die Projektgruppe, die diese Konferenz vorbereitet hat. Da haben sich viele engagiert und eingesetzt. Herzlichen Dank dafür und ansonsten wünsche ich Ihnen jetzt einen vergnüglichen und vor allen Dingen informationsreichen Donnerstag im Mainzer Frankfurter Hof. Vielen Dank.

Hans Leyendecker

Die so genannte vierte Gewalt ist oft nur viertklassig

Meine Damen und Herren,

jedes Wochenende nach dem Tatort zumeist, stoßen wir beim Zappen auf Herrn Markwort und hören sein Bekenntnis: Fakten, Fakten, Fakten. Die besten Zahnärzte werden enthüllt, die besten Chirurgen. Fakten, die manchmal bis zur Kenntlichkeit entstellen. Und das wollen auch all die anderen Blätter: Fakten, die kein anderer hat. Fortwährend und bis zur Besinnungslosigkeit wird enthüllt. Mittags ist der Berliner Gendarmenmarkt von investigativen Journalisten umzingelt. In den besseren Häusern können sie zuschauen, wie verzweifelt Journalisten Beamte füttern, um aus denen irgendwas rauszulocken, das wie eine Enthüllung wirkt. Eine ganze Gastronomiebranche lebt von der Enthüllung

Diese Enthüllungsindustrie wird auch von den Mächtigen genährt. Belanglose Papiere werden in die Öffentlichkeit lanciert, indem sie für vertraulich erklärt werden. Mit dem Etikett vertraulich lässt sich alles verkaufen. Nach Kabinettsitzungen

klingseln die Handys Sturm. Kabinettsmitglieder geben Interessantes über andere Kabinettsmitglieder weiter und daraus wird dann eine Nachricht. In Berlin boomt eine ganze Enthüllungsindustrie. Wenn eine Geschichte wenig Neues zu bieten hat, wird einer Nachrichtenagentur eine Meldung über das exklusive Nichts angeboten. Die Standardformel lautet, dass sich die Geschichte ausweitet. Besonders an den Wochenenden weitet sich alles aus, bis es dann wieder platzt.

Der investigative Journalist schleicht neuerdings mit einem Lappen durch die Toiletten der Mächtigen, um was aufzuwischen. Man möchte einen Blick in die Container der Macht werfen. Zeitungen machen Schamhaare in Depots von Notaren aus, und das wird exklusiv auf Seite 1 gemeldet. Im Print-Bereich verzeichnen Blätter wie Bunte oder Gala erhebliche Auflagenzuwächse, und auch die exklusiv explosiv blitzenden brisant enthüllenden Boulevard-Fernsehmagazine haben gewaltige Einschaltquoten: Fakten, Fakten, Fakten.

Leser und Zuschauer werden mit angeblichen Enthüllungen bombardiert.

Üblicherweise stehen Journalisten, wenn sie nicht Günter Jauch heißen, in wenig hohem Ansehen. In den letzten Monaten waren aber ganz andere Töne zu hören. In großer Koalition wurde dem deutschen Journalismus das Etikett einer Macht im Staate aufgeklebt. Dass die Kontrollfunktion der Presse unersetzbar sei, hörten wir von den Sonntagsrednern. Tatsächlich gibt es die Idee einer Kräfteverteilung zwischen Bürgern, Machthabern und Kontrolleuren. Den Politikern und Wirtschaftsführern stehen, jedenfalls in der Theorie, völlig unabhängige Journalisten gegenüber, die wirtschaftliche und politische Prozesse transparent machen und den Mächtigen auf die Finger schauen.

Ich soll heute über die moralische Macht der Medien sprechen und eine Antwort auf die Frage versuchen, was investigativer Journalismus, der nicht nur Wortgesummse ist, bewirken kann. Zunächst: Reden wir über Moral oder reden wir über Geschäfte? Mit dem Begriff Moral sollte man als Journalist, zumal wenn es um das eigene Gewerbe geht, sehr vorsichtig umgehen.

Investigativer Journalismus kann dann zum Zuge kommen wenn andere Instanzen versagen. Welcher

der großen politischen Skandale der Nachkriegszeit ist mit Hilfe eines Parlaments ans Licht gekommen? Keiner. Welcher Untersuchungsausschuss war mehr als ein Kampfinstrument der Parteien? Wenige. Jeder Mächtige, der das Parlament betritt, kann sich auf seine Fraktion verlassen und manchmal auch auf die Opposition. Die demokratische Aufgabe der Kontrolle wird häufig nur zum Schein wahrgenommen, zu oft gibt es eine Kumpanei der Gegner. Scheinkämpfe werden geführt, und wenn es ernst wird, sitzen alle in einem Boot. Im Alltag versagt die parlamentarische Kontrolle, und auch das normale Regelwerk passt nicht. Eine moralische Macht in diesem Lande ist der Bundespräsident, aber nimmt er sie wahr? Das Bundesverfassungsgericht, das wirklich nicht zuständig ist, muss sich heftig dagegen wehren, zur moralischen Instanz dieses Staates ernannt zu werden. Und die jungen Wilden, die alles anders machen wollen?

Bei näherem Hinsehen kommt der Verdacht auf, dass sie am Ende nur regieren wollen. Die Macht ist obszön, das freut die Wut, heißt es in einem bösen-ironischen Kalenderspruch von Hans Magnus Enzensberger.

In jedem Wahlkampf hören Sie den Satz, man müsse verhindern, dass XY an die Macht komme. Dahinter verbirgt sich die Erkenntnis, dass



Hans Leyendecker

Macht korrumpieren kann und missbraucht wird. Der recherchierende Journalist hat die Aufgabe, die dunkle Seite der Macht auszu-leuchten und den Mächtigen das Gefühl zu geben, dass der Missbrauch nicht völlig gefahrlos ist. Dies macht er in dem Wissen, dass sich die Sudler auf einen langen Zermürbungskrieg einrichten und mit dem Zynismus des Publikums rechnen dürfen.

Kaum ein Ereignis der Nachkriegszeit hat die Aufmerksamkeit im Ausland und in der Kommunikationswissenschaft so stark auf die Rolle der deutschen Medien gelenkt wie die jüngste Kohl-Affäre. Quer durch den Blätterwald gab es Lob und Selbstlob. Der Berliner Professor für Publizistikwissenschaft, Stephan

Ruß-Mohl, machte eine „Verneinung vor den Medien: Dass sie Schmutz aufwirbeln, dass sie diese Skandale schonungslos aufzuklären versuchen, dass dabei Reporter in akribisch-kriminalistischer Kleinarbeit Puzzlesteine zusammenfügen – das alles ist bewundernswert und es ist zugleich notwendiger Dienst an der Demokratie.“

Ähnlich fiel das Urteil des Theologieprofessors Richard Schröder aus: „Es ist den Medien zu verdanken, dass der Skandal nicht unter dem Teppich blieb“, sagte er und fügte hinzu: ... „In der DDR wäre so etwas nie rausgekommen.“ Von einem „wichtigen Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte des deutschen Medienwesens“ war die Rede, und zwar einem, „der dem Gemeinwesen gut tut“. Alle taten so, als habe eine Vereinigung von Enthüllern losgeschlagen.

Bei politischen Skandalen geht es um Konflikte über die Verteilung, Ausübung, Kontrolle und Legitimierung von politischer Herrschaft. Skandale entzaubern die soziale Magie der öffentlichen Repräsentation, sind aber in einer politischen Kultur nichts Außergewöhnliches: Japan und Italien haben ihre großen Parteispendenaffären gehabt, auch Richter in Frankreich versuchten, den Finanzsumpf der sozialistischen Machthaber trockenzulegen. Entscheidend für den Sittenbefund ist

die gesellschaftliche Verarbeitung der Affären. Von Aufdeckung und Aufklärung kann eine Katharsis, eine reinigende Wirkung, ausgehen.

Aber: Wie viele der Journalisten kratzen eigentlich gern am Unbekannten, Recherche genannt? Wie ist es mit der Grundbefindlichkeit des Berufsstandes? Vor einigen Jahren erschien eine Studie, derzufolge in Deutschland nur 20 Prozent der Journalisten ausführliche eigene Recherchen zur Grundlage von Berichten machen. In Großbritannien sind es gut vierzig Prozent, in Amerika knapp fünfzig Prozent. Gibt es bei uns investigative Blätter, die man mit der Washington Post oder dem Philadelphia Inquirer in einem Atemzug nennen dürft? Existiert eine dem Center for Public Integrity vergleichbare non-profit-organization, die wie in den USA über Jahre wichtige Rechercheprojekte durchzieht und am Ende die Ergebnisse den seriösen Medien zur Verfügung stellt? Ich will den amerikanischen Journalismus, gerade wegen der Fehlentwicklung in den letzten Jahren, nicht glorifizieren, aber ich glaube, dass in dem Genre des recherchierenden Journalismus in Deutschland die so genannte vierte Gewalt oft nur viertklassig ist.

Im Übrigen: Für die vierte Gewalt, so es sie denn geben sollte, können die Verleger, die Intendanten sprechen. Der Journalist spricht als Journalist.

Es gibt in diesem unserem Lande vorzügliche Reporter, gute Redakteure. Die Deutschen sind Meister im Meinungsjournalismus. Wer den Leitartikel schreiben darf, im Presseclub sitzt, hat den Ausweis höchster Kompetenz erreicht. Aber die Zeitungen und Sender beschäftigen nur wenige Rechercheure, die Enthüllungsgeschichten liefern wollen. Am liebsten bewegt man sich in Augenhöhe mit den Mächtigen. Politik erzieht zur Eitelkeit. In der Mediendemokratie noch mehr als früher. Von Kurt Tucholsky, dem großen Journalisten stammt der Satz, der deutsche Journalist brauche nicht bestochen zu werden. „Er ist stolz, eingeladen zu sein, er ist schon zufrieden, wie eine Macht behandelt zu werden.“

„Die Teilwahrheit, das Teilbild der Wirklichkeit“ ist nach Feststellung von Erhard Eppler das Kennzeichen der politischen Sprache. Politiker hielten sich an der Teil der Wahrheit, der sich dafür anbiete. Dabei gebe es gleitende Übergänge zwischen Teilwahrheit und bewusster Täuschung und es brauche aufmerksame Beobachter.

Die Krankheit des deutschen Journalismus ist nicht die gepflegte Kampagne, sondern die Verwischung von Grenzen zur Politik, zur Wirtschaft, der gegenseitigen Instrumentalisierung für politische und eigennützige Zwecke.

Stärker als ausländische Kollegen stützen sich deutsche Journalisten auf die Nachrichtenagentur, ja, es gibt eine Agenturgläubigkeit. Die Agenturmeldung wird leicht verändert oder mit Meinung angereichert, und man hat die eigene Geschichte. Obwohl der Text im Grunde immer derselbe ist, so rufen doch leichte Veränderungen den Eindruck von Vielfalt hervor. Dabei gilt das Postulat der Mitte. Nicht nur der deutsche Philister findet in der Mitte sein Maß. Man äußert sich nur ungern jenseits dessen, was gerade als Konsenskorridor gilt, und bitte kein Risiko.

Als ein angesehenener freier Journalist einem TV-Studiotleiter eine exklusive Story anbot, wurde er abgewiesen: „Darüber liegt mir keine Meldung vor“, sagte der TV-Mann. Deshalb bringe er die Geschichte nicht. Er ruiniere sich doch nicht wegen einer „heißen Geschichte“ seine Karriere, hat er auch noch gesagt.

Ein freier Autor, der dem Fernsehen eine rechercheintensive Geschichte anbietet, wird sich die Sache dreimal überleben müssen, ob er sie durchzieht. In der Regel wird die Recherche nicht bezahlt, und was ist, wenn am Ende keine Story rauskommt, was ja schon mal passieren kann?

Recherchen kosten viel Geld und Zeit und die Quote ist auch nicht garantiert. Wer trotz alledem die Recherche pflegen möchte, muss sich

diesen Luxus oft mit Brot- und Butter-Geschäften finanzieren. Es ist viel einfacher, schöne Pressemeldungen filmisch zu übersetzen und mit den Zweitverwertungsrechten die Kasse aufzubessern, als etwas komplizierte Geschichten anzubieten, die auch noch Ärger machen können.

Im deutschen Journalismus sind bilanzsichere Dokumentationen unsauberer politischer Vorgänge wenig entwickelt. Bei Interviews werden Politikern nicht selten die Fragen vorgelegt, die Interview-Rituale werden dem Leser, dem Zuschauer verschwiegen. Und oft sind die Dialoge so langweilig, weil sie von Referenten bis zur Unkenntlichkeit bearbeitet wurden. Ist es eigentlich richtig, diese desinfitzierte Form des Interviews durchzuhalten?

Und wie ist es mit der Trennungslinie zwischen PR und Journalismus? In Amerika kommen mittlerweile rund 150000 PR-Leute auf etwa 130000 Journalisten. In Deutschland bedienen 20000 PR-Fachleute mehr als 40000 Journalisten. Früher saßen schneidige PR-Männer mit tadellosen Umgangsformen wie Fritz Huschke von Hanstein, Egbert von Tirpitz in altdeutschen Herrenzimmern und ließen die Prosa der Geschäftsberichte unters Volk bringen. Legendar ist der Spruch des Graf Georg Volkmar Zedtwitz-Arnim, der eisenbeschlagene Schuhe trug: „Ich gebe

meinen guten Namen für diese Scheiß-Branche“, schnarrte der Adelige. „Das muss reichen.“

Wenn heute VW mit BMW um Rolls-Royce kämpft, wird in der Wolfsburger Kommunikationsabteilung Urlaubssperre verhängt, und alle 70 Mitarbeiter sind voll im Einsatz und versuchen, Einfluss auf die Medienleute zu nehmen. Ein Markt ist entstanden, der noch stärker als die IT-Branche wächst. In Schnellbleichen werden Kommunikatoren herangezogen, und immer häufiger gerät die Trennungslinie der beiden Berufe aus dem Blick. In der Schweiz gibt es bereits einen gemeinsamen Ausbildungsgang für PR-Berater und Journalisten.

Und auch über Meinungsforschung wird Politik gemacht. In Amerika äußerte sich jüngst eine Mehrheit skeptisch über die Seriosität der Meinungsforschung, und das Ergebnis kam durch eine Meinungsbefragung zu Stande.

Zur Frage zurück: Was kann investigativer Journalismus bewirken? Die Frage richtet sich zunächst an die eigene Branche. Kann recherchierender Journalismus ansteckend sein? Das wäre doch schon eine ganze Menge.

Damit verknüpft ist die nächste Frage: Wo hat recherchierender Journalismus zu Veränderungen beigetragen? Sicherlich am ehesten im lokalen

Bereich, wo die Wirkung der Arbeit noch überschaubar ist. Generell gilt: Es ist sehr viel einfacher, über einen Gewerkschaftsführer oder einen BDI-Funktionär eine Affärengeschichte zu publizieren als über einen mächtigen Vorstandsvorsitzenden. Spendenaffären finden in der Regel auch ein dankbares Publikum, aber wenn der Reiz der Neuheit verschwunden ist, kann die Stimmung leicht umschwenken. Keiner schaut mehr hin.

1995 publizierte Der Spiegel eine Geschichte über die Geldmanöver des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl und des CDU-Finanzberaters Horst Weyrauch. Vier Redakteure des Blattes hatten den Fall recherchiert. Die Geschichte war von den Kollegen Grimm und Mans angeschleppt worden. Mans zumindest wird den meisten von ihnen bekannt sein. Klaus Wirtgen aus dem Bonner Büro und ich stießen dazu. Es war eine schöne Geschichte: In Umrissen wurde das System Kohl erkennbar. Was fehlte, waren die Schwarzgeldkonten und die geheimen Transfers aus der Schweiz. Die Story erregte keinerlei Aufmerksamkeit – nicht einmal beim Hamburger Nachrichtenmagazin. Es bedurfte mehrerer Anläufe, den Report ins Blatt zu hieven. Auch die Opposition war nicht interessiert, und die CDU ohnehin nicht. Die Macht ist obszön, das freut die Wut.

Journalismus am Scheideweg: Farbe bekennen – Service contra Aufklärung

Moderation: Miriam Meckel und Uli Röhm

Michael Jungblut (WISO-ZDF) diskutiert mit Uwe Jean Heuser (Die Zeit)

Meckel: Wir reden ständig über die New Economy, wir lesen ständig darüber. Wo ist denn da der neue Knackpunkt, wenn wir Farbe bekennen, wenn wir auch über neue Herausforderungen des Journalismus reden?

Heuser: Was es hier in Deutschland gegeben hat, ist eine Art Paradigmenwechsel im Journalismus. Wirtschaft ist auf einmal relativ positiv besetzt. Der Mainstream ist nicht mehr der gleiche wie vor 5 oder 10 Jahren. Wenn es früher besonders schick war, irgendetwas zu sagen gegen die Absahner, gegen Ungleichheit, ist es heute eher verpönt. Wie es früher zur Farbe bekennen zu sehr in die politische korrekte Richtung ging, gehen wir heute zu sehr in die neue politisch korrekte Richtung. Da ist keine Bereitschaft mehr da, zu sagen, guck mal, hier gibt es Verlierer. Guck, mal diese Art des Abkassierens ist nicht richtig. Da mangelt es manchmal an Ehrlichkeit,

wobei es nicht vorsätzlich passiert, in aller Regel, sondern wie alle anderen Berufsgruppen auch, lassen wir uns von Moden tragen, von Überzeugungen tragen, die relativ leicht zu vermitteln sind. Dagegen anzuarbeiten das ist jede Woche und jeden Tag wieder schwierig.

Meckel: Herr Jungblut, wir haben ja, wenn wir von Journalismus am Scheideweg reden, eine andere Herausforderung, die gerade mit dem neuen Wirtschaftsthemen in der Diskussion war. Wie berichte ich eigentlich als Wirtschaftsjournalist über Dinge, die möglicherweise eben sehr konkrete Konsequenzen haben können? Wir haben z.B. den Fall *Focus* gehabt. Der deutsche Presserat hat sich hervorgetan und hat gesagt, wir machen jetzt einmal einen Katalog, was eigentlich sein muss, um Wirtschaftsjournalismus so zu gestalten, dass man sich auch darauf verlassen kann. Was sagen Sie denn zu diesen Fällen?

Jungblut: Das sind Dinge, die nicht sein sollten, aber leider immer wieder vorkommen. Die Versuchung ist sehr groß. Das gehört sicherlich zu den Grundsünden eines Journalisten, dass er bestimmte Dinge, ich sage mal Aktien, die er selber hat, dann hochschreibt oder vorher kauft oder verkauft, wenn es gelungen ist. Das sind Dinge wie bei den Römern in der Politik, bis heute ist Korruption immer wieder vorgekommen. Dann wird ein Skandal aufgedeckt, dann kriegen die etwas auf den Dekkel, dann sind sie eine zeitlang vorsichtig und legen danach wieder los. Und Journalisten sind auch nur Menschen, in jeder Hinsicht. Die schwimmen auch mit dem Mainstream mit. So ist es halt mit der Versuchung, Geld zu verdienen. Journalisten sind auch nicht davor gefeit, Dinge zu machen, die vielleicht nicht ganz sauber sind. Da kann man eigentlich immer nur durch die entsprechenden Sanktionen dafür sorgen, dass diejenigen, die für solche Sachen anfällig sind, zumindest dann vorsichtiger werden und es zehn Jahre nicht mehr machen. Dann geht es wieder von vorne los.

Auf jeden Fall muß der Journalismus auch die Themen behandeln, die seine Zuschauer, Hörer etc. interessieren. Man muss sich natürlich auch so ein bisschen nach den Interessenbedürfnissen derjenigen richten, die das

Blatt kaufen oder das Programm sehen, oder man macht pleite.

Meckel: Wie sehen Sie Service und Aufklärung? Wenn ich mir beispielsweise im Fernsehen bestimmte Angebote angucke, dann kriege ich Balken, Kuchendiagramme, dann kriege ich unheimliche Anlegertipps – aber eigentlich ganz punktuell, ganz sporadisch, sehr aufgebauscht. Den Hintergrund kriege ich nicht.

Heuser: Das liegt teilweise in der Natur des Mediums. Für die ZEIT ist es wirklich kein Gegensatz zu sagen, wir wollen einerseits aufklären, orientieren und andererseits einen Service bieten. Die Frage ist, ob wir einfach zugeschüttet werden mit Informationen, mit denen wir nichts anfangen können. Wenn die Leute merken, dass sie mit den kurzfristigen Informationen nicht so viel anfangen können, dann fangen sie auch wieder an, eine Orientierung zu suchen.

Meckel: Herr Jungblut, wie sehen Sie dies?

Jungblut: Es gibt natürlich in der Art, wie man die Zuschauer bzw. Leser anspricht, große Unterschiede. Beispiel *Die ZEIT* und *WISO*. Die Zeit hat einen ganz anderen Leserkreis, ich war ja 20 Jahre im Wirtschafts-

ressort bei der Zeit, und da haben wir natürlich die Schwergewichte etwas anders gesetzt, und wir haben auch damals Dinge betrieben, die so ein bisschen gegen den Strom der Zeit gingen. Sagen wir mal, etwas, was heute für jeden eine Selbstverständlichkeit ist, Flexibilisierung der Arbeitszeit oder Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Wenn Sie so wollen, war das auch so irgendwo ein bisschen Service, und es war aber auch Farbe. Das gibt es so nicht in der Form bzw. dass sich Service und Information bzw. Aufklärung ausschließen. Bei Wiso gehört dies mit zum Erfolgsrezept, dass wir versuchen, Wirtschaftspolitische Berichterstattung und Servicethemen zu mischen.

„Wiso“ ist nicht umsonst seit Beginn die erfolgreichste Wirtschaftssendung, überhaupt eines der erfolgreichsten Magazine in Deutschland, weil wir es offenbar immer wieder schaffen oder uns jedenfalls bemühen, die Mischung zu finden, von der der Zuschauer sagt, er hat etwas davon, er wird aufgeklärt, bekommt aber auch Service.

Meckel: Herr Heuser, Sie haben gesagt, wir haben es heute im Wirtschaftsjournalismus damit zu tun, dass man viel stärker auf dieser Welle mitschwimmt. Wäre an dieser Stelle nicht zu sagen, man kann auch

so etwas wie eine positive Parteilichkeit von Journalisten und Journalistinnen fordern, die das auch thematisieren müssen, dass es dies immer noch gibt und jenseits der rosa-roten Welt der Börsenkurse auch eben noch eine andere vorhanden ist?

Heuser: Da würde ich nicht mit dem Begriff der Parteilichkeit operieren. Aber in der Tat, denke ich, dass es wichtig ist, vom Journalismus immer auch das zu thematisieren, was gerade nicht in der Brille der Gesellschaft im Focus steht. Das ist eben unbedingt eine Aufgabe, die er leisten muss und damit macht er sich auch manchmal halt unbeliebt, und damit steht er auch in diesem Spannungsfeld zwischen dem, was sich kurzfristig rechnet und dem, was ihm vielleicht langfristig hoch angerechnet wird. Wir haben es mit einem Volk von amerikanisierten Ökonomie-Begeisterten zu tun. Gleichzeitig, das finde ich dann auch wieder sehr interessant, ist dann aber auch das Bewusstsein dafür da, dass die Gesellschaft so Verteilungsfragen, Gerechtigkeitsfragen weitgehend ausgeklammert hat. Es wird auch durchaus beklagt, aber es wird gleichzeitig von den Menschen gesagt, man kann ja nichts dagegen tun. Der Trend geht in eine andere Richtung. Das ist so ein differenziertes

Stimmungsbild, das mich sehr nachdenklich gemacht hat. Man hätte es gern anders, aber die Menschen meinen, es geht nicht.

Meckel: Wie geht Ihr damit um?

Heuser: Einerseits bin ich begeistert von all dem, was da passiert. Man sieht auch eine gewisse Notwendigkeit, eine gewisse Unausweichlichkeit, weil es sich um ein internationales Phänomen handelt. Andererseits weiß man, dass dabei eine Menge unter die Räder gerät, an sozialem Leben. Man würde natürlich gerne ohne diese Schere auskommen aber es geht nicht. Ich habe es auch persönlich gemerkt, weil ich dieses Jahr ein Buch veröffentlicht habe, wo es um die Ökonomisierung unseres Lebens geht und auch da, wenn ich das noch sagen darf, habe ich eine interessante Reaktion.

Das Buch hat den Titel: „Das Unbehagen im Kapitalismus“. Es ist ein relativ negativer Titel und dabei ist mir etwas passiert, das ist mir noch nie passiert. Auf einmal war ich so eine Art Hassfigur bei der *SZ* und beim Handelsblatt, bei diesen Mainstream liberalen Wirtschaftsblättern und kriegte das Lob von der *TAZ* einerseits und andererseits von der Welt, Welt am Sonntag. Es heißt, ich war in einer Gesellschaft, in der ich mich eigentlich nicht befinde. Und



Uwe Jean Heuser

da wurde mir nochmals offenbar, dass wir es durchaus mit einem gewissen Schubladendenken zu tun haben. Man muss jetzt schon mit beiden Seiten umgehen können. Das versuchen wir bei der Zeit und wir gehen jede Woche das Risiko ein, uns bei einigen Leuten unbeliebt zu machen.

Meckel: Das wäre auch schon das Stichwort: Medien und Moral. Gehört es zu Moral von Medien dazu, sich auch in der Wirtschaftsberichterstattung unbeliebt zu machen, weil man das Thema benennt, was viele vielleicht überhaupt nicht hören wollen und am liebsten gleich wieder in die Schublade stecken wollen?

Jungblut: Ja, durchaus. Ich bleibe mal beim Neuen Markt, weil Sie den ein paar Mal angesprochen haben. Es ist ja einerseits positiv, dass wir den haben und dass jetzt junge Unternehmer an Kapital kommen und dass sich viel mehr Menschen in Deutschland an der Finanzierung der Wirtschaft beteiligen und damit auch im Grunde etwas für die Sicherung ihrer Alterseinkünfte tun. Aber da hat es natürlich auch riesige Übertreibungen gegeben. Und da haben sich diejenigen etwas unbeliebt gemacht, die vorher gesagt haben, pass mal auf, da sind ein paar Sachen, die können nur schief gehen, das muss platzen. Solche Unternehmenswertsteigerungen, wie sie da am Neuen Markt aber auch teilweise an der alten Börse signalisiert wurden oder scheinbar zustande kamen, die sind auf die Dauer nicht haltbar.

Das war ein Beispiel, ein anderes stammt wieder aus den alten Zeiten bei der Zeit. Ich weiß nicht, wer sich noch an Bernie Cornfeld und seine wunderbare Geldvermehrung erinnerte. Da ist auch die Masse der deutschen Wirtschaftsjournalisten draufgesprungen. Das war der große Guru und der macht alle Menschen reich. Wir haben immer dagegen gehalten, haben uns damals sehr unbeliebt gemacht und die Leute haben gesagt, Mensch, was sind das für Miesepeter. Aber der damalige



Michael Jungblut

Börsenfachmann der Zeit, der hat eben immer gesagt, ich mache das nicht mit. Das ist unseriös und ich halte dagegen. Das muss auch einmal sein. Das ist jetzt aus dem Bereich der Wirtschaft, aber im Bereich der Politik und vielen anderen Bereichen kann man natürlich ähnliche Beispiele finden.

Heuser: Ich wollte nur eins zugestehen. Ich glaube, es wird schwieriger, sich als Wirtschaftsjournalist gegen den Mainstream zu wenden. Es ist nicht so, als würde man gekauft oder irgend so etwas, sondern es gibt eine Ökonomisierung nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in den

Zeitungen. Es ist nicht mehr so, dass die Redakteure völlig im Leeren schwimmen und machen können, was sie wollen. Irgendwo kriegt man schon auch mit, das muss ich verkaufen, mehr als früher. Das gibt es selbst bei der *TAZ* nicht mehr. Und deswegen ist es so schwer, die interessanten Sachen gegen den Mainstream zu schreiben, bzw. sich damit durchzusetzen, erst einmal in der Redaktion und dann zweitens beim Leser. Ich glaube schon, dass die ganze Gesellschaft trendgetriebener ist und das vermittelt sich dann eben auch aufgrund des ökonomischen Interesses der Zeitung. Da ist einerseits mehr Mut erforderlich und andererseits ein langfristigeres, ein langatmigeres Marketing der Medien. Da wieder hinzukommen, das wäre sehr wichtig. Die Leute zu belohnen, die den Mut haben, damit andere auch den Anreiz haben.

Jungblut: Früher hat sich der Wirtschaftsjournalist überhaupt nicht um seine Leser gekümmert. Wir haben es anders aufgefasst und haben gesagt, nein, auch der Wirtschaftsteil ist für seine Leser da. Es kann jedes Thema behandelt werden, nur der Leser, der normale Zeitleser, oder der *Wiso*-Zuschauer muss es verstehen. Dann können Sie auch Leser für Themen gewinnen, die sie vorher uninteressant fanden. Man

muss dem Leser eine Brücke bauen. Ich glaube, das ist die Aufgabe der Journalisten. Sie haben sicherlich viele Funktionen, aber eine von unseren Funktionen, ist auch Übersetzer zu sein, zwischen der jeweiligen Fachwelt, zwischen den Eierköpfen, die da irgendwo in Instituten sitzen oder in der Wirtschaft irgendetwas machen und dem Leser, der dieses alles nicht versteht.

Meckel: Jetzt haben wir schon zwei Perspektiven. Was Sie gerade gesagt haben, heißt: Guter Journalismus schafft es, wenn er wirklich gut ist, wenn er gut recherchiert hat, gut geschrieben ist, gut dargestellt ist, schafft es auch für nicht trendorientierte Themen eine Leserschaft, eine Zuschauerschaft zu finden.

Im Grunde genommen wäre das doch, wenn ich das richtig verstanden habe, ein Plädoyer für ein Marketing der Medienmoral. Ist das eine neue Form von qualitätssicherem Journalismus?

Heuser: Ich glaube, das ist eine Form von Ehrlichkeit, also mit dem Begriff *Moral* würde ich da vorsichtig umgehen, aber es ist eine Form von Ehrlichkeit, auch in Zeiten, wo seine Themen, wo seine Ansichten nicht so beliebt sind, dazu zu stehen. Es ist nicht einfach. Der *Zeit-Leser* ist teilweise noch der gleiche wie frü-



Michael Jungblut, Miriam Meckel und Uwe Jean Heuser

her, aber er hat sich mächtig verändert. Die sitzen zum Teil auch abends im Internet und gucken mal, was der Neue Markt gemacht hat. Die sagen dann, was will der mit seiner Skepsis, lass mich in Ruhe, ich bin hier am Zocken! Dagegen die lange Sicht und den langen Atem zu bewahren ist, glaube ich, nicht ganz einfach. Es ist teilweise aufgrund der Stärke der Trends wohl auch schwieriger als früher, aber das zu tun ist für mich ein Stück Ehrlichkeit und – wenn es darum geht, Leute vor diesem Mist zu bewahren – auch ein Stück Service.

Meckel: Wie funktioniert denn Recherche, intensives Arbeiten bei Ih-

nen, bezahlen Sie zum Beispiel Geld für Informationen?

Jungblut: Das kann ich ganz klar mit Nein beantworten, schon aus dem schlichten Grund, dass wir es nicht haben. Vor allem kriegen die, die für Informationen mit Millionen um sich werfen wie *Stern*, *Bunte*, *Spiegel*, *Focus* manchmal nur Sachen, die an der Oberfläche wichtig sind und die Leute vielleicht furchtbar aufregen. An viele andere Dinge würden sie auch ohne Geld kommen, indem sie fleißiger recherchieren. Irgendwann findet man immer Leute, die auch bereit sind, etwas zu sagen, weil sie selber das Gefühl haben, da stinkt was, da muss was

getan werden. So machen wir das. Vielleicht ist es manchmal etwas schwieriger.

Meckel: Herr Heuser, was würden Sie anders machen, wenn Sie Chef von *WISO* wären?

Heuser: Ich würde versuchen, diese etwas langfristigen unterschweligen Themen, die die Menschen aber ja irgendwo trotzdem bewegen, Risiko, Verteilung, Ökonomisierung, Flexibilisierung, ein bisschen stärker zu vermitteln. Nun bin ich aber kein Fernsehmann und weiß nicht, ob es geht. Ich glaube, dass man innovative Wege beschreiten muss, die ich hier nicht nennen kann, weil ich sie nicht kenne, aber ich würde mir wünschen, dass das Fernsehen insgesamt öfter versucht, diese Phänomene auf seine Art, d. h. auf seine Art des Visuellen, darzustellen.

Meckel: Was würden Sie heute anders machen, wenn Sie wieder im Wirtschaftsressort der Zeit wären?

Jungblut: Ich hätte schon vor 10 Jahren vieles anders gemacht, weil es mich immer gewundert hat, wie lange Die Zeit gebraucht hat, bis sie endlich mal den Schritt gemacht hat, der dringend notwendig war. Aber da sie gerade reformiert haben, muss

man ihnen jetzt keine guten Ratschläge geben. Ich glaube, sie sind auf einem guten Weg und probieren wieder etwas Neues aus. Ich wünsche ihnen, dass sie weiterhin so viel Erfolg haben.

Heuser: Vielen Dank. In der Tat haben Sie recht, was das Überfällige angeht. Die Zeit hat eine Weile im Wirtschaftsteil versucht, völlig gegen den Zeitgeist zu sein, gegen diese ganze Entwicklung, über die wir gesprochen haben. Aber wie wir gelernt haben, geht das nicht. Sich dieser Themen annehmen, sich mit dem beschäftigen, was die Menschen bewegt, das müssen wir schon. Aber versuchen, das mit anderen Perspektiven zu tun. Das haben wir versucht, sowohl formal als auch inhaltlich in die Reihe zu bringen.

Meckel: Wir haben mitbekommen, es gibt sicherlich einen Scheideweg, an dem sich der Journalismus, vor allem der Wirtschaftsjournalismus, entlang hangeln muss, vielleicht auch die ein oder andere Grenzüberschreitung. Es gibt aber auch ein paar Perspektiven, die fast banal klingen: Professionelle journalistische Arbeit, professionelle Recherche, auch den Mut haben, Themen zu benennen und zu besetzen, die nicht gerade en vogue sind. Ich danke Ihnen beiden.

Michel Friedman (Vorsicht Friedman! – HR) diskutiert mit Ulrich Kienzle (Frontal – ZDF)

Meckel: Herr Friedman, es gibt ja sicherlich die einen oder anderen Beobachter, die bei Ihnen sagen, der bekämpft ja oft ein bisschen viel.

Friedman: Ich halte nichts von diesem geheuchelten Neutrum-Journalisten, der so tut als ob er keine Meinung hat, keine Einstellung hat, sondern natürlich sind wir auch subjektiv, natürlich haben wir auch subjektive Einstellungen. Meine Sendung will nicht primär informieren, sondern sie ist eine Diskussionssendung, eine Streitsendung mit einem Stück Leidenschaft – ein Stichwort, das in Deutschland zur deutschen Kultur leider nicht gehört. Vielleicht führen wir das ein bisschen mehr ein.

Ich bin ein gastgebender Gast, der das Publikum provoziert, aber auch angeregt ist und genauso wie meine Gäste ein Stück aus sich hinausgeht, körperlich, inhaltlich, seelisch, und wenn Sie dann dabei das ein oder andere sagen, was sie eine Sekunde später bedauern, dann war das ja auch gut so.

Meckel: Aber gemessen an dem was Sie gerade gesagt haben, ist Herr

Kienzle dann eigentlich Ihr Idealmoderator.

Friedman: Herr Kienzle ist sowieso mein Ideal.

Kienzle: Naja, Sie sind nicht aber ganz mein Ideal!

Ich finde seine Sendung wirklich spannend und gut und gucke fast jede an. Ich habe nur ein Problem mit Ihnen. Nur eins, aber ein ganz großes. Mal setzt er sich den Hut des Funktionärs auf, mal ist er Politiker, mal ist er... Das ist natürlich eine fiese Nummer, die wir Journalisten nie können. Er kann in jeder Rolle auftreten, mal so mal so, wie er es gerne hat. Das finde ich eigentlich nicht in Ordnung. Ich finde, Sie sollten endlich den Mut haben, Journalist zu werden oder Moderator.

Diese berühmten „sowohl als auch“ Kommentare, die sind mir immer schon auf den Wecker gegangen. Diese Nummer, mit diesem Hin- und Hersprechen, das ist etwas, was Sie geschickt ausnützen, sagen wir es einmal so.

Friedman: Ich kann mit diesem Kommentar leben.

Meckel:die Farbe bekennen, wäre bei Ihnen Chamäleon sein.

Friedman: Nein, er meint nur, dass ich unterschiedliche Möglichkeiten habe, in unterschiedlichen Rollen diese Meinung, die ich habe, auch darzustellen. Nun muss man natürlich sagen, es gibt eine Grenze, die ich selbst sehe. Man kann für seine Meinung kämpfen, aber man darf nicht Instrumente nutzen, um die Meinung abzufragen und sie bestätigt zu bekommen. Bei einer Streitkunst wie bei so einem Format wie „Vorsicht Friedman“ ist das auch gar nicht möglich. Denn ich motiviere meine Gäste, mir auch zu widersprechen und ich finde das eigentlich die erfolgreichste Situation, wenn man da nicht mit drei Gästen und einem gastgebendem Gast, sondern mit vier Gästen diskutiert. Das ist aber auch Absicht der Sendung.

Kienzle: Ich verstehe bei Ihnen nicht, dass Sie nach dem „jüdischen Vermächtnis“ nicht sofort aus der CDU ausgetreten sind. Ich habe ein bisschen das Gefühl, Sie benutzen die CDU, nicht um der CDU was Gutes zu tun, sondern sich selber. Denn, wenn Sie aus der CDU austreten, sind Sie uninteressant.

Friedman: Es wundert mich, dass ein politischer Journalist nicht weiß,



Miriam Meckel

dass ich nach den Vermächtnissen, die Hessen-CDU verlassen habe und der Saarland-CDU beigetreten bin.

Kienzle: Das ist ja sehr tricky.

Friedman: Ja, aber Sie können Differenziertheit nicht immer nur trickreich nennen. Sie sind ja auch nicht ohne Grund beim ZDF geblieben, bei SAT 1 wären Sie uninteressant mit *FRONTAL*.

Kienzle: Das ist ein Irrtum.

Friedman: Nein, das ist kein Irrtum. Das ist genauso wenig ein Irrtum,



Michel Friedman

wie ich bei der Saar-CDU gut gelandet bin.

Kienzle: Wenn die Argumente ausgehen, berührt er seine Gegner. Wieder ein Trick. Er schreit den Gästen ins Ohr und die schreien sofort zurück, und der Teufel ist los in der Sendung. Das ist nicht schlecht.

Meckel: Die Frage ist, was mache ich oder was biete ich an und was kommt bei den Menschen rüber.

Friedman: Ich bin ein Gegner der Konsensgesellschaft. Ich bin ein großer Anhänger von Streitkultur. Das kommt vielleicht daher, dass ich

eine andere Leitkultur, nämlich die französische in meiner Kindheit genossen habe. Ich glaube, das Streit Lust und nicht Last ist und ich will dies auch im Fernsehen oder anderswo, wo ich lebe, selbst hier, darstellen, und deswegen genieße ich die Konfrontation und den Konflikt. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass wir uns auseinandersetzen. Die gepflegte Soße der deutschen Diskussionskultur ist ein Einschlafmittel. Ich bin gegen Valium. Und ich weiß auch, dass sehr viele, gerade in der Politik, dieses Valium nutzen, um nicht nur nichts zu sagen, sondern hinter dem Valium trotzdem Dinge zu tun und zu entscheiden, die letztendlich dem hochgeschätzten Publikum in ihrer Dramatik gar nicht dargestellt werden. So gesehen, plädiere ich für polarisieren im konstruktiven Sinne, dass Meinung und auch grundsätzliche Unterschiede deutlich werden. Die sogenannte neue Mitte ist so ungefähr das Schlimmste an Begriff, was ich mir für eine individualisierte Gesellschaft vorstellen kann. Gesicht zeigen, meine Damen und Herren. Und dies gilt im übrigen auch für Journalisten. Ich erlebe es doch auch in meiner Sendung, dass mittlerweile Pressereferenten von Ministern versuchen, uns vorzuschreiben, der Minister kommt nur, wenn dieser Gast nicht kommt. Und ich weiß, wie vie-

le Redaktionen das mittlerweile mitmachen. Ich mache es nicht mit. Im Gegenteil, wenn bei mir einer damit anfängt, dann habe ich das große Vergnügen zu sagen, „*Vorsicht Friedman*“, dann eben nicht.

Kienzle: Ich meine, die Auseinandersetzung im Journalismus ist heute sehr viel sachlicher als früher. Ich finde es erfrischend, und ich will noch mal dafür plädieren, dass wir sachlicher geworden sind, das wir härter geworden sind in vielen Dingen. Es ist nämlich sehr viel leichter, eine tolle Meinung zu verkünden. Das heißt, der Beitrag war früher völlig uninteressant, wichtig war die Moderation von fünf Minuten Länge. Das ist heute nicht mehr möglich. Es gibt auch eine unheimliche Professionalisierung der Nachrichten. Wenn Sie zum Beispiel die alten Tagesschauen von vor 20 Jahren sehen, was da an Schwachsinn gesendet worden ist. Drei Minuten Statements von Politikern, Und ich finde, da haben wir uns doch auf den richtigen Weg gemacht, auch die privaten Kollegen.

Friedman: Also, ich würde da ganz gerne ein Stück differenzieren. Ich glaube, dass es bei einem Politiker nicht entscheidend ist, wie viel Zeit er hat, sondern, was er sagt. Denn in drei Minuten wird nicht mehr und



Ulrich Kienzle

nicht weniger gesagt als in den 20 Sekunden – in der Regel gar nichts. Das wirkt nicht mehr so, weil, wenn Sie 20 Sekunden multiplizieren auf drei Minuten wird es unerträglich. So gesehen, ist die Headline des Politikers meistens besser. Wenn ich mir aber wirklich die typischen Profile wie *Tagesthemen*, *Heute Journal* oder *RTL Nachtmagazin* anschau, fällt mir auf, dass die Befragung nicht sehr viel kritischer, härter, nachdenklicher geworden ist als vor zehn bis fünfzehn Jahren. Das ganze wirkt nur souveräner, weil der Teleprompter das Ablesen ersetzt. Ich glaube also, dass die Qualität nicht deutlich gestiegen, sondern dass die

Form, die Darstellung des „so tun als ob“ gestiegen ist, und das gilt für fast alle Magazine. Ich glaube nach wie vor, Deutsches Fernsehen ist viel zu respektvoll, ist viel zu „umarmt“. Deutscher Journalismus hat das Bedürfnis, geliebt zu werden, und zwar gar nicht nur von denen, die Macht haben, sondern vom hochgeschätzten Publikum. Das führt zu einer inneren Verweichlichung.

Kienzle: Mir ist auch aufgefallen, dass die Politiker lieber in eine seichte Talkshow gehen als in eine politische Sendung. Das ist völlig klar, weil da nicht nachgehakt wird und der Moderator nett ist. Und die Politiker haben noch etwas gelernt: Sie antworten Ihnen auf Fragen einfach nicht. Und wenn Sie dreimal nach-

haken, sind Sie der Blödmann, der immer nachhakt und es nicht verstanden hat, und die bringen nur das rüber, was sie wollen.

Meckel: Ich würde gerne noch mal, konkret auf den Punkt „Journalismus am Scheideweg“ zu sprechen kommen. Herr Kienzle, Ihre Sendung hat hervorragend funktioniert, war sehr erfolgreich, war meinungsfreudig, aber ich könnte auch behaupten, ist das nicht einfach eine Überzeichnung des Parteienproporz gewesen, den wir dann sozusagen zum Guten gewendet haben?

Kienzle: Ja, der ist dann ad absurdum geführt worden bei uns, und deshalb ist auch Ende jetzt. Das ist klar, das kann man nicht ewig machen, da



haben Sie völlig recht. Aber das ist genau im Augenblick die Chance für die jüngeren Kollegen.

Meckel: Kommen wir am Schluss nochmals auf eine Form von Ausweg. Farbe bekennen, Moral der Medien, die neue Medienethik wurde gefordert. Was sind für Sie die Essentials?

Friedman: Glaubwürdigkeit, Wahrhaftigkeit und Anstrengung. Wir sollten den Journalismus nicht überbewerten. Eines aber, was ich vom Journalismus, wie auch von jedem anderen Beruf verlange ist, ist Professionalität.

Kienzle: Das Stichwort der nächsten Jahre ist für mich ebenfalls Professionalisierung. Nicht nur die Quantität, sondern die Qualität in den Vordergrund zu stellen. Das ist für mich das Wichtigste. Gut vorbereitete Leute, denn wir tragen Verantwortung. Es gibt heute mehr Journalisten denn je. Und es gibt mehr Magazine denn je. Dies ist eine Riesenchance für junge Journalisten. Als ich angefangen habe als Journalist gab es vier Magazine. Heute sind es 15 oder 16. D.h. hier ist eine Riesenchance da. Mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen. Mit sehr unterschiedlichen journalistischen Vorstellungen. Was ich bedauere ist, dass es den Privaten, außer

dem Spiegel-TV und vielleicht Focus, nicht gelungen ist, eine Professionalisierung im politischen zeitkritischen Magazinbereich zu erreichen. Das bedauere ich sehr. Aber die Chancen sind da nach meiner Einschätzung und die Leute sind auch da und das Engagement ist auch da.

Friedman: Noch eins, über das wir in diesem Zusammenhang denn doch noch sprechen müssen, weil es den ganzen Vormittag nicht angesprochen worden ist: Das Internet und auch der Internetjournalismus. Das ist auch eine ganze neue Chance, ein ganz neue Möglichkeit, aber auch eine Gefahr, die wir nicht unterschätzen sollen. Denn der Internetjournalismus ist ja auch ein sehr anarchischer und auch teilweise ein sehr anonymer. Er arbeitet auch damit, dass die Leute, die das Internet konsumieren, aktiv werden können. Es wird ein Gedanke, eine Meinung, eine Wertung, eine Information und eine Psychoinformation in ein Netz hineingeworfen und verselbständigt sich noch schneller, noch dramatischer. Wir müssen sehr darauf achten, dass hier nicht Missbrauch und Banalisierung stattfindet. Ansonsten sage ich auch: Es gab noch nie so viel Pressevielfalt in der Bundesrepublik Deutschland wie im Jahre 2000 und das finde ich, tut gut.

Uli Röhm (ZDF) diskutiert mit Thomas Kröter (Tagesspiegel)

Röhm: Jetzt kündige ich Ihnen Thomas Kröter an, den Leiter der Parlamentsredaktion beim *Tagesspiegel* in Berlin. Vorher war er als Journalist in Bonn. Er kennt beide Korrespondentenplätze aus eigener Erfahrung. „Braucht die Berliner Republik andere Journalisten?“ heißt es im Programm. Ich gebe das als Frage weiter.

Kröter: Ich finde, politisch und vor allen Dingen auch journalistisch interessant wird die Frage, wenn wir sie so stellen: Wie ist diese Big Brother-Generation, wenn man sie mal so nennen will, für Politik zu interessieren? Und ich fürchte, da haben wir Journalisten insbesondere die, die aus dem Parlaments- und Regierungsgeschehen in Berlin berichten, ein ähnliches Problem wie die Politiker, z.B. Herr Westerwelle. Aber ich fürchte, dass wir doch ein bisschen andere Journalisten brauchen, weil diese Gesellschaft sich so verändert hat, wie sie sich verändert hat. Für die heutige Gesellschaft ist Politik nicht mehr selbstverständlich. Und ich habe selber noch keine Antwort, außer der klassischen, wir müssen interessant sein und wir müssen qua-

lifiziert auf der Höhe der Zeit sein, aber die Frage, wie wir in dieser Gesellschaft für Politik und für die Wahrnehmung von politischer Berichterstattung werben, dafür müssen wir uns, glaube ich, alle noch etwas anstrengen.

Röhm: Warum berichten Sie heute anders als früher?

Kröter: Es hat eine schleichende Veränderung im politischen Journalismus, was die Hauptstadt angeht, gegeben. Und zwar dadurch, dass wir eine viel größere Zahl von Medien haben, die vor Ort sind. Als normaler schreibender Journalist z.B. sehe ich von politischen Pressekonferenzen in Berlin hauptsächlich die Hinterterteile von Kameraleuten, weil es eine Explosion von Medien, von Rundfunkanstalten usw. gegeben hat. Dieses hat zum Teil auch zu einer Verseichterung geführt, zur Jagd nach der jeweils angeblich spektakulären Meldung und insofern hat sich eine Entwicklung beschleunigt.

Röhm: Ist die Macht der Pressestellen in Berlin eine andere oder gar eine größere geworden?

Kröter: Eher eine kleinere. Das sehen Sie z.B. an den vergeblichen Versuchen des Arbeitsministeriums. Ich habe nachgesehen, im vergangenen Jahr hat der Spinddoctor Herr Schmidt-Deguella versucht, die Tätigkeiten in der Öffentlichkeit zu optimieren. Bei Herrn Eichel ist es ihm gelungen, aber Herr Riester steht noch genauso blöd und unprofessionell da, wie vor Beginn seiner Tätigkeit. Nein, ich glaube eher die Pressestellen haben einen ähnlichen Machtverlust, wie ihn die Journalisten haben.

Röhm: In Bonn spielten früher die sogenannten Kreise – Stichwort „Gelbe Karte“ – eine große Rolle. Gibt es in Berlin solche Zirkel, wo Politiker und Journalisten vertraulich miteinander reden können?

Kröter: Die gibt es. Es gibt noch die alten Kreise. Aber dadurch, dass zum Teil Protagonisten dieser Kreise nicht mehr mit nach Berlin gekommen sind, haben die alten Kreise durchaus an Bedeutung verloren. Es gibt von jüngeren Kollegen neuere Kreise. Aber wir stellen immer wieder fest, dass die guten alten Regeln von Bonn – eins ist öffentlich gesagt, zwei ist dass irgendwelche Kreise um Politik etwas gesagt haben und drei ist für den Hinterkopf und darf nicht



Thomas Kröter

als Info, sondern allenfalls als Argumentation verwendet werden – immer weniger befolgt werden. Das führt dazu, dass es eine Krise dieser Kreise gibt, weil das Misstrauen der Politiker größer geworden ist.

Röhm: Gibt es eine Veränderung durch moderne Technik und andere Kommunikationsmöglichkeiten? Ein Beispiel, die Phoenix-Berichterstattung. Jetzt sitzt jeder im eigenen Kämmerchen vor dem Bildschirm mit der Folge, dass Journalisten nicht mehr miteinander kommunizieren.

Kröter: Die Onlinegeschichten haben etwas fürchterlich Praktisches. Ich habe meine Sekretärin angewiesen, den ganzen Papierberg von Bundestagsprotokollen wegzuschmeißen, weil man die Protokoll wunderbar im Internet hat. Phoenix ist gelegentlich praktisch, aber auch nicht immer praktisch, weil man nicht immer genau ausrechnen kann, überträgt Phoenix nun oder nicht. Ich würde sagen, wir haben eine Situation, die im Übergang begriffen ist und bei der es noch keine halbwegs abschließende Antwort gibt.

Röhm: Wer die Berichterstattung verfolgt, stellt fest, klassische B-Themen nehmen zu. Aktuelles Bei-

spiel: Kokain im Bundeshausklo. Hat der Tagesspiegel auch darüber berichtet?

Kröte: Das ist eine jener Fragen, bei der ich durchaus in die hilflose Antikulturkritik von Herrn Beck einstimmen würde. Ja, der Tagesspiegel hat darüber berichtet. Er hat sogar einen Aufmacher gemacht. Dieser Aufmacher war in seinem Text ordentlich recherchiert, wie der Tagesspiegel das zu tun pflegt, aber es gab in der Redaktion heiße Diskussionen darüber, ob diese Geschichte es denn wirklich wert war, den Aufmacher einer Qualitätszeitung abzugeben. Also da ist, wie gesagt, in der Redaktion heiß diskutiert worden.



Klaus Rüter, Michel Friedman und Michael Jungblut – zuhörend.

Röhm: Sind solche seichten Themen Folgen des Berliner Zeitungskrieges?

Kröter: Nein, ich glaube, solche Themen sind Produkt dessen, was auch schon früher gesagt worden ist, dass das Privatfernsehen jetzt zum Teil das macht, was früher die Bildzeitung gemacht hat. Das ist ein Trend zur Boulevardisierung, den es auch schon vorher gegeben hat. Im Berliner Zeitungsmarkt von dem wir klassischer Weise reden, ist eigentlich ein Krieg, Herbert Riehl-Heise hat das mal in der Süddeutschen Zeitung beschrieben, die Aufrüstung von zwei Lokalblättern zu Zeitungen mit nationalem Anspruch. Es ist womöglich der letzte Versuch, mit Qualität Quote bzw. Auflage zu machen.

Röhm: Bei oberflächlicher Betrachtung bekommt man den Eindruck, es gibt immer mehr exklusive Geschichten. Tatsächlich stellt man aber bei genauer Betrachtung schnell fest, dass es immer weniger sind.

Kröter: Wir haben eine Tendenz, dass die Zeitungen etwas magazin-ähnlicher geworden sind. Johannes Rau hat neulich ein Interview gegeben zum Thema: Wir amüsieren uns zu Tode. Er bringt da ein Beispiel über sich als Interviewpartner, wo er im Bericht aus Berlin gefragt worden ist, ob der Terrorismus der RAF mit

dem heutigen aktuellen Rechtsextremismus vergleichbar sei. Rau: „Ich sagte nein, das ist nicht vergleichbar und versuchte, dies in mehreren Antworten ausführlich zu begründen. Abschließend fragte der Interviewer: Ist der Rechtsextremismus denn genauso gefährlich wie der Terrorismus der RAF? Darauf habe ich geantwortet: Ja, genauso gefährlich ist er, aber ganz anders. Die Agenturen und die Zeitungen, die darüber berichteten, brachten die Überschrift: Rau vergleicht Rechtsextremismus mit der RAF.“

Das ist ein journalistisches Grundsatzzproblem. Ich habe noch keine Lösung dafür. Wir müssen darüber diskutieren, dass wir da wieder etwas „seriöser“ werden.

Röhm: Bei den wirklich exklusiven Geschichten müssen die Quellen geschont werden, wenn man sie sich erhalten will. Machen sich da Journalisten nicht noch ein Stück abhängiger von der Politik?

Kröter: Das kann passieren. Es gibt bestimmte Informationen, da kann man die Quelle nicht nennen. Und es kann schon sein, dass man dann, um seine Quelle bedeckt zu halten, eine gewisse Camouflage betreiben muss. Auf der anderen Seite, wenn man die Quelle bedeckt halten will, kann es auch durchaus gelegentlich

notwendig sein, der Quelle eins über die Rübe zu geben, weil es ja auffallen könnte, dass man einen bestimmten nicht berücksichtigt bei seiner Kritik. Das ist eine Gradwanderung, die gab es früher schon, vielleicht wird sie derzeit ein bisschen schwieriger.

Röhm: Zweitletzte Frage: Wie steht es eigentlich mit der Macht der Agenturen?

Kröter: Ja das ist eine gute Frage. Das Rau-Zitat schien zu belegen, dass die Agenturen eine große Macht haben, weil sie aus bestimmten Äußerungen Meldungen machen. Auf der anderen Seite ist diese Macht auch eine ziemliche Ohnmacht, weil wenn die Agenturen das nicht weiter verbreiten, was die Rundfunkanstalten oder die Zeitungen ihnen als Meldungen bringen, dann wird sich bei der Deutschen Presseagentur oder so, beschwert. Also ich glaube, die Macht der Agenturen ist nicht entscheidend gewachsen.

Röhm: Von den neuen Themen, wie z.B. Biotech ist in Leitartikeln viel die Rede, aber wirkliche Kompetenz vermisste ich oft, wenn ich es vergleiche mit der klassischen Sachbeichterstattung Wirtschaft und Sozialpolitik. Stellt die Frage der Qualifikation von Journalisten in dem Fall

auch die Frage einer Gegenmacht zur Politik dar?

Kröter: Nein, noch nicht. Es ist ja auch kein Zufall, dass es das Feuilleton der Allgemeinen war, das die Biotech-Diskussion auch auf den politischen Seiten stärker gedruckt hat. Da müssen wir, glaube ich, nacharbeiten und es kommt sicherlich auch darauf an, bei den journalistischen Studiengängen und überhaupt in der Journalistenausbildung darauf hinzuweisen, dass mindestens so wichtig wie Kommunikationswissenschaften, Jura oder ähnliches, heutzutage und in Zukunft naturwissenschaftliche oder andere Studiengänge sein könnten. Das wird sicherlich noch eine Weile dauern, ist aber, glaube ich, nicht aufzuhalten.

Röhm: Bonn war nicht Weimar, aber Berlin ist auch nicht Bonn. Wo waren Sie denn lieber, wären Sie wieder gern am Rhein?

Kröter: Der Winfried Schalau, ARD-Korrespondent in Südostasien hat mal gesagt, er sei 10.000 km von seiner Zentrale entfernt und er möchte keinen davon missen. Ich war in Bonn 600 km von meiner Zentrale entfernt, jetzt bin ich 3km entfernt. Bei dieser Aussage möchte ich es belassen.

Röhm: Vielen Dank, Thomas Kröter.

Nach „Big Brother“... – Wohin treibt die Bürgergesellschaft?

**Kurt Beck (Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz und Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder)
befragt von Lucia Braun (aspekte – ZDF)**

Braun: Herr Ministerpräsident, wie fühlt man sich, wenn die Sendung, die man selber leidenschaftlich bekämpft hat, die man im Vorfeld wie Sie bereits verbieten wollte, wenn ausgerechnet diese Sendung für den Deutschen Fernsehpreis nominiert wird und das Fernsehereignis des Jahres war, das die Programmdebatte bestimmt hat?

Beck: Ja man kann nur sagen: Traurige Wirklichkeit ist aus dem geworden, was man befürchtet hat. Meine Befürchtung war ja nicht, dass ein einzelnes Sendeformat die ganze Kultur in Deutschland verändern würde, sondern dass wir wieder einmal eine Spiraldrehung weiter gehen bei Tabuverletzungen und beim respektlosen Eindringen in die Privatsphäre der Menschen.

Braun: Sie sprachen konkret von einem Menschen-Experiment, inzwischen weiß jeder, das ist ein Spiel mit zwar fragwürdigen, aber sehr transparenten Spielregeln, die kann

man bescheuert finden kann, langweilig oder blöd – aber dabei von Verstoß gegen die Menschenwürde zu sprechen, wie Sie es getan haben, ist das nicht ein wenig hoch gegriffen? Bleiben Sie dabei, dass auch jetzt die zweite Staffel „Big Brother“ ein Verstoß gegen die Menschenwürde ist?

Beck: Ich bleibe dabei. Man darf nicht übersehen, dass Menschen unter dem Druck von Millionen Zuschauern Dinge tun, die sie bei nüchterner Überlegung nie tun würden. Sie entblößen sich. Nicht im körperlichen Sinne, sondern was ihre Befindlichkeit und ihre Menschlichkeit angeht. Sie zeigen sich, wie man dies bei halbwegs vernünftigem Verhalten allenfalls im intimsten Familienkreis tun würde. Alles wird offen ausgetragen, offen dargestellt. Es wird Druck erzeugt. Von dieser hergestellten Öffentlichkeit vor dem Container wird eine bestimmte Situation der Abneigung bis hin zu Hasstiraden erzeugt oder eben hei-

Beste und innigste Zuneigung. Das alles sind künstlich erzeugte Gefühlswelten, die mit der Wirklichkeit sehr wenig zu tun haben. Ich glaube, dass das die Menschen verändert. Ich befürchte, wenn wir es jetzt nicht schaffen, werden wir eines Tages nicht mehr die Kraft haben, die Zielrichtung umzukehren.

Braun: Im Rundfunkstaatsvertrag steht, dass Sendungen, die gegen die Menschenwürde verstoßen, unzulässig sind. Seit dem 1. April gibt es einen Zusatz: Die Einwilligung ist unbeachtlich. Das heißt, es kommt also nicht darauf an, dass die Kandidaten freiwillig in diesen Container gehen. Da frage ich mich, spielt es für das Gesetz wirklich eine Rolle, wenn elf erwachsene Leute sagen: Ich setze mich einem Experiment aus, das ich als persönliche Herausforderung betrachte.

Wo hört das Selbstbestimmungsrecht auf, das ja ebenfalls im Grundgesetz verankert ist, und wo beginnen die Pflichten des Staates, die Menschenwürde zu schützen? Ich finde, das ist eine schwierige Grenze. Wo ist diese Grenze für Sie?

Beck: Das ist eine ganz schwierige Grenzziehung und ich glaube, man muss nach den Werten fragen, die hinter einer solchen Entwicklung stehen. Die Frage ist, ob diese Shows

über die Grenze der Verletzung der Menschenwürde hinausgehen, nur um eine Show zu erzeugen, die dann Einschaltquoten bringt.

Braun: Wer legt die Grenze fest? Das ist doch der Punkt.

Beck: Wir schreiten ja in anderen Bereichen auch ein, wenn wir die Gesamtentwicklung der Gesellschaft für bedroht halten. Die Tatsache, dass wir Jugendschutzrechte verankern, ist eine Grenzziehung. Die Tatsache, dass wir bestimmte Darstellungen von Sexualität über ein bestimmtes Maß hinaus – zumindest zu bestimmten Zeiten und für bestimmte Altersgruppen und in der öffentlichen Form von Fernsehen – untersagen, ist eine Bestimmung der Grenze.

Braun: Wer ist wir? Die Landesmedienanstalt?

Beck: Nein, der Gesetzgeber. Er zieht in diesem Fall – beispielsweise durch Jugendschutzrechte – mit der Ausgestaltung der Verfassung diese Grenzen. Ich weiss, dass solche Grenzziehungen mit der Entwicklung einer Gesellschaft immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden müssen, aber man kann nicht einfach sagen: Das sind ja alles Freiwillige, also dürfen sie alles tun. Es

muss auch mit dem Interesse der Gesamtgesellschaft abgeglichen werden.

Braun: Das Interesse gibt es. 3,5 Millionen, die jeden Tag gucken.

Beck: Das bestreite ich ja gar nicht. Es gäbe sicher auch Interesse, wenn sich 10 Leute entschließen würden, die nächsten drei Tage nackt durch Mainz zu rennen. Dafür gäbe es sicher viele Zuschauer. Ich bleibe aber trotzdem dabei, dass dies Erregung öffentlichen Ärgernisses ist. Wir haben den Anspruch, dass wir das gemeinschaftliche, vernünftige Zusammenleben gestalten und wo es sein muss, auch mit Gesetzen gestalten.

Die Frage ist doch: Wann wird es soweit sein, dass eine öffentliche Hinrichtung aus China im deutschen Fernsehen übertragen wird? Ich bin überzeugt, da wird es mehr als 3,5 Millionen Menschen geben, die einschalten werden. Wenn wir dann sagen: Na ja, ist halt so, es ist ja ein Interesse da. Die Einschaltquote stimmt, drum herum kann man Werbung platzieren, wenn man sich dann noch ein bisschen empört gibt und eine empörte Erklärung dazu abgibt ist das Ganze in Ordnung. Aber dann haben wir wieder einmal ein entscheidendes Tabu über Bord geworfen. Darüber muss diskutiert

und gestritten werden. Ich möchte so wenig wie möglich mit Verboten arbeiten und so viel wie möglich mit Einsicht.

Braun: Wie kann man Leute, die gegenhalten, mehr mit einbeziehen? Es gibt auf der einen Seite die Landesmedienanstalten, die auf ihrer Ebene für die Medienkontrolle da sind. Auf der anderen Seite gibt es die Verantwortlichen in den Fernsehanstalten. Es gibt die Öffentlichkeit, die darüber diskutiert.

Wie kann Medienkompetenz und Medienkritik zu einem öffentlichen Diskurs werden, der wirklich auch Auswirkungen hat?

Beck: Zunächst einmal ist die Diskussion über solche Fragen ein Wert an sich, der auch, wie ich hoffe, Einfluss auf das Verhalten hat. Ich bin überzeugt, dass ohne die öffentliche Diskussion bei diesem „Big Brother“ Format und bei anderen Formaten, die nachgefolgt sind, die Grenzverletzungen noch intensiver gewesen wären. Es hat ja durchaus, wenn auch bescheidene, Veränderungen im Konzept gegeben im Zuge der Diskussion. Ich habe mit den Verantwortlichen selber auch unter vier Augen über diese Frage diskutiert. Es sind einige Verschärfungen aus diesen Spielsituationen herausgenommen worden, und den

Kandidaten wurde die Möglichkeit eingeräumt, sich mal in einen Raum zurückzuziehen. Ich halte dies nicht für ausreichend, aber es zeigt, dass es doch Reaktionen gegeben hat, wenn auch bescheidener Art. Die Tatsache, dass viele Leute sagen: Ich will in einer Gesellschaft leben, in der der Spaß über allem steht, darf letztendlich nicht dazu führen, zu meinen, dass, wenn das 3,5 Millionen gut finden, es die anderen 67 Millionen in Deutschland auch gut finden müssen. Ich will jetzt nicht Geschmacksfragen zur Grundlage von Gesetzen machen, aber auch

über Geschmacksfragen darf man diskutieren.

Braun: Das ist aber ein großer Unterschied. Wo fängt der schlechte Geschmack an und wo fängt die Verletzung der Menschenwürde an?

Beck: Ich denke, über Geschmacksfragen darf man und muss man diskutieren, aber dort, wo der Gesetzgeber oder der Staatsvertragsgeber jetzt einschreitet, müssen noch andere Grenzen, nämlich die Grenzen, die in unseren Gesetzen gezogen sind, verletzt sein. Wenn das erreicht



Ministerpräsident Kurt Beck im Gespräch mit Lucia Braun (ZDF)

ist, muss man alle Grenzverletzungen klar benennen.

Braun: Sämtliche Folgeprodukte die nach ‚Big Brother‘ kamen, wie Inselduell oder Robinson geben vor, das echte Leben zu imitieren. Die Reality, die man im Fernsehen sieht, ist nicht die Realität, wie wir alle wissen. Die Kandidaten bewegen sich ja in einem virtuellen Raum – völlig losgelöst von ihrer sozialen Wirklichkeit. Wo würden Sie sagen, weil sie vorhin die Hinrichtung nannten, wo sagen Sie Stop, was Reality-TV betrifft?

Beck: Im Bereich von Spielshows bewegen wir uns dann an Grenzen heran, wenn Spiele gemacht werden, die mit eindeutiger Lebensgefahr für Kandidaten und Kandidatinnen verbunden sind. Dann muss man fragen, inwieweit das verantwortbar ist. Und das müssen sich zunächst einmal die Verantwortlichen fragen. Es gab Science Fiction Filme, wo Menschen gejagt wurden und eine johlende Menge mitspielte. Wir sind nicht mehr so arg weit davon entfernt. Ich habe gehört, dass man sich da auf ein Gleis legen muss und ein Zug drüber wegfährt. Der Kopf wird angebunden, damit man nicht vom Zug erwischt wird. Das scheint unglaublich, aber soweit ist das nicht mehr entfernt. Dieses Herantasten

an den Tabubruch, das muss zunächst kritisch diskutiert werden, und wenn das alles keinen Sinn hat, muss man darüber reden, ob man Grenzen zieht.

Braun: Also dann auch durch Gesetze?

Beck: Dann auch. Aber, wie gesagt, ich bin der Letzte, der in diesem Bereich nach Gesetzen ruft. Im Gegenteil, ich habe in den medienpolitischen Grundthesen und Fragestellungen als Aufgabenstellung für die Rundfunkkommission, die ich mir von der letzten Ministerpräsidentenkonferenz erbeten habe, eine Passage drin, die auch auf europäischer Ebene, Stichwort Europäische Fernsehrichtlinie, die Möglichkeit sucht, die Eigenverantwortung zu stärken, sie aber auch einzufordern.

Braun: ‚Big Brother‘ ist ein Show-Format. Jetzt gibt es aber die Tendenz der ‚Big Brotherisierung‘, d.h. eine von vielen Kritikern beobachtete Verflachung des Gesamtprogramms. Teilen Sie die in letzter Zeit gerade auch aus Bildungskreisen formulierte Kritik am Qualitätsverlust im deutschen Fernsehen, nicht nur bei den Privaten, sondern vor allem bei den Öffentlich-Rechtlichen?

Beck: Ich würde das gerne differenziert betrachten, weil ich erlebe auch

an einer Reihe von Stellen, dass man sich um Qualität bemüht, dass man sich um Verantwortung bemüht. Man muss ja immer beide Seiten sehen, sonst zeichnet sich automatisch ein schiefes Bild.

Braun: Sehen Sie eine Boulevardisierung in den Nachrichten?

Beck: Also da sehe ich bestimmte Tendenzen, aber ich glaube, dass man darüber diskutiert hat und da auch wieder bewußter geworden ist. Eine Darstellung der Nachrichtensendungen in einer etwas offeneren Form, also nicht diese Verlautbarungen von höchster Stelle, das halte ich nicht für einen Tabuverstoß, sondern für eine vernünftige Entwicklung, bei der wir mitgehen können. Ich habe mir einmal im japanischen Fernsehen Nachrichten angeguckt, zwar kein Wort verstanden, aber die Tatsache, dass zwischen jeder Sendung irgendwelche Leute da herumgekaspert haben, das muss ich sagen, habe ich nicht gerade als begeisternd und als anregend gesehen.

Braun: Im deutschen Fernsehen würde Ihnen jetzt kein Beispiel einfallen?

Beck: Mir fällt schon das eine oder andere ein, unter dem Motto: Ich geb Gas, ich will die Spaßmentalität. Da

spürt man natürlich – ohne dass ich da immer mit den Fingern auf die Privaten zeige – schon Entsetzliches. Wenn da irgendein Ereignis aus der Showszene als erste Meldung kommt, an einem Tag, an dem in Japan ein neuer Ministerpräsident gewählt wird und diese Meldung gerade mal noch so als siebte, als Kurzmeldung dran gehängt wird, dann fragt man sich, ist das der richtige Weg? Damit bekommt man sicher mehr junge Leute vor den Fernseher, aber ob das die verantwortliche Art und Weise ist, mit solchen Sendungen umzugehen, weiß ich nicht.

Braun: Aber Sie haben jetzt keine konkrete Kritik am Öffentlich-Rechtlichen oder an dem, was vielleicht auch die Zukunft des Öffentlich-Rechtlichen sein könnte?

Beck: Also es gibt sicher auch einen Anpassungsdruck, den die Öffentlich-Rechtlichen aufgenommen haben, weil man Einschaltquoten braucht. Ich verüble es den Leuten nicht, dass sie sich fragen, wer guckt uns denn zu, wie kommen wir denn an mit unseren Formaten? Da ist sicher auch manchmal nicht mehr allein die journalistische Sorgfaltspflicht Maßstab, für das, was in einer Nachricht oder in einer Hintergrund beleuchtenden Sendung oder einer aktuellen Sendung mit drin ist,

aber es gibt sicher noch einen, das sagen einem auch die Studien, einen qualitativen Unterschied, in dem, was die Öffentlich-Rechtlichen im informativen Teil ihrer Programme senden. Ich wollte noch eins sagen dürfen: Ich will auch nicht so verstanden werden, dass leichte lockere Sendungen ohne einen tieferen Anspruch keine Platz haben sollen. Ich habe nichts gegen eine Schlagerparade, ob sie mir gefällt, ist ja eine ganz andere Frage, ich muss sie ja nicht gucken. So etwas würde ich nicht mit Naserümpfen und hochnäsiger sagen: Das darf jetzt nicht da gesendet werden, weil das ist ja nicht anspruchsvolle Kultur. Aber wenn die Maßstäbe, die in der Realität gelten, im Fernsehen völlig über Bord geworfen werden, dann fragt man sich, ob wir nicht auf einer schiefen Ebene sind und ich meine, dann ist man auf einer schiefen Ebene. Da gibt es natürlich das weite Feld der Freiheit, der Kultur, da muss man aufpassen, dass nicht Zensur dann an diese Stelle tritt, deshalb sage ich, es geht immer in erster Linie darum, die Eigenverantwortung einzufordern. Wir haben so viel Freiheit im Bereich des Journalismus, zumindest bei denen, die sich verantwortlich zeichnen für die einzelnen Sendungen, bei den einzelnen Journalisten sind es ja leider oft anders aus, aber wir haben so viel Freiheit, da

muss auf der anderen Waagschale auch die Verantwortung eingefordert werden, die dieser Freiheit entspricht.

Braun: Apropos, es gibt einen alten, aber immer noch gültigen Satz von Adorno, der heißt: "Der Zuschauer hat das Recht, nicht betrogen zu werden, auch wenn er betrogen werden will!" Glauben Sie, dass die Öffentlich-Rechtlichen von diesem Recht genug Gebrauch machen?

Beck: Ich nehme an, dass es überwiegend noch so ist, dass man sich überwiegend um Verantwortung bemüht und insoweit glaube ich, dass wir jetzt noch keinen Grund haben, Alarm zu schlagen, aber wir müssen auch was das Öffentlich-Rechtliche Fernsehen angeht, aufmerksam sein. Braun

Also insgesamt haben Sie ein positiveres Bild der Medien als das Bild, das heute Morgen sozusagen von den Fernsehmachern gezeichnet wurde. Sie sind eigentlich positiv skeptisch, wenn ich das mal so sagen darf.

Beck: Ja, ich bin nicht hoffnungslos, dass wir das noch vernünftig in den Griff kriegen können. Man muss die Dinge immer relativ sehen. Wenn ich irgendwo im Ausland bin und dort einmal ins Fernsehen schaue

und diese dort gesammelten Erfahrungen der letzten Jahre vergleiche, dann muss ich sagen, bin ich wieder relativ zufrieden, wenn ich heim komme.

Braun: Sie haben in der Auseinandersetzung um „Big Brother“ gesagt, die Sender sollten nicht jeden Mist mitmachen. Dasselbe könnte man auch Politikern empfehlen.

Wenn Jenny Elvers ihren Bauch in die Kamera zeigt, dann ist das ein lästiger Exhibitionismus. Wenn aber die Jenny Elvers der FDP, Guido Westerwelle, sich in den Container setzt, dann hat das eine andere Bedeutung. Meine Frage ist: Welche Veränderung für die Darstellung der Politiker haben eigentlich solche Sendungen wie „Big Brother“? Was bedeutet diese Art von Medienpräsenz, in der die Politiker nicht mehr mit der guten alten argumentativen Rhetorik zu überzeugen versuchen, sondern nur noch durch ihre Präsenz. Nach dem Motto: sag einfach Du zu mir. Wären Sie auch reingegangen?

Beck: Nein, ich wäre sicher nicht reingegangen. Ich hatte im übrigen eine Einladung.

Braun: Warum sind Sie nicht gegangen?

Beck: Weil ich da die Grenzen sehe und man sich eben nicht missbrauchen lässt. Ich habe mich schon schwer getan mit der kritischen Diskussion, weil ich mir bewusst war, dass ich denen durch die kritische Diskussion auch Hasen in den Stall treibe. Aber die Diskussion musste sein, gerade für jemanden, der für die Medienpolitik mitverantwortlich ist. Aber sich da hinzuhocken und damit dem Tabubruch noch ein Stückchen persönlichen Vorschub zu leisten und dann noch zu meinen, man könnte das differenziert darstellen, zumindest hinterher zu behaupten, man habe das so gewollt – das ist glaube ich nicht schlüssig. Das glaube ich, ist nicht schlüssig und daraus wird keine vernünftige Verhaltensweise. Aber für Herrn Westerwelle oder für Herrn Möllemann übernehme ich keinerlei Verantwortung.

Braun: Die haben dadurch einen enormen Zuwachs an Popularität bekommen, vor allen Dingen bei den jungen Leuten.

Beck: Das macht einen traurig.

Braun: Aber was bedeutet das für die Politiker? Nicht nur die Medien verändern sich, sondern auch die Politiker.

Beck: Das ist wahr. Aber die Frage ist natürlich auch, warum ist es spannend, eine Sendung mit denen zu machen. Es wäre auch schön, wenn die Medien dann auch die Kraft hätten, so etwas eben einfach nicht zu senden. Und wenn es der eine tut ..

Braun: Um Gottes Willen. Warum sollten sie das. Das ist doch ein Superding, wenn der Westerwelle im Container sitzt.

Beck: Das ist ja unser Problem, dass es zwischenzeitlich alles super Dinge sind und am Ende ist die Gesellschaft eben...

Braun: Entschuldigung Herr Beck, verstehe ich Sie richtig? Soll das Fernsehen jetzt die Leute vor den Politikern schützen?

Beck: Sie kritisieren jeden Schritt, den die Politiker gehen. Warum kritisieren Sender nicht auch solche Vorgehensweisen?

Braun: Ich finde kritische Berichterstattung gegenüber Politikern eher selten.

Beck: Das stimmt doch gar nicht. Sie kritisieren doch jeden Schritt, den wir gehen. Es wird doch kaum ein positives Wort über politische Entscheidungen berichtet oder geschrie-

ben. Also, jetzt lassen Sie mal die Kirche im Dorf. Es gibt kaum noch etwas Positives, nur das Negative wird berichtet. Was ich gar nicht bejammere. Ich denke, kritisches Fernsehen, kritische Journalisten haben auch ihre Aufgabe in unserer Gesellschaft. Und was Politiker im Container betrifft, hätte ich eingefordert, dass man sich auch mit einem solchen Verhalten ein bisschen intensiver auseinandersetzt und nicht nur mit dem Unterton eines Schmunzelns.

Braun: Aber Herr Beck, es ist doch absurd, wenn Sie fordern, dass das Fernsehen aus Jugendschutzgründen verhindern soll, Westerwelle zu zeigen, wie er im Container sitzt.

Beck: Das habe ich ja nicht gesagt. Ich habe gesagt, dass die verantwortlichen Sender, die einen anderen Anspruch formulieren, sich mit einer solchen Verhaltensweise auch mal intensiv auseinandersetzen sollten – und zwar auf jugendgerechte Weise. Warum setzt sich ein Sender wie SWR 3, nicht einmal mit einer solchen Geschichte kritisch auseinander und nicht nur schmunzelnd und ein bisschen jauchzend, was von den jungen Leuten, die den Sender hören, sicher nicht als kritische Auseinandersetzung empfunden werden konnte. Das habe ich, weil ich das

morgens unter der Dusche höre, zumindest so empfunden. Und da darf ich doch einmal was einfordern. Denn zurecht sagen Sie, verteidigt mal das öffentlich-rechtliche Fernsehen und den Rundfunk und die Gebühren. Ich bin gerade wieder dabei und lass mich beschimpfen und jetzt möchte ich auch einmal, dass Sie einmal das mit verteidigen, was die Werte sind, die öffentlich-rechtlichen Rundfunk vom Privaten unterscheiden, nach Ihrer eigenen Lesart.

Braun: Sendungen wie Big Brother sind in gewissem Sinne eine Farce auf die demokratischen Prinzipien. Sie spielen mit Begriffen wie Nominierung, Wahl, Kandidaten etc. Es ist kein Zufall, dass der englische Gewinner im Container bei seiner Wahl mehr Stimmen hatte als bei der letzten Unterhauswahl alle Konservativen zusammen. Wird es irgendwann so sein, dass die demokratische Beteiligung übers TED, übers Fernsehen oder Internet die direkte Bürgergesellschaft ablöst? Sehen Sie da ein Problem?

Beck: Natürlich sehe ich ein Problem, wenn es so wäre, weil der Manipulation dann Tür und Tor geöffnet ist. Da muss man versuchen, argumentativ dagegen zu halten. Man

muss versuchen, Angebote zu machen. Wir müssen versuchen, ein breites Spektrum zu erhalten, und deshalb bin ich durchaus dafür, dass öffentlich-rechtliche Sender nicht zurückgeschnitten werden auf ein bisschen Bildungsfernsehen und ein bisschen Information, und es hat sich dann. Es müssen auch jugendgerechte Formate angeboten werden, damit man Leute bindet und versuchen kann, einigermaßen seriöse Information eben auch an diese Zielgruppe heranzubringen. Sie sollen eine Chance bekommen, sich selber entscheiden zu können und sich eine Meinung bilden zu können und sich positionieren zu können zu wichtigen gesellschaftlichen Themen.

Das ist schon eine Aufgabe, und zwischen diesen Polen muss man halt den richtigen Weg finden. Es ist ja nicht schwarz oder weiß an dieser Stelle, sondern es gibt viele Schattierungen dazwischen, in denen wir uns bewegen müssen.

Braun: Herr Beck, jetzt wollte ich Sie konfrontieren mit einem Satz, mit einer Äußerung von Dieter Stolte, ZDF-Intendant. Davor wollte ich sie aber fragen, im Spiegel haben wir alle gelesen, dass Sie in Absprache mit Clement gesagt haben sollen, auf die Ankündigung von Stolte, er könne sich eine Verlängerung seiner

Amtszeit vorstellen, er sei wohl kaum der richtige Mann, um das ZDF in die Zukunft zu führen. Stimmt diese Aussage oder stimmt sie nicht? Gestern in der Welt habe ich gelesen, Sie wollten das nie gesagt haben. Haben Sie es gesagt oder nicht?

Beck: Es hat dieses Gespräch zwischen Wolfgang Clement und mir nicht gegeben, infolge auch nicht die Aussage.

Braun: Ich habe gehört, dass der Redakteur von der Medienseite des Spiegels auch da sein soll. Mich würde es wirklich interessieren. Ich meine, wie kommt so eine Nachricht zustande?

Beck: Das würde mich auch interessieren. Am Montag hatten wir Medienkommission der SPD des Präsidiums und da war Wolfgang Clement dabei und viele andere und wir waren beide erstaunt. Ich hatte es zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht lesen können, dass es diese Meldung gibt. Also das Treffen hat es nicht gegeben.

Braun: Das Treffen hat es nicht gegeben, aber die Äußerung schon?

Beck: Nein, die Äußerung hat es auch nicht gegeben.

Braun: Dort sitzt Hans-Jürgen Jakobs vom Spiegel. Herr Jakobs, wie haben Sie die Meldung ins Blatt bekommen? War das einfach nur schlecht recherchierter Journalismus, pure Erfindung? Ist ein Körnchen Wahrheit dran?

Jakobs: Sie können davon ausgehen, dass wir uns bei allen Beteiligten informiert haben. Ich habe nicht persönlich mit Herrn Beck gesprochen, das ist richtig. Aber im Umfeld gab es Äußerungen, die eindeutig gleichlautend in diese Richtungen zielen.

Braun: Im Umfeld von Herrn Beck also.

Jakobs: Sie werden verstehen. Ich würde das letzte Mal Informationen bekommen, wenn ich jetzt sage, mit wem ich gesprochen habe. Ich kann nur sagen, wir bleiben bei der Darstellung.

Braun: Sie bleiben bei der Darstellung?

Jakobs: Wir bleiben bei der Darstellung.

Braun: Sie werden nicht dementieren?

Jakobs: Warum sollen wir das dementieren.

Braun: Weil Herr Beck sagt, es stimmt nicht.

Jakobs: Wir haben ordnungsgemäß recherchiert. Und wenn Sie im Frühjahr nochmals nachfragen, werden wir in der Personalsache sicherlich erstaunliche Entwicklungen bemerken können.

Braun: Herr Beck, jetzt bringe ich Sie in Schwierigkeiten.

Beck: Sie bringen mich gar nicht in Schwierigkeiten. Wenn über ein Treffen berichtet wird, das es nicht gegeben hat, dann kann etwas nicht stimmen. Also wieso bin ich dann in Schwierigkeiten. Das darf ja wohl nicht war sein, dass ich jetzt in Schwierigkeiten bin. Also jetzt hören Sie mal auf. Diese Art und Weise, die ist unmöglich.

Braun: Sie sind deswegen in Schwierigkeiten, weil der Kollege sagt, das Umfeld von Ihnen habe... er habe eindeutige Indizien dafür, aus Ihrem Umfeld, dass Sie so eine Äußerung gemacht haben könnten. Wenn ich es richtig verstanden haben könnte. Ich glaube nicht, dass Sie deswegen in Schwierigkeiten sind.

Beck: Also ich kann nur nochmals sagen, es hat kein Gespräch über diese Frage zwischen Wolfgang Cle-

ment und mir gegeben. Dieses Treffen hat es nicht gegeben.

Braun: Ok, das wissen wir.

Beck: Ja, das wissen wir. Aber das muss man doch zugrundelegen, wenn daraus dann eine Meldung entsteht, dann muss etwas nicht stimmen und zwar an der Meldung.

Braun: Aber könnte das Umfeld stimmen, dass diese Aussage ...?

Beck: Dazu wollte ich Ihnen gerade etwas sagen, Sie haben mich ja noch nicht zu Wort kommen lassen. Ich wollte dazu gerade etwas sagen.

Ich bin nebenbei noch Verwaltungsratsvorsitzender dieser größten Fernsehanstalt Europas und habe damit auch Verantwortung. Die Beteiligten dort wissen, dass ich sorgfältig darauf geachtet habe, darauf achten werde, erstens dass die Spielregeln, wie sie in den Staatsverträgen stehen, eingehalten werden, nämlich dass die Gremien und dann zum richtigen Zeitpunkt eine solche Frage entscheiden. Und ich werde nie, weder beim ZDF noch im politischen Bereich, jemanden der in einer Aufgabe steht mit Äußerungen einer solchen oder ähnlichen Art sozusagen zur Handlungsunfähigkeit bringen. Das muss man doch sehen. Ich habe eine ganz andere

Grundhaltung zur Verfahrensweise in solchen Fragen. Deshalb hat es mich auch so gewundert. Insoweit gibt es überhaupt keinen Anlass. Es wäre wirklich für eine ein so große Anstalt ein schwerer Fehler, wenn man jemand an der Spitze hätte, über dessen Nachfolge oder Nichtnachfolge eine Diskussion begonnen würde. Dies ist nicht meine Art, mit Personalien umzugehen. Das habe ich noch nie gemacht und ich werde es auch nicht machen. Das ist, denke ich klar und eindeutig. Und wenn der richtige Zeitpunkt kommt, der wird auch nicht im Frühjahr gekommen sein, der wird deutlich später liegen, aber wenn der richtige Zeitpunkt kommt, natürlich werde ich mich dann an einer solchen Diskussion beteiligen. Dann ist sie angebracht und dann bin ich auch ein Stück weit mit aufgerufen, als Mitglied eines Gremiums, das zwar nicht unmittelbar entscheidet, weil das der Fernsehrat tut, aber dass man da eingebunden ist, in solche Entwicklungen, das will ich überhaupt nicht bestreiten.

Braun: Also dürfte ich als schlichte Frau von der Straße sagen, der Spiegel hat ein bisschen recht?

Beck: Das ist eine Faktenverdrehung, was Sie jetzt vornehmen. Ich habe jetzt exakt das Gegenteil gesagt.



Kurt Beck

Exakt das Gegenteil. Natürlich hat er ein bisschen recht. Richtig ist, dass Herr Stolte in einem Alter ist, wo man sich fragt, wird er nochmals kandidieren oder nicht. Das ist wahr. Insofern hat man immer ein bisschen recht. Das ist gar keine Frage. Und richtig ist auch, dass Herr Stolte Interviews gegeben hat, die missverständlich hätten wahrgenommen werden können. Das ist auch wahr.

Braun: Dann komme ich zu dem Zitat, mit dem ich Sie kurz konfrontieren möchte. Dieter Stolte sagte vor wenigen Tagen in einem Interview anlässlich der Gebührenerhöhung, Zitat: Es gibt drei Legenden über

den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die sich hartnäckig halten.

1. Das Fernsehprogramm werde immer schlechter.

2. Es gebe eine Konvergenz, also eine Annäherung zwischen öffentlichen und privaten Sendern und

3. Es gebe so etwas wie Selbstkommerzialisierung.

Stolte hält alle drei Vorwürfe für haltlos. Und Sie, Herr Ministerpräsident?

Beck: Ich habe ja vorhin etwas dazu gesagt. Ich glaube nicht, dass das Fernsehprogramm immer besser geworden ist. Ich denke insoweit, dass man die Gefahr real sehen muss. Dass man sich eher, ich sage mal, dem was man Zeitgeschmack nennen kann, vielleicht ein bisschen zu leicht neigt, an manchen Stellen. Das gilt auch nicht durchgängig und das würde ich nicht für jede Sendung oder für jeden Journalisten, für jeden Moderator sagen.

Das ist eine ganz differenziert zu betrachtende Frage. Es gibt Sendungen, Sendeformate, an denen ich Kritik habe und es gibt andere, finde ich, die haben einen hohen Anspruch, manche einen eher wachsend hohen Anspruch an sich selber und sie werden dem auch gerecht. Das wollte ich damit deutlich machen und ich bleibe dabei,

dass ich mir herausnehme, die Dinge differenziert zu sehen.

Braun: Punkt 2, es gebe eine Konvergenz, also Annäherung zwischen öffentlichen und privaten Sendern?

Beck: Das gilt auch für manche Bereiche. Wenn ich z.B. das Thema Sponsoring nehme in Abendsendungen, dann muss ich sagen, das ist eine Art Konvergenz. Das ist zwar nicht Werbung, aber manchmal sind die Unterschiede nicht mehr so deutlich feststellbar. Ich bin gar nicht gegen Sponsoring. Ich glaube, dass wir uns diese Einnahmequelle erhalten sollten, aber wenn man sagt, es wäre so etwas wie eine Konvergenz zwischen den Erscheinungsformen, dann glaube ich, guckt man über etwas hinweg.

Braun: Und dort, wo Sie diese Annäherung sehen, finden Sie das nicht so gut?

Beck: In dieser Frage des Sponsorings sage ich ganz bewusst, ich halte dies für ein legitimes Mittel eine zusätzliche Finanzierung zu bekommen. Die Grenzen müssen erhalten bleiben. Es darf nicht überzogen werden und ich finde es nicht mehr gut, wo man den Leuten ein X für ein U vormacht. Wenn ich ein Fußballspiel sehe und in der Halbzeit-

pause verlost eine Versicherung, irgendein Auto oder eine Reise und jeder weiß, es geht nicht um die Reise, oder um die Frage ob Völler schon 80 Jahre ist oder erst 70 oder gerade 40, sondern eben die Versicherung im Vordergrund steht, dann sage ich, dann sollte man sich zu einer Sponsoringgeschichte bekennen und nicht das so hintenrum kaschieren.

Braun: 3. Es gebe so etwas wie Selbstkommerzialisierung?

Beck: Ich kann nur sagen, ich erwarte von einem Sender, dass er natürlich in dem Sinne kommerziell handelt, dass man möglichst in vielen Bereichen optimiert und mit den Beitragszahlungen und mit den Gebührengelder so optimal wie möglich umgeht. Wenn mit dem Begriff gemeint ist, dass eine Reihe von Aufgaben über privat-rechtlich organisierte Tochtergesellschaften organisiert ist, dann glaube ich, dass dies legitim ist. Man muss das nur offenlegen, man muss wissen, wer macht was, unter welchen Bedingungen und wie ist das, was eben dort gemacht wird, kontrolliert. Wenn das so ist, warum kann man nicht Produktion und ähnliches mehr mit privaten Firmen gemeinsam oder mit gemeinsamen Töchtern fahren?

Braun: Herr Beck, was halten Sie vom System der Selbstkontrolle?

Beck: Ich fände es gut, wenn sich aus den Rundfunkhäusern, aus der journalistischen Verantwortung heraus eine Kontrolle entwickelte. So dass nicht von außen sozusagen ein sachfremder überhaupt nicht passender Maßstab gesucht wird. Das muss dann schon ein Maß an Verbindlichkeit haben und ich glaube auch, dass wir, wenn diese Dinge nur hingeschrieben und nicht gemacht werden, dass wir dann ein Sanktionsinstrumentarium zumindest androhen sollten. Im übrigen, ich bin nach wie vor ein Anhänger einer Gruppe von erfahrenen Persönlichkeiten aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, die sich mit solchen Fragen befasst, ohne dass sie direkt Einfluss hat, aber die mahnend hinweisend die Diskussion mit prägen kann

Braun: Herr Ministerpräsident bei den Medientagen in München diese Woche hat Ihr Kollege Stoiber vorgeschlagen, dass man eine Vereinheitlichung des Jugendschutzgesetzes macht, was auch das Internet betrifft. Sind Sie da auch seiner Meinung?

Beck: Ich bin nicht seiner Meinung, das ist meine Meinung.

Braun: O.K. um so besser.

Beck: Das darf ich in dem Fall sagen, weil er hat, und darüber habe ich mich sehr gefreut, exakt das in seiner Rede vorgetragen, was ich der Ministerpräsidentenkonferenz in Schwerin vorgeschlagen habe. Es ist eine seltene Einheit gewesen. Wir werden mit dem Bund verhandeln müssen und die Aufgaben klar abgrenzen müssen. Meine Vorstellung ist, dass wir den Bereich des Jugendschutzes generell bei den Ländern verorten. Wir können das auch. Wir haben hier in Mainz die Aufgabe übernommen, über Jugendschutznetz, über automatische Filter, im Bereich Internet Jugendschutzverletzungen herauszufiltern. Wir ge-

hen den Dingen auch konsequent nach, und ich möchte, dass der Bereich der im Bereich Mediengesetze und der Teledienste sich abspielen kann, da wird ja vieles noch möglich sein, Stichwort: neue Frequenzmöglichkeiten etc, dass der eben an Kontrollen an den Bund gegeben wird, so dass ganz klar getrennte Zuständigkeiten da sind und wir insoweit uns nicht fragen müssen, ist es jetzt Fernsehen oder ist es Point to Point-Angebot, was dann letztendlich Bundeszuständigkeit oder Länderzuständigkeit bedeutet. Das versuchen wir zusammenzuführen. Meine Vorstellung ist, und auch das steht in dem Papier drin, dass wir dies bis zum Jahr 2003 geschafft haben wollen. Sagen mir einige, dauert



viel zu lange, sehe ich auch, aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht Regelungen machen, die der Wirklichkeit sozusagen vorgreifen wollen, sie aber dann verfehlen. Deshalb lasse ich mir in diesen Fragen lieber ein bisschen mehr Zeit und nehme den Vorhalt bewusst in Kauf, einer Entwicklung zu folgen, denn, wenn man ihr vorausgehen will... es hat sich soviel anders dargestellt, als es noch in Mediendiskussionen vor drei Jahren dargestellt worden wäre. Man muss da also das „ein bisschen Nachfolgen“ der rechtlichen Rahmenbedingungen in Kauf nehmen.

Braun: Die letzte Frage, eine leichte Frage zum Schluss. Was ist Ihre Lieblingssendung? Gibt es sowas?

Beck: Meine Lieblingssendung? Gut, Nachrichtensendungen.

Braun: Das gilt nicht.

Beck: Das gilt nicht? O.K. Fußball. Mal einen guten Film, wenn es einen gibt, meistens wird er dann so oft unterbrochen, wenn er bei den Privaten kommt, dass ich vor Wut ausschalte.

Braun: Phönix schauen Sie ab und zu?

Beck: Ich schaue Phönix fast jede Nacht noch einmal, häufig Zusam-

menfassungen, weil zu der Zeit sonst keine Nachrichten mehr kommen.

Braun: Wo Sie sich selbst manchmal auch sehen können, oder?

Beck: Also, ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Mir geht es immer so, dass ich mir nie selber auf dem Bildschirm gefalle. Deshalb gucke ich nicht bewusst hin, es sei denn, man weiß nicht, was ist rausgeschnitten worden, von dem, was man gesagt hat. Es interessiert mich schon, wie die Botschaft war, die über den Schirm gegangen ist gegenüber der, die ich vermitteln wollte. Aber sonst guckt man sich, glaube ich, nicht gern selber an. Ich sehe gerne fern, das will ich deutlich einräumen. Vielleicht liegt es daran, dass ich selten Zeit habe, und deshalb ist die Lust noch größer. Was ich toll finde, sind Reiseberichte wie über den Baikalsee oder die Seidenstraße. Das sind hervorragende Formate, die mich begeistern, die ich auch mal aufzeichne und mir später noch einmal ansehe.

Braun: Also die Domänen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen sehr für das Gespräch und wünsche Ihnen alles Gute.

Beck: Ich danke Ihnen.

Hans Leyendecker

Die moralische Macht der Medien – Was kann (investigativer) Journalismus bewirken?

1. Die Parlamente versagen. Die demokratische Aufgabe der Kontrolle wird häufig nur zum Schein wahrgenommen. Also muss der Journalist versuchen, den Part des Aufklärers wahrzunehmen.

2. In Deutschland ist die Sparte der Rechercheure chronisch unterbesetzt. Die angebliche vierte Gewalt ist oft nur viertklassig.

3. Investigativen Journalismus, wie er in den USA ausgeübt wird, gibt es hierzulande nicht. Ein paar Dutzend Rechercheure arbeiten ohne Apparat.

4. Die Blätter sind voll mit Pseudo-Enthüllungen. Fortwährend wird nichts Wesentliches enthüllt.

5. Auch die Regierenden enthüllen selbst unerbittlich und schieben Exklusives unterm Tisch durch, um derart die Medien zu steuern.

6. Die Kohl-Affäre wäre ohne die Untersuchungen durch die CDU nicht in vollem Umfang ans Licht gekommen.

Conny Hermann

Journalismus am Scheideweg: Farbe bekennen – Service contra Aufklärung

1. *Nehmen die Journalisten vor dem Hintergrund ihrer Karriereabsichten die Rolle wahr, die sie in einer Demokratie wahrnehmen sollten?*

Hat denn jeder Journalist automatisch Karriereabsichten? Das Gros der Journalisten wählt den Beruf, weil sie im Sinne der Demokratie berichten wollen. Ein verallgemeinernder, schlechter Ruf von Journalisten ist unangebracht. Journalisten werden von Politik und Wirtschaft gern ganz gezielt „eingesetzt“, um Informationen zu transportieren. Welche Informationen das sind, würden dieselben Interessengruppen und Personen aber am liebsten auch noch kontrollieren. Die Journalisten, die zuvor „benutzt“ wurden, werden anschließend angeklagt.

2. *Haben Sie eine Wächterfunktion und wofür haben Sie eine?*

Jeder Journalist sollte sich selbst Wächter sein für guten, sauberen Journalismus.

3. *Service contra Aufklärung. Aufdecken oder Abbilden? Herzblut oder Scheckbuch?*

Bis auf das Scheckbuch hat alles seine Berechtigung und muss sich nicht einmal widersprechen.

4. *Ist die Zeit vorbei, Farbe zu bekennen, Position zu beziehen und Engagement zu zeigen?*

Die Quote ist zum ausschlaggebenden Instrument geworden. Stimmt die Quote, darf Farbe bekannt werden auf Teufel komm raus.

5. *Gibt es einen positiven Begriff für Parteilichkeit von Journalisten?*

Der negative Begriff wäre auf jeden Fall, wenn Parteilichkeit mit Parteilichbuch verwechselt wird.

6. *Sollen Journalisten Anwalt sein?*

Journalisten sind nicht dazu da, Lesern, Zuhörern oder Zuschauern das Denken abzunehmen. Aber schon allein durch die Auswahl des Inhalts macht sich ein Journalist automatisch zum Anwalt. Berichtet ein

Journalist über die menschliche und ökonomische Katastrophe durch ein Mammutstaudammprojekt, macht er sich natürlich zum Anwalt der betroffenen Menschen.

7. *Der Informationsberg wächst ständig, aber verliert dadurch immer mehr an Wert?*

Die Gefahr wächst, jedes beliebige Ereignis zur Information zu erheben. Durch die Konkurrenz der Sender kann es sich kaum einer allein leisten, nicht zu berichten, worüber die anderen berichten.

8. *Kann man als Journalist noch Informationen bekommen, ohne dafür zu bezahlen?*

Ja, natürlich. Die Welt und die Menschen sind nicht so schlecht, wie sie gemacht werden.

9. *Verschwindet die Moral aus den Medien?*

Tendenzen dazu sind zweifelsohne vorhanden.

10. *Alles nur noch Focus-Brei?*

Ist der Focus tatsächlich so schlecht? Es gibt beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen eine ganze

Reihe Sendungen mit klarem Profil und den berühmten Ecken und Kanten. ML Mona Lisa gehört zu diesen Sendungen.

11. *Was war früher anders als heute?*

Es hat keine Privatsender gegeben.

12. *Wenn alles wichtig ist, ist dann alles auch egal?*

Wenn es tatsächlich so wäre, wäre der Satz richtig.

13. *Sind Leser, Hörer und Zuschauer überinformiert aber unterorientiert?*

Mehr Wertediskussionen wären ganz sicher nicht fehl am Platz.

14. *Service contra investigativer Journalismus?*

Investigativer Journalismus war schon immer der schwierigere Part. Trotzdem gibt es aller Service-Wut zum Trotz noch den ein oder anderen Journalisten, den ein oder anderen Sendeplatz, auf dem investigativer Journalismus möglich ist. Allerdings ist die Palette journalistischer Möglichkeiten wesentlich breiter und bedeutet nicht nur Service oder investigativer Journalismus.

Hans-Helmut Kohl

Nach der Spendenaffaire – Nur Eitelkeit und Auflage oder Sieg des Journalismus?

1. Ich habe Schwierigkeiten mit dem Titel unseres Podiums: Nicht Eitelkeit oder Auflage waren und sind Motive für die intensive Berichterstattung, sondern Information und Aufklärung sowie Einordnung und Kommentierung. Deshalb denke ich auch nicht in den Kategorien Sieg oder Niederlage, sondern messe den „Erfolg“ daran, ob die Leserinnen/Leser und Zuschauerinnen/Zuschauer informiert, aufgeklärt und mit der Kommentierung in die Lage versetzt wurden, ein eigenes Urteil zu fällen.

2. Dieses Ziel ist erreicht worden, wie die Debatte in der Union, die bis heute anhält, und auch die Umfragen in Hessen und bundesweit belegen. Das Wahlvolk hat sich dieses Urteil gebildet – allerdings darf es in Hessen nicht entscheiden, weil dort seit dem Beginn des Spendenskandals die Landesregierung und die sie tragenden Parteien mit allen Mitteln Neuwahlen verhindern (Stichworte: Wahlprüfung, Behinderung des Untersuchungsausschusses, öffentliche Irreführung usw.)

3. Zu den Leitfragen: Die Qualitätszeitungen haben mit ihrer intensiven Berichterstattung dafür gesorgt, dass Fakten aufgedeckt, Widersprüche nachgewiesen und Bewertungen möglich wurden. Im Gegensatz zu früheren „Skandalen“, die vor allem von den Wochenendmagazinen angestoßen wurden, haben diesmal die Zeitungen mit ihren an sechs Tagen erscheinenden Berichten für eine kontinuierliche und umfassende Aufklärung gesorgt.

4. Der entscheidende Unterschied zwischen den elektronischen und den Printmedien, die Wiederholbarkeit der Information an jedem Ort zu jeder Zeit sowie die Verknüpfung von Dokumentation, Bericht und Kommentierung inklusive der Hintergrundberichterstattung, ist bei diesem Beispiel besonders deutlich geworden. TV und Hörfunk „versenden sich“, personalisieren die Affairen, schaffen wegen ihrer Reichweite und Massenwirksamkeit jedoch von und gemeinsam mit den Printmedien eine „Grundstim-

„Bekenntnisse“ die insgesamt als veröffentlichte Meinung gilt. „Bekenntnisse“ wie die von Kohl und Schäuble laufenden Kameras drehen die Affären weiter und sind manches Mal auch Wendepunkte, ihre Bedeutung wird aber erst in der folgenden ausführlichen Berichterstattung in den Printmedien sichtbar. Die „Interviews“ im TV – gerade von Protagonisten der Affäre – waren häufig Selbstdarstellungen, die journalistischen Grundanforderungen nicht entsprachen, da die Kollegen als Stichwortgeber agierten.

5. Das Verhältnis Politik und Journalismus hat keine besonderen Änderungen erfahren. Die Balance zwischen „Nähe“ (um an exklusive Informationen zu kommen) und „Distanz“ (um die journalistische Glaubwürdigkeit zu wahren) ist in der Regel eingehalten worden. Die Klagen der Politik über die Medien sind häufiger geworden – und dies ist kein Fehler.

6. Geradezu klassisch ist das Defizit der „historischen“ Berichterstattung: Die Einordnung in die Gesamtperspektive unterbleibt, Widersprüche zu früheren Aussagen werden nicht aufgearbeitet, die Detailuntersuchung fehlt, weil sie zu mühsam ist und weil in der Zwischenzeit sowohl andere Kolleginnen/Kolle-

gen als auch andere Redaktionen mit dem Thema befasst sind. Es fehlt die Kontinuität (personell und journalistisch), es fehlt der Wille, im Detail sicher zu sein, wenn nur die Schlagzeile stimmt. Außerdem wendet sich das Interesse zu schnell anderen, leichter umzusetzenden Themen zu; Redaktionen diskutieren intern zu schnell, ob sie ihrem Publikum weitere Informationen zu diesem Thema („das nervt die Leute doch nur“) noch zumuten können oder wollen. Meinungsbeiträge orientieren sich nicht an zuvor geäußerten Einschätzungen, sondern lediglich an dem jeweiligen aktuellen Aufhänger.

7. Hessen ist im Gesamtkomplex zentral, aber eben nur (siehe 6.) mit genauer Arbeit und Detailkenntnissen darstellbar. Dies und die Tatsache, dass ständig neue Themen dargestellt werden müssen, sorgt dafür, dass die nationalen/überregionale Medien das Interesse verlieren.

8. Die Bilanz fällt positiv aus. Ohne die Medien wäre der CDU-Finanzskandal nicht öffentlich geworden. Justiz und parlamentarische Kontrolle hätten die intensive Aufklärungsarbeit nicht geleistet – auch nicht leisten können. Deshalb heißt mein Motto angesichts dieses Vorgangs ausnahmsweise: Weiter so!

Thomas Kröter

Thesen über Medien und Politik in Berlin

Bonn war nicht Weimar, aber Berlin ist auch nicht Bonn. Der politische Journalismus verändert sich. Das hängt mit der Politik zusammen, aber auch mit dem Journalismus. Vor allem mit dem Journalismus. Die Tendenz zur „Boulevardisierung“ der politischen Berichterstattung, die es bereits in Bonn gab, ist in Berlin noch stärker geworden. Ob diese neue Quantität auch dauerhaft zu einer neuen Qualität wird – dafür gibt es zumindest Anzeichen.

Was heißt Boulevardisierung?

- noch stärkere Personenzentriertheit
- noch stärkere Konzentration auf alles, was sich mit dem Wort „Streit“ belegen lässt (Debatten, Meinungsverschiedenheiten etc. gibt es praktisch nicht mehr)
- klassische B-Themen ohne Distanz (jüngstes Beispiel: „Kokain auf dem Bundestagsklo“)
- Die Sucht nach „Exklusivität“ – befördert, aber nicht verursacht durch den „Berliner Zeitungs-

krieg“. Die Magazine haben immer weniger, was nur sie haben; die Zeitungen haben ihnen den Nachrichtenmarkt unterhalb der Großaffäre ziemlich geklaut. Wobei eine Nachricht schon die Meldung der neusten Arbeitslosenzahlen am Dienstag ist, die am Mittwoch ohnehin verkündet würden.

- „Exklusivität“ entsteht zum Teil durch „Bestechung durch Information“ – die Quellen müssen dann „geschont“ werden. Das macht die Journalisten noch ein Stück abhängiger von der Politik, weil zu selten reflektiert wird, dass die „Exklusivnachricht“ Teil der Taktik des politischen Akteurs ist, der sie rausgelassen hat. Das gab es schon früher, aber die Quantität droht eben in eine neue Qualität umzuschlagen.

Diese Tendenz führt dazu, dass auch die klassischen, seriösen Medien mitmachen: Noch der kleinste Brotsamen wird mit einem „Nach Infor-

mationen des“ garniert, nicht um die Quelle zu zitieren, sondern sich als Inhaber von Exklusiv-Informationen zu profilieren.

Die Politiker der Regierung nutzen das natürlich (s. oben). Ihr Verhältnis zur Journaille ist ansonsten von ähnlicher „Hochachtung“ geprägt wie das der vorigen – ob diese Verachtung schlimmer ist? Wiedervorlage. Zum Teil jedenfalls ist das Misstrauen größer geworden – bei gleichzeitig stärkeren Versuchen zur Instrumentalisierung.

Von den neuen Themen wie „Biotechnologie“ ist immer wieder in Leitartikeln die Rede – aber wirkliche Kompetenz ist in den Korrespondentenbüros kaum vorhanden,

etwa im Vergleich zur klassischen „Sachberichterstattung“ in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Festzustellen ist ganz sicher (s. oben) eine Verstärkung der Konkurrenz. Aber ob Wettbewerb auch wirklich zu einer Verbesserung der angebotenen „Ware“ führt oder ob nicht die alte linke Kritik am Warencharakter der Nachricht neue Berechtigung bekommt? Einiges spricht dafür. Denn der Wettbewerb führt weniger zum „Immer an den Leser denken“, sondern dazu, noch mehr als früher schon hauptsächlich für die Kollegen oder die politische (publizistische) Community zu schreiben (oder zu senden). Soziologen nennen das ein selbstreferentielles System.



Klaus Wirtgen

MoKoKo – Das Aussitzen geht weiter

Kann investigativer Journalismus bei der Aufdeckung politischer Affären ersetzen, was offensichtlich staatliche Institutionen, ob Staatsanwaltschaften oder ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss, nicht leisten oder nicht leisten wollen? Die vierte Gewalt als Kontrollinstanz – ist das ein Trost oder nur eine Illusion für den engagierten Bürger? Diese Fragen drängen sich auf angesichts der bislang weder aufgeklärten noch bewältigten CDU-Spendenaffäre. Länger als ein Jahr quält sich der Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Bundestages, Licht in das Dunkel der schwarzen CDU-Kassen zu bringen und Einblick in jene Liste ominöser Spendernamen zu ergattern, die Ex-Kanzler Helmut Kohl eisern für sich behält. Und zwar ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz. Er hat sein Ehrenwort zu einer Tugend stilisiert, die er sogar höher achtet als das Grundgesetz. Einfach so. Mehr als 90 Zeugen hat der Berliner Ausschuss bis Ende März 2001 gehört. Ex-Bundeskanzler Helmut

Kohl, die zentrale Figur im CDU-Skandal um schwarze Kassen und anonyme Spender, um Korruption und Geldwäsche, wurde bis März 2001 bereits dreimal geladen. Aufgeklärt wurde nichts. Der Schaden für die deutsche Parteiendemokratie ist noch nicht absehbar. Die große Volkspartei CDU schlitterte in die schwerste Krise ihrer Geschichte. Weggefährten von Adenauers selbsternanntem Enkel, allen voran Kohls Nachfolger als CDU-Vorsitzender, Wolfgang Schäuble, beschmutzten sich im Morast ungeklärter Spenden eines dubiosen Wafenhändlers. Integre Politiker wie Heiner Geißler und Norbert Blüm zogen sich zurück. Sie mochten nicht länger als Weißwäscher bei Dreckgeschäften herhalten. Ihre kritischen Anmerkungen zu dem Sitzenverfall im eigenen Lager blieben bislang die einzigen Lichtblicke im Dunkel der Skandale um die schwarzen Kassen der Bundes-CDU und ihres hessischen Landesverbandes. Die Fragesteller im Ausschuss, immerhin frei gewählte Abgeordnete,

mussten sich von Kohl aufs heftigste beschimpfen lassen. Er verweigerte jegliche Aussage und blähte sich stattdessen regelmäßig vor laufenden Kameras als unschuldig Verfolgter auf. Treue Anhänger genossen das extra – endlich mal wieder ein O-Ton von ihrem Idol.

Aussagen werde er nur vor Staatsanwälten, hatte Kohl getönt. Seine Empörung über die Fragerei im Ausschuss beeindruckte offensichtlich sogar Bonner Staatsanwälte und Richter, die gegen Kohl immerhin monatelang wegen Betrugs und Beihilfe zum Betrug ermittelten. Sie befanden es nicht einmal für nötig, den Altkanzler auch nur einmal persönlich vorzuladen. Sie gaben sich mit dem Schriftsatz seines Anwaltes zufrieden. Der vermochte vor allem mit dem Argument zu beeindrucken, sein Mandant sei schließlich der Kanzler der Einheit und ein großer Europäer. Ermittlungen gegen Kohl wegen Steuerhinterziehung wurden von der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern eingestellt noch ehe die Anzeige gegen den Altkanzler richtig geprüft war. Der hessische Ministerpräsident Roland Koch durfte sich sogar im Licht eines Kommunalwahlerfolges in Hessen sonnen, weil er – stur wie sein Vorbild Kohl – eine der übelsten Politaffären der Nachkriegszeit einfach ausgesessen hat. Es ist daran zu erinnern, dass

der Schatzmeister von Kochs CDU-Landesverband seine dunklen Geschäfte mit der Lüge zu kaschieren versucht hatte, die schwarzen Millionen stammten aus „jüdischen Vermächtnissen“. Alles schon weit weg. Quo vadis, Bundesrepublik?

Unbestreitbar hat die Affäre für einen gewaltigen Medienwirbel gesorgt, vergleichbar der Berichterstattung über Skandale wie „Flick“ und „Neue Heimat“. Nahezu täglich sorgten Schlagzeilen über neue Aktenfunde und Enthüllungen über bislang unbekannte Connections für Schlagzeilen und Auflage. Und es stimmt auch, dass im Genre „Tageszeitungen“ mehr über den Fall Kohl und seine Verästelungen berichtet wurde als in früheren Zeiten. Bislang reklamierten die Magazine die Exklusivität des investigativen Journalismus für sich – nachdem dieses schillernde Prädikat aus der „Watergate“-Affäre auch Eingang in die Welt der deutschen Medienschaffenden gefunden hat. Der Eichstätter Medienwissenschaftler Walter Hömberg meint zu Recht, es seien diesmal „nicht die alten investigativen Leitmedien wie *Spiegel* oder *Stern*“ gewesen, „sondern die Tageszeitungen, die sehr viel aufgedeckt haben“. Bei genauerem Hinsehen scheint mir dieses Phänomen in erster Linie mit dem Wechsel eines

erfahrenen Magazin-Rechercheurs ins Tageszeitungsgeschäft begründet. Der Regelfall sah so aus: Wenn die *Süddeutsche* oder auch *Stern* und *Spiegel*, später schloss die Zeit auf, wieder über neue Aktenfunde und Zusammenhänge berichteten, zogen viele andere Gazetten nach. Mehr kommentierend als enthüllend. Dort sitzen nicht etwa die schlechteren Rechercheure, aber in diesen Redaktionen verweigern die Verleger in der Regel Etats, die aufwendige Recherchen und das Abstellen guter Kräfte für langfristige Projekte erlauben. Auffallend war allerdings, dass sich auch konservative Blätter ins Getümmel stürzten. Doch die Indizien

zu Kohls Verstrickungen, die Widersprüche, in die sich der pedantische Wolfgang Schäuble und die irrlüch-ternde Ex-Schatzmeisterin Brigitte Baumeister über ihre Kontakte zum Waffenhändler Schreiber verstrickten, waren zu explosiv. Sie ließen sich nicht mehr kaschieren, geschweige denn ignorieren. Entscheidend für die scheinbare Öffnung deutscher Redaktionen über alle ideologischen Grenzen hinweg waren jedoch tiefgreifende Änderungen in der Machtstruktur der Union. Helmut Kohl war nicht mehr Kanzler. Der Kontrollapparat im damaligen Bonner Kanzleramt, der den Informationsfluss bis hin zur Reisebegleitung des Kanz-



Italien - gleichgeschaltet

lers nach politischem Wohlverhalten und Geneigtheit der Chefredakteure selektiert hatte, existierte nicht mehr. Kohl hatte keine Macht mehr, seine Affäre war nur noch gut für Schlagzeilen und Auflage. Hinzu kommt: es waren Unionschristen, die das erste Licht in die dunklen Geschäfte brachten. Sie lösten Fesseln, die Kohls Parteigänger in den Medien früher ihren Mitarbeitern angelegt hatten. Der ehemalige Generalsekretär Heiner Geißler, der bis zu seinem Rauswurf im Jahre 1988 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus regierte, bestätigte die Existenz schwarzer Kassen. Und die graue Eminenz am Geldhahn der Union, der Frankfurter Wirtschaftsprüfer Weyrauch, schrieb die Details seiner jahrelangen Finanzakrobatik auf. Kohl wollte das Dokument verbergen, sein Nachfolger Schäuble fühlte sich hintergangen – und *Bild* machte das brisante Geständnis publik.

Frühere Berichte, vor allem im *Spiegel*, über Weyrauchs Treiben, über schwarze Kassen aus, denen Helmut Kohl Ende der achtziger Jahre freihändig an der Partei vorbei für sich werben konnte, waren von den Medien kaum zur Kenntnis genommen worden. Wie gesagt, damals war Kohl noch Kanzler – und dazu noch derjenige der Einheit.

Bis hinein in die sogenannte linksliberale Szene, bis in die Redaktion des *Spiegel*, genoss Helmut Kohl in den neunziger Jahren Schutz. Wer dagegen aufbegehrte, wurde aufgeklärt, die neue Zeit nicht erkannt zu haben. Und überhaupt habe der Leser die Nase voll von der Wühlerei im Schmutz der Wahrheit. Was jene virtuelle Lichtgestalt namens „Leser“ wünscht, entsprach in diesen Diskussionen auf den oberen Redaktionsetagen meist den Interessen der Hierarchen.

Inzwischen hat sich die Aufgeregtheit in den Medien wieder gelegt. Nachdem eine Staatsanwaltschaft nach der anderen passt, nachdem der Berliner Ausschuss monatelang auf der Stelle getreten ist, hat sich auch die scheinbar so investigative Aufbruchstimmung gelegt. „Die Leute können es nicht mehr hören“, dieses Argument dämpft jeden Anfall neuer Recherchierwut bei vielen Journalisten. Bei den hessischen Kommunalwahlen und den Urnengängen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg hat die CDU-Schwarzgeldaffäre schon keine Rolle mehr gespielt, weder in der Wahlkabine noch in der Wahlberichterstattung. „MoKoKo“, das Modell Kohl/Koch, Beispiel für Aussitzen, ruht und lebt weiter – in den Archiven der Tageszeitungen und Magazine.

Walter Hömberg

Forum, Bühne, Beichtstuhl

Zur Rolle der Medien in der Parteispenden-Affäre

Kritik und Kontrolle – diese siamesischen Begriffszwillinge werden meist als erstes und zudem am häufigsten genannt, wenn Journalisten nach ihrem Aufgabenverständnis gefragt werden. Auch wenn sich faktisch die Berufsrolle immer mehr in Richtung Informationsvermittlung, Ratgeber- und Servicefunktion sowie Unterhaltung verschoben hat – im Selbstbild hat die Wächterfunktion ihren Spitzenplatz behalten. Manche Berufsvertreter bemühen in diesem Zusammenhang gern den Terminus „Vierte Gewalt“, der die Montesquieu'sche Trias von Exekutive, Legislative und Judikative ergänzen soll.

Auch wenn die Medien in Umbruchzeiten dann und wann tatsächlich diese Rolle gespielt haben – eine solche Aufgabenzuschreibung bleibt vordemokratisch und ist in modernen Verfassungsstaaten normativ nicht verankert. Allerdings: Wenn die anderen Gewalten versagen, übernehmen die Medien kompensatorische Leistungen – der Journalist

wird vom Aufklärer zum Aufdecker, und bisweilen mutiert er sogar vom Detektor zum Detektiv.

Manche politischen Regelverletzungen haben die Medien in den letzten Jahrzehnten hierzulande aufgedeckt: Die Stichworte Flick, Neue Heimat und Barschel mögen als Beispiele genügen. Hier hatten sich jeweils bestimmte Leitmedien hervorgetan – besonders politische Magazine wie „Der Spiegel“, das selbsternannte „Sturmgeschütz der Demokratie“ (Rudolf Augstein). Auch die aktuelle Spendenaffäre der CDU bewegt sich in der Grauzone zwischen Wirtschaft und Politik. Im Unterschied zu vorangegangenen Skandalfällen spielten allerdings ganz andere Medien bei der Aufdeckung tragende Rollen: einerseits die Tageszeitungen, andererseits das Fernsehen.

Zeitungen als Forum

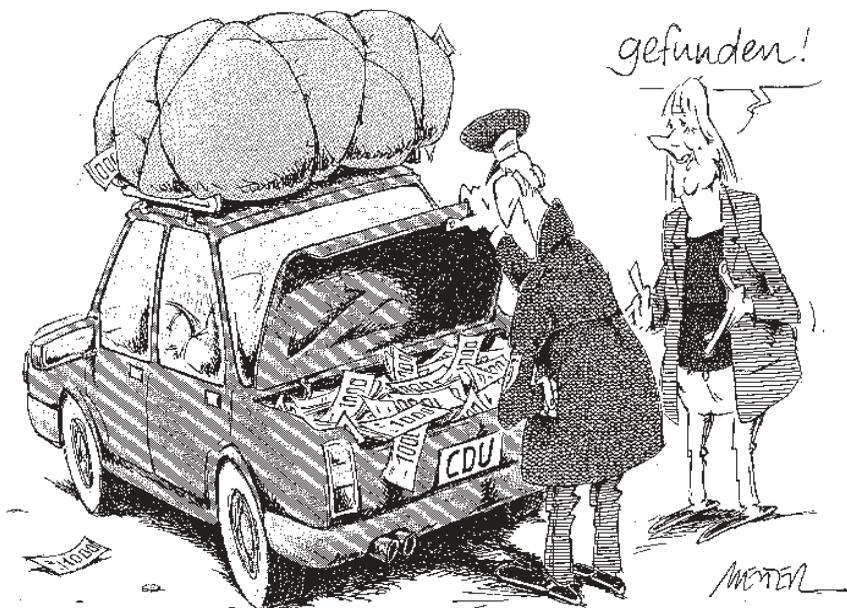
Berichten die Tageszeitungen mit überregionalem Anspruch gemäß ihrer politisch-weltanschaulichen

Grundhaltung? Sind Blätter, die als linksliberal eingeschätzt werden, kritischer in der Bewertung der Affäre als eher konservative Zeitungen? Das waren die Leitfragen einer Inhaltsanalyse, die eine studentische Arbeitsgruppe am Journalistik-Studiengang der Universität Eichstätt durchgeführt hat. Unter Leitung von Ralf Hohlfeld wurden „Frankfurter Rundschau“ (FR), „Süddeutsche Zeitung“ (SZ), „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) und „Die Welt“ über einen Zeitraum von zwölf Wochen untersucht.

Die quantitative Bestandsaufnahme zeigt zunächst eine erstaunliche Übereinstimmung bezüglich Häu-

figkeit und Platzierung der Beiträge. Zwischen dem 3. November 1999 und dem 22. Januar 2000 erschienen insgesamt 932 Artikel zum Partei-spenden-Skandal: Die „Süddeutsche“ lag mit 261 vorn, dicht gefolgt von der „Welt“ mit 244, schließlich von „FAZ“ mit 221 und „FR“ mit 206 Beiträgen. Das Thema stand fast immer auf den ersten Seiten, beherrschte den Politikteil und diente oft als Aufmacher.

Während Tageszeitungen sonst häufig am Tropf der Nachrichtenagenturen hängen, ergab sich hier ein anderes Bild: Fast 92 Prozent waren Eigenbeiträge, und sie beruhten vorwiegend auch auf eigenen Recher-



chen. Weitgehende Übereinstimmung auch bei den behandelten Themenaspekten. Im Vordergrund standen bei allen Blättern die Verstöße gegen rechtliche Normen sowie die moralisch fragwürdigen Machenschaften der Akteure. Während „FR“ und „SZ“ daneben besonders den Betrug am Wähler herausstellten, thematisierten „FAZ“ und „Welt“ stärker die Schädigung der eigenen Partei durch die Hauptbeschuldigten. Bei der Bewertung der aufgedeckten Tatbestände überwogen negative Urteile bei allen Zeitungen – am stärksten bei jenen Blättern, die als linksliberal gelten.

Die investigativen Leistungen waren unterschiedlich, aber alle untersuchten Titel haben sich hier engagiert: voran die „Süddeutsche Zeitung“ (allein Hans Leyendecker schrieb im genannten Zeitraum 115 Beiträge zum Thema), aber auch „Die Welt“ (sie hat z. B. die Aussagen Leisler Kieps aus den Akten der Staatsanwaltschaft zuerst zitiert). Ein Fazit der Studie: „In der Gesamtschau betrachtet, haben linke und rechte Blätter bei der Aufdeckung und Begleitung des Skandals ähnliche Schwerpunkte gesetzt. In dieser Hinsicht ist die linksliberale Presse nicht wesentlich kritischer gewesen: Alle Qualitätszeitungen sind gleichermaßen auf Distanz gegangen.“

Die Berichterstattung zur Partei-spendenaffäre hat gezeigt, dass sich hierzulande der Typ der Forumspresse immer stärker durchgesetzt hat. Zwar lassen sich durchaus gewisse „Färbungen“ unterscheiden, aber der Typ der Lagerpresse, der sich bestimmten Parteien, Verbänden, Wirtschafts- und Gesellschaftsgruppen verpflichtet fühlt, ist passé.

Das war nicht immer so. Noch während des Flick-Skandals gab es Medien, die sich auf die eine oder andere Seite schlugen. Ganz zu schweigen von der Weimarer Republik, wo etwa die Hälfte der Tages- und Wochenzeitungen fest- bzw. grundrichtungsbestimmt war: Sprachrohrblätter, deren monologische Grundstruktur zum Kommunikationskollaps der jungen Demokratie beigetragen und damit ihren Untergang befördert hat.

Fernsehen als Bühne und Beichtstuhl

Nicht nur die Presse, sondern auch der Rundfunk hat aus den Weimarer Erfahrungen gelernt. Die Konsequenz war die Etablierung der öffentlich-rechtlichen Organisationsform – ein Rundfunk frei von Markt und Staat, gesellschaftlich kontrolliert, mit pluralistischer Grundstruktur. Nach meiner Einschätzung haben die öffentlich-

rechtlichen Rundfunkanstalten sich insgesamt um eine umfassende Berichterstattung bemüht und dabei – vor allem in Magazinen und Sondersendungen (*ARD-Brennpunkt*, *ZDF-Spezial*) – viele Hintergründe ausgeleuchtet. Bei den Privatsendern hat sich wieder einmal gezeigt, dass politische Information und Analyse nicht zu ihren Stärken gehören.

Großes Echo fanden insbesondere die Exklusivauftritte von Helmut Kohl im ZDF. Sie sind nicht ohne professionelle Kritik geblieben. Hatte hier nicht ein Beschuldigter zu großen Einfluss auf das „Setting“ gehabt? Waren die Journalisten nicht primär Stichwortgeber? Vielleicht liegt es am Medium: Das Fernsehen ist wohl eher eine Bühne, manchmal auch ein Beichtstuhl – und weniger ein Medium der Aufdeckung und der Analyse.

Immerhin haben auch diese Sendungen neue Erkenntnisse gebracht: In „Was nun, Herr Kohl?“ hat der Ex-Bundeskanzler eingestanden, zwischen 1993 und 1998 Spenden in Millionenhöhe illegal angenommen zu haben (ZDF, 16. Dezember 1999). Und Wolfgang Schäuble hat im ARD-Programm eingeräumt, 1994 eine Barspende des Lobbyisten Schreiber persönlich entgegenge-

nommen zu haben („Farbe bekennen“, 10. Januar 2000).

Gemischte Bilanz

War die Berichterstattung über den Spendenskandal eine Sternstunde des Journalismus? Solche (Trivial-) Metaphern sind sicherlich unangemessen. Zweifellos haben journalistische Rechercheleistungen viel zur Aufdeckung der Affäre beigetragen. Aber die Berichterstattung machte auch traditionelle und aktuelle Defizite der journalistischen Berufskultur deutlich.

- *Personalisierung*: Der ehemalige Bundeskanzler beherrschte Schlagzeilen und Bilder (Überlebensgroß Herr Kohl). Erst hochschreiben, dann niederziehen – auch dieser bekannte Mechanismus von Prominenzerzeugung und Prominentensturz war zu beobachten. Manche Medienleute haben menschliche Distanz vermissen lassen (Wolfgang Schäuble hat eindrucksvoll darüber berichtet). Strukturelle Probleme – wie die Parteienfinanzierung, die ja schon im Zentrum des Flick-Skandals stand – wurden eher ausgeblendet.
- *Rudeljournalismus*: Alle stürzen sich auf dasselbe Thema. In den letzten Jahren haben sich die Thematisierungswellen ver-

kürzt, und die wachsende Medienkonkurrenz hat gleichzeitig zum Anziehen der Reizschraube geführt. Die Entwicklung ist international, und sie hat unterschiedliche Gesichter: Sie reicht vom Paparazzijournalismus (Fall Lady Di) über den Pharisäerjournalismus (Clinton/Lewinsky) bis zum Prangerjournalismus (Selbstjustiz nach Kindererschänder-Manie in England). Das Paradox: Der immer stärkere Wettbewerbsdruck führt dazu, dass in diesen Konsonanzwellen die Medien sich mit möglichst vielen „Exklusiv“-Happen hervortun wollen. Da fragt man dann auch nicht groß nach der Seriosität der Quellen (Schreiber, Kanada). Im vorliegenden Fall zeigte sich als besonderes Problem, dass die Hauptakteure Beteiligte, Beschuldigte und Betroffene zugleich waren.

- *Recherchekapazität:* Manche Medien sind hier schlecht gerüstet – etwa die privaten Rundfunksender können durchweg kaum mehr als Barfußjournalismus bieten (sie leben dann gern parasitär vom PR-Bereich, der mächtig aufrüstet). Die Qualitätsmedien hierzulande haben das erkannt – und in den letzten Jahren ihre Mann- und Frauschaf-

ten zum Teil sogar deutlich verstärkt. Notabene: Die USA sind keineswegs – wie bisweilen suggeriert wird – ein „Journalismus-Paradies“. Die horizontale, bereichsspezifische Arbeitsteilung im deutschsprachigen Journalismus mit seinem Ressort-Prinzip hat auch manche Vorteile gegenüber der vertikal geprägten redaktionellen Organisationsstruktur in angelsächsischen Redaktionen, nach der Recherche-, Umsetzungs- und Redaktionstätigkeiten teilweise oder vorwiegend getrennt sind. Allerdings sollte die klassische Ressortorganisation ergänzt werden durch flexible Organisationsmodelle – vor allem durch die Bildung von Projektredaktionen, die aktuell als „task force“ eingesetzt und längerfristig auf komplexe Themen angesetzt werden können.

Viele Punkte im Affärengeflecht sind bisher unaufgeklärt geblieben. Es besteht also kein Anlass zur Euphorie. Dennoch: In der Parteispendenaffäre haben die Medien ihre (kompensatorische) Rolle als Kritiker und Kontrolleure insgesamt überzeugend gespielt. Man kann nur hoffen, dass sich dies von der ersten, zweiten und dritten Gewalt auch bald sagen lässt.

Christoph O. Meyer

Europäische Politik ausser Kontrolle? Die Suche nach einer Europäischen Medienöffentlichkeit in Theorie und journalistischer Praxis¹

Nicht Europa, aber die Europäische Union ist unbeliebt. Schlimmer noch, die EU, ihre Institutionen und Akteure sind den meisten Besitzern des EU-Reisepasses fremd und suspekt. Indizien für diese These lassen sich regelmässig in Eurobarometerumfragen verfolgen oder in Gestalt eruptiver Referendumsvoten bei der Ratifizierung von EU-Verträgen wie zuletzt in Irland oder vor rund zehn Jahre in Dänemark. Kernelement des in Leitartikeln gern beklagten Legitimitätsdefizit der EU scheint ein tief-sitzendes Misstrauen zu sein. In breiten Teilen der Bevölkerung wird geglaubt, die in Brüssel, Strassburg oder anderen Hauptstädten verhandelnden Beamten, Politiker und Lobbyisten, verfolgen lediglich ihr eigenen, recht unrepräsentativen Interessen und entschieden über die Köpfe der Bürger hinweg, also ohne dass den Betroffenen Möglichkeiten der Kontrolle und Beeinflussung blieben. Wie gerechtfertigt dieser Vorwurf

im einzelnen auch sein mag, so lässt sich doch kaum bestreiten, dass in und durch die EU Macht ausgeübt wird – durch Verordnungen, Mitteilungen und anderen Formen europäischer Gesetzgebung. Europarecht bricht nationales Recht. Und die EU verwendet ihre Rechtssetzungskompetenz und öffentlichen Mittel, um verschiedene Steuerungseffekte zu erzielen, Handelshemmnisse abzubauen oder um bestimmte Gruppen und Länder für Wettbewerbsnachteile infolge der Integration von Märkten zu entschädigen. Zum Kreis der handelnden Akteure zählen nicht nur 15 Mitglieder des Kollegiums der EU-Kommission und ihre 16.000 Beamten, sondern auch die EU-Parlamentarier und nicht zuletzt die nationalen Minister und Staatschefs, sofern sie in den Gemeinschaftsinstitutionen agieren. Einen kleinen, wenn auch nicht ganz unwichtigen Einfluss üben auch die Vertreter der Regionen und der Sozialpartner aus.

In jedem Fall lässt sich aus der Kompetenzfülle, der Finanzierung aus Steuergeldern und den Auswirkungen Europäischen Regierens auf die Bürger der EU die Forderung nach einer öffentlichen Kontrolle sowohl des Regierungshandelns als auch der handelnde Akteure ableiten. Die Kontrolle von Macht, gleich welcher Natur oder Zielsetzung, gehört zu den Kernfunktionen von Öffentlichkeit in Demokratien. Politische Meinungsbildung läuft ohne Informationen über das Reden und Handeln politischer Mandatsträger entweder leer oder lässt sich trefflich von jenen lenken, die ein Interesse an der Beeinflussung der öffentlichen Meinung haben. Nichtöffentlichkeit und Machtmissbrauch fördern sich gegenseitig und können den Wahlakt seiner Bedeutung entleeren. Bei der Recherche relevanter Informationen über Machtmissbrauch und der öffentlichen Artikulation von Kritik spielen Medien eine Hauptrolle. Doch gerade im Bereich der Medienkommunikation über Europapolitik sehen Beobachter aus Wissenschaft, Publizistik und inzwischen auch der Politik ein Problem. Muß sich nicht erst eine länderübergreifende Europäische Öffentlichkeit entwickeln, bevor man über eine Vertiefung der Europäischen Union nachdenken kann? Inwieweit ist das Öffentlichkeitsdefizit dem vielbe-

klagten Demokratiedefizit der EU vorgelagert, ja geradezu dessen Ursache? Wie lässt sich politische Öffentlichkeit jenseits des Nationalstaates organisieren? Und welche Rolle können und sollen die Medien bei der Herstellung von politischer Meinungsbildung und Kontrolle in Europa spielen?

Dieser Beitrag soll die wichtigsten theoretischen Positionen in der Debatte um die Funktion und Struktur von Europäischer Öffentlichkeit erläutern und an der journalistischen Praxis messen. Am Beispiel des Korruptionsskandals um die EU-Kommission 1998/1999 soll gezeigt werden, dass sich die Bedingungen für die Entstehung transnationaler Öffentlichkeit verbessert haben, auch wenn es noch viele Hindernisse für die Entstehung einer leistungsfähigen Öffentlichkeit im Europäischen Kommunikationsraum gibt. Dabei sind insbesondere die Journalisten gefordert, sich den neuen Herausforderungen zu stellen.

Legitimitäts- und Öffentlichkeitsdefizit

Diese Frage nach der Existenz und Leistungsfähigkeit von Europäischer Öffentlichkeit ist eng mit der Frage nach der Legitimität der Europäischen Integration, ihrer Institutionen und Politiken verbunden. Besonders in der deutschen Debatte, aber zunehmend auch darüber

hinaus, wird die Position vertreten, dass die Demokratiefähigkeit der Europäischen Union direkt oder indirekt von der Entwicklung einer länderübergreifenden politischen Öffentlichkeit abhängt. Eine solche Öffentlichkeit sei aber, so wurde beispielsweise vom ehemaligen Bundesverfassungsrichter Dieter Grimm argumentiert, wegen der kulturellen, ethnischen oder sprachlichen Heterogenität in Europa zumindest auf absehbare Zeit nicht möglich. Dieses Totschlagsargument hat sich in der wissenschaftlichen Debatte als nicht tragfähig erwiesen. Zum einen lassen sich empirisch durchaus Beispiele für Öffentlichkeiten finden, die sprachlich, religiös oder kulturell auf verschiedenen Säulen ruhen, es aber dennoch schaffen, politische Meinungsbildung, Identitätsvermittlung und Kontrolle im Rahmen eines Staates zu organisieren. Die Schweiz und Kanada sind hier die einschlägigen Beispiele. Zum anderen ist Sprache keine undurchlässige Mauer, sondern zu allererst ein Instrument zur Verständigung. Entscheidend ist nicht primär, dass jeder mit jedem sprechen muss, sondern dass die Möglichkeit politischer Meinungsbildung auch über Sprachgrenzen hinweg gegeben ist. In modernen Massendemokratien ist Öffentlichkeit keine Präsenzöffentlichkeit,

sondern medial vermittelt. Mit anderen Worten: Ob und inwiefern Sprachgrenzen auch zu Kommunikations- und Verständnissgrenzen werden, hängt vor allem von der Fähigkeit der Medien ab, politische und andere Diskurse in andere Sprachräume zu übersetzen und zu vermitteln.

Der Versuch, die Struktur nationalstaatlich verfasster Öffentlichkeiten, die auf einem relativ hohen Grad sprachlicher, ethnischer und kultureller Homogenität beruhen, auf die Europäische Ebene zu übertragen, birgt jedoch noch weitere Gefahren. Zum einen ist ein solcher Blickwinkel ungeeignet, Entwicklungen abseits des nationalstaatlichen Modells zu erfassen, die zwar zu anderen Strukturen führen, aber letztlich ähnliche Funktionsmerkmale aufweisen. Zum anderen führt diese Vorgehensweise unweigerlich zu Defizitbefunden, und damit zu einer normativen Überhöhung des innerstaatlichen Status quo gegenüber anderen Formen demokratischer Kontrolle und Meinungsbildung. Die Eingangsfrage sollte also nicht sein, wie sieht eine funktionierende politische Öffentlichkeit aus, sondern was soll und was kann sie leisten? Es geht also um, zumeist normativ begründete, Funktionserwartungen gegenüber öffentlicher Meinungsbildung im

Europa der Europäischen Union. Hier kann zwischen zwei Zielen unterschieden werden:

Die Schwäche einer identitätsstiftenden Öffentlichkeit

Erstens: Soll politische Öffentlichkeit dazu dienen, eine Europäische Identität zu schaffen, zu fördern oder zu stabilisieren? Damit ist meist ein Gefühl von Gemeinschaft, Vertrauen und Zugehörigkeit gemeint, das es möglich macht, nationale oder regionale Interessen gegenüber Interessen von Mehrheiten in Europa nach dem Majoritätsprinzip zurückzustellen. Wenn dies die Frage ist, scheint die Antwort vorerst „Nein“ zu lauten. Zu Recht wird festgestellt, dass es nur wenige Medienprodukte gibt, denen es gelingt, die sprachlichen und kulturellen Barrieren des Nationalstaates zu überwinden. Diese Medien, wie etwa die *Financial Times* oder die *European Voice*, sind fast ausschließlich englischsprachig und richten sich zumeist an einen relativ kleinen, wenn auch stetig größer werdenden, Kreis von Eliten. Es gibt noch keinen nennenswerten Markt für Europäische Massenmedien. Auch eine Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten ist problematisch, wenn darunter verstanden wird, dass nationale Medien Themen überwiegend, wenn nicht gar ausschließlich von einem europäischen

Blickwinkel aus betrachten sollten. Massenmedien die kommerziell erfolgreich kommunizieren wollen, müssen dies im Bewusstsein des Vorwissens, der Vorlieben und Vorurteile eines relativ breiten Zielpublikums tun. Die Annahme einer umfassenden Europäisierung dieser tiefverwurzelten Eigenschaften und Interpretationsmuster ist zumindest mittelfristig offensichtlich unwahrscheinlich. Allerdings deuten Medieninhaltsanalysen auf eine deutliche Ausweitung der Berichterstattung über EU-Politik hin. Noch weitgehend unklar bleibt die Forschungsfrage nach einer zeitlichen und inhaltlichen Angleichung der europapolitischen Berichterstattung in verschiedenen Ländern. Es scheint Themen zu geben, wie etwa BSE, den Euro oder die Osterweiterung, die nicht nur in verschiedenen Öffentlichkeiten gleichzeitig, sondern auch auf eine ähnliche Weise „gegrahmt“ werden. Auch wenn tragfähige Ergebnisse noch etwas auf sich warten lassen, ist doch klar, dass echte transnationale Debatten eher selten sind. Identitätsbildung und Kommunikation finden im überwiegenden Maße weiterhin in nationalen oder regionalen Räumen statt. Das bedeutet auch, dass es schwerfallen dürfte, zwischen regionalen oder gar nationalen Minderheits- und europäischen Mehrheitsinteressen

sen zu vermitteln, ohne auf die Möglichkeit der Kompensation für Kompromisse, etwa durch Subventionen in der Landwirtschaft oder der Strukturpolitik, zurückzugreifen. Wenn nicht alle gewinnen, gewinnt keiner. Damit drohen weitergehende Politikvorhaben und die Ausdehnung von Mehrheitsabstimmungen zumindest legitimatorisch im Ansatz stecken zu bleiben.

Politische Verantwortlichkeit durch öffentliche Kontrolle

Die zweite Kernfunktion von politischer Öffentlichkeit nach dem liberal-repräsentativen Modell bezieht sich auf die öffentliche Meinungsbildung im Dialog mit und als Gegengewicht zu politischer Macht. Diese normative Konzeption von Öffentlichkeit geht von Notwendigkeit der Legitimation von Regieren durch informale Verfahren aus. Danach sind formale Kanäle demokratischer Beteiligung etwa durch allgemeine Wahlen, Referenda oder parlamentarische Voten, allein nicht ausreichend, um ein politisches System zu legitimieren. Sie müssen eingebettet sein und aktiviert werden durch eine freie politische Meinungsbildung in der Öffentlichkeit, die Politik kritisch begleitet und zu beeinflussen sucht. Formal-demokratische Verfahren sind wenig wert, wenn der Staat die Medien als Vehi-

kel öffentlicher Meinungsbildung gebraucht und missbraucht. Politische Öffentlichkeit soll also eine Möglichkeit der Kontrolle und Kritik von Politik bieten, die im Englischen als Responsiveness und Accountability firmieren. Es ergibt sich jedoch auch hier das Problem, dass im Fall der EU sich dieser Meinungsbildungs- und Artikulationsprozess nicht auf nationalen Räume beschränken darf. Ohne ein Mindestmaß an Resonanz über nationale Öffentlichkeiten hinweg, fehlt es öffentlicher Kritik an Legitimität und damit an Wirkung auf das Gesamtgebilde. Die in britischen Medien über lange Zeit geäußerte Kritik an einer Reihe von Personen oder Politiken wurde von Brüsseler Akteuren, sei es Kommissaren oder anderen Journalisten, kaum mehr ernst genommen. Sie wurde überwiegend als euroskeptisch motiviert stigmatisiert und blieb damit überwiegend wirkungslos.

Zum anderen setzt die Entstehung eines Skandals voraus, dass die ihm zugrunde liegende Wahrnehmung einer Normverletzung über die Grenzen zumindest mehrerer nationaler politischer Kulturen hinweg geteilt wird. Schließlich sollte ein transnationaler Austausch über die faktischen Aspekte der Normverletzung (Wer hat wann, was gesagt, gewusst oder getan?) und eine Verstän-

digung über die Schwere der Normverletzung sowie mögliche Konsequenzen möglich sein. Diese Erwartungen lassen sich mit einem rein national ausgerichteten Journalismus nicht erfüllen, sofern dieser ausländische Stimmen kaum oder nur sehr verzerrt wahrnimmt. Ebenso wenig dürfte der typische Auslandsjournalismus den Anforderungen genügen, da dieser traditionell niedrigere demokratische Standards an diplomatische Verhandlungen und internationale Organisationen ansetzt und bei der Nachrichtenbeschaffung eher reagiert als agiert. Letztendlich lässt sich die Frage nach der Leistungsfähigkeit von einer transnationalen Medienöffentlichkeit nicht theoretisch, sondern nur anhand konkreter Fallbeispiele und Beobachtungen beantworten. Dazu sollen die folgenden zwei Abschnitte dienen.

Investigativer Journalismus und der Rücktritt der EU Kommission

Über viele Jahre hatten es investigativ orientierte Journalisten in Brüssel schwer, zumal wenn sie länderübergreifend wirken wollten. Das lag kaum daran, dass es nichts an der EU und ihren Akteuren zu kritisieren gegeben hätte. Im Gegenteil, in der Vergangenheit hatten verschiedene europäische Zeitungen immer wieder Berichte über Nepotismus,

Korruption und mangelndes Management publiziert. Diese Artikel wurden jedoch nur selten von den Medien des Herkunftslandes der betroffenen Personen aufgegriffen und konnten sich kaum über nationale Medienräume hinwegverbreiten. So fiel es Beschuldigten, seien es Kommissare, Parlamentarier oder nationale Politiker, relativ leicht, Vorwürfe auszusetzen oder die betreffenden Journalisten bzw. Medien unter Druck zu setzen. Dieses Muster zeigte sich beispielsweise an den Recherchen, die der Journalist Christopher White, ein Mitarbeiter der Zeitung *The European*, Mitte der neunziger Jahre über Betrug und Korruption in der Tourismuspolitik der EU verfolgte. Bereits 1990 waren Vorwürfe aus dem Europäischen Parlament laut geworden, dass Kommissionsbeamte und die mit der Durchführung des Jahres des Tourismus beauftragten Firma Bestechungsgelder gefordert und erhalten hätten. Die Ermittlungen des Parlaments, des Rechnungshofes und der Kommission führten jedoch bis 1995 zu keinem greifbaren Ergebnis, vor allem nicht zu einer Bestrafung der betroffenen Beamten und ihrer Vorgesetzten. White traf nicht nur auf eine Mauer des Schweigens in der Kommission, sondern wurde auch von keinem seiner Kollegen in Brüssel unterstützt. Im Ge-

genteil, viele im Pressesaal sahen ihn als Nestbeschmutzer, der in den britischen Kanon der Euroskeptiker und Kommissionshasser eingefallen war. Kein Holländer oder Franzose, der mit ihm wichtige Papiere oder Informantenkontakte austauschte, und auch im Europaparlament interessierte sich kaum ein Mitglied für einen Skandal, der auf das Parlament wie die junge Tourismuspolitik ein schlechtes Licht werfen würde. Als die Vorgesetzten Whites in der Zeitung schließlich eine Reihe von Beschwerden aus der Kommission über inakkurate Berichterstattung und obsessives Verhalten erhielten, wurde White fallengelassen. Auch wenn Whites Berichterstattung nicht ganz ohne Folgen blieb – ein belgischer Staatsanwalt leitete Ermittlungen ein und ließ ein Gebäude der Kommission durchsuchen, endete die Affäre für den Journalisten mit dem beruflichen Absturz.

Eine erste Veränderung im Verhältnis der Brüsseler Korrespondenten zur EU-Kommission markierte die BSE-Krise von 1996. Es ging dort nicht nur um Milliarden Euro Umsetzeinbußen für Landwirte, sondern auch um die Frage, ob die politische Verantwortlichen in der EU genug getan hatten, um eine mögliche Gefährdung der Verbraucher durch infiziertes Rindfleisch abzuwenden. Zum ersten Mal nahm eine,

wenn auch kleine Zahl von Journalisten in Brüssel, vor allem die Korrespondenten des deutschen *Focus* und der französischen *Libération*, die Funktionen einer politischen Öffentlichkeit war, prangerte Vertuschung, Missinformation, und mangelnde Verantwortlichkeit auf Seiten der britischen Regierung und der EU-Kommission an. Die wenigen investigativen Journalisten blieben jedoch isoliert voneinander – es kam zu einer starken Polarisierung zwischen britischer und französischsprachiger Presse. Die politischen Konsequenzen waren bescheiden. Das EU-Parlament erstellte einen Untersuchungsbericht, die Kommission verschob eine administrative Einheit vom Landwirtschafts- zum Verbraucherressort, und die vermutlich Hauptschuldigen, britische Politiker, entzogen sich erfolgreich der Verantwortung. Erst mit der Abwahl der Tory-Regierung ein Jahr später musste der britische Landwirtschaftsminister seinen Hut nehmen.

Rinderwahnsinn und die Geburt investigativen Journalismus

Es war vor allem die Erfahrung der BSE-Affäre, die zu einer Veränderung in der Ausrichtung, der Taktik und der Hartnäckigkeit von investigativem Journalismus in Brüssel führte. Nur vor diesem Hintergrund

ist es zu verstehen, warum ein Fall von Vetternwirtschaft und drei Fälle von Missmanagement 1998 eine Krise auslösten, die schließlich im Rücktritt der EU-Kommission im März 1999 mündete. Der Echo-Cresson-Fall unterschied sich in einer Reihe von Aspekten von der BSE-Krise. Ein wichtiger Grund für die Veränderung waren die Aktivitäten einer Zahl von kritischen Investigativjournalisten aus verschiedenen EU-Ländern, die miteinander kooperierten. Die ersten Recherchen unternahm der Luxemburger Journalist Jean Nicolas, der für eine Gruppe unbedeutender wallonischer Boulevardblätter schrieb und bisher nicht über EU-Politik, sondern beispielsweise über den belgischen Justiz- und Politik-Skandal um den Kinderschänder Marc Dutroux berichtet hatte. Im Auftrag eines deutschen Journalisten vom *Focus-Magazin*, Hartwig Nathe, sollte er seine Kontakte zur luxemburgischen Justiz nutzen, um verschwundenen EU-Gelder bei einer dort ansässigen Firma nachzugehen. Schon bald öffnete der Firmeninhaber, der sich von der Kommission verraten fühlte, dem Journalisten die Aktenschranke voller Unterlagen über EU-Aufträge. Mitte August 1998 hatte Nicolas viele der Informationen recherchiert, die später durch den Bericht der Experten zum Rück-

tritt der Kommission führen sollten. Insbesondere das Material über die Beschäftigung eines Vertrauten der Kommissarin Cresson auf Kosten des Steuerzahlers schien hochexplosiv. Nicolas und Nathe fürchteten zu Recht – teilweise aufgrund eigener Erfahrungen während der BSE-Krise – dass ihre Enthüllungen nicht genügend wahrgenommen würden, wenn sie nur in einem belgischen Boulevardblatt und einem deutschen Wochenmagazin erschienen. Deshalb traf sich auf Anregung von Nicolas und mit Hilfe einer EU-Parlamentarierin Anfang September erstmals eine multinationale Gruppe investigativer Journalisten. Dazu gehörten neben Nicolas und Nathe noch die Journalisten vom *Nouvel Observateur*, und des ersten deutschen Fernsehens, der *ARD*. Der Pool wurde später erweitert um Vertreter der *Sunday Times*, *Libération* und den *Guardian*.

Ein transnationales Recherchenetzwerk

Diese Gruppe war in ihrer Zusammensetzung, Kohäsion und Funktionsweise ein Novum in der Geschichte des Brüsseler Journalismus und vielleicht sogar darüber hinaus. Ihre Mitglieder aus vier Ländern telefonierten täglich miteinander, trafen sich regelmäßig mit neuen Informanten und tauschten wichtige Dokumente untereinander aus. Was

ein einzelner nicht hätte leisten können, nämlich eine weitläufige, verschiedene Sprachräume und Netzwerke übergreifende Recherche, wurde durch die Aufteilung und Koordination verschiedener nationaler Medien möglich. Gleichzeitig koordinierte die Gruppe ihre Veröffentlichungen, die zumeist am Sonntag mit der *Sunday Times* eingeleitet wurden und am Montag ihren Höhepunkt fanden. Damit setzte sie nicht nur die Kommission unter Druck, sondern bestimmten auch die Nachrichtenagenda der anderen, zu Beginn der Berichterstattung überwiegend skeptischen, Journalisten in Brüssel für den Rest der Woche. Gleichzeitig bot die Gruppe dem einzelnen auch Schutz gegen Ausgrenzung und Druck durch die Kommission, nationale Politiker und Medien. Insbesondere der Korrespondent von *Libération* schrieb lange Zeit gegen die Mehrzahl seiner französischen Kollegen in Brüssel über die Affäre Cresson. Hätte er gegenüber seiner Heimatredaktion und politischem Druck nicht auf andere bekannte Medien wie die *Sunday Times* oder *Focus* verweisen können, diese Art der Berichterstattung wäre vermutlich nicht aufrechtzuerhalten gewesen.

Ein weiterer interessanter Aspekt der Veränderungen betrifft die Kooperation der Journalisten mit kriti-

schen EU-Parlamentariern. Auf der einen Seite konnten die Journalisten diese vereinzelt Parlamentarier zur Erhöhung des Drucks zitieren. Zum anderen legitimierte die umfangreiche Medienberichterstattung, die Position jener EU-Parlamentarier, die sich in ihren Fraktionen und im Parlament anfänglich in einer deutlichen Minderheitenposition befunden hatten. Die wenig kooperative und teilweise feindliche Reaktion der Kommission auf die Anschuldigungen trug nur dazu bei, dass die Mehrheit skeptischer Parlamentarier und Journalisten nach und nach umschwenkte. So schaukelten sich Medien und Parlament immer mehr gegenseitig auf, bis die Kräfteverhältnisse kippten, zuerst im Pressesaal und dann im EU-Parlament. In Umkehrung der vorher geltenden Norm in Brüssel, zeichnete sich ein „guter“ Journalist oder Parlamentarier plötzlich dadurch aus, dass er die Kommission kritisierte. Die Kommissionsspitze offenbarte im Gegenzug in zunehmenden Maße eine Bunkermentalität, die gekennzeichnet war von verzerrter Realitätswahrnehmung und einer Frontstellung gegenüber Kritikern. So veränderten sich auch die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament und aktivierten mit der Entlastung des Haushaltes und später dem Misstrauensvotum zwei Ver-

fahren, deren politische Relevanz nur wenig Monate zuvor zu Recht bezweifelt worden wäre. Der Fall zeigt, dass ein relativ geringes Ausmaß an transnationaler Verbreitung von Investigationsjournalismus ausreichte, die etablierte Funktionsweise des Gesamtsystems nachhaltig zu verändern. Politische Kontrolle und Verantwortlichkeit konnte letztlich aber nur im Zusammenspiel verschiedener Institutionen und Akteure, insbesondere mit Hilfe des EU-Parlaments und des Rechnungshofs verwirklicht werden.

Investigativer Journalismus zwischen Erfolg und Hybris

Der Rücktritt der Kommission als Reaktion auf den Bericht der Unabhängigen Expertengruppe kann als Endpunkt einer Entwicklung interpretiert werden, die auf der einen Seite die Leistungsfähigkeit von transnationaler Medienöffentlichkeit in Europa dokumentiert, zum anderen aber die Defizite in der Öffentlichkeitsarbeit auf Seiten der EU-Kommission deutlich gemacht hat. Die Kommission musste letztlich nicht aufgrund der Vorwürfe zurücktreten, sondern weil sie auf die offenen Fragen und die Forderung nach politischer Verantwortlichkeit nicht angemessen reagiert hat. Wie schon in der BSE-Krise traten organisatorische, personelle und

strategische Schwächen auf, die den Rücktritt fast unvermeidlich machten. Innerhalb des Kollegiums der Kommissare konnten Santer und die Mehrheit der Kommissare, politische Verantwortung nicht durchsetzen. Ähnliche Probleme hatten verschiedene Kommissare gegenüber ihren eigenen Direktoraten bzw. gegenüber mächtigen nationalen Seilschaften innerhalb der Kommissionshierarchien. Neben dieser Fragmentierung und Obstruktion von politischer Verantwortlichkeit war die Öffentlichkeitsarbeit gekennzeichnet von mangelhafter Professionalität der handelnden Personen, die Informationen zurückhielten, fälschlicherweise dementierten und Druck auf Journalisten ausübten. Nichts zeigt das Ausmaß der Eskalation des Konflikts zwischen Journalisten und Kommissionsvertretern deutlicher als die Reaktion vieler Pressevertreter auf die Rücktrittsankündigung der Kommission in den frühen Morgenstunden des 16. März 1999. Die Ankündigung Präsident Santers wurde mit spontanen Freudenschreien, Klatschen und Siegesrufen aus dem Pressesaal begrüßt – eine Reaktion, die ein Mitglied des Pools investigativer Journalisten rückblickend als „eine Schande für unsere Profession“ bezeichnete, zumal sie mehrheitlich von jenen stammte, die die Kom-

mission lange gegen die Anschuldigungen in Schutz genommen hatten.

Die langsame Transformation des Brüsseler EU-Journalismus

Trotz des geschilderten Falles funktionierender transnationaler Öffentlichkeit mögen Skeptiker zu Recht fragen, ob die Veränderungen in der Berichterstattung dauerhafter Natur sind. Tatsächlich ist die Fixierung der Medien auf nationale Ereignisse, Sichtweisen und Akteure zu stark verwurzelt, als dass grenzüberschreitende Debatten und Kritik zum Regelfall geworden wären. Genauso wenig ist die überwiegende Zahl der in Brüssel akkreditierten Journalisten vom einen zum anderen Tag zu investigativen Journalisten geworden oder zum Euroskeptizismus konvertiert. Eine Stichprobenbefragung von 70 Korrespondenten aus verschiedenen EU-Ländern ergab, dass sich nur etwa 15 Prozent der Befragten zu der Gruppe der investigativen Journalisten zählen.² Der tatsächliche Anteil liegt wahrscheinlich unter zehn Prozent. Allerdings hat der Echo-Cresson-Fall gezeigt, dass schon eine relativ kleine Zahl von Journalisten durch ein Mindestmaß an Kooperation eine große auch öffentlichkeitsübergreifende Wirkung erzielen kann. Ähnliche Zahlenverhältnisse sind auch aus

den USA bekannt, als die Watergate-Affäre von kaum einer Handvoll Journalisten voran getrieben wurde. Auf der Ebene individueller Reporter stellt sich die Frage, inwieweit das transnationale Netzwerk in Zukunft noch besteht oder sich gar weiter entwickeln kann. Obwohl sich diese Frage zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht beantworten lässt, gibt es dennoch deutliche Anzeichen dafür, dass sich die Rahmenbedingungen und das Umfeld für eine transnational wirksame Medienöffentlichkeit verbessert haben. Der Echo-Cresson-Fall markiert den vorläufigen Höhepunkt eines langsamen Wandels der EU-Berichterstattung von einem pro-europäischen Informations- und Lobbyjournalismus zu einer kritischeren Haltung gegenüber Europäischen Institutionen und Akteuren. Dies hat weniger mit ideologischen Veränderungen im Pressecorps zu tun, obwohl es nicht wenige Journalisten gab, die von der Kommission sehr enttäuscht waren.

Die Hauptursache liegt vielmehr in einer langsamen Veränderung der Nachfragestruktur im Bezug auf EU-Themen. Über viele Jahre hinweg hatten es die bei der EU akkreditierten Journalisten entweder sehr leicht oder sehr schwer. Aufgrund der geringen Nachfrage nach den angeblich langweiligen und wirt-

schaftslastigen EU-Themen, fiel es Journalisten leicht, mit geringem Rechercheaufwand aus dem immer weiter anschwellenden Brüsseler Informationsstrom relevante Nachrichten herauszufischen. Mühen mussten sich nicht die Journalisten, sondern die Pressesprecher. „Spoon-feeding“ pflegten angelsächsische Korrespondenten diese passive Konsumhaltung mit abfälligen Unterton zu bezeichnen. Schwer dagegen hatten es vor allem jene Journalisten, die keine „Brüsseler Spitzen“ mehr über Produktharmonisierung schreiben mochten, sondern zu Themen wie Machtmissbrauch und nationale Seilschaften, Subventionsbetrug und Entscheidungstransparenz berichten wollten und sich mühten, ihre Heimatredaktion zu überzeugen.

Die Aufwertung der EU Berichterstattung

Seit Anfang der neunziger Jahre ist Brüsseler Journalismus für die erste Gruppe schwerer, für die zweite Gruppe dagegen leichter geworden. Hintergrund ist die Aufwertung der EU als Thema der Berichterstattung vor allem in der Presse und der damit verbundenen Verschärfung der Nachrichtenkonkurrenz in Brüssel. Im Zuge der Umsetzung des Binnenmarktprogramms und der Einführung des Euros erkannten viele

Heimatredaktionen, dass in Europa oft nationale Innenpolitik betrieben wird. Viele nationale Themen haben eine Europäische Dimension, während viele EU-Themen nationale Auswirkungen haben. Mit der Einführung der Währungsunion sind Zinsentscheidungen an die Europäische Zentralbank übertragen worden, Fiskalpolitik wird durch die Stabilitätskriterien reglementiert und die Protektion nationaler Firmen wird von der EU-Wettbewerbspolitik eingeschränkt. Auch auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, Asyl und Migration, lässt sich ohne die Beteiligung der EU keine wirkungsvolle Politik mehr gestalten. Die tatsächliche Bedeutungszunahme von EU-Entscheidungen seit 1987 spiegelt sich, wenn auch mit einer gewissen Verzögerung, in der Ausweitung der entsprechenden Berichterstattung wieder. Eine Medienstudie im Auftrag der Kommission stellt fest, dass die Zahl der veröffentlichten Artikel mit EU-Bezug zwischen 1995 und 1998 von 6.000 pro Monat auf etwa 11.000 gestiegen ist. Auch die Nachrichtenagenturen haben ihre Präsenz in Brüssel und ihre Berichterstattung verstärkt, nicht nur im Bezug auf traditionelle Wirtschaftsthemen. Die Nachrichtenagentur Reuters hat zwischen 1995 und 1997 ihre EU-Berichterstattung von 19.000 auf 24.500 Artikel im

Jahr erhöht. Gleichzeitig schicken immer mehr Redaktionen Mitarbeiter nach Brüssel oder stocken ihre Büros dort auf. Zwischen 1986 und 1999 hat sich die Zahl der akkreditierten Journalisten in Brüssel mehr als verdoppelt. Mit mehr als 900 Journalisten hat Brüssel heute das größte Presscorps der Welt.

Stärkere Konkurrenz und Fluktuation

Die personelle Veränderung und stärkere Fluktuation innerhalb des Brüsseler Presscorps hatte Auswirkungen auf die politischen, journalistischen und normativen Einstellungen der akkreditierten Presse. Zwar ergab die Stichprobenbefragung von 70 akkreditierten Korrespondenten in Brüssel, dass auch weiterhin eine große Mehrzahl der Europäischen Integration positiv (69 Prozent) oder sogar sehr positiv (22 Prozent) gegenüber stehen. Dennoch sind Veränderungen offensichtlich. Journalisten, die seit der BSE-Krise nach Brüssel gekommen sind, bezeichnen sich weniger häufig als „starke“ Unterstützer der EU als diejenigen, die schon mehr als acht Jahre in Brüssel arbeiten. Es mag kaum überraschen, dass einige der langjährigen Korrespondenten mit der Zeit zu Subunternehmern des politischen System geworden sind; sie führten für die Kommission Nebenjobs aus und verstanden es als ihre vornehmliche

Aufgabe, Europäische Institutionen gegen Kritik aus den Mitgliedstaaten in Schutz zu nehmen.

Unter Veränderungsdruck sind jedoch nicht nur die Anhänger der Kommission gekommen, sondern auch diejenigen, die Brüssel als Terrain der Außenpolitik sahen, über das man informieren konnte, dass aber nicht hinterfragt werden musste. Die Aufwertung und das größere Angebot des Produkts EU-Nachricht haben die Nachfrage und den Rechercheaufwand erhöht. Die Arbeit von Agenturen und die Verfügbarkeit von Pressemitteilungen im Internet macht die Arbeit der Korrespondenten in den Heimatredaktionen transparenter, und damit überprüfbarer. Sowohl die Bequemlichkeit des reinen Informations- und Lobbyjournalismus als auch die falsche Rücksichtnahme der Pro-Europäer ist durch die neuen Anforderungen an Europa-Berichterstattung unter Druck gekommen. Gleichzeitig haben sich die medien-ökonomischen Bedingungen für investigativen Journalismus in Brüssel verbessert. Dies bedeutet nicht nur eine stärkere Nachfrage nach Skandalen, sondern auch verstärkte Anreize für Journalisten, über den eigenen nationalen Zirkel hinaus zu recherchieren. Nur so werden Interessensvertretung und Versäumnisse der eigenen Regie-

rung auf Europäischen Parkett deutlich.

Die weiterbestehende Trennung der nationalen Märkte begünstigt dabei neue Formen von transnationaler Zusammenarbeit zwischen Brüsseler Journalisten, die nicht fürchten müssen, dass ihr Kollege ihnen eine Geschichte wegschnappt. Ungefähr ein Drittel der Korrespondenten gab an, dass sie mit ausländischen Kollegen in der Mehrzahl aller Artikel kooperieren. Für etwa die Hälfte aller befragten Journalisten waren ausländische Journalisten „manchmal“ eine wichtige Quelle ihrer Berichterstattung, für ein Fünftel sogar „häufig“. Doch nicht nur der tägliche Austausch zwischen Journalisten aus unterschiedlichen Ländern, sondern auch die zunehmende Rezeption ausländischer Medien tragen dazu bei, dass kritische Berichterstattung die Grenzen nationaler Öffentlichkeiten überwinden und politische Wirkung entfalten kann. So ergab die Stichprobenbefragung, dass der durchschnittliche Brüsseler Korrespondent zwischen vier und fünf ausländischen Zeitungen und Magazine regelmäßig liest. Leitmedium ist dabei vor ganz klar die Financial Times (67 Prozent), gefolgt von Le Soir (51 Prozent) und Le Monde (39 Prozent), International Herald Tribune (28 Prozent), Libération (17 Prozent), und schließ-

lich der Frankfurter Allgemeine Zeitung (11 Prozent).

Perspektiven für eine transnationale Öffentlichkeit der Massenmedien

Trotz der geschilderten Entwicklungen, die sich an der Aufwertung der EU-Berichterstattung und der länderübergreifenden Kooperation zwischen Journalisten festmachen lassen, ist doch die Kontrolle Europäischen Regierens durch die Öffentlichkeit noch unzureichend. Zwar ist deutlich geworden, dass die Europäische Kommission nicht länger auf eine journalistische Hausmacht bauen kann, die administrative oder persönliche Verfehlungen geflissentlich übersieht. Die mediale Toleranzschwelle ist nach dem Echo-Cresson-Fall deutlich gesunken, wenn auch unterschiedlich stark innerhalb verschiedener nationaler Gruppierungen. Die Prodi-Kommission hat auf das Scheitern ihrer Vorgängerin mit zum Teil mutigen Reformen reagiert, die trotz aller Schwierigkeiten in der Umsetzung zeigen, dass mit dem Prinzip politischer Verantwortlichkeit und Transparenz in einer wichtigen Institution der EU ernst gemacht wird.

Trotz dieser Erfolge artikuliert sich eine Europäische Medienöffentlichkeit nur sporadisch, entlang relativ weniger Themen und Ereignisse. Da

sie sich vornehmlich aus einer länderübergreifenden Diskussion in nationalen Massenmedien heraus konstruiert, mangelt es ihr an der Kontinuität, Tiefe und Differenziertheit – nicht nur im Vergleich zu nationalen Räumen der Meinungsbildung und Kontrolle, sondern vor allem gemessen an den realen Auswirkungen der Europapolitik auf die Bürger des Kontinents, zum Guten wie zum Schlechten. Insbesondere fällt auf, dass die Mehrzahl der Medien auf einem Auge extrem kurzichtig sind. Die Sehschwäche besteht vor allem darin, dass die politische Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten innerhalb der EU-Entscheidungsstrukturen noch unzureichend eingefordert und umgesetzt ist. Für die mangelnde Transparenz des Europäischen Regierens sind zumindest zum Teil auch die politischen Akteure verantwortlich. Symptomatisch, wenn auch nicht ausschlaggebend erscheinen das vieldiskutierte Problem der Transparenz von Ratssitzungen und die Einschränkungen des Rechts auf Zugang zu EU Dokumenten. Die spezifische Form der Konsensfindung in Brüssel mit Hilfe hunderter Ausschüsse ist über Jahrzehnte gewachsen und hat die öffentliche Unzugänglichkeit der behandelten politischen Konflikte gefördert, im Interesse vor allem der Vertreter der

Mitgliedstaaten, die ohne die Scheinwerfer politischer Öffentlichkeit leichter Kompromisse schliessen konnten.

Personalisierung von Europapolitik

So bleibt die Anbindung der politischen Debatten in Brüssel an die Politik in den Hauptstädten weiterhin ein ernstes Problem für die Kontrolle europäischen Regierens durch Öffentlichkeit. Allerdings gibt es auch Hinweise, dass der gegenwärtige Trend zur Renationalisierung und Politisierung die EU-Minister und gar Regierungschefs zwingt, Konflikte auch im Vorfeld von Ratsentscheidungen publik zu machen und auszutragen. In der Vergangenheit hatten es Medienvertreter zwar nicht schwer, nationale Interessen oder Verhandlungspositionen in Brüssel auszumachen, sie konnten diese jedoch nur selten mit ministeriellen Zitaten, Bildern und Debattenbeiträgen unterfüttern. Ohne eine Personalisierung politische Konflikte bleibt der Beitrag nationaler Politiker zur Brüsseler Politik aber oftmals unklar, von den Sitzungen des Europäischen Rates abgesehen. Deshalb ist es bemerkenswert, dass sich in den vergangenen Monaten mehrere führende Politiker wie etwa Blair, Schröder und Chirac in öffentlichen Stellungnahmen über die Zukunft der Union geäußert haben,

obwohl damit ihre unterschiedlichen Zielsetzungen und Interessen deutlich zu Tage getreten sind.

Doch auch die Journalisten, die vehement gegen die Entscheidungsfindung „hinter verschlossenen“ Türen wettern, haben Grund zur Selbstkritik und Besserung. Über viele Jahre hinweg haben sich viele der mit der EU-Berichterstattung befassten Journalisten von ihren nationalen Quellen einwickeln lassen. Teils aus Bequemlichkeit, teils aus Rücksichtnahme vor nationalen Ministern wurde der offizielle Spin über die erfolgreiche Interessensvertretung in Brüssel oft zu unkritisch als die

Wahrheit verkauft. Für unpopuläre Maßnahmen konnte die Europäische Kommission oder ein anonymer Stabilitätspakt verantwortlich gemacht werden, ebenso wie das Scheitern wichtiger Initiativen und Reformen im Ministerrat gerne anderen Mitgliedsländern in die Schuhe geschoben wurde. Dieses Verhalten ist den politischen Akteuren im Grunde kaum vorzuwerfen, es gehört zum meinungsbildenden Spiel in Demokratien. Das Versäumnis liegt hier vielmehr auf der Seite jener Medienvertreter, die bei der Recherche zu selten die eigenen nationalen Zirkel verlassen.



Transnationale Recherchen als Ausbildungsinhalt

Dieses Defizit ist in der Mehrzahl nicht individuell zu begründen, es gehört zu den wichtigsten Erkenntnissen der Medienwissenschaft, dass der Entscheidungsspielraum von Journalisten geringer ist als allgemein angenommen wird. Das Hauptproblem, die über lange Jahre geringe Nachfrage nach EU-Nachrichten und der Mangel an professioneller Distanz zwischen Journalisten und ihren Quellen, hat sich deutlich verringert. Dennoch gibt es weiterhin Mängel auf anderen Ebenen, angefangen von der journalistischen Ausbildung, in der Auslandsaufenthalte zu kurz kommen, Fremdsprachkenntnisse wenig ausgebildet sind und die Internetrecherche noch längst keine Selbstverständlichkeit ist. Ein weiteres Problem stellt die nur rudimentäre Ausbildung transnationaler Netzwerke für Journalisten in Europa dar. Das Beispiel der Brüsseler Korrespondenten zeigt, dass solche Netzwerke einen unschätzbaren Wert für die länderübergreifende Recherche und später die Durchschlagskraft der Berichterstattung haben. Hätte es ein ähnlich wirksames Netzwerk zwischen deutschen und französischen Journalisten gegeben, die Affäre um den Verkauf der Leuna-Raf-

finerien an Elf-Aquitaine wäre heute vermutlich schon geklärt. Deshalb ist es positiv zu bewerten, wenn junge Journalisten zum Aufbau von Kontakten ins Ausland geschickt werden, oder gar in einem multinationalen Verbund zusammenarbeiten, wie etwa im Falle der Brüsseler Büros von Reuters oder der *Financial Times/Financial Times Deutschland*. Es ist wenig überraschend, dass die Internationalisierung des Journalismus besonders im Bereich der Wirtschaftsberichterstattung zu finden ist. Die Globalisierung von Märkten und Kapital hat auch die Nachfrage nach Informationen verändert. Vor allem linksliberal orientierte Zeitungen haben die Verwandlung der Auslandsberichterstattung lange verschlafen und redaktionelle Ressourcen vor allem auf die nationalen Foren der Berichterstattung konzentriert. Die französische Zeitung *Libération* schickte erst 1994 einen eigenen Korrespondenten nach Brüssel, der sich zu einem der Hauptakteure in der Aufdeckung politischer Skandale entwickelte. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse scheint die funktionierende Europäische Medienöffentlichkeit nicht in erster Linie von Medien mit transnationalem Verbreitungsraum abzuhängen, sondern von einem Journalismus mit einem transnationalen Recherche-

ansatz. Wenn politische Akteure aus unterschiedlichen Ländern zusammen kommen, um Politik zu gestalten, müssen Journalisten in der Lage sein, ihren natürlichen Informationsrückstand durch Kooperation und länderübergreifende Recherchen zu kompensieren. Sie müssen also bis zu einem gewissen Grad in ihrer Arbeitsweise die Europäisierung und Internationalisierung der Politik nachvollziehen, ohne dabei ihr überwiegend national verwurzelt Publikum hinter sich zu lassen. Ob sich im Zug länderübergreifender Debatten und Information die Meinung der Bürger über die Europäische Union verbessert, ist eine völlig andere Frage.

Anmerkungen

¹ Dieser Artikel basiert auf Forschungsergebnissen, die der Autor im Rahmen einer Promotion an der Universität Cambridge gesammelt

hat. Eine aktualisierte deutsche Version der Doktorarbeit erscheint im Frühjahr 2002 mit Unterstützung des Erich-Brost-Instituts für Journalismus in Europa bei Vistas (Berlin) unter dem voraussichtlichen Titel: „Europäische Öffentlichkeit in Brüssel: Die EU Kommission, die Medien und politische Verantwortlichkeit“.

² Es wurden 200 Korrespondenten vor allem der Printmedien angeschrieben, wobei die nationale Verteilung ihrem jeweiligen Anteil im Pressecorps entsprach. Bei der Auswertung der 70 beantworteten Fragebögen stellte sich heraus, dass südeuropäische Korrespondenten etwa halb so stark vertreten waren wie in der Grundgesamtheit. Deshalb ist die Repräsentativität des Samples vorsichtig zu beurteilen. Die Methoden und Ergebnisse der Befragung sind in der eingangs erwähnten Veröffentlichung der Doktorarbeit ausführlich dargestellt.

Thomas Leif

Kritischer Journalismus kann die Demokratie beatmen

„Selbstgedrehtes, Selbstrecherchiertes, (sind) allenfalls noch bei der seltenen Hintergrundgeschichte willkommen. Wir Journalisten sind die menschlichen Bausteine einer Industrieproduktion geworden.“ Diese Mahnung von Sonia Mikich bei der Verleihung des Kritiker-Preises (wdr print 6/2001) bringt auf den Punkt, was viele denken, aber kaum jemand öffentlich auszusprechen wagt. Mit dem Nimbus des Nestbeschmutzers und Anklägers lebt niemand gerne.

Auch ein zweiter Gedanke aus der Praxis wird etablierten Medienmanagern fremd sein: „Wir sind der Tyrannie der Aktualität unterworfen“ – schreibt die künftige Monitor-Chefin. „Wir haben keine Zeit mehr zu zweifeln. Der Satellit wartet. Ambivalenzen, Grautöne, Widersprüche – sie werden in den Schlagzeilen und Sondersendungen weggeballert.“

Jürgen Thebrath – ebenfalls WDR-Autor – bestätigt, das heute „Schnelligkeit der Maßstab aller Dinge“ ist:

„Die Blitze der Aktualität nehmen zu, und die Regel lautet: Für einen Augenblick wird ein Ereignis grell erleuchtet, danach ist alles für den Zuschauer wieder zappenduster.“

Einen weiteren Mosaikstein im öffentlich-rechtlichen Gesamtbild fügen zwei Nachrichtenprofis hinzu: Bettina Warken, die „heute“-Chefin wendet das Blatt ins Positive und vertraut dem ZDF-Hausblatt ihre Medien-Vision an: „Die Besinnung des ZDF auf kompetenten, spannenden und investigativen Journalismus ist ganz eindeutig das, was unsere Zukunft sichert.“ (zdf kontakt 6/01)

Ulrich Deppendorf, der Chef des ARD-Hauptstadtstudios ist insgesamt optimistischer: „Und es ist immer noch möglich“ – sinniert er gegenüber ddp (23.05.01) – „investigativen Journalismus zu betreiben, wie wir im „Bericht aus Berlin“ immer wieder bewiesen haben.“

Diesen Optimismus trübt allein Johannes Rau, der in der unterhaltenen Inszenierung von Politik eine

Bedrohung wittert. „So wird Politik zu einem Teil der öffentlichen Unterhaltung“, warnt er und formuliert seine Vision: „Ich wünsche mir eine Mediendemokratie, in der das Vermitteln der Sache wichtiger ist, als das Vermitteln von Bildern und Bildunterschriften.“

Dieses kurze Problem-Relief soll den Horizont öffnen für ein Leitmotiv der Berliner Republik:

Recherchierender Journalismus ist zeitgeistabhängig. Und der Zeitgeist liebt zur Zeit eben eher die hochpolierte Oberfläche, nicht den tiefgründigen Blick hinter die Kulissen der Mächtigen und Einflussreichen in Politik und Wirtschaft.

Recherche ist die zentrale Ressource für guten Journalismus und damit für Medienqualität.

Das Klischee des investigativen Journalismus, das sich allein auf Aktenbeschaffung und Geheim-Dossiers reduziert, sollten wir schnell vergessen.

Ohne die Analyse der gesellschaftlichen Realität und der prägenden Medienkultur werden wir das Phänomen „Recherche“ nicht verstehen. Deshalb zunächst das Ausleuchten der politischen Rahmenbedingungen, ehe wir in einem zweiten Schritt zu dem aussterbenden Handwerk der Recherche kommen.

Der Schluss bleibt positiven Perspektiven vorbehalten, frei nach dem Motto „Wo Gefahr ist, wächst auch das Rettende.“

Back to the roots – back to reality

Der ZDF-Intendant Dieter Stolte hat Mitte Mai die Medien vor einem zunehmenden Realitäts-Verlust gewarnt. Die „voyeuristische Selbstinszenierung“ nehme zu, die Zuwendung zur konkreten Wirklichkeit müsse die Antwort auf diese Entwicklung sein. Ein Intendant fordert beherzt die Rückbesinnung zur Realität – dies wirft die freilich unbeantwortete Frage auf, wie es zuvor zu der diagnostizierten Entfernung von der Realität kommen konnte?

Die Analyse ist richtig, der Appell wird aber folgendlos verhallen, weil die Entwicklung vor allem der elektronischen Massenmedien kaum mehr umzusteuern ist: die Betonung des Leichten und Seichten, die Zentrierung auf Personen und Konflikte, das Vertrauen auf einfache Sinnstrukturen und die Diskriminierung komplexer Zusammenhänge ist ein *Reflex* auf die gesellschaftliche Entwicklung und die Zeitläufte. Wenn selbst in Seminaren von ARD-Sendern zum Thema „Boulevard-Journalismus“ bereits die Botschaft verkündet wird, „Informationsverdünnung bringt Quotenzuwachs“, dann ist der Trend der Zeit spürbar. In

dem ‚handout‘ des Seminars (1. Auflage 1999) unterscheiden die Trainer „Massenprogramme“ von sogenannten „Zuwendungsprogrammen.“ („reine, trockene Fachsendungen“)

Beim „Programm für die Mehrheit“ müsse die „Baucherwartung“ befriedigt werden. Anschliessend werden „sieben Säulen“ vermittelt, die ein Thema stützen: „Schicksal, Prominenz, Sex & Crime, Katastrophe, Geld, Kinder, Tiere.“ Unumwunden lautet der Tip an die Fernsehmacher aus der Politikredaktion: „Je mehr dieser Kriterien ein Thema erfüllt, desto besser ist es.“

Diese ‚neue agenda‘ journalistischer Nachrichtenfaktoren ist weiter fortgeschritten, als manche Medienkritiker vermuten.

Dazu kommt ein ergänzender Trend zur Infantilisierung der Gesellschaft, manche nennen es auch Banalisierung. Die Spaßgesellschaft will eben bei Laune gehalten werden.

Diese Entwicklung läßt sich wohl nicht mehr umkehren, zumal das Bewusstsein für diese Problemlage unterentwickelt ist.

In diesem Programmumfeld „für die Mehrheit“ stören alle Faktoren, die recherchierenden Journalismus ausmachen:

- Kritische Anfragen auch an Strukturen, Machtkonstellatio-

nen sowie dokumentierte Interessenkonflikte finden nur geringe Resonanz

- Recherchierender Journalismus braucht Zeit, Geld und Ressourcen. Sparen ist aber auf allen Ebenen angesagt.
- Die Ergebnisse langer Recherchen fördern meist Missstände, Unregelmäßigkeiten, kriminelles Handeln, Skandale und Konflikte zu Tage. All das bringt Unruhe, und Unruhe stört das Bedürfnis nach Zerstreung und Unterhaltung.
- Es gibt eine extreme Zunahme kanalisierter Information. Es ist wohl kein Zufall, dass der Regierungssprecher als PR-Mann des Jahres ausgezeichnet wurde.
- Relevante Kritik an bestimmten Missständen führt zu starkem Gegendruck, und oft zu juristischen Auseinandersetzungen mit zum Teil persönlichen Folgen.

Zunahme von ‚Kampfhund-Kommunikation‘

Betrachtet man die großen, den öffentlichen Diskurs strukturierenden Themenkonjunkturen der vergangenen Monate, erkennt man die Webstruktur dieser Themen recht schnell:

- der Streit um die Kampfhunde in Deutschland

- das Drama um die Gefangenen in Jolo
- die Tragödie von Sebnitz (als ein Höhepunkt der Debatte um Rechtsextremismus)
- der Skandal um Joschka Fischers Jugendsünden (und die Debatte um 68)
- die Auseinandersetzung um Trittins Nationalstolz und seiner Buback-Entschuldigung
- der immer wieder aufflackernde Preiskampf an der Tanksäule.

All diese Wellen sind verebbt, der politische Gehalt, der in den Themen verborgen war, ist heute kaum mehr erkennbar. Konkrete Folgen oder gar politische Korrekturen in den jeweiligen politischen Feldern sind nicht festzustellen. Erst wenn wieder ein Kind von einem Kampfhund zu Tode gebissen wird, beginnt die Debatte wahrscheinlich von Neuem.

Das heißt: in vielen Bereichen ist ein „Ende der Politik“ festzustellen. Der langsame Prozess der Aushöhlung der politischen Gestaltung hat die Ausstattung der Medien und ihre Agenda beeinflusst.

Zugespitzt heißt das: In einem Land, das die großen ideologischen Auseinandersetzungen hinter sich gelassen hat, in dem die Mitte immer grösser wird und sich

die meisten recht gut eingerichtet haben, tritt der Streit um bessere Lösungen (um was?) zurück. Es gibt kaum mehr Grundsatzfragen, über die kontrovers und nachhaltig gestritten wird.

Bei den notwendigen großen Reformthemen steht die jeweilige Lobby wohl positioniert und wohl vertreten in den Vorzimmern der Macht und protestiert. Die Menschen, so haben die Wahlforscher die Parteimanager überzeugt, wollen Sicherheit. Und keinen Wandel. Nicht einmal Sicherheit durch Wandel.

Diese Grundtendenz in der Gesellschaft spiegeln die Medien, in dem sie ein neu erfundenes Genre, den „Aufreger“, über Themen produzieren, über die man sich eigentlich garnicht aufregen muss.

Gesellschaftspolitische Trends und die mediale Antwort darauf verbinden sich zu einem stillen Konsens gegen das Anspruchsvolle, das Sperrige, das Komplexe – also gegen alle Stoffe, aus denen der recherchierende Journalismus in der Regel seine Geschichten schöpft. Die Spaßgesellschaft will bei Laune gehalten werden, Events und der lange Lauf auf dem endlosen Boulevard verdrängen dann eben gute Hintergrundgeschichten auf Seite Acht oder ins Ghetto der Nacht.

Die Grammatik der Skandale

Der Vertrauensverlust in die Politik – als Ausfluss eines Jahrzehnts der Politikverdrossenheit – hat Spuren hinterlassen. Die Folge: für viele bürgerliche Eliten spielt Politik – gedacht in großen Linien und eingebettet in ein Werte-Fundament – keine Rolle mehr. Allenfalls geht es um die Durchsetzung kurzfristiger Interessen, und die Lösung eigener, spezifischer Probleme.

Der Prozess hin zur Politikverachtung – begleitet von einem ernstzunehmenden Ausmaß der Nichtwähler und Wahlverweigerer – hat viele Gründe. In einem großen Bündel wirken sie verheerend – auch auf die Wahrnehmungsfilter der Medien. Für viele Macher sind Politikthemen einfach „nur noch ätzend“ und „Abschalter“.

Folgende Erfahrungsgrundsätze sind mittlerweile tief im Bewußtsein der Menschen verankert.

Tendenzen, die die Wahrnehmung von Politik prägen.

- Defizite in der Gestaltung relevanter Probleme und in der Umsetzung beschlossener Politik
- Auszehrung des politischen Personals
- Staatsversagen auf vielen Ebenen (Handlungsunfähigkeit der Kommunen)

- „Viel reden. nichts machen“ - Die Talk Show ersetzt das Parlament.
- die Fülle der kleinen und grossen Skandale, die Distanz zur Politik legitimieren und massive Vorurteile „gegen die da oben“ bestätigt.
- die Überbürokratisierung der Gesellschaft („Sozialmafia“) und gleichzeitige Unbeweglichkeit der Politik
- Show statt Substanz – die Inszenierung von Politik und die Vermittlung von Stimmung als Politikersatz

Wohltuend sind in diesem Zusammenhang freimütige Stellungnahmen etwa des CSU-Generalsekretärs Thomas Goppel, der bezogen auf die Gen-Debatte auf die „Grenzen der Politikgestaltung“ aufmerksam machte und offen darlegte, dass Entscheidungen der Politik in hochkomplexen Themenfeldern auch auf Grenzen stießen. (DLF, 29.5.2001)

All diese Tendenzen, die insgesamt einen gepflegten Stillstand markieren, werden mit feinen Sensoren aufgenommen – auch von den Medien. All das sind keine Katalysatoren für recherchierenden Journalismus, weil nach der ersten „Skandal-Stichflamme“ die Aufregung verlodert und sich wieder Langeweile aus-

breitet. Offenbar kann nur die andauernde Berichterstattung aller Medien über einen längeren Zeitraum ein Thema auf der „Berliner Agenda“ halten. Doch dies ist nur in Ausnahmefällen – wie etwa der Hochphase der CDU-Spendenaffaire – möglich.

„... sich gut informiert fühlen“

Statt sich den Herausforderungen dieser Politik-Szenerie zu widmen, sucht die aggressive Konsumgesellschaft nach neuen Wegen, nach Spannung in der Langeweile, nach dem Kick für den Augenblick.

Die großen Wahrheiten werden meistens ganz simpel verkündet. Ein Privat-Radio ist einer dieser Wahrheitsvermittler: Im Vorspann zu den „Nachrichten“ umgarnt uns eine Stimme mit dem entwaffnenden Slogan: „Wir wollen, das sie sich gut informiert fühlen.“

Wenn man die Nachrichten im Hörfunk – privat wie öffentlich-rechtlich mit bestimmten Ausnahmen – und die TV-Nachrichten analysiert, wird man feststellen, dass es kein einheitliches agenda setting gibt, sondern höchstens bestimmte Tendenzen. Zentrale, neue Informationen im Fall Kiep kommen in den Hauptnachrichten von SAT 1 und RTL gar nicht vor, werden in den

„moderierten“ Nachrichten des ZDF am Ende und in der ARD im ersten Drittel der Tagesschau plaziert.

Bezogen auf den recherchierenden Journalismus heißt das: es gibt keinen verbindlichen Kompass für die Relevanz von Themen und Konflikten, die als „investigativ“ eingeschätzt werden. Was ist wirklich neu – oder was wird nur um einen bereits bekannten Informations-Kern als Neu-Information garniert und entsprechend verkauft? Das Recycling von vermeintlich „neuen“ Informationen führt zunehmend zum Verdruss von Machern und Konsumenten.

Agenda-Cutting ersetzt Agenda-Setting

Niemand weiss heute mehr ganz genau, was wichtig und was unwichtig ist. Das organisch entwickelte Konzept der „moderierten“ heute-Nachrichten wird man in keinem Journalismus-Lehrbuch finden.

Die klassischen Relevanz-Kriterien werden nicht selten auf den Kopf gestellt.

Folgende agenda-prozesse funktionieren, auch wenn sie nicht in der offiziellen Lehrbüchern zu lesen sind oder gar die mit einem enormen timelack ausgestattete Publizistik-Wissenschaft beschäftigen:

- Der Stoff muss einfach und ein-
gängig sein, komplizierte Sinn-
zusammenhänge haben keine
Chance.
- Es gibt eine Sehnsucht nach ori-
entierender Verdichtung, die die
Konsumenten aus dem diffu-
sen ‚Overkill‘ von news und en-
tertainment in einen sicheren
Hafen der klaren Information
führt. Stoffe, die sich dazu nicht
eignen, fallen durch die vorge-
gebenen Raster.
- Nur wenn BILDER vorliegen,
besteht eine Chance in das
Leitmedium TV und die zuneh-
mend bildorientierten Zeitun-
gen (auf die Seite 1) zu kommen.
Die visuellen Experimente des
Tagespiegel und der *Welt*, die mit
großflächigen Fotos arbeiten,
prägen wohl den Zukunftstrend.
- Das Motto: ‚Ein Bild sagt mehr
als 1000 Worte‘ oder ‚Einmal se-
hen, ist besser als 100 Mal hö-
ren‘ (Mao) illustriert die Macht
der Bilder.

Hier ist auch die Inszenierungsge-
fahr angelegt, da durch die Auswei-
tung der elektronischen Medien die
Bilder-Gier grenzenlos wächst.

- Personen- und Einzelschicksale
oder der Kampf / Streit zweier

Protagonisten verdrängen kom-
plizierte Strukturen und Sinn-
zusammenhänge.

Der Stoff muss sich ganz ein-
fach und simpel darstellen las-
sen können. Vereinfachung ist
das Zauberwort und die damit
verbundene Ausblendung ande-
rer „schwieriger“ Themen.

- Hintergründe sind nicht mehr
interessant, Vordergründiges
muss beleuchtet werden, weil
der Aufmerksamkeitspegel in ei-
ner überreizten Gesellschaft
sehr niedrig ist. Aufstrebende
Chefredakteure haben dafür den
Begriff des „Oberflächenreizes“
erfunden.

All diese Faktoren, die sich durch
die Zunahme des Internet-Journa-
lismus und die „news-to-use“-Phi-
losophie noch verstärken werden,
sind Handicaps für recherchieren-
den Journalismus. Der Aspekt des
„Nutzens“ hat längst die Bedeutung
des „Wissens“ verdrängt.

Das Tempo der Unterhaltungs-Maschine

Wir leben in einer wachsenden Welt,
in der Medien & Konsum zu Schlüs-
selbegriffen werden, die eine große
Gestaltungsmacht entfalten.

Gleichzeitig muss hier krass unter-
schieden werden zwischen qualitativ

hochwertigen Medienangeboten in Sparten und Nischen und dem klimapragenden Massenprogramm – vom Privatfunk bis zu den Anzeigenblättern.

Gleichzeitig bewegen wir uns in zersplitterten Teilöffentlichkeiten, die – extrem zugespitzt – von einer Info-Elite und einem Unterhaltungs-Proletariat geprägt werden. Zwischen diesen beiden Polen findet das Puzzlespiel der Zerstreung statt. D.h. bestimmte Informationen erreichen das Gros der Bevölkerung nicht mehr. Parzellierung hat aber zentrale Konsequenzen für die Frage „was ist wichtig“, „was ist nachrangig und was unbedeutend?“.

Natürlich gibt es eine kritische Öffentlichkeit, die sich für originäre Recherchen interessiert. Natürlich gibt es qualitativ hochwertige Tages- und Wochenzeitungen, natürlich gibt es Nischen zu später Stunde in den elektronischen Medien. Aber der Befund ist eindeutig: Dieser Sektor schrumpft und wird durch Quoten- und Auflagedruck weiter bedrängt.

In der Summe heißt dies: Der Markt für recherchierenden Journalismus wird immer kleiner, eine Insel im Meer der leichten Unterhaltung.

Orientierungslos im Medien-Dschungel

In einer visuell überreizten Gesellschaft geht es immer häufiger nicht mehr um Informationen und Fakten, sondern um Eindrücke und Stimmungen. Wie wirken Mimik, Gestik, Farben?

Wie aggressiv reagieren Politiker – wie souverän? Welche Laune hat der Kanzler?

Schröder ist ein Meister der Medien-Inszenierung, wenn er etwa die torsoartige Rentenreform als großartigen Erfolg vermittelt. Er „verkauft“ das Ereignis mit großer Freude und verbindet dies mit dem Dank an seinen Minister. Die „gute Stimmungsbilder“ erschlagen dann die trüben Fakten.

Wahlentscheidend ist nicht die klare Bilanz einer Amtsperiode, sondern das massenmedial geprägte Bild, das ein Politiker abgibt. Welche Assoziationen und Gefühle – von Vertrauen bis Kompetenz – setzen bestimmte Bilder frei?

Politiker wissen, dass nicht die mühselige parlamentarische Kleinarbeit ihnen beim Entstehen dieser Bilder hilft, sondern allein die mediale Präsenz. Das verleitet zur Abkehr von klassischen parlamentarischen Tugenden – hin zu professionellen Inszenierungs-Aktivitäten.

Die Sache tritt in den Hintergrund – die Show wird zentral. Die Show-Regie verdrängt also die langfristige

Konzept-Arbeit. Dies verändert nicht nur Politiker-Rollen, sondern verzerrt auch die heile Welt des Berufspolitikers aus deutschen Sozialkundebüchern.

Die Konsequenz: Oft wird Politik schon in der Konzeptionsphase auf ihre mediale Wirkung hin gecheckt. Nicht die Sache oder das zu lösende Problem ist der Maßstab, sondern die zu erwartende Medienresonanz. Inszenierungs-Politik verdrängt Sach-Politik.

Viele Menschen suchen nach Orientierung in der immer komplizierteren Welt. Deshalb haben die Übersetzer der Komplexität die größten Marktchancen. Umfragen, Rankings und „Experten“, die keine Angst vor Vereinfachung haben, sind die Stars der Medienszene. Jochen Hörisch aus Mannheim spitzt zu: „Diejenigen sind prominent, die fachlich inkompetent sind.“ So genannte Instant-Experten das heißt: Gegenexperten, die für die Vermittlung von Recherche-Ergebnisse unverzichtbar sind, haben geringe Chancen. („Wer ist denn dieser ‚no name‘?“) Die Forderung nach prominenten (nicht kompetenten) Interviewpartnern gehört bereits zu der Innenaustattung selbst renommierter Magazine.

Macht ohne Verantwortung

Das Trennungsgebot zwischen Medien und Politik existiert nicht mehr. Der duzende Kanzler, die vielen Hintergrund-Kreise, Roland Koch als Focus-Chef, Helmut Markwort als Hessen-MP, Hans Eichel als BILD-Chef, Kai Diekmann als Sparkommissar im Finanzministerium. Auf dieser Plattform läßt sich ein Austausch unter Gleichen pflegen. Der Mann mit den vielen Fakten, Focus-Chef Markwort, nahm am 29.5.2001 nicht zufällig die Rolle des hessischen Ministerpräsidenten an. Bei dem riesigen Medienauflauf betonte er noch einmal die Rolle der Medien als „Dolmetscher“ der Politik. Selten wurde die Verschmelzung zwischen Politik und Medien und das (verzerrte) Selbstbild so deutlich wie in diesem Fall.

Zeit-Autor Gunter Hofmann brachte es auf den Punkt: „Diese Veranstaltung ist ein Teil des Problems, das sie beleuchten will.“

Zugespitzter hat es Rudyard Kipling quasi vorausseilend gesagt „Journalisten haben Macht ohne Verantwortung – zu allen Zeiten ist dies das Kennzeichen der Huren.“

Abseits des inszenierten Medienergebnisses: Die Rollen der Journalisten ändern sich – von der eigenständigen Beobachtung aus eigenem

Blickwinkel, unabhängig und kompetent –, geht der Trend zum content-manager, der am „traffic“ (also am Geschäftsverlauf) beteiligt ist. Es geht zunehmend darum, aus vorhandenen, leicht verfügbaren Stoffen, neue zu produzieren und eine perfekte Wertschöpfungskette zu kreieren. Auch das beeinflusst die Agenda der Medien.

Zunahme kanalisierter Information

Immer mehr aussenstehende Akteure betreiben effektives agenda-setting.

Die größte Gefahr geht von den PR-Agenturen aus, die gerade im politischen Bereich ihr Personal aufforsten.

Regierungssprecher besetzen im Nebenjob die Gästeliste der wichtigsten Talkshows.

Entscheidend ist die Vermarktung von „Nicht-Informationen“ und „Zitaten“ nicht nur an Wochenenden. Wenn man die Vorab-Meldungen von Tageszeitungen und Nachrichtenmagazinen überprüft und ihren „Ertrag“ in den Agenturen analysiert, kommt man oft zu einer ernüchternden Bilanz.

In den USA gilt häufig die Empfehlung „never talk to an press-officer“. Dieser Hinweis kann zunehmend auch auf Deutschland übertragen werden. Denn den meisten geht es

nur um „wording“, d.h. sie wollen selbst bestimmen, was berichtet wird und was nicht. Trotz Informationsfreiheitsgesetz in bald vier Bundesländern und im Bund – der Trend geht in Richtung kalt kalkulierter und kanalisierter Information. Wer kritische Anfragen oder Interviewwünsche hat, geht zunehmend leer aus.

Weil es keinen Widerstand etwa von Journalistenorganisationen gibt weitet sich diese Methode der „Nicht-Information“ immer rasanter aus.

Deutschland – wo sind deine Spürnasen?

Sind diese Trends der Mediengesellschaft unumkehrbar? Wo könnten Alternativen erkennbar sein?

Wenn man über „investigativen Journalismus“ spricht, muss die gesellschafts- und medienpolitische Gesamtlage zunächst einmal besichtigt werden. Denn Journalismus und die jeweilige Resonanz auf die Berichterstattung und die daraus folgenden Debatten, finden nicht im luftleeren Bereich statt:

Investigativer Journalismus kommt dann zum Zuge, wenn andere Instanzen versagen. Rechnungshöfe oder Untersuchungsausschüsse üben oft nur Kontrolle zum Schein aus. Bei der Umsetzung ihrer Kontrollvorschläge und der Nennung

der Verantwortlichen sind ihnen oft die Hände gebunden und sie spüren die Abhängigkeiten von denen, die sie gewählt haben.

Aufgabe eines guten Journalismus ist es, Macht in jeder Form unter Legitimationsdruck zu setzen. Niemand darf es sich bequem machen. „Der recherchierende Journalist hat die Aufgabe, die dunkle Seite der Macht auszuleuchten und den Mächtigen das Gefühl zu geben, dass der Missbrauch nicht völlig gefahrlos ist,“ so das Credo von Hans Leyendecker von der *Süddeutschen Zeitung*.

Will man die Chancen, Möglichkeiten aber auch Grenzen des recherchierenden Journalismus bemessen, dann scheinen mir folgende Überlegungen zentral:

1. Die Intensität einer Recherche entscheidet über die Qualität eines journalistischen Produkts: Es geht also in erster Linie nicht um „Enthüllungen“, vertrauliche Vermerke, ungedeckte Schecks und verschwundene Akten. Sondern es geht zunächst einmal ganz schlicht um die Optimierung der Qualität und damit um den Respekt vor den Lesern, Zuschauern und Zuhörern. Das Publikum hat ein Recht auf ordentlich recherchierte Geschichten.

Gute Recherche darf nicht auf die „Enthüllung“ verkürzt werden; sie ist das Fundament für kompetente Berichterstattung. Ohne Recherche, hat Gerd Ruge gesagt, bleibt alles im Allgemeinen und Ungefährlichen.

Im Medien-Alltag geht es aber im Wesentlichen um die Ergänzungs-Recherche. Wen muss ich zu der Agentur- oder Pressemeldung noch anrufen, um den Text abzurunden? Vielleicht reicht die Zeit noch, um die Gegenseite zu hören? Weil das jeder kann, wollen die meisten Journalisten nichts von vertiefter Recherche hören.

Zum Selbstbild gehört es „recherchieren zu können“. Diese Sozialtechnik gehört sozusagen zur Innenausstattung der Journalisten, so selbstverständlich wie der Führerschein oder die persönliche Trinkfestigkeit. Ein trügerisches Selbstbild.

„Recherchieren gehört zur selbstverständlichen Grundausstattung“, dieser Tabu-Zustand darf nicht hinterfragt werden, sonst würden viele Mythen zerbrechen.

Recherche bestimmt Qualität, indem durch intensive Auseinandersetzung mit einem Thema Informanten den Autoren kein X für ein U vormachen können, indem die richtigen Fragen an die richtigen

Leute gestellt, auf Antworten gedrängt wird. Schließlich verbessert die Recherche die Urteilsfähigkeit und die Auswahlqualität von Interviews, Fakten, Eindrücken, Bildern und Tönen. Das Produkt wird einfach besser. Recherche ist also das (unentdeckte) Instrument zur Qualitätssicherung.

Qualität kommt von Qual

2. Die Zentrierung von Recherche auf „Aktenbeschaffung“ ist eine unzulässige Verkürzung. Gleichzeitig ist es ein geschicktes Entlastungsargument, das davor schützt, sich konkret mit der Anatomie der Recherche zu beschäftigen.

In allen journalistischen Feldern müsste mehr beobachtet, mehr gedacht, mehr nachgefragt, also mehr recherchiert werden. Diese Arbeitsweise würde zu besseren Portraits, spannenden Interviews und reflektierten Moderationen führen.

Die Stigmatisierung oder Ausblendung der Recherche ist oft ein Entlastungsvorgang. Denn intensive Recherche ist schlicht und einfach *mehr* Arbeit.

Aber damit sind Verleger und Intendanten angesprochen, bessere Arbeitsbedingungen zu ermöglichen und die Verbindung von „Recherche und Qualität“ zu akzeptieren.

Honorarschlüssel für Filme „mit“ und „ohne“ Rechercheleistung oder die bessere Bezahlung für die Bearbeitung von eingespielten Nachrichtenbildern im Verhältnis zu traditionellen Magazinmachern. dürfte es eigentlich nicht geben. Die finanzielle Bilanz ist unter Recherchieren eindeutig: Ihr Mehreinsatz zahlt sich nicht aus.

3. Wenn man über recherchierenden Journalismus redet, muss man mehrere Arbeitsebenen und damit Intensitätsstufen der Recherche unterscheiden:

- die Alltags-Recherche, die vorrangig Fakten und Informationen kritisch prüft und die Stoffe in eine vernünftige Ordnung bringt.
- die Magazin-Recherche, die tiefer geht, Zusammenhänge herstellt und Hintergründe ausleuchtet, die sich um neue Fakten und authentische Quellen und Informanten bemüht.
- die originäre Hintergrund-Recherche, die sich das Ziel setzt mit langem Atem bisher nicht veröffentlichte oder nicht öffentlich bekannte Fakten und Zusammenhänge aufzudecken.

- die Enthüllung (als Ausnahme und Königsform).

Zwischen diesen vier Stufen gibt es natürlich fließende Übergänge und Akzente. Auf allen vier Ebenen sind Recherchen nötig und möglich.

4. Recherche-Fähigkeiten müssen dauernd weiterentwickelt werden. Die Verbesserung der Recherche-Fähigkeit der Journalisten ist ein Qualitätssicherungs-Programm. Die Wissensgesellschaft Deutschland befindet sich hier noch im Stadium eines Entwicklungslandes.

Es ist ja kein Zufall, dass die Recherche-Ausbildung seltener betrieben wird als etwa das Training anderer journalistischer Arbeitstechniken. Nach einer groben Übersicht fällt auf, dass die Angebote für „Online-Recherche“ die normale Basis-Recherche längst übersteigen. Dies ist nicht nur ein Tribut an „billigere Recherchequellen“, sondern folgt auch vielen Kollegen, die dem Netz eher vertrauen als der Realität.

5. Das Internet als Quelle ersetzt oft die zentrale Ressource – das Denken. Die Analyse von Joseph Weizenbaum „Das Internet ist ein großer Misthaufen, in dem man auch Schätze und Perlen findet“ sollte

zum Allgemeingut werden. Eine kritischere Haltung zu Chancen und Grenzen der Netzinformation wäre eine Bereicherung für den Journalismus.

6. In der Ausbildung und der Praxis des Journalismus sollten die Primärtugenden der Recherche gepflegt werden:

- Denken
- den Sachverhalt klären und Wissen akkumulieren
- die richtigen Fragen an die richtigen Leute stellen
- Quellen erschließen, pflegen und sichern
- einen Befragungsplan und eine Chronologie der Ereignisse anlegen
- Ergebnissicherung betreiben mit einem Rechercheprotokoll, d.h. systematisches Arbeiten fördern; mit viel Übung ist dies auf Dauer sogar zeitsparend.

Die Qualität der Produkte wird nach intensiver Recherche auf jeden Fall besser.

Solides Handwerk – kein Zauberwerk

7. Intensive Recherche ist vor allem Quellenarbeit. Spannende und unbekannt Informationen werden nicht mit „Zauberhand“ beschafft, sondern mit solidem Handwerk erarbeitet.

Im Mittelpunkt steht die Erschließung von Quellen, die vor allem absoluten Schutz brauchen.

Diese Grundregel ist banal, wird aber nur selten akzeptiert.

Hier kommt es im Wesentlichen darauf an, Menschen zu öffnen und ihnen die gebotene Seriösität zu vermitteln. Kommunikationsfähigkeit und Vertrauensvermittlung sind hier essentiell.

Denn viele Informationen kommen aus „niederen Motiven.“ (Haß, Herabsetzung, Ausgrenzung, Konkurrenz, Intrige, Demütigung, PR- Gegenmaßnahmen, Ex-Mitarbeiter) Diese Erkenntnis sollte zu Konsequenzen führen: einen sensibleren Umgang mit Informanten pflegen und natürlich eine intensive Gegenrecherche betreiben.

8. Kontakte pflegen, ein Kontaktnetz aufbauen ist entscheidend. Neugier ist notwendig.

Dazu kommt aber eine Überdosis Misstrauen. Denn nur mit dem gebotenen Misstrauen und dem gegengechecken von „heißen“ Informationen ist eine Recherche vollständig.

Es ist kein Zufall, dass die erfolgreichen Rechercheure der Republik eine hohe Kommunikationsfähigkeit und die Fähigkeit zum Rollenspiel aufweisen.

Der Typ „diplomatischer“ Rechercheur scheint am erfolgreichsten zu sein.

9. Bei intensiven Recherchen gibt es (meist) kein Ende, sondern lediglich Pausen. Ausdauer und Nachhaltigkeit, Fleiß und Hartnäckigkeit sind primäre Tugenden guter Rechercheure.

Manchen Informanten ist die nachgewiesene Intensität des Interesses an der Sache irgendwann einmal sympathisch. D.h. die psychologische Disposition im Kontakt mit Informanten ist oft entscheidend. Meist gilt der Erfahrungssatz nach der Bearbeitung eines Themas: Aus einem Stoff wächst der andere; ein guter Informant hat meist mehr als eine Geschichte zu erzählen.

10. Rechercheure, die ihrem Geschäft intensiv nachgehen, sind oft sehr einsam. Denn nach jeder kritischen Geschichte gibt es nicht nur „winner“ – sondern auch Verlierer. Es gibt eine Faustregel: Wenn wirklich etwas aufgedeckt wird, folgt die direkte und versteckte Gegenwehr, wächst der Druck (Juristische Schritte, Prozesse, politischer Druck, Karriere-Einbußen...).

Es gibt außerdem den Trend „bekannte“ Rechercheure mit Gegen-

recherchen und Anfeindungen zu überziehen. Dies geschieht oft in Form einer „Projektion“. Als Roland Koch den Filmautor Christoph Maria Fröhder wegen seiner Berichterstattung im Spenden-skandal übel beschimpfte, erklärte die hessische Landespressekonferenz geschlossen ihre Solidarität. Das ist unter Journalisten nicht immer so.

Die Attacken gegen die Recherche nehmen zu: Nachdem die Welt exklusiv auf hessischen Akten zu dem geplanten NPD-Verbot berichtete, wurde sogar das BKA eingeschaltet. Nachdem im Aussenministerium ein Bericht über die US-Reise des

Kanzlers an die Öffentlichkeit kam, wurde sogar eine „Task Force“ eingerichtet.

Nach vielen kritischen Berichten werden Behörden durchforstet, Quellen und Informaten gesucht. All dies belegt die Notwendigkeit absoluten Informantenschutzes.

Perspektiven – wo Gefahr ist, wächst auch das Rettende

Wenn man die zahlreichen kritischen Hinweise zur mangelhaften Recherche in jüngster Zeit mustert, stellt man ein gewachsenes Problembewusstsein bei Machern und Managern fest.



Dieser „Unmut“ muss allerdings konstruktiv übersetzt werden. Einige Perspektiven sind denkbar:

- Rechercheure müssen teamfähiger werden. Wer lange allein arbeitet, dem droht die Gefahr des Einzelgängers. Kooperationen, Themenaustausch (zwischen den Medien) sind sinnvolle Hilfskonstruktionen, um Reflexion, einen intellektuellen Gegenpart etc. zu fördern. Dies gilt auch für die internationale Grenzüberschreitung. Die Kooperation beim Sturz der EU-Kommission gilt als leuchtendes Beispiel.
- Medienkritik und die Diskussion ethischer Standards in den Medien sind die Partner des recherchierenden Journalismus. Die Entwicklung eines „TV-Medienmagazins“ im NDR ist ein gutes Zeichen. Die Verständigung auf ethische Standards – jüngst im WDR festgelegt – kann schon allein deshalb hilfreich sein, weil die interne Diskussion über ethische Standards und Werteorientierungen eine Debatte ausgelöst.

- Mitte Juni verkündete die ARD eine neue Programmstrategie. Dokumentationen und Features wurden gestärkt, politische Magazine zumindest vorläufig direkt nach der Tagesschau ausgestrahlt. Tendenzen, die darauf hindeuten, dass das geflügelte Wort der „Informationskompetenz“ eine neue Renaissance erfährt.

Sonja Mikich hat bezogen auf die Auslands-Berichterstattung einen wichtigen Aspekt der Gegenwehr beschrieben. Sie erinnert daran, dass sich Journalisten stets fragen sollten, „Wer möchte, dass ich das so mache und warum?“ Ihre Empfehlung sich offensiv gegen die Macht der Vereinfacher und Quoten-Prediger zu wehren: „Wer sich gegen ‚Ausland light‘ und Bangbang-Berichte wehrt, bekommt oft vorgehalten, er oder sie habe einen überentwickelten, erhobenen Zeigefinger. Mit anderen Worten: langweilig, kopfig, oberlehrerhaft. Wir bekommen Komplexe eingeredet, wenn wir über Humanismus oder Ansprüche reden. Aber wir müssen stur bleiben und uns nicht von Quoten und Quotenpredigern einschüchtern lassen.“

Jochen Markt

Investigativer Journalismus

„Handwerk statt Zauberei!“

1. Einleitung

„Man sollte die Recherche auf die Rote Liste der vom Aussterben bedrohten journalistischen Tugenden setzen.“¹ Mit dieser scharfen Forderung machte Matthias Drobinski, Redakteur der *Süddeutschen Zeitung* in München, im Jahre 1998 auf einen aus seiner Sicht gefährlichen Missstand in den deutschen Medien aufmerksam.

Drobinski begründete seinen Pessimismus so: Den wenigen festgestellten Redakteuren stehe das „Brackwasser der Verwaltung“ bis zum Kinn. Ihnen fehle die Zeit, um eine Geschichte gründlich zu recherchieren. Diejenigen, die die Stories bringen könnten, nämlich die Freien, arbeiteten nach einer einfachen Rechnung: Steigt der Aufwand, sinkt der Stundenlohn. Finanziell fehle ihnen also auch der Anreiz, sich mehrere Wochen oder gar Monate in ein einziges Thema einzuarbeiten.²

Drobinskis Analyse leuchtet ein. Doch wenn der SZ-Redakteur die journalistische Recherche als „vom Aussterben bedroht“ bezeichnet,

müsste er fairerweise auch die nennen, die für ihr „Überleben“ stehen: Hans Leyendecker, früher Spiegel-, nun SZ-Redakteur; Christoph Maria Fröhder, freier ARD-Fernsehjournalist; oder auch Dagmar Hovestädt, Redakteurin beim ARD-Magazin „Kontraste“. Sie und einige ihrer Kollegen betreiben und fördern das, was Wissenschaftler und Autoren heute als „Investigativen Journalismus“ bezeichnen. Ihre Stärke ist die gründliche Recherche: Sie verlassen sich nie auf Pressemitteilungen, sondern sie denken nach und entwickeln Fragen. Sie telefonieren, wälzen Akten, treffen sich mit Informanten und konfrontieren Verantwortliche mit Vorwürfen. Ihre Publikationen sorgen nicht selten für Aufruhr beim Publikum und produzieren auf diese Weise politische und wirtschaftliche Skandale. Als herausragendes Beispiel wird meist die Watergate-Affäre genannt, die vor allem durch die gründliche Recherche von Bob Woodward und Carl Bernstein, zweier junger Redakteure der Washington Post, ausgelöst wurde. In ihrer Folge trat Richard Nixon als Präsident der USA zurück.

Die Arbeit und das Selbstverständnis von Rechercheuren nach dem Vorbild von Bernstein und Woodward habe ich zum Thema dieser Arbeit gemacht. Bei der Lektüre wissenschaftlicher Aufsätze und journalistischer Berichte haben sich folgende Fragen ergeben:

1. Welche Bedeutung hat der Begriff „Investigativer Journalismus“?
2. In welcher historischen Tradition steht Investigativer Journalismus?
3. Wie lässt sich die Lage des investigativen Journalismus in Deutschland und vergleichend dazu in den USA beschreiben?
4. Welche strukturellen Bedingungen, d.h. Gesetze, gesellschaftliche Anforderungen und redaktionelle Strukturen, behindern oder fördern die investigative Recherche?
5. Welches Selbstverständnis steht hinter der Arbeit eines investigativen Journalisten in Deutschland und in den angelsächsischen Ländern?
6. Welche Chancen haben Nachwuchsjournalisten im investigativen Journalismus?

Die Beantwortung dieser Fragen erfolgt in den Kapiteln zwei bis sechs, die inhaltlich aufeinander aufbauen. Erst nach einer begrifflichen Eingrenzung von investigativem Jour-

nalismus ist es möglich, die historischen Vorbilder investigativer Recherche zu beschreiben. Danach erscheint es mir sinnvoll, zunächst die von Gesetzen sowie gesellschaftlichen und redaktionellen Strukturen beeinflusste Lage des investigativen Journalismus in Deutschland und den angelsächsischen Ländern zu beschreiben, um danach auf das Selbstverständnis der Rechercheure und die Anforderungen an ihre Arbeit einzugehen. Im letzten Kapitel möchte ich kurz auf neue Möglichkeiten für investigative Nachwuchsjournalisten eingehen.

2. Investigativer Journalismus – eine Definition

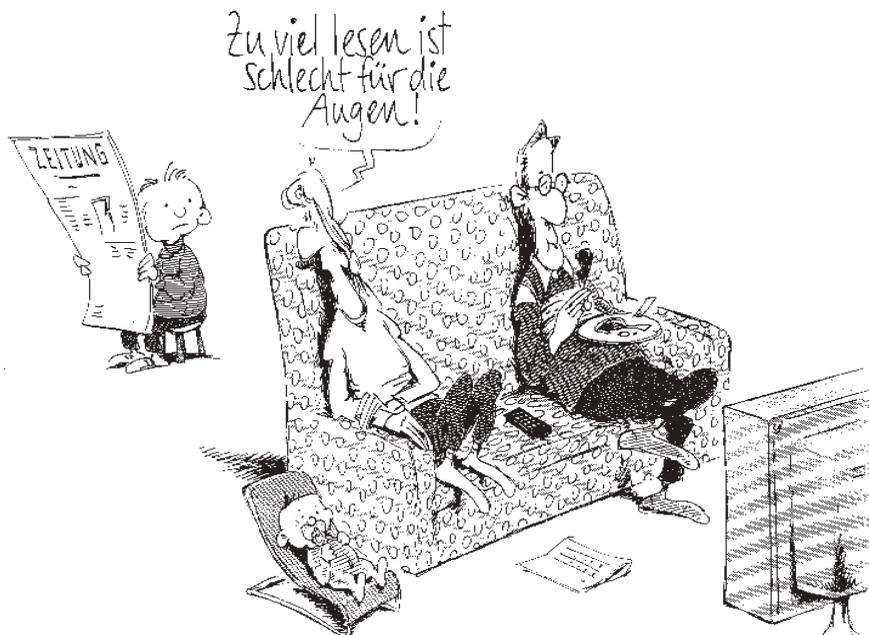
Wer nach einer Definition für den Begriff „Investigativer Journalismus“ sucht, kann nicht einfach in den Duden schauen, um dort eine sinnvolle Auslegung und Inhaltsbestimmung des Wortes zu finden. Denn der Begriff birgt Interpretationsspielraum. Hans Leyendecker hat in einem Rundgespräch zum Thema „Investigativer Journalismus in Deutschland“ gesagt: „Die meisten, so glaube ich, verstehen darunter, dass man ohne Hilfe der Sekretärin eine Telefonnummer findet.“³ Sieht man einmal von der satirischen Schärfe dieser Aussage ab, so zeigt

sie schon, dass die Definitionsansätze für den Begriff sehr unterschiedlich sind. Sie reichen von rein hermeneutischen bis in beinahe kulturphilosophische Dimensionen.

Viele versuchen den Begriff zunächst gegenüber einer anderen, weit verbreiteten Form des Journalismus abzugrenzen: dem Verlautbarungsjournalismus. Investigativ ist für Hannes Haas und Heinz Pürer ein Journalismus, der sich der Information der Öffentlichkeit verpflichtet fühlt und sich nicht damit begnügt, nur Verlautbarungen unter die Leute zu bringen. In einer Zeit künstlicher Informationsüberflutung und gleichzeitig systematisch

betriebener Informationsverhinderung sei nachforschender Journalismus unbedingt erforderlich.⁴ Recherche sehen sie also als Gegenmittel zur reinen „PR-Falle“.

So argumentiert auch der Rundfunkjournalist Klaus-Jürgen Haller, für den „Investigative Reporting“ und „Recherchejournalismus“ weitgehend dasselbe sind. Bei beiden gehe es um die Überprüfung von Fakten, Behauptungen und Unterstellungen, also immer um die Frage nach der Wahrheit. Beide Arbeitsweisen hätten zum Ziel, das öffentlich zu machen, was andere meinen unter den Teppich kehren zu müssen. Er definiert: „To investigate“, „den Spuren



folgen‘, bedeutet: ‚untersuchen‘, ‚nachforschen‘, ‚nachgehen‘, ‚Ermittlungen anstellen“.⁵

Auch Werner Holzer, ehemaliger Chefredakteur der *Frankfurter Rundschau*, kann sich mit der Gleichsetzung von investigativem Journalismus mit nachforschendem Journalismus anfreunden. Er glaubt aber, dass man es dann eigentlich mit einem Pleonasmus, wie z.B. „weißer Schimmel“, zu tun habe. Denn wirklicher Journalismus, der sich der Information der Öffentlichkeit verpflichtet fühle, sei immer nachforschend gewesen und habe sich nie damit begnügt, nur Verlautbarungen unter die Leute zu bringen. Holzer sagt: „Es stimmt einfach nicht, dass damit eine ganz neue Art des Journalismus geboren worden ist. Seit unabhängige Leute angefangen haben, Informationen zu sammeln, zu sortieren, zu vergleichen und zu analysieren, wird nachforschender Journalismus betrieben.“⁶

Benjamin C. Bradlee, der Verantwortliche Redakteur für die Watergate-Recherche von Bob Woodward und Carl Bernstein (siehe 3. Kapitel), formuliert es ähnlich: „Any kind of journalism, if you ask more than a couple of questions, becomes investigative by definition.“⁷

Wolfgang Donsbach stimmt Holzer und Bradlee zu, indem er über den investigativen Journalismus sagt:

„Im Grunde ist dieser Typus keine völlig neue Rollendefinition.“ Dann fügt er aber gleich hinzu, dass er darin die Erweiterung des klassischen Recherche-Journalismus aus den USA sieht⁸ und entkräftet so Holzers Argument des Pleonasmus. Entscheidend ist hier der Begriff der Erweiterung. Er verleiht dem investigativen Journalismus den Status des Besonderen, gibt ihm einen eigenen Charakter.

Diesen besonderen Charakter beschreibt z. B. Manfred Redelfs. Für ihn ist es „eine Form von US-Journalismus, bei der durch die intensive Recherche bisher unbekannte Sachverhalte von politischer Relevanz öffentlich gemacht werden, die Einzelne, Gruppen oder Organisationen verbergen möchten. Ziel von ‚investigative reporting‘ ist es, Missstände aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufzudecken.“⁹ Analog zu dieser Aussage verlaufen die Ergebnisse einer Umfrage, die 1986 von der amerikanischen Berufsorganisation „Investigative Reporters and Editors“ (IRE) durchgeführt wurde. Bei rund 90 Prozent der Journalisten, die bei den 500 auflagenstärksten Zeitungen und den 200 größten Fernsehstationen der USA arbeiten, herrschte dabei Konsens über die drei Hauptmerkmale von investigativem Journalismus:

- Eine aktive Reporterrolle
- Thematische Relevanz
- Die Recherche lässt sich nur gegen Widerstände betreiben.¹⁰

Wenn es Widerstände gegen eine Recherche gibt, müssen Wege gefunden werden, diese zu umgehen oder zu brechen. Eine Charakterisierung der dafür angewandten Methoden steht im Mittelpunkt weiterer Definitionen zur Frage, was eigentlich „investigativ“ ist. Für Siegfried Weischenberg, heute Vorsitzender des Deutschen Journalistenverbandes, ist Enthüllungsjournalismus ein Gegenentwurf zum gängigen Informationsjournalismus. Seine Kennzeichen seien intensive, kritische Recherchemethoden.¹¹ Für Michael Haller, Professor am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaften in Leipzig und Herausgeber der Fachzeitschrift „Message“, sind die investigativen Recherchemethoden nicht nur „intensiv“ oder „kritisch“, sondern „hart an der Grenze des Erlaubten“¹². Und Hermann Sonderhüsken zieht sogar einen Vergleich zur Polizeiarbeit: „Da wird mit teilweise kriminalistischen Methoden ermittelt. Es ist immer wieder erstaunlich, was da von begabten Journalisten zutage gefördert wird.“¹³

Während Sonderhüsken also von den kriminalistischen Methoden positiv beeindruckt ist, kann Herbert

Kremp, ehemaliger „Welt“-Korrespondent in Brüssel, diese Art der Recherche gar nicht gutheißen. „Verfolgungsbehörden investigieren. Gemeindienste investigieren. Das Ziel der Investigation ist die Aufdeckung krimineller oder im weiteren Sinn gemeinschädigender Handlungen und Zusammenhänge. Investigation in diesem Sinne bedarf einer Legitimation, über die der Journalist nicht verfügt.“¹⁴

Viele Autoren bemerken, dass investigative Journalisten sich oft selbst zu moralischen Wächtern der Gesellschaft machen. Hermann Bovenster beurteilt das kritisch. In der klassischen Verfassungslehre sei die Kontrollfunktion nicht zu Unrecht dem Parlament übertragen. Wenn der Journalist sich nun als Wächter oder Richter ideologisiere, löse er sich aus den verfassungspolitischen Zusammenhängen und verselbstständige eigenmächtig sein Amt.¹⁵

Eine besondere Form der Verselbstständigung kritisiert Klaus Reumann: „Wenn dieser Journalismus nicht in erster Linie der Verteidigung demokratischer Tugenden und Einrichtungen dient, sondern eher durch Sensationshascherei der Auf lagensteigerung, nennt man ihn abfällig ‚muckraking‘“¹⁶.

Um zu erfahren, woher dieser nicht von Reumann geprägte Begriff stammt, möchte ich nun einen Blick

in die Geschichte, zu den Vorläufern des investigativen Journalismus werfen.

3. Recherchierende Journalisten in der Geschichte der USA

3.1. Watchdogs und Muckrakers

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war von investigativem Journalismus in den USA noch keine Rede. Doch es gab bereits Journalisten, die sich der Öffentlichkeit verpflichtet fühlten und kämpferisch für die Enthüllung von Korruption und Skandalen eintraten. Sie beanspruchten für sich eine „watchdog function“, sahen sich als Wachhunde der Gesellschaft. Der wohl berühmteste Fall der „Wachhund“-Arbeit spielte sich 1870 ab, als die *New York Times* eine Kampagne gegen das Regime des berüchtigten Bürgermeisters von New York, William Marcy Tweed, führte.¹⁷ Tweed war Mitglied einer als korrupt geltenden Fraktion der Tammany Demokraten.¹⁸ Offensichtlich trug die Fraktion mittels der „Times“-Kampagne interne Rivalitäten an die Öffentlichkeit. Denn ein Großteil der konkreten Beweise stammte von Samuel J. Tilden, der selbst Tammany Hall angehörte und nicht nur das Amt des Gouverneurs des Staates New York, sondern das des Präsi-

denten der USA anstrebte. Tweed hatte jedoch öffentlich Partei für den bisherigen Gouverneur John T. Hoffmann ergriffen.¹⁹ Die *Times* wurde von Tilden eher instrumentalisiert, als dass sie investigativ tätig wurde. Allerdings füllte die Zeitung fast während des gesamten Septembers 1870 die ganze erste Seite mit neuen Enthüllungen von Tweed und seiner Fraktion. So verlieh sie der Kampagne einen investigativen Pathos. Tweed wurde schließlich gestürzt und verhaftet.

Als wenig später der Verleger Adolph Ochs die *New York Times* übernahm, kehrte die Zeitung dem Enthüllungs- und Skandaljournalismus den Rücken. Sie verschrieb sich einem objektiven und leidenschaftslosen Journalismus, der seine Legitimation an dem berühmten Wahlspruch „All the news that’s fit to print“ festzumachen suchte.²⁰

Doch das Image der Presse als „furchtloser Wahrheitssucher und einsamer Streiter gegen die Korruption der Mächtigen“²¹ ging in den USA nicht verloren. Zu verdanken hatte sie dies einer besonderen Gruppe von Journalisten, den „Muckrakers“. Die Beschimpfung „Muckrakers“, zu Deutsch „Mistgabeln“, stammt aus einer Rede des 26. amerikanischen Präsidenten, Theodore Roosevelt, aus dem Jahre 1906. Roosevelt ließ sich zu der

Presseschelte hinreißen, weil ein Journalist den amerikanischen Senat als „Plutokratennest“ bezeichnet hatte. Der Präsident entlieh das Bild von der Mistgabel aus dem Buch „Pilgrim’s Progress“, das John Bunyan im 17. Jahrhundert verfasst hatte.²² Die Lektüre dieses Romans war an der Schwelle zum 20. Jahrhundert fast so wichtig wie die der Bibel, so dass Roosevelts Zuhörer sein Bild direkt verstanden haben dürften. Dennoch beschrieb er den „Muckraker“ noch einmal: „Der Mann, der, mit seiner Mistgabel in der Hand, nur nach unten schauen konnte, der, obwohl ihm eine himmlische Krone angeboten wurde, weder nach oben blickte noch nach der Krone griff, sondern weiter den Schmutz am Boden aufwühlte.“²³ Zudem schimpfte der Präsident die amerikanische Presse eine Dreckschleuder, warf ihr Mangel an gutem Willen vor und bezichtigte sie der Aufwiegelung zum Klassenkampf. Roosevelt und die Journalisten waren fünf Jahre nach Beginn seiner Amtszeit zu erbitterten Gegnern geworden. Das hatte wenige Jahre zuvor, in der Hochblütezeit der Muckrakers, noch ganz anders ausgesehen. Um die Jahrhundertwende war Theodore Roosevelt der politische Held der Muckrakers.²⁴ In der Zeit des Sozial-Darwinismus, wo der aufkeimen-

de Individualismus auch von vielen Journalisten verherrlicht wurde, sahen sie in dem Präsidenten den einsamen Kämpfer, „der es in Afrika mit Großwild, in San Juan Hill mit den bösen Spaniern und in Washington D.C. mit den mächtigen Großkonzernen aufnahm.“²⁵ Theodore Roosevelt, ein Mitglied des Reformflügels der Republikaner, galt als Anhänger der Bewegung der Progressives, die mit Forderungen nach Antitrustgesetzen, Handelsregulierung und Maßnahmen gegen Regierungskorruption zum Sprachrohr der Kleinunternehmer wurden. Die Anhänger der Progressiven im Journalismus waren die Muckrakers. Sie arbeiteten entweder als Buchautoren oder für die neu gegründeten Massenzeitschriften, die das qualitativ hochwertigere Pendant zu den „gelben“ Sensationszeitungen der Hearst- und Pulitzerpresse bildeten. Zu den erfolgreichsten gehörte das *McClure’s Magazine*. S.S. McClure gründete seine Zeitschrift 1893 auf der Basis niedriger Preise. Zeitschriften kosteten damals zwischen 25 und 35 Cents – McClure ging jedoch mit einer Schrift für nur 15 Cents auf den Markt.²⁶ Die Auflage machte einen enormen Sprung von 120.000 im August 1895 auf 307.000 im Jahr 1900. Den Erfolg verdankte der Herausgeber aber nicht nur dem

niedrigen Preis, sondern in erster Linie den Muckrakern.

Berühmt wurde vor allem die Januar-Ausgabe von 1903. Sie bot den Lesern drei spannende Features, die sich mit Betrugerei in höheren Kreisen beschäftigten. Lincoln Steffens schrieb über die Korruption in Stadtverwaltungen. Ray Stannard Baker griff die Unmenschlichkeit der Bergbauindustrie im Generalstreik der Bergleute an und forderte zur Gewerkschaftsbildung auf.

Am meisten wiegelte die Öffentlichkeit aber Ida Tarbells offener Angriff auf John D. Rockefeller in ihrem Artikel „Die Geschichte der Standard Oil Company: Der Ölkrieg von 1872“ auf.²⁷ Tarbell, eine der ersten studierten Frauen der USA, war 1901 von McClure mit der Untersuchung der Geschichte von Rockefellers Ölkonzern beauftragt worden. McClure investierte 50.000 Dollar für die Recherche, so dass Tarbell in fünf Jahren 19 Artikel schreiben konnte, die zur Popularität des Blattes und zum Reichtum des Verlegers enorm beitrugen.²⁸

Doch nicht alle Muckrakers wurden vermögend. Der Sozialist Upton Sinclair, vielleicht „Amerikas berühmtester historischer Muckraker“²⁹, verdiente wenig Geld, wenngleich er mit seinen Publikationen wie „The Brass Check“ (1906) über die Missstände in der fleischverpak-

kenden Industrie viel Aufsehen erregte.

Muckrakers wie Sinclair waren keineswegs Journalisten, die, wie Roosevelt abschätzig bemerkt hatte, nur Unrat und Schlechtigkeit sahen und schmutzige Wäsche um der schmutzigen Wäsche willen wuschen. Ihre Ziele entsprangen vielmehr einem romantischem Idealismus.³⁰ Als Theodore Roosevelt, der „einsame Reiter“, der Held und die Hoffnung der Sozialreformer, ihr Vertrauen verraten hatte, ging auch die Ära der Muckrakers zu Ende.

In der Folgezeit sammelten sich investigative Praktiken in neuen journalistischen Sonderformen. So bildete sich vor dem Zweiten Weltkrieg der „advocacy journalism“, der anwaltschaftliche Journalismus, heraus.³¹ Journalisten machten sich im Stile von Anwälten zu Parteigängern und Fürsprechern eines bestimmten Anliegens und verzichteten dabei bewusst auf Objektivität. Meist verhalten sie „sprachlosen“ Bürgern, sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen.³² Ein weiteres Beispiel ist der „underground journalism“, der sich aus der Gegenkultur der Sechziger Jahre entwickelte und gegen den Mainstream anscrieb.³³

Doch keine dieser Sonderformen gewann eine solche Weltgeltung wie die zweite Ära des investigativen Journalismus ab 1970. Zunächst war

vor allem das Engagement der USA im Vietnamkrieg Gegenstand der Kritik. Seymour Hersh schrieb einen Artikel über das „Massaker von My Lai“³⁴. Und 1972 veröffentlichten die New York Times, die Washington Post und der Boston Globe die geheimen Pentagon-Papiere, die Amerikas langjähriges Engagement in Südostasien in einem kritischen Licht erscheinen ließen, weil sie die angebliche „kommunistische Bedrohung“ relativierten. Die Dokumente waren im Auftrag des Verteidigungsministeriums verfasst und von dem früheren Pentagon-Berater Daniel Ellsberg an die Presse weitergegeben worden.³⁵

3.2. Der Skandal von Watergate

Diese journalistische Ära gipfelte schließlich im sogenannten Watergate-Skandal. Watergate, der Name eines Washingtoner Büro- und Hotelkomplexes, verdeutlicht wie kaum ein anderes Beispiel die Dynamik des investigativen Journalismus. Ausgelöst wurde der Fall, als am 17. Juni 1972 fünf Männer bei einem Einbruch ins Partei-Hauptquartier der Demokraten in Watergate bei dem Versuch verhaftet wurden, Abhöranlagen zu installieren.³⁶ Zwei junge Lokalreporter der Washington Post, Carl Bernstein und Bob Woodward (letzterer war erst 29, als

die Berichterstattung begann), vermuteten in den Einbrechern schnell mehr als gewöhnliche Diebe. Sie begannen, die Hintergründe des Einbruchs in das Hauptquartier zu recherchieren. Zwar wurden sie anfangs von bis zu sieben Kollegen der *Washington Post* in der Recherche unterstützt. Aber im wesentlichen waren es die beiden Reporter, die insgesamt zwei Jahre mit nur kurzen Unterbrechungen an dem Thema dranblieben.³⁷ Dass sie dabei gegen starke Widerstände ankämpften, sich nie vereinnahmen ließen und die journalistische Präsentation stets in ihren Händen behielten, verlieh der Recherche den investigativen Charakter. Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, dass sie viele brisante Informationen von dem stets anonym gebliebenen Informanten mit dem Codenamen „Deep Throat“ erhielten, der offenbar ein Interesse daran hatte, Nixon zu schwächen.

Schon wenige Wochen nach dem Einbruch berichtete die Washington Post über mögliche Verbindungen zwischen den Einbrechern und dem Komitee zur Wiederwahl des US-Präsidenten Richard Nixon. Geld aus der Wahlkampagne war auf dem Konto eines Einbrechers aufgetaucht.³⁸

Bis zur Präsidentschaftswahl am 7. November 1972 berichtete die Wa-

shington Post 79 Mal auf Seite 1 über die Affäre. Auch andere Zeitungen und das Fernsehen zogen nach. Dennoch gewann Richard Nixon die Wahl mit hohem Vorsprung. Offenbar stand Watergate nicht auf der öffentlichen Agenda.³⁹

Das änderte sich erst im Frühjahr 1973 mit der Live-Übertragung der Senatsanhörung. Und als das Fernsehen schließlich die Verhandlungen des Justizkomitees des Repräsentantenhauses über die Amtsenthebung des Präsidenten sendete, wurde der öffentliche Druck zu groß. Richard Nixon trat am 8. August 1974 zurück.

Watergate wurde verfilmt und kam als „All the president’s men“ mit Robert Redford und Dustin Hoffman in den Hauptrollen in die Kinos. Millionen sahen den Film. Viele junge Studenten konnten sich mit den Leinwandidolen so identifizieren, dass sie wenig später vor den Journalistenschulen Schlange standen.⁴⁰ Der Film trug zu einer Mythologisierung von Woodward und Bernstein bei.

Wegen seines Bekanntheitsgrades genießt Bob Woodward bis heute eine Sonderstellung bei der Washington Post. Er gilt in Washington nach wie vor als Insider, der viele Tipps erhält und dem viele Politiker – unter Zusicherung von Anonymität – bereitwillig Interviews

geben. So sorgt er mit zahlreichen Büchern nach wie vor für Aufsehen und gewährt Einblicke in politische Hintergründe. In jüngerer Zeit hat Woodward sich dabei mit Geheimoperationen der CIA, der Planung des Golfkrieges und mit der Regierung Clinton befasst.⁴¹ Viele der in den Recherchen gewonnenen Erkenntnisse verarbeitet Woodward in Berichten für die Washington Post. Bei dieser Zeitung findet er offenbar seit Watergate die strukturellen Bedingungen vor, die seine investigative Arbeit ermöglichen.

Wie wichtig diese äußeren Faktoren sind und wie sehr durch sie auch der Stellenwert der investigativen Kultur eines Landes geprägt wird, soll das folgende Kapitel zeigen.

4. Die Lage des investigativen Journalismus

4.1. Die Privilegien der Amerikaner

Die Aufdeckung des Watergate-Skandals brachte der Washington Post einen enormen Imagegewinn. In der Folge legte die Redaktion ein noch größeres Schwergewicht auf „investigative reporting“. Es wurde für die Zeitung zu einem Markenzeichen, zu einer „Briefmarke“, wie der ehemalige stellvertretende Chefredakteur Richard Harwood schrieb.⁴² Zahlreiche Rechercheure

suchten nach immer neuen Enthüllungsgeschichten, und es entwickelte sich ein regelrechter Konkurrenzkampf um die Plätze auf der Titelseite. Bei der Jagd nach Sensationen verzichtete die Chefredaktion allerdings auf institutionelle Vorkehrungen zur Qualitätssicherung. Das rächte sich. 1981 erlebte die Zeitung ihren hauseigenen Skandal, genannt „Jimmygate“. Die Reporterin Janet Cooke schrieb in dem Jahr eine aufsehenerregende Artikelserie über einen achtjährigen drogenabhängigen Jungen aus dem Washingtoner Schwarzenghetto. Sie erhielt dafür den Pulitzerpreis. Doch wenig später, nachdem sich die Washingtoner Polizei auf die Suche nach dem Jungen gemacht hatte, stellte sich heraus, dass es Jimmy gar nicht gab. Cooke hatte sich die Geschichte nur ausgedacht. Den Pulitzerpreis musste sie zurückgeben.⁴³

Die *Washington Post* zog daraus einschneidende Konsequenzen. Sie beschloss, „investigative reporting“ (IR) zu professionalisieren und gründete ein sogenanntes „IR-Team“, das bis heute zur Redaktion der Zeitung gehört. Das Team besteht aus fünf vollzeit tätigen Reportern, einer Recherche-Assistentin und einem Computerexperten. Am wichtigsten ist aber die intensive Betreuung der Reporter durch zwei spezialisierte „Editors“, die das

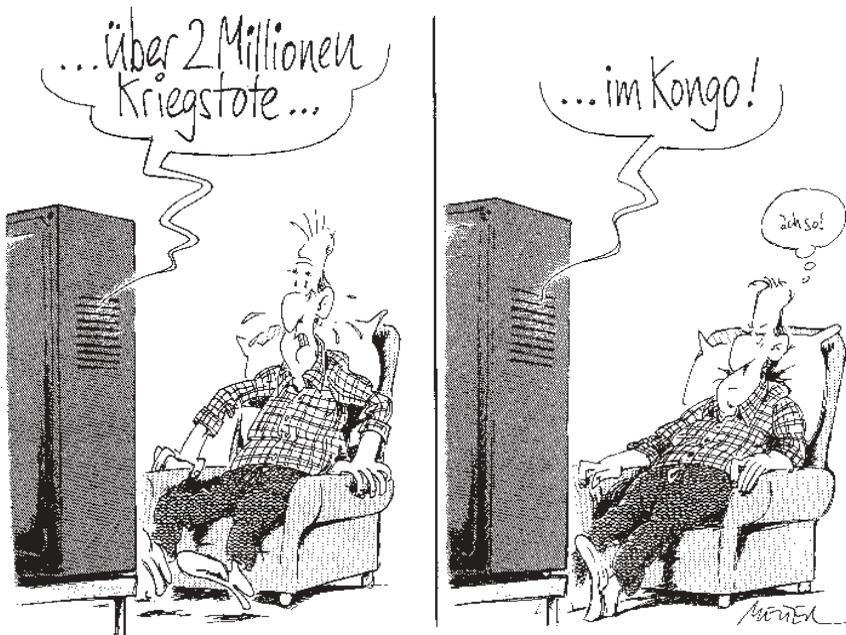
Team leiten: Der eine hat als „Assistant Managing Editor for Investigations“ den Rang eines Ressortleiters. Der andere ist Bob Woodward, der dank seiner langjährigen Erfahrung wichtige Hilfestellungen bei der Abstimmung und Absicherung der Recherchen geben kann.⁴⁴

Bereits einige Jahre vor Watergate, nämlich 1967, hat *Newsday*, Amerikas siebtgrößte Tageszeitung mit einer Auflage von knapp 700.000 Exemplaren an Werktagen, ein IR-Team ins Leben gerufen. Die Zahl der Mitglieder des Teams schwankt zwischen vier und zwölf. Für große Projekte werden zusätzlich sogenannte „beat reporter“ freigestellt, so dass die Gruppenstärke auf über 20 Personen anwachsen kann. Gleich die erste Untersuchung des Teams über Korruption auf Long Island brachte den Pulitzer-Preis ein. 1974 folgte ein weiterer Pulitzer für eine 32-teilige Serie über Heroinhandel von der Türkei nach New York. Der Etat dieses Projekts war ursprünglich auf 75.000 Dollar taxiert worden. Hinterher waren aber 18 Reporter fast 18 Monate im Einsatz, so dass die gesamte Recherche letztlich 280.000 Dollar kostete zuzüglich der Gehälter der Journalisten.⁴⁵ Diese Kostenfrage birgt bis heute die größte Gefahr für den investigativen Journalismus. Denn für kommerzielle Medienunternehmen liegt

das übergeordnete Interesse im Gewinnstreben. Genau deshalb kommt den amerikanischen Reportern die politische Kultur ihres Landes zugute. Investigative Berichte finden in der Öffentlichkeit der USA eine hohe Beachtung und schlagen sich in erhöhten Auflagen oder Einschaltquoten nieder. Denn die amerikanische Bevölkerung ist grundsätzlich skeptisch gegenüber jeglicher Form von Machtkonzentration, sei es in der Politik oder in der Wirtschaft. Darauf können die Journalisten bauen, die das Verhalten von Politikern kritisch durchleuchten und auf Machtmissbrauch überprüfen.⁴⁶

Auf der kommerziellen Seite haben sich dennoch in den letzten Jahren strukturelle Nachteile für den investigativen Journalismus ergeben. Der Zeitschriftenmarkt wird zunehmend von Spezialmagazinen bestimmt, die ihre Anzeigenkunden nicht durch konflikträchtige IR-Beiträge verschrecken wollen. In diese Nische sind bislang die Tageszeitungen gesprungen, die sich aufgrund ihrer lokalen und regionalen Anbindung den Problemen und Hintergrundgeschichten vor Ort verpflichtet fühlen.

Doch das durch rückläufige Anzeigeneinnahmen begründete Zeitungssterben in den USA hat zur



Monopolisierung und zur Entstehung großer Zeitungsketten geführt. Dort herrscht eher ein an ökonomischen Effizienzkriterien ausgerichtetes, Journalismus-ferner Managementstil. Trotz der Popularität des IR sind die investigativen Teams vieler Tageszeitungen deshalb von Etatkürzungen bedroht.⁴⁷

Hier zeigt sich nun ein weiteres Privileg der Amerikaner: Die Defizite im kommerziellen investigativen Journalismus werden zum Teil durch große Non-Profit-Organisationen wieder aufgefangen. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Berufsverband „Investigative Reporters and Editors“ (IRE). Er wurde vor 25 Jahren gegründet und ist heute mit mehr als 4.500 Mitgliedern der weltweit größte Berufsverband für Rechercheure.⁴⁸ Aus einer Fachbibliothek und einem Archiv mit über 17.000 Recherchebeispielen können sich die Mitglieder thematische Sets zusammenstellen lassen und erhalten gleichzeitig Kontaktadressen. Mit Fortbildungsangeboten trägt das IRE zur Professionalisierung der Journalisten bei.

Während sich das IRE also vor allem der Weiterbildung und Vernetzung verschrieben hat, gibt es weitere Organisationen, die als „Arbeitgeber“ investigativer Journalisten fungieren, so z. B. das International Consortium of Investigative Journal-

ists (ICIJ). Das ICIJ gründet internationale Teams, die über das Internet oder durch Konferenzen vernetzt werden und bezahlte Langzeitrecherchen durchführen. Das Geld dafür kommt aus den Kassen gemeinnütziger Stiftungen. Auf diese Weise werden etwa sechs Langzeitprojekte pro Jahr finanziert, die bis zu einer halben Million Dollar kosten.⁴⁹

Auf ähnliche Weise funktioniert das 1977 von drei Journalisten gegründete Center for Investigative Reporting (CIR). Die Arbeit wird zu einem kleinen Teil aus Honoraren, zu zwei Dritteln aber aus Spenden bzw. Zuwendungen von Stiftungen finanziert. Die Mitarbeiter können deshalb auch Themen aufgreifen, die im journalistischen Mainstream keine Berücksichtigung finden, weil sie zu schwer zu recherchieren sind oder Konflikte mit Anzeigenkunden auslösen könnten. Das Team, das aus 13 Journalisten, drei Verwaltungsmitarbeitern und bis zu sieben befristet mitarbeitenden Rechercheuren besteht, veröffentlicht pro Jahr durchschnittlich 50 umfangreiche journalistische Beiträge sämtlicher Mediengattungen. Die Recherche ist jederzeit unabhängig, da das CIR Gelder von Organisationen und Privatpersonen ablehnt, die unmittelbar mit potentiellen Untersuchungsobjekten zu tun haben.

Die Medienunternehmen haben den Vorteil, dass sie über das CIR „subventionierte“ Beiträge beziehen können, deren Honorar nicht dem tatsächlichen Aufwand entspricht. Das CIR gilt daher als Musterbeispiel für die Verzahnung von investigativem Journalismus im kommerziellen und im nicht-kommerziellen Bereich.⁵⁰

„Mother Jones“, der „Fund for Investigative Journalism“ oder sogenannte „non-profit government watchdog organizations“ wie das „Center for Public Integrity“ und die „Better Government Organization“ haben vergleichbare Ansprüche und unterstützen ebenfalls den amerikanischen Investigativjournalismus.

Trotz der nach wie vor positiven äußeren Strukturen erkennen Kritiker auch im amerikanischen Journalismus negative Tendenzen. Ein schwerer Vorwurf ist, die Medien seien in den letzten Jahren „domestiziert“⁵¹ worden. Bei Kriegen oder Invasionen wie in Grenada oder Panama hätten sie sich handzahn verhalten und sich als Stenografen der Macht fast ausnahmslos zugunsten des Militärs geäußert.

Statt in Politik und Wirtschaft nachzuforschen, würden sie stärker privat „skandalisieren“.⁵² Der Bestseller „The Intimate Sex Lives of Famous People“ über alle intimen Skandale Prominenter von

der Antike bis zur Gegenwart oder die Lewinsky-Affäre seien Beispiele dafür.

Als die New York University vor kurzem eine Liste der besten Werke des US-Journalismus im zwanzigsten Jahrhundert erstellte, landete John Herseys Stück über den Atombombenabwurf von Hiroshima auf Platz eins. Aus der Zeit nach Watergate war keine einzige Geschichte unter den ersten Hundert zu finden.⁵³

Während die Amerikaner also derzeit eher darum kämpfen, investigativen Journalismus und die dafür nötige Infrastruktur zu erhalten, müssen deutsche Journalisten mit dem Aufbau von Recherchekultur erst einmal anfangen.⁵⁴

Das wird das folgende Kapitel zeigen.

4.2. Der Mangel an deutschen Enthüllern

„Enthüllungsjournalisten kann man in Deutschland an zwei Händen abzählen“⁵⁵, sagt Michael Haller. Und Hans Leyendecker fragte im April 1999 die Leser der Fachzeitschrift „Message“: „Wann haben Sie eine Enthüllungsgeschichte gelesen, die das Wort verdient? Und können Sie sich überhaupt noch an einen Scoop erinnern? An einen ordentlichen Skandal, eine zischende Affäre, die in den letzten drei, vier Jahren von deutschen Journalisten aufgedeckt

wurde?⁵⁶ Leyendecker gibt die Antwort auf seine rhetorischen Fragen selbst: „Da war, summa summarum, ganz lange nichts.“ In die Zeit nach dieser Aussage fällt zwar die CDU-Spendenaffäre, die die Republik immerhin vier Monate in Atem hielt. Aber die Aufdeckung dieses Skandals war nicht in erster Linie recherchierenden Journalisten, sondern zwei hartnäckigen Beamten zu verdanken: einem Staatsanwalt und einem Steuerfahnder.⁵⁷

Neidisch blickt Hans Leyendecker deshalb nach Amerika und stellt fest: „Von den USA lernen heißt recherchieren lernen.“⁵⁸ Leyendeckers These wird durch die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung bestätigt. Offensichtlich hat die längere journalistische Tradition in den USA Auswirkungen auf die Bereitschaft zur Faktenrecherche und zur Anwendung harter Investigativmethoden. So ergab eine international vergleichende Studie von Thomas Patterson (Harvard) und Wolfgang Donsbach (Dresden), dass nur 21 Prozent der deutschen Journalisten sehr viel Zeit mit Berichten auf der Grundlage persönlicher Recherche verbringen. Von den ostdeutschen Journalisten widmen gar nur acht Prozent den Großteil ihrer Arbeitszeit dem Recherchieren. Stattdessen verließen sich 57 Prozent der deutschen Journalisten bei ihrem

letzten Bericht lieber auf die Agenturen.

In den USA und in Großbritannien sehen die Zahlen ganz anders aus. Dort spielt für 44 bzw. 48 Prozent der Journalisten die Recherche die Hauptrolle im Beruf. Und nur 29 bzw. 24 Prozent griffen bei ihrem letzten Bericht im wesentlichen auf die Agenturen zurück.⁵⁹

Die mangelnde Recherchebereitschaft der Deutschen hinterlässt bei ausländischen Kollegen negative Eindrücke. So ist dem Deutschland-Korrespondenten der *Londoner Times*, Roger Boyles, die Abhängigkeit deutscher Zeitungsjournalisten von den Presseagenturen nicht verborgen geblieben: „Viele Artikel, die unter ihrem Namen erscheinen, sind identisch mit dpa- oder deutschen AP-Reports vom Vortag. Wenn es einen Unterschied gibt, dann den, dass der Journalist seine Meinung hinzugefügt hat - ohne eigene Recherche.“⁶⁰ Boyles US-Kollege von der *International Herald Tribune* hält die deutschen Journalisten gar „für zu passiv und vielleicht auch etwas faul.“ Sie seien zwar immer gut informiert, aber auch etwas „obrigkeitshörig“⁶¹. Deshalb kann sich Roger Cohen, Korrespondent der *New York Times* in Berlin, „ein ‚Watergate‘ im Sinne einer investigativen Geschichte, die wirklich eine Regierung bedrohen könnte, [...] in

Deutschland immer noch schwer vorstellen.⁶²

Einen Grund für die geringere Bedeutung des investigativen Journalismus in Deutschland könnte man in einer Benachteiligung durch die für Journalisten relevanten Gesetze vermuten. Tatsächlich ist die Rechtslage für amerikanischen Medien günstig. So gewährt der „Freedom of Information Act“ (FOIA) von 1966, der nach Watergate im Sinne der Journalisten verbessert und seitdem noch mehrmals geändert wurde, einen generellen Anspruch auf Informationen gegen Behörden und Abteilungen der US-Regierung (außer gegen den Präsidenten selbst).⁶³ Die Beweislast, dass dies aus neun im Gesetz spezifizierten Geheimhaltungsgründen nicht möglich ist, liegt bei der Behörde.⁶⁴ So zählen Fragen der nationalen Sicherheit, der behördeninternen Entscheidungsvorbereitung und des Persönlichkeitsschutzes zu den wichtigsten Ausnahmen des FOIA.⁶⁵

Zudem ist die Privatsphäre eines Amerikaners bei weitem nicht so gut geschützt wie die eines Deutschen. So sind bei öffentlich Bediensteten die Telefonabrechnungen aller Dienstgespräche einsehbar. Bei Autotelefonen werden zusätzlich die Nummern eingehender Gespräche verzeichnet und Journalisten zu-

gänglich gemacht. Gleiches gilt für Spesenabrechnungen und dienstlich geführte Terminkalender. So wurde in der Watergate-Affäre das Notizbuch eines Einbrechers zu einem Schlüsseldokument: Er hatte sich dort die Telefonnummer seines Kontaktmannes im Weißen Haus notiert.⁶⁶

„Open meeting laws“ legen in allen Bundesstaaten der USA fest, dass Sitzungen gesetzgebender Körperschaften und praktisch aller Gremien, die Steuergelder verwalten, öffentlich sein müssen. Selbst die Beratung von Personalangelegenheiten ist nicht unbedingt ein Ausschlussgrund für die Öffentlichkeit.

Ferner gibt es seit 1977 den „Government in the Sunshine Act“. Er regelt, dass rund 50 Regierungseinrichtungen ihre Sitzungen öffentlich abhalten müssen. Auch hier gibt es Sonderfälle, die allerdings nicht immer eine Geheimhaltung rechtfertigen. Ein Beispiel: Nach dem Unglück im Atomkraftwerk von Three Mile Island bei Harrisburg im Jahre 1979 musste die Nuclear Regulatory Commission all ihre Beratungen auf Band aufnehmen und der Presse zur Verfügung stellen.⁶⁷

Diese Transparenz von Entscheidungsprozessen fördert sicherlich die Recherchemöglichkeiten für investigative Journalisten. Doch noch immer fühlen sich 81 Prozent der

amerikanischen Journalisten in ihrer Arbeit durch „unzureichenden Zugang zu Regierungsdokumenten“ und „zu wichtigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens beschränkt.“

In Deutschland stören diese Bedingungen nur etwa zwei Drittel der Befragten.⁶⁸

Diese Zahlen lassen den Rückschluss zu, dass die Bereitschaft zur investigativen Recherche nicht an den deutschen Gesetzen scheitert. Frank Esser, Hochschulassistent am Institut für Publizistik in Mainz, bestätigt, dass die deutschen Journalisten verschiedene Privilegien haben, auf die beispielsweise die britischen Kollegen neidisch sind.⁶⁹ Hierzu zählten der Informationsanspruch gegenüber Behörden, das Zeugnisverweigerungsrecht und die günstige Beweislastregelung in Beleidigungsprozessen.

Des Weiteren haben die Bundesländer Berlin, Brandenburg und Schleswig-Holstein in den letzten Jahren ein Informationsfreiheitsgesetz (IFG) verabschiedet. Sofern keine Persönlichkeitsrechte, behördliche Willensbildungsprozesse oder das Gemeinwohl beeinträchtigt werden, ermöglicht das Gesetz jedem Menschen ein Recht auf Einsicht in oder Auskunft über den Inhalt der von den öffentlichen Stellen dieser Län-

der geführten Akten.⁷⁰ Sowohl das Land Nordrhein-Westfalen als auch die Bundesregierung planen ebenfalls die Verabschiedung eines IFG. Diese presserechtlichen Möglichkeiten haben in Deutschland bislang nicht, wie in den USA, zu einer hohen Recherchekultur geführt. Im Gegenteil: Gerade, weil es hier seltener vorkommt, dass die Journalisten die Anwendung harter Recherchemethoden vor sich und anderen rechtfertigen müssen, sind sie weniger „aggressiv“⁷¹. So haben die deutschen Medien anders als die Briten und Amerikaner auch große Vorbehalte, sich als eigenständige Vierte Gewalt zu begreifen.

Wenn deutsche Journalisten dann aber doch einmal ein aggressives Verhalten an den Tag legen und einen Skandal aufdecken, haben sie es in Deutschland schwer. Bei ihren Veröffentlichungen können sie sich nicht unbedingt auf die für Amerika typische Skepsis in der Bevölkerung gegenüber jeglicher Form von Machtkonzentration verlassen. Die Mächtigen als Betroffene der Berichterstattung wissen das und können deshalb unverhohlen zum Gegenschlag ausholen. So prägte Otto Graf Lambsdorff, der 1984 nach der Flick-Parteispendenaffäre als Bundeswirtschaftsminister zurücktreten musste, den Begriff des „Hinrichtungsjournalismus“.⁷² Und als die

„Welt“ im August 1970 vorzeitig die Ostverträge veröffentlichte, bezeichnete die Bundesregierung die verantwortlichen Journalisten als „Schreibtischtäter“⁷³. Diese Art von Journalismus müsse unterbunden werden.

Noch mehr als die Reaktion der „Opfer“ überraschte aber ein Kommentar der Frankfurter Allgemeinen nach der Flick-Affäre, mit dem sie ihren eigenen Kollegen in den Rücken fiel. Sie klagte jene „illustrierten Zeitschriften“ an, „die da wöchentlich ein mit Häme über den Parteienstaat angefülltes Publikum verwöhnen.“⁷⁴ Für Thomas Leif, Chef-

reporter des SWR, sind das deutliche Beweise für den geringen Stellenwert, den investigativer Journalismus in Deutschland genießt. Nötig sei deshalb die Besinnung auf eine „investigative Kultur“, die Aufklärung und Nachforschung fördert.⁷⁵

Ein weiterer Grund für die mangelnde Recherchebereitschaft im deutschen Journalismus liegt in den Redaktions- und Verlagsstrukturen. Zum einen ist investigativer Journalismus eine Kostenfrage. Doch Verleger, die wie in den USA bereit sind, die teure Arbeit von IR-Teams wie bei der *Washington Post* oder *Newsday*



zu bezahlen, sind in Deutschland sehr rar. Stattdessen haben Rechercheure bei Intendanten und Verlegern keinen großen Rückhalt, müssen ständig gegen Widerstände ankämpfen.⁷⁶ Eher wird Personal aus Kostengründen eingespart, als Mitarbeiter für Recherchen eine Zeitalang freizustellen.

Zum zweiten herrschte hier nie ein arbeitsteiliges, sondern ein eher ganzheitliches Verständnis journalistischer Tätigkeit vor. Die Folge war, dass sich das Tätigkeitsprofil des Reporters kaum als eigenständiges redaktionelles Berufsbild etablieren konnte. In der repräsentativen Journalistenbefragung von Siegfried Weischenberg, Martin Löffelholz und Armin Scholl aus dem Jahre 1998 gaben von allen 1.494 Befragten nur 2,7 Prozent an, „Reporter“ zu sein.⁷⁷

Diejenigen, die die Recherche lernen wollen, haben in Deutschland Schwierigkeiten, passende Lehrbücher zu diesem Thema zu finden.⁷⁸ Neben Michael Hallers Handbuch „Recherchieren“, das 1983 veröffentlicht wurde und mittlerweile in vierter Auflage erschienen ist, empfiehlt Thomas Leif in „Leidenschaft Recherche“ noch Matthias’ und Frank Brendels Handbuch „Richtig recherchieren“, das 1998 in Frankfurt erschienen ist. Danach fällt die Suche schon schwer.

Doch als ärgerlich empfinden das nur wenige. Offensichtlich wollen die meisten deutschen Journalisten gar keine Reporter sein. Denn geehrt werden hierzulande „die warm und trocken sitzenden Feuilletonisten und Leitartikler, die Dichter und Denker.“⁷⁹ Im Meinungsjournalismus sind die Deutschen Meister. Wer bei einer Zeitung den Leitartikel schreiben darf und sonntags im Presseclub sitzt, hat den Ausweis höchster Kompetenz erreicht. Viele glauben, wenn sie der Macht nur nahe genug kommen, dann sind sie selbst auch mächtig. Bezeichnend ist ein Satz von Kurt Tucholsky: „Der deutsche Journalist braucht nicht bestochen zu werden, er ist stolz, eingeladen zu sein, er ist schon zufrieden, wie eine Macht behandelt zu werden.“⁸⁰

Und „wenn einer es weit gebracht hat, kreiselt er kunstvolle Kritiken im Feuilleton“⁸¹, sagt Hans Leyendecker. Das höchste Ziel für deutsche Journalisten sei der Egon-Erwin-Kisch-Preis, mit dem das Hamburger Magazin stern alljährlich die besten deutschsprachigen Reportagen auszeichnet. Der Wächterpreis der Tagespresse, den Leyendecker selbst in diesem Jahr für seine außerordentlichen Leistungen bei der Aufdeckung des CDU-Spendenskandals erhalten hat, habe ein niedrigeres Ansehen.

Anders ist das beim Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Den Spiegel halten viele bis heute für die erste Adresse im investigativen Journalismus Deutschlands. „Alle Blätter servieren die gleiche monotone Kost. Oder sie verbringen die Woche damit, das aufzuarbeiten, was der Spiegel am Sonntag auf die Tagesordnung setzt“⁸², sagt Imre Karacs, Korrespondent von „The Independent“ in Berlin. Und Arnaud Leparmentier, Korrespondent von „Le Monde“ in Berlin, fügt hinzu: „Exklusive und sehr genaue Reportagen wie im Nachrichtenmagazin ‚Der Spiegel‘ gibt es in Frankreich nur selten in den Wochenzeitungen.“⁸³ Nicht nur bei Auslandskorrespondenten, sondern auch bei zwei Dritteln der deutschen Journalisten und bei einer Million Käufern genießt der *Spiegel* eine hohe Glaubwürdigkeit.⁸⁴ Erworben hat er sie sich – ganz im Stile von angelsächsischen Nachrichtenmagazinen – mit einer detailgenauen, hartnäckigen Recherche und einer Respektlosigkeit gegenüber Autoritäten. Genau das scheinen wichtige Eigenschaften zu sein, die ein Journalist braucht, wenn er investigativ arbeiten will. Welche Charakterzüge noch erforderlich sind und wie die Rechercheure ihre Arbeit selbst beurteilen, das soll das folgende Kapitel zeigen.

5. Das Selbstverständnis von investigativen Journalisten

Da der amerikanische Recherchejournalismus, wie in den vorigen Kapiteln gezeigt, trotz auftretender Schwächen immer noch im Ausland hoch geschätzt wird, empfiehlt sich zunächst ein Blick auf das Selbstverständnis der investigativen Journalisten in den USA. In einem Land, wo die Presse gegen den Krieg in Vietnam „angeschrieben“ und einen Präsidenten zu Fall gebracht hat, vermutet man Journalisten, die sich als politische Aktivisten sehen. Morris Janowitz (1975) und Robert Lichter (1986) haben denn auch herausgefunden, dass sich die US-Journalisten in der Folge von Vietnam und Watergate zu „Advokaten“ der Bürger entwickelt haben.

Doch empirische Untersuchungen von Zhu (1991) sowie Weaver und Wilhoit (1992) scheinen nun zu belegen, dass dieser Wandel nur von kurzer Dauer war und nicht bis heute angehalten hat.⁸⁵ Wolfgang Donsbach konnte dies nach seiner Studie von 1993 bestätigen. Er fand heraus, dass die amerikanischen Journalisten mittlerweile wieder ein weniger antagonistisches Verhältnis zur Politik haben. Nur 45 Prozent der US-Journalisten nehmen eine grundsätzlich kritische Haltung gegenüber Politikern ein. Die meisten beschrei-

ben ihr Verhältnis zu den Mächtigen als eine professionelle Beziehung. Es sei nicht von ideologischen Grundpositionen bestimmt, sondern von der Überzeugung, dass es auch Aufgabe der Medien ist, die Position von Politikern in fairer Weise an die Bevölkerung zu vermitteln.⁸⁶ Sie sehen sich also eher als neutrale „gatekeeper“ oder sogenannte „common carrier“, allgemeine Träger von Informationen.

Die Folge dieser Haltung ist aber keineswegs ein Gefälligkeits-Journalismus. Denn die unabhängige Recherche hat für die Amerikaner absolute Priorität gegenüber allen anderen Tätigkeitsmerkmalen. Die Haltung erwächst vielmehr aus der Hoffnung, „dass objektiv und neutral berichtete Informationen ihre Wirkung nicht verfehlen werden.“⁸⁷ Die Journalisten glauben an rational handelnde Bürger, die mit möglichst allen relevanten Informationen versorgt werden müssen, um zu eigenen Meinungen und politischen Entscheidungen zu finden. Sie vertreten damit das emanzipatorische Prinzip der Aufklärung, das Francis Bacon in seinem Werk „Neues Organon“ einmal so beschrieb: „Dem Urteilen der Menschen tue ich keine Gewalt an; ich hintergehe sie nicht, sondern führe sie zu den Dingen selbst und zu dem, was diese verbindet; damit sie selbst sehen,

was sie haben, und sehen, was sie beweisen, was sie hinzufügen, und was sie zu dem Gemeinsamen beitragen können.“⁸⁸

Das Selbstverständnis des objektiven Rechercheurs überrascht im ersten Moment. Denn wer die Wirkungen kennt, die gute investigative Geschichten mitunter haben, könnten in den Rechercheuren eher knallharte Kriminalisten vermuten. So wie die Journalisten, die Herbert Kremp in seinem Referat für den Studienkreis Presserecht in Essen beschrieb. Er sprach dort von „professionellen Entlarvern“, die den Titel des Investigators wie ein modisches Emblem tragen und ständig von dem Ehrgeiz angetrieben werden, ihre „Abschussliste“ von Politikern zu erweitern.⁸⁹ Davon, so Kremp, habe er schon viele getroffen. Doch ob das wirklich den investigativen Journalismus ausmacht, darf bezweifelt werden. Wenn Journalisten zu Staatsanwälten oder verkappten Detektiven werden, wenn sie durch Schlüsselöcher schnüffeln, Personen regelrecht verfolgen, künstliche Skandale produzieren und Selbstjustiz betreiben, dann bringt das eher den investigativen Journalismus in Verruf, als dass es der Demokratie nützt.⁹⁰

Es gibt auch Rechercheure mit einer weniger aggressiven Einstellung, die

sich für Missionare halten und sich in ihrem Beruf für bestimmte Werte und Ideen einsetzen wollen.

Doch die meisten investigativen Journalisten können sich mit diesem Selbstverständnis nicht identifizieren. Sie sehen sich nicht als „Missionare“, weder in den USA noch in Deutschland. „Redakteure, die sich wie Missionare, nicht wie Journalisten gebärden, sind PR-Leute von Sachen oder Personen“⁹¹, glaubt Hans Leyendecker. Vor Journalistik-Studenten der Universität Dortmund führte Leyendecker diese Überlegung im Juni 2001 weiter aus: „Der recherchierende Journalist ist kein Rächer. Er darf sich nicht einbilden, dass er die Welt, geschweige denn die Politik oder Wirtschaft verändern könnte. Was er tut, bewirkt in der fünften oder zehnten Stelle hinter dem Komma ein Nachdenken, ein Zögern, eine Selbstprüfung. Aber auch das ist schon eine ganze Menge.“⁹² Und in einem Interview mit der „Woche“ antwortete er auf die Frage, wie er nach all den Skandalen überhaupt noch wählen gehen könne: „Wenn du das näher an dich rankommen lässt, wirst du zum Eiferer. Und wenn du zum Eiferer wirst, hast du verloren.“⁹³ Das heißt nicht, dass investigative Journalisten völlig emotionslose Menschen, quasi recherchierende Roboter sein müssen. Auch sie treibt der

„Wunsch nach ein bisschen Gerechtigkeit“⁹⁴ um.

Dan Noyes, Vorsitzender des amerikanischen „Centre for Investigative Reporting“, ist „ständig auf der Suche nach Reportern, die leidenschaftlich nach verborgenen Informationen graben“⁹⁵. Und Thomas Leif hat sein Buch über Skandal-Geschichten und Enthüllungs-Berichte sogar „Leidenschaft: Recherche“ genannt.

Es besteht demnach ein Unterschied zwischen Leidenschaft und Eifer. Denn wer eifert, wird schnell übereifrig. Und dann begeht er Fehler, die gerade während einer brisanten Recherche fatal sein können. Leo Müller, heute Redakteur des „Stern“ im Büro in Düsseldorf, kennt sieben Fallen, in die Enthüller häufig tapen: Die Informanten-, die Dokumenten-, die Internet-, die Archiv-, die Beobachtungs-, die Produktions- und die Zeitdruckfalle.⁹⁶ Es gibt Informanten, die gelernte Lügner sind. Dokumente werden gefälscht. Im Internet stehen Veröffentlichungen, deren Routing-Informationen zu den falschen Urhebern führen. Auf die Inhalte von Datenbanken und anderen Archiven ist kein Verlass, weil dort gelöscht und manipuliert wird. Selbst die eigenen Beobachtungen können trügerisch sein, weil Realität bewusst inszeniert werden kann. Und schließlich führen Zeit-

druck und Produktionsfehler zu Simplifizierungen, schludrigen Kürzungen und fehlenden Informationen.⁹⁷ Hans Leyendecker erlebte seinen größten Flop im Fall Bad Kleinen, als er einen Zeugen präsentierte, der die „Hinrichtung“ des RAF-Mitglieds Wolfgang Grams durch die Polizei beobachtet haben wollte. Vor der Staatsanwaltschaft mochte der Zeuge seine Aussage dann aber nicht wiederholen.⁹⁸

Fehler wie diese können jedem Journalisten passieren. Aber die Gefahr des Fehlgriffs lässt sich so weit wie möglich reduzieren. Denn „Recherche ist kein Zauberwerk, sondern Handwerk“⁹⁹, wie Thomas Leif feststellt. Diesem Bild kann sich Hans Leyendecker anschließen. Die „Wühlmäuse“, die er bislang kennengelernt habe, seien „eher langweilig und bürgerlich“ und wüssten, „dass man auf einer Beerdigung eine schwarze Krawatte trägt.“¹⁰⁰ Handwerker eben. „So wie ein Fliesenleger Fliesen legt, muss ein Journalist nun einmal recherchieren.“¹⁰¹

Charakteristisch für das Handwerk der investigativen Recherche sind bestimmte Tugenden, die den bequemeren Kollegen fehlen. Thomas Leif nennt vier der wichtigsten Haltungen: Misstrauen, Neugier, Hartnäckigkeit und Kontaktfähigkeit.¹⁰²

Auf diese Tugenden möchte ich nun näher eingehen, da sie das Selbstverständnis der investigativen Journalisten entscheidend prägen.

Misstrauen

Ein alter amerikanischer Journalisten-Spruch besagt: „If your mother tells you she loves you, you should check it out.“¹⁰³ Leo Müller hält diese These bei aller inhaltlichen Satire durchaus für angebracht. Misstrauen sei eine wichtige Eigenschaft für Rechercheure. Ein vertrauter Umgang mit Informanten sollte tabu sein, denn darin liege eine der schlimmsten Fallgruben. Der freie Fernsehproduzent Egmont R. Koch warnt deshalb: „Bei jedem Kontakt, auch mit Quellen, die man inzwischen als gute Bekannte einstufen würde, muss demnach die Frage bedacht werden: ‚Will er mich instrumentalisieren?‘“¹⁰⁴ Denn oft wollen Informanten nur wichtig sein, den Vorgesetzten oder einen Konkurrenten ärgern, von eigenem Versagen ablenken, Geld machen oder auch mal einen Journalisten leimen.¹⁰⁵ Ulrich Pätzold, heute Professor für Journalistik in Dortmund, hält die Skepsis deshalb für eine Pflicht im Journalismus. Gerade in der Politik würden Informationen und Sachverhalte bewusst

verschleiert, weil Interessen im Spiel sind. Die Erkenntnis, dass sich niemand seines Wissens sicher sein könne, mache die Skepsis zu einer Grundhaltung journalistischer Arbeit.¹⁰⁶

Neugier

Als Christoph Maria Fröhder, freier ARD-Fernsehjournalist, einmal mit seinem Kamerateam beim BKA in Wiesbaden war, um einen Film über die Möglichkeiten der modernen Kriminaltechnik zu drehen, kam es zu einer merkwürdigen Unterbrechung: Ein aufgeregter Beamter stürmte auf das Team zu und forderte es auf, sofort alles stehen und liegen zu lassen und in einen Nebenraum zu gehen. Auf Nachfrage erklärte er, selbst hochrangige BKA-Beamte müssten sich in einem solchen Fall mit dem Gesicht zur Wand stellen.

Der Vorfall weckte Fröhders Interesse. Er fragte sich, welche Begebenheit ein solches Handeln rechtfertigen könnte. Für den Fernsehproduzenten war das der Beginn einer langen Recherche, an deren Ende die Entlarvung von Werner Mauss, einem der wichtigsten und zugleich zwielfichtigsten V-Männer vom BKA stand.¹⁰⁷ Ein deutscher Juwelier, der zu sieben Jahren Haft verurteilt worden war, wurde auf

der Basis der Panorama-Enthüllungen über Mauss' Machenschaften in zweiter Instanz freigesprochen. Ohne Christoph Maria Fröhders Neugier wäre der Juwelier mit hoher Wahrscheinlichkeit ins Gefängnis gekommen.

Und Fröhder bewies während der Recherche noch eine weitere investigative Tugend: Hartnäckigkeit.

Hartnäckigkeit

Fröhder hatte einen langen Atem. Er recherchierte fast ein Jahr an der Geheimwaffe „M“. Als sich ein ehemaliger BKA-Beamter bereit erklärte, mit ihm über die Hintergründe des Vorfalls zu reden, sobald er „seine Hausaufgaben gemacht“¹⁰⁸ habe, war das für den Journalisten keine Ernüchterung, sondern im Gegenteil eine Herausforderung. Er besorgte sich Dutzende alter Telefonbücher, um an die Nummern weiterer ehemaliger BKA-Beamter zu kommen. So erhielt Fröhder wichtige Hinweise zu dem Fall und konnte mit dem neuen Wissen wieder zu seinem Erstinformanten gehen. Dieser lobte den Journalisten für seine gemachten „Schulaufgaben“ und nannte ihm als Belohnung den Namen des V-Mannes, Werner Mauss. Fröhders Hartnäckigkeit hatte sich schließlich auszahlt.

„Wer die Mühe nicht scheut, Informanten nicht nur ein zweites, sondern auch ein drittes oder zehntes Mal zu befragen, lernt schnell, der Wahrheit immer näher zu kommen“¹⁰⁹, schreibt Leo Müller und bestätigt damit das, was Fröhder in seiner Recherche gezeigt hat.

Kontaktfähigkeit

„Ohne dichte Informantennetze ist kein recherchierender Journalismus möglich. Kontakte pflegen – in alle gesellschaftlichen Bereiche – und hundertprozentigen Informantenschutz gewähren. Das sind die Grundbedingungen für erfolgreiche Recherchen.“¹¹⁰ Gute investigative Journalisten haben diese von Thomas Leif formulierten Grundbedingungen verinnerlicht. Hans Leyendeckers Kontakte sind zahlreich und gut. Auch die Spiegel-Redakteure, vor allem die in den Außenbüros, sind dafür bekannt, dass sie mit vielen Menschen öfter mal ein Bier trinken gehen.¹¹¹

Eine notwendige Ergänzung finden die genannten Tugenden im Erfahrungswissen. Wer lange im Geschäft dabei ist, kennt viele Informanten, nützliche Tricks und weiß, wo Gefahren lauern. Dieses Wissen fehlt jungen, angehenden Journalisten

zwangsläufig. Aber den Mangel können sie durch den nötigen Ehrgeiz und den Willen, das Handwerk der Recherche zu lernen, kompensieren. Wenn sie es denn wollen. Doch leider wollen sie offensichtlich immer seltener.

6. Chancen für Nachwuchsrechercheure

Thomas Leif bemängelt, dass bei vielen Journalisten das Interesse am kritischen Befragen nachgelassen hat. Gerade für den Nachwuchs sei Journalismus im Sinne einer kontrollierenden vierten Gewalt nicht mehr angesagt.¹¹² Der frühere Stern-Chefredakteur Michael Jürgs schließt sich dem an: „Die Altvorderen waren nicht ehrlicher, anständiger, aufrechter, mutiger oder gar weniger zynisch. Aber sie waren Überzeugungstäter.“¹¹³ Und Hans Leyendecker hat festgestellt, „dass selten eine junge Generation so unverhohlen dazugehören wollte. Die Jungen arbeiten höchst professionell für den Mainstream.“¹¹⁴ Es gebe immer mehr Entertainer und immer weniger Analytiker.

Diesem Trend wollen Hans Leyendecker, Thomas Leif und einige ihrer Kollegen etwas entgegensetzen. Deswegen haben sie Anfang April 2001 in der Eifel das „Netzwerk Recherche“ gegründet. Auf der Gründungstagung, an der 35 Journalisten

teilnahmen, formulierten sie Zielvorstellungen des Netzwerks, die sich an der Arbeit der amerikanischen Berufsorganisation Investigative Reporters and Editors orientieren soll. So wollen sie „die journalistische Recherche in der Medien-Praxis stärken, auf ihre Bedeutung aufmerksam machen und die intensive Recherche vor allem in der journalistischen Ausbildung fördern.“¹¹⁵ Dieses Konzept beinhaltet große Chancen für junge Journalisten, die sich entgegen dem Mainstream für die Recherche begeistern.

Zum einen sollen Modellseminare für sinnvolles Recherchetraining an Universitäten und Journalistenschulen entwickelt werden. Darüber hinaus plant das Netzwerk, Stipendien für junge Recherche-Talente vergeben, die dann einen großen Rechercheauftrag erhalten. Während dieser Arbeit werden sie ein ganzes Jahr lang von erfahrenen Journalisten betreut, die als Mentoren Hilfestellung leisten.¹¹⁶ Bezahlt werden soll dieses Projekt aus Spenden, die das Netzwerk als gemeinnütziger Verein anwerben will. Wie bereits geschildert, hat sich dieses Modell in Amerika, beispielsweise beim Center for Investigative Reporting bereits bewährt. Deutsche Journalisten sind also auf dem Weg, die Recherche in Deutschland vor dem „Aussterben“ zu bewahren.

7. Zusammenfassung

Zu Beginn dieser Arbeit habe ich nach einer Definition für den Begriff „Investigativer Journalismus“ gesucht. Es fanden sich viele verschiedene Antworten, aus denen sich schließlich ein gemeinsamer Tenor herauskristallisierte. Danach ist investigativer Journalismus die gründliche, intensive und nachforschende Arbeitsweise von Journalisten, um an thematisch relevante Informationen zu kommen, die der Öffentlichkeit vorenthalten werden sollen. Die Methoden, um die Informationsblockaden zu brechen, können dabei hart an die Grenze des Erlaubten gehen.

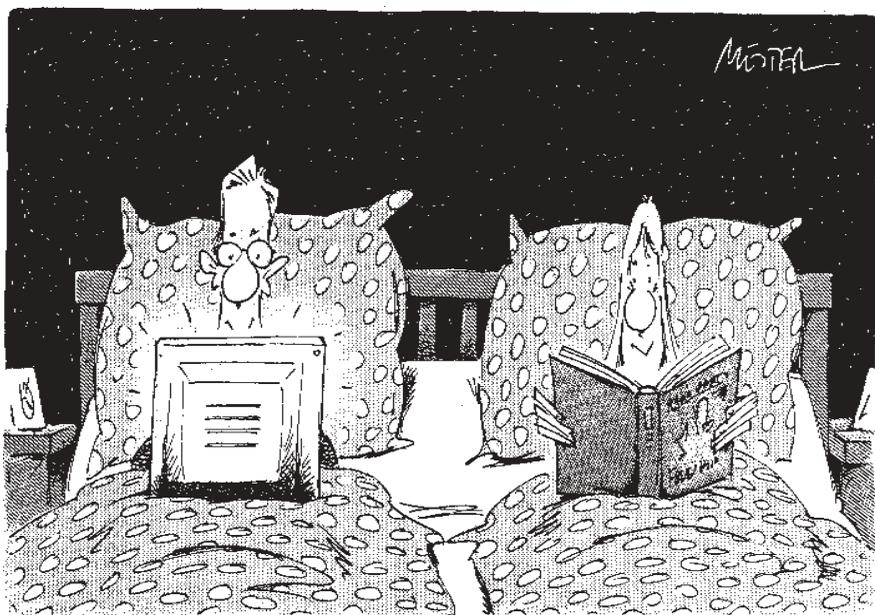
Danach fragte ich nach der geschichtlichen Entwicklung von investigativem Journalismus. Ich habe gezeigt, dass dieser Berufszweig vor allem in den USA eine lange Tradition hat. Stilbildend waren vor allem zwei Jahrgänge: Zum einen die Ära der sogenannten Muckrakers (zu deutsch: Mistgabeln) an der Schwelle zum 20. Jahrhundert. Die beteiligten Journalisten waren Anhänger der progressiven Bewegung. Sie wideretzten sich den Machtkartellen und wurden vor allem mit ihren Sozialreportagen zum Sprachrohr der Verbraucher und der Kleinunternehmer. Die Ära der Muckrakers endete im Streit mit Präsident Theodore

Roosevelt, der die in ihn gesteckten Erwartungen als einsamer Reformier nicht erfüllte.

Um 1970 wurde der amerikanische Journalismus so politisch, wie er es bis heute nicht mehr geworden ist. Zunächst führte die Presse eine Kampagne gegen den Vietnam-Krieg. Und zu dem Paradebeispiel des investigativen Journalismus wurde die Watergate-Affäre, die Präsident Nixon schließlich zum Rücktritt zwang. Bob Woodward und Carl Bernstein von der Washington Post betrieben mit ihrer hartnäckigen, zweijährigen Recherche ihre eigene Legendenbildung.

Ich beschrieb dann die aktuelle Lage des investigativen Journalismus in

Deutschland und vergleichend dazu in den USA. Ich stellte fest, dass die amerikanischen Rechercheure privilegiert sind. Ihre Arbeit findet in der Bevölkerung eine große Unterstützung. Aus Imagegründen sind viele Verleger deshalb bereit, Geld für langfristige Recherchen auszugeben. Und dort, wo die Strukturen schwächer werden, finanzieren nicht-kommerzielle Organisationen mit Spendengeldern die investigative Arbeit. In Deutschland ist die Lage wesentlich schlechter. Weder Verleger, noch Rezipienten, geschweige denn Politiker schätzen den investigativen Journalismus. Hinzu kommt, dass die deutschen Journalisten trotz günstiger Gesetze kaum recherchieren



ren, sondern viel Agenturmateriale verwenden. Der Meinungsjournalismus hat hier einen höheren Stellenwert. Viele sonnen sich im Gefühl, Macht zu besitzen.

Im Anschluss fragte ich nach dem Selbstverständnis der investigativen Journalisten in Deutschland und in den angelsächsischen Ländern. Ich konnte den Unterschied ausmachen, dass Deutschland mehr Rechercheure mit missionarischem, zum Teil übertrieben detektivischem Eifer hat als die USA. Doch auf den Großteil der investigativen Journalisten trifft das nicht zu. Sie verstehen sich eher als journalistische Handwerker, die ihr Publikum mit den Ergebnissen einer objektiven Recherche zu überzeugen versuchen. Zu ihren wichtigsten Tugenden zählen sie Misstrauen, Neugier, Hartnäckigkeit und Kontaktfähigkeit. Schließlich untersuchte ich die Chancen von Nachwuchsjournalisten im investigativen Journalismus. Es zeigte sich, dass Recherche nicht zu den Vorlieben junger deutscher Talente zählt. Diesem Trend setzen etablierte Journalisten mit dem neu gegründeten „Netzwerk Recherche“ nun ein Konzept entgegen. Möglichkeiten eröffnen sich dem Nachwuchs vor allem in dem dort geplanten Mentoring-Programm. Es bietet jungen Journalisten die Chance, eine langfristige, bezahlte Recherche

durchzuführen und dabei auf den Rat und die Unterstützung eines erfahrenen Rechercheurs zurückzugreifen. Auf diesem Weg will das Netzwerk die investigative Kultur in Deutschland verbessern.

8. Literaturverzeichnis

Altschull, J. Herbert: Agenten der Macht: die Welt der Nachrichtenmedien, Konstanz 1990

Augstein, Rudolf: „Vertrauen Sie dieser Sache Ihre besten Feder an“. In: Der Spiegel, Heft 52/1984, S. 36-44

Bernstein, Carl/Woodward, Bob: Amerikanischer Alptraum, Köln 1976

Boventer, Hermann: „Muckrakers. Investigativer Journalismus zwischen Anspruch und Wirklichkeit“. In: Wunden, Wolfgang (Hrsg.): Öffentlichkeit und Kommunikationskultur (= Beiträge zur Medienethik Bd. 2), Hamburg-Stuttgart 1994, S. 215-230

Buchsteiner, Jochen: „Über Kümmeltürken, richtige Säue und das Zusammenspiel von Politik und Journalismus“. In: Die Zeit vom 11.7.97, Politik S. 2

Cohen, Roger: „Wie gut recherchieren deutsche Journalisten?“. In: Message, Heft 2/1999, S. 9

Donsbach, Wolfgang: „Täter und Opfer – die Rolle der Massenmedien in der amerikanischen Politik“. In: Donsbach, Wolfgang u.a. (Hrsg.): Beziehungsspiele – Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion, Gütersloh 1993, S. 221-281

Donsbach, Wolfgang: „Journalismus versus journalism – ein Vergleich zum Ver-

- hältnis von Medien und Politik in Deutschland und in den USA“. In: Donsbach, Wolfgang u.a. (Hrsg.): Beziehungsspiele - Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion, Gütersloh 1993, S. 283-317
- Drabt, Henning/Meckel, Miriam*: „I-Tüpfelchen Recherche“. In: Message, Heft 1/2001, S. 34-38
- Einfeldt, Anja*: „Spürnasenclub“. In: Message, Heft 1/2001, S. 39-41
- Engelbrecht, Torsten*: „Schutz vor Machtmissbrauch“. In: Message, Heft 2/1999, S. 36-39
- Esser, Frank*: Die Kräfte hinter den Schlagzeilen, Englischer und deutscher Journalismus im Vergleich, Freiburg/München 1998
- Esser, Frank*: „Gehemmter Investigativgeist“. In: Message, Heft 2/1999, S. 26-31
- Fröhder, Christoph Maria*: „Die Entlarvung der Geheimwaffe ‘M’“. In: Leif, Thomas: Leidenschaft Recherche, Wiesbaden 1998, S. 45-50
- Haas, Hannes/Pürer, Heinz*: „Berufsauffassungen im Journalismus“. In: Pürer, Heinz/Stuiber, Heinz-Werner (Hrsg.): Journalismus (= Kommunikationswissenschaftliche Studien Bd. 11), Nürnberg 1991, S. 71-85
- Haller, Michael*: Recherchieren. Ein Handbuch für Journalisten, München 1991
- Heider, Ulrike*: „Der Mann mit der Mistgabel“. In: Michel, Karl Markus/Spengler, Tilman: Die Meinungsmacher. Kursbuch 125, Berlin 1996, S. 143-153
- Holzer, Werner*: „Investigativer Journalismus“. In: Archiv für Presserecht, Heft 2/1988, S. 113-114
- Janisch, Wolfgang*: Investigativer Journalismus und Pressefreiheit. Ein Vergleich des deutschen und amerikanischen Rechts, Baden-Baden 1998
- Karacs, Imre*: „Wie gut recherchieren deutsche Journalisten“. In: Message, Heft 2/1999, S. 9
- Koch, Egmont R.*: „Ich habe da meine Quellen...“. In: Leif, Thomas: Leidenschaft Recherche, Wiesbaden 1998, S. 42-44
- Kremp, Herbert*: „Investigativer Journalismus“. In: Archiv für Presserecht, Heft 2/1988, S. 114-117
- Leif, Thomas*: „Leidenschaft Recherche: Die Kontrollfunktion der Medien braucht Pflege und Ermutigung“. In: Leif, Thomas: Leidenschaft Recherche, Wiesbaden 1998, S. 7-13
- Leif, Thomas*: „Die Demokratie beatmen“. In: Message, Heft 2/1999, S. 46-47
- Leinemann, Jürgen*: „Die Gemütlichkeit ist hin“. In: Der Spiegel, Heft 28/1977, S. 42-44
- Leparmentier, Arnaud*: „Wie gut recherchieren deutsche Journalisten“. In: Message, Heft 2/1999, S. 9
- Leyendecker, Hans*: „Auf Kuschtour mit der Macht“. In: Message, Heft 2/1999, S. 10-12
- Leyendecker, Hans*: „Wer im Schmutz wühlt...“. In: Der Spiegel, Sonderausgabe 1947-1997 zum 50. Geburtstag des Magazin, S. 48-55
- Leyendecker, Hans*: „Welttag der Pressefreiheit: Erst die Recherche, dann die Mei-

nung“. Auf: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,131663,00.html> am 29.06.01 um 9 Uhr

Müller, Leo: „Viel gesehen, wenig begriffen“. In: Message, Heft 2/1999, S. 22-25

Müller, Michael: Investigativer Journalismus. Seine Begründung und Begrenzung aus der Sicht der christlichen Ethik, Münster 1997

N.N.: „Gesetz zur Förderung der Informationsfreiheit im Land Berlin“. Auf: <http://www.datenschutz-berlin.de/recht/bln/ifg/ifg.htm> am 07.07.01 um 18 Uhr

N.N.: „Rundgespräch zum Thema: ‚Investigativer Journalismus in Deutschland‘“. Auf: <http://www.netzwerkrecherche.de> am 07.07.01 um 16 Uhr

Nütschmann, Johannes: „Keine Geheimkunst“. In: M – Menschen Machen Medien, Heft 5/2001, S. 16-17

Pätzold, Ulrich: „Hofberichterstattung oder Recherchenjournalismus – Zur Philosophie journalistischer Arbeit“. In: Langenbucher, Wolfgang R. (Hrsg.): Journalismus&Journalismus. Plädoyers für Recherche und Zivilcourage, München 1980, S. 21-33

Pürer, Heinz: „Ethik in Journalismus und Massenkommunikation“. In: Publizistik, Heft 3/1992, S. 304-321

Redelfs, Manfred: Investigative reporting in den USA, Opladen 1996

Riehl-Heyse, Herbert: Bestellte Wahrheiten, München 1989

Rust, Holger: Entfremdete Elite? Journalisten im Kreuzfeuer der Kritik, Wien 1986

Schimmeck, Tom: „Der Enthüller“. In: Die Woche vom 5.7.1996, Menschen S. 39

Schmitt, Karl Volker: „6 * w ist investigativ“. In: multiMEDIA vom 29.04.01, S. 4-5

Schön, Gerti: „Wühlarbeit“. In: Medium Magazin, Heft 7/2001, S. 38-39

Scholl, Armin: „Wie fair sind die Journalisten?“. In: Sage&Schreibe special, Heft 2/1994, S. 22-24

Steffen, Erich: „Schranken des Persönlichkeitsschutzes für den ‚investigativen‘ Journalismus“. In: Archiv für Presse-recht, Heft 2/1988, S. 117-120

Weischenberg, Siegfried: „Investigativer Journalismus und ‚kapitalistischer Realismus‘“. In: Rundfunk und Fernsehen, Heft 31/1983, S. 349-369

Anmerkungen

¹ Drobinski, Matthias: „Recherche ist eine Tugend“. In: Leif, Thomas: Leidenschaft Recherche, Wiesbaden 1998, S. 133

² Vgl. ebenda, S. 133

³ N.N.: „Rundgespräch zum Thema: ‚Investigativer Journalismus in Deutschland‘“. Auf: <http://www.netzwerkrecherche.de> am 07.07.01 um 16 Uhr

⁴ Vgl. Haas, Hannes/Pürer, Heinz: „Berufsauffassungen im Journalismus“. In: Pürer, Heinz/Stuibler, Heinz-Werner (Hrsg.): Journalismus (= Kommunikationswissenschaftliche Studien Bd. 11), Nürnberg 1991, S. 75

⁵ Vgl. Müller, Michael: Investigativer Journalismus. Seine Begründung und Be-

grenzung aus der Sicht der christlichen Ethik, Münster 1997, S. 9

⁶ *Holzer, Werner*: a.a.O., S. 113

⁷ *Janisch, Wolfgang*: Investigativer Journalismus und Pressefreiheit. Ein Vergleich des deutschen und amerikanischen Rechts, Baden-Baden 1998, S. 15

⁸ Vgl. *Donsbach, Wolfgang*: „Täter und Opfer – die Rolle der Massenmedien in der amerikanischen Politik“. In: Donsbach, Wolfgang u.a. (Hrsg.): Beziehungsspiele – Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion, Gütersloh 1993, S. 250

⁹ *Redelfs, Manfred*: Investigative reporting in den USA, Opladen 1996, S. 32

¹⁰ Vgl. Redelfs, Manfred: a.a.O., S. 28

¹¹ Vgl. Weischenberg, Siegfried: „Investigativer Journalismus und ‚kapitalistischer Realismus‘“. In: Rundfunk und Fernsehen, Heft 31/1983, S. 350

¹² *Haller, Michael*: Recherchieren. Ein Handbuch für Journalisten, München 1991, S. 81

¹³ Vgl. Müller, Michael: a.a.O., S. 10

¹⁴ *Kremp, Herbert*: „Investigativer Journalismus“. In: Archiv für Presserecht, Heft 2/1988, S. 114

¹⁵ Vgl. Boverter, Hermann: „Muckrakers. Investigativer Journalismus zwischen Anspruch und Wirklichkeit“. In: Wunden, Wolfgang (Hrsg.): Öffentlichkeit und Kommunikationskultur (= Beiträge zur Medienethik Bd. 2), Hamburg/Stuttgart 1994, S. 221

¹⁶ Vgl. Müller, Michael: a.a.O., S. 13

¹⁷ Vgl. Altschull, J. Herbert: Agenten der Macht: die Welt der Nachrichtenmedien, Konstanz 1990, S. 96

¹⁸ Vgl. Boverter, Hermann: a.a.O., S. 215

¹⁹ Vgl. Altschull, J. Herbert: a.a.O., S. 97

²⁰ Vgl. Boverter, Hermann: a.a.O., S. 216

²¹ ebenda, S. 217

²² Vgl. ebenda, S. 217

²³ Vgl. Heider, Ulrike: „Der Mann mit der Mistgabel“. In: Michel, Karl Markus/Spengler, Tilman: Die Meinungsmacher. Kursbuch 125, Berlin 1996, S. 145

²⁴ Vgl. Altschull, J. Herbert: a.a.O., S. 93

²⁵ ebenda, S. 93

²⁶ Vgl. ebenda, S. 99

²⁷ Vgl. ebenda, S. 99

²⁸ Vgl. Heider, Ulrike: a.a.O., S. 146

²⁹ Vgl. Heider, Ulrike: a.a.O., S. 147

³⁰ Vgl. Altschull, J. Herbert: a.a.O., S. 103

³¹ Vgl. Boverter, Hermann: a.a.O., S. 223

³² Vgl. Haas, Hannes/Pürer, Heinz: a.a.O., S. 74

³³ Vgl. Boverter, Hermann: a.a.O., S. 223

³⁴ Vgl. Janisch, Wolfgang: a.a.O., S. 19

³⁵ Vgl. Redelfs, Manfred: a.a.O., S. 28

³⁶ Vgl. Janisch, Wolfgang: a.a.O., S. 23

³⁷ Vgl. Redelfs, Manfred: a.a.O., S. 67f.

³⁸ Vgl. Janisch, Wolfgang: a.a.O., S. 23

³⁹ Vgl. ebenda, S. 24

⁴⁰ Vgl. Rust, Holger: Entfremdete Elite? Journalisten im Kreuzfeuer der Kritik, Wien 1986, S. 24

⁴¹ Vgl. Redelfs, Manfred: a.a.O., S. 240

⁴² Vgl. ebenda, S. 241

⁴³ Vgl. Rust, Holger: a.a.O., S. 26 und Redelfs, Manfred: a.a.O., S. 237

⁴⁴ Vgl. Redelfs, Manfred: a.a.O., S. 238ff.

⁴⁵ Vgl. ebenda, S. 254

⁴⁶ Vgl. Redelfs, Manfred: a.a.O., S. 310ff.

⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 312

- 48 Vgl. Einfeldt, Anja: „Spürnasenclub“. In: Message, Heft 1/2001, S. 40
- 49 Vgl. Einfeldt, Anja: a.a.O., S. 40f.
- 50 Vgl. Redelfs, Manfred: a.a.O., S. 285ff.
- 51 Leyendecker, Hans: „Welttag der Pressefreiheit: Erst die Recherche, dann die Meinung“. Auf: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,131663,00.html> am 29.06.01 um 9 Uhr
- 52 Müller, Michael: a.a.O., S. 17
- 53 Leyendecker, Hans: „Welttag ...“, a.a.O.
- ° Vgl. Draht, Henning/Meckel, Miriam: „I-Tüpfelchen Recherche“. In: Message, Heft 1/2001, S. 38
- 55 Vgl. Einfeldt, Anja: a.a.O., S. 40
- 56 Leyendecker, Hans: „Auf Kuscheltour mit der Macht“. In: Message, Heft 2/1999, S. 10
- 57 Leyendecker, Hans: „Welttag ...“, a.a.O.
- 58 ebenda
- 59 Vgl. Esser, Frank: Die Kräfte hinter den Schlagzeilen, Englischer und deutscher Journalismus im Vergleich, Freiburg/München 1998, S. 116
- 60 Esser, Frank: „Gehemmter Investigativgeist“. In: Message, Heft 2/1999, S. 26
- 61 ebenda, S. 26
- 62 Cohen, Roger: „Wie gut recherchieren deutsche Journalisten?“. In: Message, Heft 2/1999, S. 9
- 63 Vgl. Janisch, Wolfgang: a.a.O., S. 67
- 64 Vgl. Redelfs, Manfred: a.a.O., S. 162
- 65 Vgl. Janisch, Wolfgang: a.a.O., S. 68
- 66 Vgl. Redelfs, Manfred: a.a.O., S. 165
- 67 Vgl. ebenda, S. 161f.
- 68 Vgl. Donsbach, Wolfgang: „Journalismus versus journalism – ein Vergleich zum Verhältnis von Medien und Politik in Deutschland und in den USA“. In: Donsbach, Wolfgang u.a. (Hrsg.): Beziehungsspiele - Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion, Gütersloh 1993, S. 289
- 69 Esser, Frank: „Gehemmter ...“, a.a.O., S. 28
- 70 Vgl. N.N.: „Gesetz zur Förderung der Informationsfreiheit im Land Berlin“. Auf: <http://www.datenschutz-berlin.de/recht/bln/ifg/ifg.htm> am 07.07.01 um 18 Uhr
- 71 Vgl. Esser, Frank: Die Kräfte ..., a.a.O., S. 126
- 72 Leyendecker, Hans: „Wer im Schmutz wühlt...“. In: Der Spiegel, Sonderausgabe 1947-1997 zum 50. Geburtstag des Magazin, S. 50
- 73 Kremp, Herbert: a.a.O., S. 116
- 74 Leyendecker, Hans: „Wer im Schmutz ...“, a.a.O., S. 51
- 75 Vgl. Leif, Thomas: „Die Demokratie beatmen“. In: Message, Heft 2/1999, S. 46f.
- 76 Nitschmann, Johannes: „Keine Geheimkunst“. In: M - Menschen Machen Medien, Heft 5/2001, S. 16
- 77 Vgl. Esser, Frank: „Gehemmter ...“, a.a.O., S. 29
- 78 Vgl. Redelfs, Manfred: a.a.O., S. 320
- 79 Schimmeck, Tom: „Der Enthüller“. In: Die Woche vom 5.7.1996, Menschen S. 39
- 80 Zitiert nach Leyendecker, Hans: „Auf Kuscheltour mit der Macht“. In: Message, Heft 2/1999, S. 12

- ⁸¹ Vgl. Leyendecker, Hans: „Auf Kuschtour ...“, a.a.O., S. 12
- ⁸² Karacs, Imre: „Wie gut recherchieren deutsche Journalisten“. In: Message, Heft 2/1999, S. 9
- ⁸³ Leparmentier, Arnaud: „Wie gut recherchieren deutsche Journalisten“. In: Message, Heft 2/1999, S. 9
- ⁸⁴ Vgl. Esser, Frank: Die Kräfte ..., a.a.O., S. 127
- ⁸⁵ Vgl. Donsbach, Wolfgang: „Journalismus ...“, a.a.O., S. 291
- ⁸⁶ Vgl. Donsbach, Wolfgang: „Journalismus ...“, a.a.O., S. 291
- ⁸⁷ Vgl. ebenda, S. 295
- ⁸⁸ Vgl. Pätzold, Ulrich: „Hofberichterstattung oder Recherchenjournalismus – Zur Philosophie journalistischer Arbeit“. In: Langenbacher, Wolfgang R. (Hrsg.): Journalismus&Journalismus. Plädoyers für Recherche und Zivilcourage, München 1980, S. 31
- ⁸⁹ Vgl. Kremp, Herbert: a.a.O., S. 115
- ⁹⁰ Vgl. Haas, Hannes/Pürer, Heinz: a.a.O., S. 78
- ⁹¹ Leyendecker, Hans: „Auf Kuschtour ...“, a.a.O., S. 12
- ⁹² Hans Leyendecker in einem Vortrag an der Universität Dortmund am 07. Juni 2001
- ⁹³ Schimmeck, Tom: a.a.O., S. 39
- ⁹⁴ ebenda, S. 39
- ⁹⁵ Engelbrecht, Torsten: „Schutz vor Machtmissbrauch“. In: Message, Heft 2/1999, S. 36
- ⁹⁶ Müller, Leo: „Viel gesehen, wenig begriffen“. In: Message, Heft 2/1999, S. 22
- ⁹⁷ Vgl. Müller, Leo: a.a.O., S. 23ff.
- ⁹⁸ Schimmeck, Tom: a.a.O., S. 39
- ⁹⁹ Leif, Thomas: „Die Demokratie beatmen“. In: Message, Heft 2/1999, S. 46
- ¹⁰⁰ Schimmeck, Tom: a.a.O., S. 39
- ¹⁰¹ Nitschmann, Johannes: a.a.O., S. 16
- ¹⁰² Vgl. Leif, Thomas: „Die Demokratie ...“, a.a.O., S. 46
- ¹⁰³ Müller, Leo: a.a.O., S. 22
- ¹⁰⁴ Koch, Egmont R.: „Ich habe da meine Quellen ...“. In: Leif, Thomas: Leidenschaft Recherche, Wiesbaden 1998, S. 44
- ¹⁰⁵ Vgl. Schimmeck, Tom: a.a.O., S. 39
- ¹⁰⁶ Vgl. Pätzold, Ulrich: a.a.O., S. 26
- ¹⁰⁷ Vgl. Fröhder, Christoph Maria: „Die Entlarvung der Geheimwaffe ‚M‘“. In: Leif, Thomas: Leidenschaft Recherche, Wiesbaden 1998, S. 45ff.
- ¹⁰⁸ Vgl. Fröhder, Christoph Maria: a.a.O., S. 46
- ¹⁰⁹ Vgl. Müller, Leo: a.a.O., S. 23
- ¹¹⁰ Leif, Thomas: „Die Demokratie ...“, a.a.O., S. 47
- ¹¹¹ Vgl. Schimmeck, Tom: a.a.O., S. 39
- ¹¹² Vgl. Schmitt, Karl Volker: „6 * w ist investigativ“. In: multiMEDIA vom 29.04.01, S. 5
- ¹¹³ Vgl. Leyendecker, Hans: „Auf Kuschtour ...“, a.a.O., S. 12
- ¹¹⁴ Vgl. ebenda, S. 11
- ¹¹⁵ Vgl. Nitschmann, Johannes: a.a.O., S. 17
- ¹¹⁶ Vgl. Schmitt, Karl Volker: a.a.O., S. 5

Rundgespräch

„Investigativer Journalismus in Deutschland“

Tagung des Netzwerkes Recherche und der Friedrich Ebert Stiftung „Recherchierender Journalismus in Deutschland“ in Simmerath-Erkensruhr (30.03.01-1.04.01)

Thomas Leif (Moderator): Herr Leyendecker, was ist Ihr Motiv, dass Sie neben Ihrer Arbeit sagen, man muss im journalistischen Feld mal Flagge zeigen und sich engagieren. Warum machen Sie das?

Hans Leyendecker: Journalismus ist nicht nur Broterwerb, sondern man hat auch eine Vorstellung von den Dingen, wie sie ungefähr laufen sollten. Mich hat es dabei in den recherchierenden Bereich verschlagen, und jetzt versuche ich, das wenige, was ich kann, an einige junge Leute weiterzugeben, das heißt also, z.B. an Universitäten zu gehen. Ich veranstalte mittlerweile viele Ausbildungseminare, bei denen ich mit den jungen Leuten darüber rede, was sie bisher gemacht haben und wohin es gehen soll. Ich habe einige Male in Amerika die Erfahrung gemacht, dass ich mich dort sehr geniert habe, wenn die amerikanischen Kollegen

über ihre Arbeit, z.B. wie eine Recherche aussieht, berichteten. Ich erinnere mich dabei immer noch an eine wunderbare Kollegin aus Phoenix, Arizona. Sie hatte die Atomwaffenversuche in der Wüste von Nevada recherchiert und das tatsächlich für zwei Jahre mit einem Team. Die hatte dann so einen langen Quellenkatalog und man diskutierte darüber, ob ihre Wege richtig waren, und ich saß ganz klein da und dachte: „Irgendwie muss ich mich hier schminken, wenn die Dich gleich fragen, was machst Du eigentlich?“ In der Regel sieht ja unsere Arbeit sehr viel anders aus. Die amerikanischen Kollegen haben zum Teil ganz andere Voraussetzungen. Ich bin mit der Ansicht, wie auch viele andere Kollegen hier, dass man für den recherchierenden Journalismus wirbt, der in diesem Lande durch Meinungsjournalismus und andere Dinge keine sehr große Kul-

tur hat. Wir haben keinen sehr großen Rückhalt bei den Intendanten oder beim Verleger, d.h. wir setzen uns größeren Widerständen aus. Man muss sich zusammensetzen und die Erfahrungen, die in anderen Ländern gemacht werden, aber auch unsere eigenen Erfahrungen diskutieren. Woran mir sehr liegen würde, wäre, dass ein solcher Verein dazu beitragen könnte, dass man in einem gewissen Zeitraum einen Kongress oder etwas ähnliches organisiert, in dem Kollegen über ihre Arbeit und über die Schwierigkeiten, die dabei auftreten, reden. Wir sprechen ja im Grunde genommen nie über Handwerk. Wir reden nur darüber, ob einer gut schreiben kann. Deshalb werden wir, die sich im recherchierenden Journalismus tummeln, manchmal auch gefragt, ob wir Detektive seien. An dieser ganzen Schizophrenie merkt man eigentlich, dass wir über das, was wir in Ansätzen in Sachen Recherche machen, mehr reden müssten. Diskutiert werden muss auch, unter welchen Voraussetzungen z.B. Fernsehleute mit Printleuten zusammenarbeiten und welche Geschichte dabei herauskommt, die vielleicht ohne diese Kooperation nicht entstanden wäre. Der Verein müsste auch im Bereich der Ausbildung etwas machen, dazu muss sicherlich auch ein Journalistenpreis gehören, der sich vom

Wächterpreis unterscheidet. Ein solcher Preis darf dann aber auch nicht denjenigen auszeichnen, der am leichtesten bei einem Anwalt die Akte gezogen und daraus eine Enthüllungsgeschichte gemacht hat, sondern man muss wirklich darauf achten, wo jemand für seine Recherche was ausgegraben hat und auch mit großer Hartnäckigkeit drangeblieben ist. Auch glaube ich, dass veröffentlichte Negativlisten sinnvoll sind, die aufzeigen, wer z.B. am rigidesten war und Journalisten den Informationszugang verweigert hat. Das hat jetzt nicht nur etwas mit dem ‚Freedom of Information Act‘ zu tun, sondern vielmehr mit einer gewissen Solidarität der Leute, die wir brauchen.

Ich glaube nicht, dass wir in Deutschland so ein Netzwerk wie z.B. in Skandinavien schaffen können, wo dann der eine Journalist aus dem Süden seinen Kollegen im Norden anruft und fragt: „Du hast doch mal an der Geschichte gearbeitet, wie kommst Du weiter?“ Wir stehen ja doch zu häufig in Konkurrenz miteinander. Aber wir können andere Dinge erreichen.

Ich glaube, dass man auch schon durch symbolische Akte, wie z.B. eine Negativliste, bei den Kollegen, die als Einzelkämpfer unterwegs sind, ein gewisses Gemeinschaftsge-

fühl schaffen kann. Man kann auch dann stärker auftreten, wenn man zu definieren versucht, was Journalismus eigentlich ist. Wenn Sie mit Chefredakteuren über Recherche diskutieren, ergibt es sich oft, dass die Chefredakteure sagen: „Ich weiß gar nicht, worüber Sie reden, wir recherchieren alle.“ Die haben das auch immer alle ganz hervorragend in ihrem Leben gemacht. Doch die meisten, so glaube ich, verstehen darunter, dass man ohne Hilfe der Sekretärin eine Telefonnummer findet.

Leif: Das ist eine sehr schöne Definition. Ich glaube, die sollte als Preface in alle Lehrbüchern eingehen. Das war schon mehr als eine Overture am Anfang. Ich gebe über zu Georg Mascolo, den auch einiges mit Hans Leyendecker verbindet. Was ist Ihr Motiv, wenn man als leistungsstarker Rechercheur im Geschäft ist, sich über den eigenen Job hinaus zu engagieren und einzelne Elemente vom Job und vom Recherchieren auch an andere weiterzutragen. Sie referieren auch gelegentlich oder geben ein Interview und reflektieren somit ihren Job.

Georg Mascolo: Das meiste hat Hans Leyendecker gesagt, außerdem falle ich natürlich, was meine Leistungen als journalistischer Referent betrifft, gegen ihn weit ab. Ich glaube, was

die Zahl der Vorträge angeht, liege ich weit hinter ihm zurück.

Ob das hier heute zum Verein kommt oder nicht, welchen Sinn das macht, darüber werden wir ja nachher noch reden. Ich glaube, dass heute auch schon eine Menge gelungen wäre, wenn man, so wie es in den USA schon passiert ist, versuchen würde, eine gewisse Trennschärfe für diesen Begriff investigatives Recherchieren zu finden. Das Schlagwort investigatives Recherchieren, investigativer Reporter wird in Deutschland alle Nase lang gebraucht, auch wenn es dann darum geht, über die Defizite zu reden, die es hier ohne Frage gibt. Was das aber so genau ist, wer das ist, das ist anders als in Amerika.

Es gibt auch viele Kollegen, und ich gehe auch davon aus, dass viele hier sind, die investigatives Recherchieren, nicht wie es in den USA oftmals üblich ist, ausschließlich betreiben, aber die es immer wieder betreiben. Das sind dann Geschichten bei denen es uns möglicherweise nicht auffällt, weil sie hinterher keinen Nachrichtenwert haben, dennoch aber die Herangehensweise einer gründlichen, ausgewogenen Recherche aufweisen. Darüber würde ich auch reden, weil ich ansonsten die Sorge habe, dass es eine große Gruppe von Kollegen und Kolleginnen gibt, die sich ausgeschlossen fühlen, weil sie

denken, dass sie das, worüber hier eigentlich geredet wird, überhaupt nicht machen.

Insofern meine Bitte, lassen Sie uns nachher noch einmal über die Begriffe reden und über die Frage für wen, wenn ein solcher Verein zu Stande käme, er auch Ansprechpartner und Sammelbecken sein sollte.

Leif: Welchen Vorschlag hätten Sie denn zur Trennschärfe. Wo würden Sie denn die Linien ziehen, wohin geht die Argumentation?

Mascolo: Ich glaube, dass ich so eine Verknüpfung beispielsweise im

Platz des Dossiers der ZEIT, das Bruno Schirra und Thomas Klein-Brockhoff eingeführt haben, beobachten kann. Das wäre früher völlig unvorstellbar gewesen; langdarstellend, häufig dann auch mit Newswert, bisweilen aber auch einfach nur unter dem Anspruch zu sagen, ich fasse das alles noch mal zusammen oder erkläre das auf einem prominenten Platz in einer Art und Weise, wie mir das sonst selten gelingt. Ich lese auch oft in den Zeitungen die Seite-Drei-Geschichten, bei denen ich denke, die Arbeit, die gründliche Recherche, die darin steckt, die ist bemerkenswert. Es



kommt keine Nachricht dabei heraus, und es kann auch keine Nachricht dabei herauskommen, weil das Beschriebene es möglicherweise gar nicht zulässt. Aber auch über all diese Leute und ihre Arbeitsweisen sollte man reden.

Leif: Also eher ein breiterer Ansatz. Oliver Merz, auch seit Jahren unterwegs in dem Themenfeld. Wo würdest Du die Defizite im sogenannten recherchierenden Journalismus sehen? Kollege Volker Steinhoff hat ja schon nüchtern in einigen Statements etwas dazu gesagt. Du willst ja auch von den Segeln gehen und bist wahrscheinlich auch über die Jahre ein wenig enttäuscht.

Oliver Merz: Ich arbeite seit acht Jahren für REPORT Baden-Baden, jetzt Mainz und ich teile nicht ganz Deine Auffassung. Ich finde die Lage nicht so schlimm, wie sie teilweise dargestellt wird. Ich glaube, dass sie besser ist als viele denken. Was ich persönlich gerne sagen würde, und ich will mich damit auch gerne dem Herrn Mascolo anschließen, ist, dass wir diese Formen, die zum Teil um den Begriff Investigativer Journalismus gestrickt sind, ein bisschen zurecht rücken. Mir liegt sehr viel an dem Wort „Gründlich“. Ich glaube, dass wir aufpassen sollten, dass wir durch die vorschnelle Skan-

dalisierung, die wir oft bei vielen Themen erleben, nicht auf Irrwege geführt werden, weil sie tatsächlich keine investigativen Stories sind. Es geht möglicherweise nur darum, irgendein Dokument, so wie es Herr Leyendecker geschildert hat, einen Tag vorher zu haben, bevor es sowieso veröffentlicht worden wäre. Da müssen wir dann nachhaken, weil wir halbaktuellen, latent aktuellen oder ganz aktuellen Medien verpflichtet sind und dann aber in der ganzen Hektik gar nicht dazu kommen, es gründlich darzustellen, Interessenverflechtungen aufzuzeigen, möglicherweise auch mal gegen den Strich zu bürsten und Gewissheiten, mit denen wir alle tagtäglich umgehen und die wir auch selber transportieren, kritisch zu hinterfragen und auch manchmal auf den Kopf zu stellen.

Seit zwei Jahren mache ich Chef vom Dienst und die Planungsarbeit für ein Fernsehmagazin REPORT in Mainz. Was mir fehlt, das sage ich ganz offen, ist das, was wir hier in diesem Kreis auch schon öfters gehört haben: Ich glaube nicht so sehr, dass Geld ein so großes Problem ist, ich vermisse – und obwohl ich erst 41 Jahre alt bin, gestatte ich mir das zu sagen – die unruhigen jungen Kollegen, die anklopfen und ein Anliegen haben. Wenn sie ein Anliegen haben, dann kommen sie nor-

malerweise auch mit einem interessanten Thema und dann kann man als interessierter CvD auch versuchen, eine spannende, interessante und relevante Geschichte daraus zu machen. Das ist es, was mich teilweise in den vergangenen Jahren störte, dass tatsächlich oft die Frage nach dem Geld kommt. In der Sendeanstalt, in der ich arbeite, das kann ich ganz plastisch sagen, da kann man an anderen Stellen mit wesentlich weniger Aufwand viel mehr Geld verdienen. Gut, aber dann muss man auch nicht bei REPORT anklopfen. Ich glaube nicht, dass wir uns jetzt erst mal darauf versteifen sollten, Professoren für recherchierende Journalisten zu fordern, um es mal zugespitzt zu sagen. Wenn die Leidenschaft und das Temperament mehr zunehmen würden, würde ich mich sehr freuen.

Leif: Wie könnte das mit Leben gefüllt werden?

Merz: In den Rundfunkanstalten ist es so, dass natürlich die Basis fehlt. Früher in den 80er Jahren, als ich angefangen habe, wurden viele Sendungen, wie die regionalen Nachrichtensendungen oder die regionalen Magazine, journalistischer gemacht. Das war einfach Alltag, heute sind sie tatsächlich in weiten Teilen zu Unterhaltungsmaschinen ver-

kommen und deswegen gibt es diesen Nachwuchs nicht mehr, der in der Landesschau anfängt, ob das beim Bayrischen Rundfunk ist oder in Hannover, und sich dann irgendwann im Laufe der Jahre über ein landespolitisches Magazin, über ARD Aktuell möglicherweise zu PANORAMA oder zu REPORT hochkämpft.

Dagmar Hovestädt: Es ist ja in weiten Teilen eine entpolitisierte Gesellschaft. Wenn Du Seelenstriptease und Striptease im Fernsehen zum hauptsächlichen Anliegen machst, dann ist es einfach überhaupt nicht mehr attraktiv, dieses gesellschaftliche Anliegen zu verkörpern und in Sendungen zu gehen und daran zu arbeiten, dass ist einfach nicht chic. Ich würde sagen, wir sind hier auch in einem relativ erlauchten kleinen Kreis zusammen gekommen. Wir reden über Medien, die ausgezeichnete Archive haben, die, im Fall des SPIEGEL, seit 50 Jahren einen Namen durch die Gegend tragen, der Recherchen einfacher macht. In der Realität wird die Vielzahl der Zuschauer und Leser damit überhaupt gar nicht erreicht. Wir haben niemanden von den privaten Fernseh-Anbietern hier. Und ein Printmagazin wie FOCUS hat meiner Ansicht nach das, was ich unter investigativ verstehe, einfach auch ein Stück ver-

wässert und das Format eher benutzt.

Deswegen denke ich auch, dass die Leute, die mit einem Anliegen kommen, immer von einer bestimmten Zeit geprägt worden sind. Ich finde, es ist eine schwierige Zeit, um mit einem gesellschaftlichen Anliegen in Medien reinzugehen. Das Anliegen heute heißt: Geld verdienen, chic zu sein, sich selber in diesen Medien, vor allem beim Fernsehen, zu spiegeln. Bei einer Zeitung eine gute Recherche zu machen, solide Stücke zu liefern oder eine Seite Drei zu machen, mit der man aber nicht groß rauskommt, dafür ist das gesellschaftliche Klima nicht da, sogar in

Journalistenkreisen ist es nicht vorhanden.

Leif: Doch wenn einer eine gute Story hat, dann findet er auch einen Platz. Es gab jetzt von Bruno Schirra dieses ZEIT-Dossier, was gelobt wird, und es kann auch in der SZ nachgelesen werden, wenn jemand eine gute Story hat. Es bleibt ja nichts verborgen. Ist das nicht so eine kulturpessimistische Stimmungsfrage?

Hovestädt: Es war nur eine Reaktion auf die Äußerung, dass man sich wünscht, dass junge Leute mit einem Anliegen kommen. Aber wo



soll das Anliegen herkommen? Wie wird man geprägt, in welchen gesellschaftlichen Zusammenhängen wird man groß und was ist eigentlich im Mainstream vorhanden. Das ist jetzt kein Plädoyer dafür, investigative Geschichten vollkommen zu unterlassen, weil sie nicht im Trend liegen. Im Gegenteil! Ich glaube auch, dass wenn man sich darum bemüht, in diesem Bereich etwas zu definieren, dann muss man das von diesem Glamour herunterholen. Wir sind ja nicht die James Bonds des Journalismus, die undercover arbeiten. Es wird ja auch alles gern mythologisiert. Im Gegenteil, man muss es entmythologisieren, zu einem Genre wie jedes andere auch machen. Und man muss durch die klarere Definition das Image aufbessern, vor allem im Fernsbereich, dafür werben, dass man Zeit dafür braucht, um eine Geschichte sorgfältig zu recherchieren oder aufzudecken, was die Mächte gerne verborgen wissen wollen. Um das öffentlich zu machen, dafür braucht man Zeit, da kann man nicht sagen: „Die sitzen da drei Wochen, drehen Däumchen, und machen dann mal in zwei Tagen schnell einen Beitrag.“ Das Image ist es, das gehoben werden muss.

Mascolo: Also irgendwas bei der prinzipiellen Fragestellung kann ja im

Grunde genommen nicht stimmen. Meine Beobachtung ist seit Jahren, dass aller Orten enthüllt wird. Man kommt ja überhaupt nicht mehr hinterher. Es sind eine Vielzahl von Skandalen, die mich bis Dienstag durch die Gegend treiben und von denen Mittwoch keiner mehr was wissen will. Angeblich boomt das Geschäft aller Ort und gleichzeitig sitzen wir hier und sagen, dass von unserem Beruf niemand was wissen will. Entweder gibt es da so eine Wahrnehmungslücke oder irgendetwas anderes, worüber wir reden müssen.

Hovestädt: Eine Inflation des Begriffs.

Leif: Herr Fröhlingsdorf, Sie hatten ja ein bestimmtes Anliegen und haben sogar eine kleine Kulturveränderung im „Trierischen Volksfreund“, wo sie bisher gearbeitet haben, eingeleitet. Wie wichtig ist denn Ihr Einfluss, wie würden Sie es einschätzen, dass man über Einzelkämpfertum, was es irgendwo in so einem kleinen Blatt ist, auch intern was verändern kann. Haben Sie da irgendwas verspürt oder blieb es beim Einzelkämpfertum?

Michael Fröhlingsdorf: Es hat sich schon einiges geändert. Wir sind kürzlich sogar geädelt wurden, als in

der WELT stand, dass in Trier die meisten Skandale passieren. Ich sehe es nicht so pessimistisch, gerade viele junge Kollegen bemühen sich durchaus in lokalen Dingen. Das Problem ist, dass da wirklich jeder Einzelkämpfer ist, und das ich auch noch nächste Woche zu dem Bürgermeister gehen muss, dem ich diese Woche eins reingewürgt habe. Also, das ist einfach das Problem: Die Leute sind schon bemüht, ob man dann aber die entsprechende Rückendeckung vom Chefredakteur hat, ob man möglicherweise Anzeigenkunden verliert, dass sind die eigentlichen Probleme, die die Lokalredakteure vor Ort bewegen und nicht die Enthüllungen im SPIEGEL.

Hovestädt: Oliver Merz und ich reden auch überwiegend über den Fernsehbereich, weil das unsere Prägung ist. Ich glaube, Printmagazin- Journalismus und auch die Lokalpresse erfordern jeweils unterschiedliche Perspektiven auf dieses Bild.

Frühlingsdorf: Ich sehe es auch in anderer Hinsicht nicht so pessimistisch. Ich bin jetzt beim „Trierischen Volksfreund“ seit ein 1/2 Jahren als Reporter freigestellt gewesen, und das ist natürlich in einer Zeitung mit einer Auflage von 100 000 und 50 Redakteuren schon ein

Traumjob für jeden anderen, der sonst in der Lokalredaktion zum Kaninchenzüchterverein gehen muss. Diesen kleinen Reporterkreis gab es bei der „Lausitzer Rundschau“ und es gibt ihn bei der „Saarbrücker Zeitung“, und ich denke schon, dass das auch andere Kollegen gerne machen würden. Es gibt zum Beispiel die „Saarbrücker Zeitung“, die diese Zukunftswerkstätten macht und im Herbst war jetzt auch eine zum Thema Recherche. Da war zumindest die Absichtserklärung aller Chefredakteure, in diese Richtung weiterzugehen und das auszubauen. Das allerdings im Lokalen ein freier Mitarbeiter irgendeine Enthüllungsgeschichte liefern würde, das habe ich noch nie erlebt. Wenn, dann müssen das wirklich die Festangestellten sein, die dann genauer recherchieren.

Leif: Aber wenn sie jetzt den „Trierischen Volksfreund“ verlassen, wird denn der Job dann neu besetzt?

Frühlingsdorf: Das ist eine kuriose Geschichte, weil der Chefredakteur sagt, dass sich ein Nachfolger erst qualifizieren müsse: „Jetzt schreibe mal schön investigative Geschichten und dann suche ich mir einen aus.“

Leif: Herr Leyendecker, wie sehen Sie in Deutschland die Luft für den

investigativen Journalismus, also für den recherchierenden Journalismus?

Leyendecker: Ich spreche vom recherchierenden Journalismus, investigativ sage ich nicht, weil es in der Regel nicht investigativ ist. Für recherchierenden Journalismus: Es sind unterschiedliche Bedingungen, die die Leute haben. Herr Fröhlingdorf beim „Trierischen Volksfreund“ hat ganz andere Bedingungen als ein Kollege, der beim SPIEGEL auf eine Dokumentation zurückgreifen kann oder der bei der ZEIT ist und da auch die eine oder andere Möglichkeit hat.

Was man insgesamt machen sollte, ist, die Leute mehr dazu zu ermutigen, solche Geschichten auszuprobieren. Auch bei der Zeitung sollte man sich nicht von den zynischen Alten entmutigen lassen, die sagen: „Das habe ich früher auch mal gewollt, hat eh nix gebracht, hat nur Ärger gebracht oder kommt doch nix bei rum.“ Gerade den jungen Leuten muss man das Gefühl geben: „Komm, probiere es mal!“ Wir wollen ja von niemanden die Hofsänger sein und müssen deshalb relativ nüchtern auf Sachverhalte schauen. Dann geraten wir natürlich immer wieder in Kollision, deshalb müssen wir diese jungen Leute in Zukunft in solchen Situationen unterstützen.

Ein Problem ist auch der Meinungsjournalismus, da bin ich nun auch bei einer Zeitung, die sehr stark davon geprägt ist. Eine Redaktionskonferenz sieht so aus, dass es da eine Vorkonferenz gibt, in der eine Viertel Stunde über den Leitartikel gesprochen wird. Dann geht man in die Hauptkonferenz und da erzählt jeder aus seinem Ressort. Theoretisch könnte man es anders machen, man könnte fragen: „Was sind eigentlich die wichtigsten Themen des Tages?“ Man muss einfach diese Struktur durchbrechen. Doch das Denken der Gruppe ist natürlich dann auch oft so, dass der eine eigentlich mal ein gutes Editorial oder den Kommentar schreiben will.

Ich finde z.B. die WELT oder den TAGESSPIEGEL ganz erstaunlich, zwar nicht immer inhaltlich, aber wie sie sich bestimmten Themen nähern. Es gibt im Moment auch die Überlegungen im Journalismus: „Wie destillieren wir jetzt mal die wichtigsten Themen der Woche oder die wichtigsten Themen des Tages, und wie nähern wir uns dem Optimalen?“

Die „Rheinische Post“ versucht z.B. Leute unterschiedlicher Ressorts zusammenzubringen, das halte ich für ganz hervorragend.

Normalerweise haben Wissenschaftsredakteure bei einem Klimaschutzproblem hundert Zeilen.

Dann nimmt der Redakteur die Berichte, die er vor sieben Jahren und vor zwei Jahren geschrieben hat und wechselt nur die Zahlen aus. Leute, die aus unterschiedlichen Gebieten daran arbeiten, könnten das Thema interessanter gestalten. Bei großen Zeitungen gibt es auch Ansätze, dass man einen guten Schreiber mit einem guten Rechercheur zusammenbringt. In der Regel schreiben die Rechercheure ein wenig schlechter als die guten Schreiber, aber die Geschichte wird sehr viel spannender, wenn sie von so einem Team gemacht wird. Dann kommen auch zwei Kulturen zusammen.

Mascolo: Das letzte, was ich in diesem Land erkennen kann, ist eine wirkliche Anfeindungskultur. Ich glaube, dass es immer wieder Situationen gibt, wo auf einzelne Kollegen los gegangen wird. Wenn wir aber schon darüber debattieren, ob Amerika ein Vorbild für uns ist, kann ich nur dazu sagen, wenn man sich in den USA das gefallen lassen müsste, was in unserem Bereich passiert, verglichen mit all den Fehlern, die hier nicht registriert werden und mit all den Debatten, die hier nicht stattfinden, über das was Medien gut aber auch falsch machen, sind wir in der Beziehung in



einer komfortablen Situation. Deswegen würde ich die wenigen Fälle, über die man da reden muss, nicht so dramatisch sehen. Zum Beispiel die Geschichte, dass in Hessen der Koch auf Fröhder namentlich losgegangen ist, das war sicher eine unschöne Episode, auf den SPIEGEL ist er auch losgegangen, nicht in dieser Form und nicht namentlich.

Ich finde dann das Beispiel des WDR-Films über den Kosovo Krieg wieder ein schlechtes Beispiel, weil man über diesen Film in der Tat streiten kann und über die Frage, wie er gemacht war und ob er zu einseitig gewesen ist und welche Fehler er gemacht hat. Also prinzipiell zu sagen, da müsste man eigentlich so ein Netzwerk haben, dass sich dann vor alles und jeden, egal wie es war, erst mal schützend davor wirft, dass würde ich für einen Fehler halten. Noch mehr Debatte darüber, welcher Qualität unsere Arbeit eigentlich genügen muss und wo das nicht der Fall gewesen ist, würde uns gut tun.

Leif: Meinen Sie damit eher gelassenen Gleichmut? Diese Anfeindungen sind nicht richtig. Da würde ich die Koch-Affäre dagegen setzen: Koch nutzte ein gezieltes Kommunikationsmanagement, stellte Wahrheiten an die Seite und griff Einzelne scharf an, wie er das auch bei den

Kollegen von der FR machte, und es bleiben nur wenige in Hessen übrig, die sich um diese größte Affäre im Rahmen des Spendenkonflikts bemühen. Das ist doch eine wichtige Sache, der will doch was erreichen. Wenn keine Gegenstimme kommt, dann machen die doch weiter. Die Stigmatisierung in einzelnen kleinen Bereichen läuft doch relativ systematisch. Wenn man Ihrer These folgt, sollte man, wenn man sich z. B. zusammen schließt, um solche Dinge nicht kümmern. Hab ich das richtig verstanden?

Mascolo: Ich glaube, so undifferenziert habe ich das nicht gesagt.

Leif: Ich versuche nur eine Klärung herbeizuführen.

Mascolo: Ich habe schon einen Unterschied zu dem Fall des Kollegen Fröhder gemacht und mache ihn auch zu anderen, insbesondere da, wo wirtschaftlicher Druck ausgeübt wird, was gerade Kollegen bei kleinen Tageszeitungen betrifft. Ich glaube, dass dieses kleine Netzwerk, das es über persönliche, wirtschaftliche und sonstige Verbindungen gibt, das größere Problem ist, als wir es tatsächlich auf dieser oberen Ebene haben. Da geht ein Ministerpräsident mal auf sie los und wenn sie Pech haben, ist das vielleicht sogar

irgendwann mal ein Außenminister. Aber das sind dann ohnehin immer alles schon öffentliche Vorgänge, die spielen eine Rolle und die Leute nehmen Partei. Es hat einen öffentlichen Hintergrund. Das, worüber zu reden wäre, glaube ich, sind Situationen, in denen Geschichten verhindert und weggetreten werden, wo echte Repressionen stattfinden.

Leif: Danke, das zur Klärung. Nun die Frage Recherche und journalistische Qualität, gibt es da einen Zusammenhang? Jetzt nicht nur im Fernsbereich sondern auch in anderen Mediensektoren?

Merz: Natürlich! Ich glaube, das haben wir besprochen. Ohne Recherche keine journalistische Qualität. Basta!

Leif: Heißt das aber auch, wenn man das intensiver betriebe, dass man damit etwas in der Qualität bewegen könnte?

Merz: Natürlich! Ich glaube auch, dass – jetzt wieder reflektiert auf unsere Redaktion – man jedem Stück anmerkt, dass es nicht in der Hetze gemacht wurde, sondern das es ein bisschen ausgeruht gemacht wurde, was nicht heißen muss, dass man dafür Wochen oder Monate brauchte. Ich denke, dass der Zusammen-

hang eindeutig ist, und dass es sich in jeder Beziehung lohnt a) die Freiräume und b) auch den Anreiz zu schaffen, mehr zu recherchieren.

Leif: Noch mal die Qualitätsfrage an Herrn Leyendecker: Glauben Sie, dass man einer breiteren Öffentlichkeit vermitteln kann, dass ein verbesserter recherchierender Journalismus auch einen Nutzen hat? Heute wird viel über Nutzen geredet, oder ist das zu pathetisch und zu naiv?

Leyendecker: Ich glaube, man muss die Geschichten, weil es ja auch ein schöner Beruf ist, so machen, dass man einigermaßen damit leben kann. Dass man nach einer Geschichte sagen kann: „So schlimm war es auch nicht, was man da gemacht hat, es ist erträglich gewesen und es hat vielleicht sogar auch den einen oder anderen guten Ansatz gehabt.“ Man kann auch missionarischen Journalismus machen. Ich glaube, im Fernsehen ist das ja doch häufiger ein Problem. Gerade wenn ich mir MONITOR oder REPORT München angucke, habe ich überhaupt keine Neugierde mehr, weil ich in der Regel weiß, was kommt. Dass also Leute, und das ist bei Tageszeitungen nicht anders, nur noch für ihre Gemeinde arbeiten, das finde ich relativ langweilig. Von daher sollte man

versuchen, sich gewisse Standards zu erarbeiten, beziehungsweise solche Standards zu halten, und dann findet man auch eine Klientel, die das gar nicht so uninteressant findet.

Hovestädt: Ich finde, was den Nutzen angeht, kommt beim Fernsehen noch ein zusätzliches Problem hinzu. Es ist ja ein hoch-emotionales Medium, und man kann eine sechswöchige Recherche in einen Fernsehbeitrag verpacken; man kann auch drei Tage reinstecken.

Für den normalen Zuschauer gibt es dabei keinen wirklichen Unterschied. Wenn der Beitrag schnell geschnitten ist, wenn die Musik funktioniert, wenn es da ein paar emotionale O-Töne gibt, dann merkt man nicht, ob derjenige sechs Wochen gebraucht hat, um die entscheidenden Fragen zu stellen, oder nur zufälligerweise da rein geschlittert ist. Deswegen ist die Qualitätsunterscheidung beim Fernsehen besonders schwierig zu treffen. Das trifft vor allem für den privaten Bereich zu: Die Techniken und die Formen, die man nutzt, um Investigationen darzustellen, sprich, mit laufender Kamera irgendwo reinlaufen, verdeckte Kameras einsetzen, heulende Leute vor den Kameras, alles, was irgendwo emotional macht – es wird inflationär gebraucht, ohne einen

Maßstab für das Einsetzen dieser Formen zu finden. Also ich finde, das sind Formen, die man nur dann einsetzen sollte, wenn es wirklich nicht mehr anders geht und wenn es der Inhalt gebietet. Das haben die Privaten im Grunde genommen vollkommen zunichte gemacht. Weil klar wird, sobald es dramaturgisch spannend ist, bringt es etwas für die Quote und dann wird es eingesetzt, egal ob es funktioniert oder nicht. Da, finde ich, ist es einfach schwierig, die Qualität im Fernsehjournalismus zu halten. Es geht dann einfach nur darum, dass es eben solche „Inseln“ gibt, wie öffentlich-rechtliche Magazine, selbst wenn sie die Realität bisweilen sehr eingeschränkt konstruieren und dann auch wiedergeben, wo aber diese Art von langzeitlicher Auseinandersetzung mit Themen erfolgt. Denn nur über eine bestimmte Zeit kann man eine Auseinandersetzung und auch eigene Ansichten finden, die man dann in diese ganze öffentliche Diskussion einbringen kann. Es ist also wichtig, dass diese „Inseln“ einfach bestehen bleiben und dafür auch eine Akzeptanz geschaffen wird.

Merx: Wir erleben ja in diesen Tagen ein spannendes Experiment Fernsehjournalismus: ZDF-Reporter, eine Notlösung sozusagen für die Form der Recherche. Ich sag es jetzt

mal überspitzt, ich möchte den Kollegen nicht zu nahe treten: Wenn dieses Experiment so ausgeht, wie es sich jetzt abzeichnet, dann wäre Anlass zur Schadenfreude gegeben, die mir eigentlich auch nicht nahe liegt. Aber ich denke, dass die Redaktion – schade, dass niemand hier ist – einen wirklich schwierigen Weg geht. Ich bin gespannt, ob es wirklich funktioniert. Ich glaube es nicht, weil sie die Relevanz und die banale Recherche vergessen haben. Sie haben gedacht, es funktioniert, wenn sie das amerikanische Modell kopieren, d.h. mit Leuten, die in der Redaktion in zwei-drei Tagen für irgendeinen schnellen Reporter ein paar Bild-Termine organisieren. Dann glauben sie, wenn sie es flott moderieren lassen, dann funktioniert das. Wenn es nicht funktioniert, ist es ein Beispiel dafür, dass Recherche tatsächlich gefragt ist und das auch im ZDF, der großen Unterhaltungsmaschinerie.

Mascolo: Es ist bedauerlicherweise so, dass, wenn es irgendwo in den vergangenen zehn Jahren einen Rückschritt zu beobachten gibt, dieser leider bei den elektronischen Medien stattgefunden hat. Das fängt an bei dem privatem Hörfunkprogramm, von dem ich glaube, dass einige am Anfang ausge-

sprochen scharfe journalistische Anspruchskriterien gehabt haben und sie auch verwirklicht haben. Heute würde mir überhaupt niemand mehr einfallen. Auch was das private Fernsehen angeht, es ist, was diesen Bereich angeht, ein permanenter Sinkflug. Ich glaube, der letzte Versuch – ich weiß gar nicht, ob ich ernsthafter Versuch sagen soll – ist ‚Newsmaker‘ gewesen. Ich fürchte, dass sich jetzt auf langer Zeit im privaten Fernsehen niemand mehr an irgendeiner Form versuchen wird, von der ich gar nicht sagen würde, dass sie investigativ gewesen ist, sondern die wenigstens das Kriterium von einigermaßen ernsthaftig erfüllen würde. Beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen ist es tragisch anzusehen, wie die unglaublichen Potentiale, die es nach wie vor gibt, insbesondere in der ARD, von wirklich qualifizierten und guten Journalisten aufgesplittert werden, anstatt möglicherweise irgendwann mal zu einem gemeinsamen Magazin oder einer wie auch immer gearteten gemeinsamen Nachrichtenredaktion zu kommen. Ich glaube, dass es bei der ARD sehr viele begabte Kollegen gibt, auch ganz viele Nachwuchskollegen, und dass die ARD immer noch nicht verstanden hat, daraus etwas zu machen. Das ZDF ist sowieso ein Sonderfall.

Leif: Warum, glauben Sie, wird denn aus diesem Potential nichts gemacht? Was ist die tiefere Analyse aus Ihrer Sicht?

Mascolo: Weil ich glaube, dass es überhaupt gar keinen Leidensdruck irgendwo innerhalb der ARD gibt. Das mag es vielleicht innerhalb der Magazine geben, da fanden immer mal wieder Überlegungen statt. Da beklage ich das, was Hans Leyendecker auch schon gesagt hatte, in Teilen der öffentlich-rechtlichen Magazine ist so eine Missionarshaltung eingezogen. Das gilt nicht immer für alle Stücke und gilt beispielsweise aus meiner Sicht auch wirklich nicht immer für REPORT Bayern, auch wenn man es diesen stärker nachsagt als anderen. Da finde ich dann bisweilen immer ein paar interessante Stücke. PANORAMA ist da für mich ein Beispiel: Die haben sich da so einigermaßen rausgezogen und haben am aller ehesten den Blick, der in alle Richtungen geht.

Hovestädt: Um auch noch mal die Variante von „Amerika lernen heißt siegen lernen“ aufzunehmen: Ein Teil dieses Unwillens, sich mit viel Aufwand mit ernsthaften Themen zu beschäftigen – das ist im Fernsehen relativ teuer – hat mit der Kommerzialisierung und der Übertra-

gung amerikanisch erfolgreicher kommerzieller Fernsehformen zu tun. Es ist einfach nicht lukrativ, wenn es darum geht, am Ende des Tages zu fragen: „Für wie viel Aufwand bekomme ich wie viel Quote?“ Es ist dreimal einfacher, „Big Brother“ anzuschieben oder aber auch irgendwelche hübschen Moderatorinnen und Wackel-Kamerabilder durch die Gegend schicken zu lassen, um damit eine Quote zu erzielen. Oder eben, wenn die Quote nicht stimmt, das durch irgendwelche anderen banalen Geschichten zu ersetzen. Das ist in Teilen, nicht überall, aber in Teilen einfach der Mechanismus, der funktioniert und der auch in Amerika so funktioniert.

Mascolo: Entschuldigung, aber das stimmt ja nicht, wenn man sich die Geschichte der elektronischen privaten Medien anguckt. Information hat den öffentlich-rechtlichen Medien und den privaten Medien über eine lange Zeit gute Quoten garantiert. Die Produktion einer Sendung wie Akte „Irgendwas“ wird im Ergebnis nicht mehr Quote bringen und auch nicht mehr Geld kosten als ein vernünftiges politisches Magazin zu etablieren. Das hat mittlerweile bei denen auch ganz viel mit Senderfragen zu tun. So was braucht man alles nicht.

Leif: Aber wenn man das nun mal alles bilanziert, kommt man zu dem Ergebnis, dass fast alles in Butter ist, es drückt nirgendwo der Schuh. Wer die Lust hat, hat auch die Möglichkeiten, etwas vernünftiges zu platzieren. Wir haben eigentlich ideale Konstellationen, was Recherchejournalismus angeht. Es gibt keinen Problemdruck. Es kann jetzt sein, dass wir hier vorne besonders eta-

bliert und schwergewichtig sitzen, aber ich habe den Eindruck, dass wir vielleicht streitige Punkte noch mal diskutieren müssen.

N.N.: Ich möchte widersprechen. Ich war für ein 1/2 Jahre in Langen im privaten Hörfunk in Bayern tätig und habe hier versucht, als Einzelkämpfer einen einigermaßen vernünftigen und ansprechenden Journalismus, auch für die Hörer, über den Äther zu bringen. Es ist mir als Einzelkämpfer einigermaßen geglückt, aber es war innerhalb der Geschäftsführung, innerhalb der Redaktionsleitung kein Interesse für den investigativen Journalismus da, auch weil man Angst hatte, man könne sich damit irgendjemanden vergrämen, sei es jetzt der Oberbürgermeister oder seien es irgendwelche Werbekunden. Im privaten Hörfunkbereich sehe ich da ganz große



Schwierigkeiten. Es gibt vielleicht wenige Ausnahmen bei einigen Sendern, aber ansonsten ist der private Hörfunk, zumindest in Bayern, zu einem Gewinnspiel von Publikum abgerutscht.

Fröhlingsdorf: Ich habe eben gesagt, im Lokalen ist die Welt nie in Ordnung, und da ist die Anfeindung durch den Bürgermeister im Zweifelsfalle schlimmer als das, was auf der oberen Ebene passiert. Aber man kann auch als Einzelkämpfer im Lokalen versuchen, eines der Magazine FOCUS oder SPIEGEL für bestimmte Themen zu interessieren. Das ist zum Beispiel bei der Döpfert Geschichte erfolgt. Zu meiner eigenen Absicherung ist die Geschichte am gleichen Tag im FOCUS und im „Trierischen Volksfreund“ erschienen, dadurch ist sie nicht mehr rückholbar. Da hätte sich der „Trierische Volksfreund“ hundert mal entschuldigen können, die Geschichte war nun auch auf anderen Ebenen veröffentlicht. Von einem Netzwerk verspreche ich mir auch solche Kooperationsmöglichkeiten. Wenn eine Geschichte woanders schon veröffentlicht wurde, dann sind wir unter Zugzwang und müssen sie auch bringen. Dann kann sich auch der Chefredakteur gegenüber dem Anzeigenkunden rechtfertigen und sagen: „Wir konnten nicht

anders, wir mussten jetzt auch darauf reagieren.“

Volker Steinhoff: Noch einmal auf die Frage von Thomas Leif, ob denn zu wenig recherchierender oder investigativer Journalismus betrieben werde. Ich denke, das hängt von der Definition ab, über die wir noch gar nicht geredet haben. Das was ich immer höre, ist mir ehrlich gesagt zu politisch korrekt, weil ‚investigativ‘ ‚untersuchen‘ heißt. Wenn man dazu sagt „für die gute Sache“ also relevant sozial usw., dann grenzt man natürlich unheimlich viele journalistische Aktionsformen aus, die absolut investigativ sind.

Ich habe vorhin schon mal an die Boris Becker-Geschichte gedacht. Da wurde gesagt, man bräuchte Recherche und Honorar ohne Ende, um die neue Freundin von Boris Becker zu finden, da könnten auch investigative Methoden finanziert werden. Es gibt im Boulevardbereich, was man gerne ignoriert, weil das Schmutzkram ist, natürlich auch teilweise sehr tiefgehende investigative Methoden, und vielleicht ist das eine Verlagerung.

Es gibt gerade viele junge Leute, die gut im Polizeibereich, im Rotlicht-Milieu oder im Prominenten-Bereich recherchieren können, aber es gibt nicht mehr die sozial Bewegten, die die Gesellschaft verändern wol-

len. Auch wenn man das ungern zur Kenntnis nimmt, da gibt es eine andere Art des investigativen Journalismus, das meinte vielleicht auch Georg Mascolo mit der Bemerkung, das Geschäft brummt, da gibt es ja unheimlich viel, was läuft.

Hardy Prothmann: Ich bin einer dieser jungen Journalisten, arbeite freiberuflich und frage mich: „Was kann uns ein Verein nutzen?“ Ist es nicht so, dass viele der „alten Hasen“ ihre Informationen und ihre Recherchemethoden nicht weitergeben, sondern darauf sitzen und sitzen bleiben? Natürlich verfügen auch junge Kollegen über Erfahrungen, die sehr nützlich sein können, wenn sie denn weiter gegeben werden. Ich frage mich, auch vor dem Hintergrund einer gewissen Konkurrenz durch die verschiedenen Medien, wie ein „Netzwerk Recherche“ funktionieren kann und sich das in einem Verein praktisch umsetzen lässt. Da habe ich noch gar keine Vorstellung.

Mascolo: Ich auch nicht, und ich fange mal mit dem letzten an. Wir werden ja alle nicht, in welcher Funktion auch immer, die normalen Mechanismen, die zwischen unseren Blättern herrschen, außer Kraft setzen können. So, wenn es z.B. um die Frage geht, steigt der eine mal beim anderen ein?

Hardy Prothmann: Herr Mascolo, ist das wirklich unmöglich? Wäre es nicht denkbar, dass die Konkurrenz bei gewissen Themen aufgehoben wird? Und das verschiedene Medien sagen: „OK, jetzt drehen eben SPIEGEL, SÜDDEUTSCHE, der Hessische Rundfunk, FOCUS und vielleicht sogar noch ein Privatsender an einer Schraube?“

Mascolo: Die einzige Kooperation, an die ich mich überhaupt in den letzten Jahren erinnern kann, ist die gemeinsame Recherche zwischen der FRANKFURTER RUNDSCHAU und der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG in Tschetschenien gewesen, die unterschiedliche Gründe gehabt hat. Wenn wir noch mal über Amerika reden und über das, warum wir eigentlich neidisch auf Amerika schauen, dann gibt es für mich einen Bereich, wo ich sage, da tun wir das wirklich zu Recht. Das ist nicht der Bereich der normalen und aktuellen Tagesberichterstattung. Ich glaube, da lesen Sie in amerikanischen Zeitungen oft nichts besseres und hintergründigeres über amerikanische Wirtschaft oder Politik als hier. Was die Amerikaner auf eine begnadete Art und Weise tun, und was wir hier auch versuchen sollten, ist, dass sie sich zusammenspannen und dann oft über einen langen Zeitraum strukturelle Recherchen betreiben.

Dass hat beispielsweise auch der amerikanische Verein investigativer Journalisten gerade zusammen mit den Engländern gemacht und dabei eine hervorragende Recherche über die Verwicklung der Tabakkonzerne im internationalen Zigaretten-schmuggel hingelegt. Da gibt es eine richtig blinde Ecke, das ist der deutsche Markt. Das liegt daran, dass in dem Bereich niemand, SPIEGEL, STERN, SÜDDEUTSCHE, wen auch immer eingeschlossen, irgend etwas gemacht hätte oder sich für das Projekt interessiert hätte. Der SPIEGEL eingeschlossen, das sage ich in diesem Fall selbstkritisch, obwohl es hier vielfältige Hinweise gibt. Zigaretten-schmuggel ist hier ein größeres Problem, als es in England oder in Skandinavien ist. Das sind dann die Geschichten, auf die wir neidisch starren und sagen: „Guck mal einer an, da hat ein Netzwerk von Journalisten zwei, drei Jahre gemeinsam an einer Geschichte gearbeitet und im nachhinein kommen dabei ein paar Fernsehdokumentationen und hervorragende Geschichten heraus.“ Dann werden Prozesse geführt und Bücher erscheinen, und man steht mit offenem Mund davor und sagt: „Guck mal einer an.“ Das ist etwas, was man in Form eines Netzwerkes organisieren könnte und sagen könnte: „Lasst uns doch mal versu-

chen, ein solches Projekt zu machen.“

Es gibt in den amerikanischen Vereinen immer wieder diese großen Projekte, wo dann Kollegen teilweise freigestellt werden und in dieser Zeit von Stiftungen bezahlt werden. Sie haben dann Ansprechpartner innerhalb des Vereins, die sich mehr oder weniger beteiligen.

Das wäre ein Modell, das interessant sein könnte und worüber wir reden können.

Wenn Sie z.B. bei der Saarbrücker Zeitung mit einer guten Geschichte so richtig unter Beschuss kommen und dann sagen: „Beim SPIEGEL sitzt auch einer aus dem Netzwerk, jetzt soll der mir mal ordentlich unter die Arme greifen. Wofür sind wir schließlich in einem Netzwerk.“ Dann haben Sie vielleicht Recht, aber es stellt sich die Frage, ob der normale Mechanismus beim SPIEGEL außer Kraft gesetzt werden kann. Diesen Mechanismus gibt es ja nicht nur beim SPIEGEL, sondern auch bei ganz vielen anderen Medien. Da sage ich, machen wir uns nichts vor, das mag in Einzelfällen gelingen, aber die normalen Kriterien, nach denen unser Geschäft läuft, werden wir alle miteinander nicht außer Kraft setzen können. Das ist auch gut so. Wir können nur darüber reden, wie es in Einzelfällen mal gelingen kann, wir können auch

darüber reden, wie eine Struktur aussehen könnte, die es einfacher macht, aber neue Regeln werden wir nicht einführen können.

Merz: Ja, wenn so ein Netzwerk an der Stelle angreifen soll, dann kann das nie so funktionieren, dass jetzt der SPIEGEL so etwas schreibt, damit der andere dann geschützt wird. Das ist ja Unsinn.

Sandra Daßler: Ich habe gestern Abend schon mal gesagt, dass achtzig Prozent unserer Leser den Lokalteil der Regionalzeitung lesen. Ich stimme also wirklich dem zu, was auch aus dem Podium gekommen ist; es wäre wirklich schade, wenn dieses Netzwerk aus einem erlauchten Teil der großen investigativen Journalisten dieses Landes bestünde. Es wäre wirklich hilfreich, wenn da auch viele Leute aus Regionalzeitungen, aus Lokalredaktionen und möglicherweise auch von privaten Sendern, die ja jetzt vor Ort sind, dabei wären, damit die einfach auch ein wenig die Scheu vor der Recherche verlieren. Ein anderes Problem ist – und ich komme wirklich aus einer Zeitung aus dem Osten, ich weiß, was da in den letzten zehn Jahren abgegangen ist – dass es da Skandale über Skandale gab, aber ein Redakteur vom SPIEGEL, der hat nie in der Lokalredaktion angerufen,

und natürlich hat die Lokalredaktion sich doch nicht getraut, beim SPIEGEL anzurufen, um zu sagen: „Da brauchen wir vielleicht mal Eure Hilfe oder da gibt es etwas, da komme ich nicht weiter, weil meine Zeitung zu klein ist, aber Ihr könnt da weiter machen.“ Das wäre dann auch keine Konkurrenz mehr. Solche Fälle gab es zu Hunderten oder Tausenden. Man hätte auch auf die Idee kommen können, dass Michael Fröhlingdorf Döpfert recherchiert. Das Herzzentrum ist in Cottbus, ruf doch mal in Cottbus an. Das ist nur ausnahmsweise mal so gelaufen, weil wir in einem kleinen Konzern sind. Wo ist hier ein Kollege aus einer Zeitung aus den neuen Ländern? Keiner einziger ist da.

Leif: Eingeladen sind sie.

Daßler: Ja, das war jetzt auch kein Vorwurf an die Veranstalter. Ich mache selber Seminare, ich weiß warum die nicht kommen. Es gibt so viele Geschichten in allen Bereichen, doch es gibt auch eine große Scheu davor, sich gegenseitig anzurufen oder sich gegenseitig auf etwas aufmerksam zu machen. Gerade im informellen Bereich sehe ich für so ein Netzwerk eine große Chance. Wenn man sich ein- oder zweimal im Jahr trifft und dann auch gleichberechtigt miteinander disku-

tiert und auch Anregungen bekommt – und die bekommt man auch von den kleinen Kollegen aus der kleinen Lokalredaktion – dann wäre das eben super.

Leif: Gut. Nun bitte Kollege Wiendl.

Wiendl: Ich möchte daran erinnern, dass es ein Netzwerk an prominenter Stelle zwischen Herrn Leyendeker und dem Kollegen Fröhder gibt. Ich erinnere da an das Weihrauch-Interview, das auf zwei Schienen gelaufen ist. Was bei Ihnen an prominenter Stelle geschieht, gelingt mir weiter unten in der Kreisklasse auch. Ich habe kein Problem, mich mit Kollegen und Kolleginnen der regionalen Zeitungen zu verständigen. Ich muss sagen, das funktioniert hervorragend, dass wir gemeinsam eine Geschichte machen, die vor Ort spielt. Wir verabreden uns dann eben an den Sendetagen. Das muss um den Reportsendetermin auch passieren. Ich kann die Geschichte nicht an dem Samstag davor im Blatt haben, wenn der andere sie dann erst am Montag oder Dienstag hat. Darauf haben wir uns schon oft verständigt, und da habe ich überhaupt kein Problem damit, ein Netzwerk zu bilden, sondern ich lebe auch von diesem Netzwerk. Das gebe ich unumwunden zu, dass man sich abspricht, dass man zwei-, dreigleisig recher-

chiert. Es kommt immer mehr dabei heraus, als wenn man alleine an der Sache dran ist. Ich will damit nur sagen, es funktioniert vielleicht nicht offiziell, aber auf inoffizieller Ebene funktioniert bei mir jedenfalls ein Netzwerk sofort.

Hovestäd: Bei KONTRASTE sieht man das übrigens auch häufiger. Wenn man als Fernsehkollege mit Lokalredakteuren spricht, funktioniert das als Rechercheanlaufstelle und man wird sogar Kooperationspartner. Ich glaube, das ist schon einige Jahre her, aber wir haben auch schon mal mit dem SPIEGEL eine oder zwei gemeinsame Geschichten gemacht. Da hatten wir aber noch Montags den Sendetermin und sind gemeinsam mit dem SPIEGEL raus gekommen. Das passiert selten.

Mascolo: Wir haben auch schon mit der „Lausitzer Rundschau“ kooperiert, und wenn ich darauf hinweisen darf, mit dem Kollegen Fröhlingdorf haben wir so hervorragend kooperiert, dass wir ihn jetzt sogar eingestellt haben.

Leif: Professor Haller bitte.

Haller: Jetzt haben wir das Augenmerk vor allen Dingen auf die Frage gelegt, wie wir intern kooperieren können. Ich denke, dass das, was

hier angesprochen wurde, wie z.B. themenzentriertes Kooperieren, dass sich verschiedene Rechercheure, Redaktionen oder Medien je nach Thema zusammenfinden oder dass man eine Art Infrastruktur daraus hervorgehen lässt, die dann auch anderen weiteren Themen zu Gute kommt, kann man nicht beschließen, das muss sich entwickeln. Jedenfalls ist dieser Netzwerkgedanke als ein internes Verknüpfen und Zusammenarbeiten etwas ganz Zentrales.

Trotzdem sollten wir das andere auch nicht unterschätzen. Das würde dort anknüpfen, was über die Situation der regionalen Zeitungen und des Alltagsjournalismus im Bereich des nachrichtlichen Informationsjournalismus angesprochen wurde.

Ich denke, es gibt auch da einen gemeinsamen Nenner, und zwar, dass wir die Recherchiermöglichkeiten und die Recherchierbedingungen offensiv verbessern und offensiv werten müssen, damit wir die Felder der Recherche weiter stecken können. Wir dürfen das, was wir oder Sie hier von den sogenannten großen und durchschlagstarken Medien an Erfahrung mitbringen nicht verallgemeinern. Der Recherchieralltag auf der regionalen und lokalen Ebene sieht anders aus. Hier ist es in der Tat wichtig und

sinnvoll, offensiv nach außen aufzutreten und dafür zu sorgen, dass die Mitglieder kleinerer Redaktionen Mut fassen, sich hier auch gestützt sehen und hier auch Rückfragemöglichkeiten finden. Sie müssen hier auch Probleme klären können, die sie in ihrem eigenen Umfeld nicht klären können, entweder weil die anderen auch zu nah dran sind oder weil die nicht kompetent genug sind.

Ich glaube, dass sich ein solches Netzwerk hier, eben auch um der Sache Willen, gefunden hat und auch die nötige Kompetenz versammelt ist, die bis in die Richtung eines Expertensystems gehen kann, so wie wir es im Hochschulbereich seit Jahren entwickelt haben. Ich denke, es gibt ein doch relativ gutes und wechselseitiges Infosystem für einen Expertenaustausch und der gleichen, das auch heute noch mehr durch das Internet vorhanden ist.

Diesen zweiten gemeinsamen Nenner sollten wir nicht zu klein reden, sondern eher umgekehrt, groß reden und den Bedarf erkennen, der außerhalb dieses Kreises liegt

Merx: Da würde ich auch voll zustimmen. Diese interne Zusammenarbeit organisiert man informell. Das funktioniert auch an vielen Stellen, wenn man es aktiv sucht, viel besser als über so eine Organisation. Da

stimme ich Ihnen zu 150 Prozent zu.

Hartmut Heß: Ich wollte noch einmal einige Beispiele aus meiner eigenen Erfahrungen von früher beisteuern und damit zeigen, dass eine Zusammenarbeit auf den unterschiedlichen Ebenen durchaus notwendig ist. Anfang der 70er Jahre befand ich mich als Lokalredakteur in Hessen in der Situation, dass ich in einem Rathaus schlichtweg Hausverbot erteilt bekam, weil ich über Durchstechereien berichtet hatte. Ich will gar nicht sagen, dass ich sie aufgedeckt hatte, aber ich hatte über sie berichtet.

Die Drohung mit einer Klage wegen Verletzung der Informationsfreiheit oder ähnliches half mir gar nicht. Was half, waren die Kollegen der Konkurrenzzeitungen, die gesagt haben, mit dem Bürgermeister reden wir nicht mehr, der kann erzählen was er will, es schreibt keiner mehr darüber, solange er mit dem Kollegen nicht mehr reden will. Das half dann wirklich, weil der Bürgermeister auf die Zeitungen angewiesen war.

Ein anderes Beispiel: In der Landespressekonferenz in Hessen kam es vor, dass wir bei riskanten Themen, wenn wir wussten, dass es einfach unmöglich war, dass einer sie bis zu Ende hieb- und stichfest durchre-

cherchierte, um damit auch vor Gericht Bestand zu haben, häufig zwischen zwei drei Kollegen Informationen ausgetauscht haben. Es wurde dann gemeinsam recherchiert und dann verabredet, wann die Geschichte veröffentlicht wird und möglichst so, dass keine Konkurrenz entstehen konnte.

Das war eine Absicherung und eine Hilfe, die etwas gebracht hat, auch wenn es nur auf einer privaten Ebene institutionalisiert war. Wenn das auf ein Netzwerk übertragbar ist, das bundesweit für Lokaljournalisten, für Leute, die auf Landes- oder Bundesebene arbeiten oder sogar darüber hinaus, funktionieren kann, dann kann das doch allen nur nützen und im Prinzip bringt es doch für niemanden Nachteile.

Andreas Heerwig: Ein Netzwerk darf natürlich nicht dazu führen, dass dann vor der eigenen Haustür nicht mehr gekehrt wird, und man sagt, gut dafür sind wir dann nicht mehr zuständig, sondern gibt es vielleicht irgendein überregionales Medium, wo dann aber die Themen möglicherweise liegen bleiben. Das ist natürlich auch eine Gefahr. Das Einzelkämpfertum, das es in Deutschland gibt, das erreicht ja durchaus etwas, und das darf durch so ein Netzwerk nicht eingeschränkt werden.

Leif: Nur noch mal zur Erklärung: Bei den Leuten, die sich zur Vorbereitung getroffen haben, die jetzt auch teilweise hier sind, entstand in verschiedenen privaten Gesprächen über mehrere Jahre der folgende Konsens: Das Ganze soll als eine Möglichkeit, als eine Chance verstanden werden und das Verpflichtende soll relativ gering sein. Von der Grundphilosophie soll kein Rahmen gesetzt werden, der sagt: Du sollst sondern eher: Man kann.

Es ist wichtig zu wissen, dass wir die Vereinsform nicht deshalb wählen, weil wir unbedingt einen deutschen Verein wollen, sondern aus formal pragmatischen Gründen: Es muss irgendeine Rechtsform geben, mit der man agieren kann, weil es irgendwann auch darauf ankommt, ökonomische Zusammenhänge zu klären, Gelder zu kriegen, vielleicht sogar Spenden absetzen zu können und ähnliches. Der Rahmen soll weich sein, und diese Kooperationsformen, die jetzt angesprochen worden sind, wären dann möglich. Es soll also nicht so sein, dass man etwas muss, sondern es soll ein Kooperationsrahmen entstehen und keine Festlegung sein.

Daßler: Ich glaube, wir haben hier auch alle ein gemeinsames Problem. Ich stelle immer wieder fest, dass selbst Journalistikstudenten oder

Volontäre keine Zeitungen mehr lesen, nicht mehr die SÜDDEUTSCHE, nicht die ZEIT oder den SPIEGEL. Wenn meine Kinder Informationen brauchen, dann holen sie sich diese aus dem Internet. Die machen daraus dann super Vorträge in der Schule. Sie geben ihre Stichworte ein und finden ihre Informationen, aber sie lesen keine Zeitung mehr. Sie machen sich die Mühe nicht mehr. Was die Qualität angeht, habe ich eine sehr viel skeptischere Meinung. Dass sich Zeitungen durch Qualität durchsetzen, d.h., was gut recherchiert ist, das ist auch Qualität und wird gelesen, da machen viele Leute in Regionalzeitungen ganz andere Erfahrungen. Ich habe viele Jahre lang die großen Seite Drei Geschichten geschrieben und irgendwann wollte mich mein Chefredakteur mal ärgern, und ich musste über „Energie Cottbus“ schreiben.

Jeden Tag eine Kolumne über diese Mannschaft, zusätzlich zu den anderen Geschichten und das acht Wochen lang bis zum Endspiel gegen Stuttgart. Es kann sich ja jeder vorstellen, wie gehaltvoll diese Kolumnen waren, die ich jeden Tag noch kurz vor Feierabend so abdrücken musste, aber ich war auf einmal populär. Die Leute kannten mich auf der Straße, ich wurde angesprochen, die haben gesagt: „Das ist die, die

die Kolumnen schreibt und jetzt liest sogar die Pfarrersfrau den Sportteil.“ Man sollte sich da nicht soviel vormachen, was Leute als Qualität empfinden. Deshalb haben wir in einem Netzwerk vielleicht auch ein wenig die Verantwortung, auch um unserer Selbst Willen, die Leute wieder dahin zu erziehen, dass die ein Angebot von guten Journalisten haben und dass sie es auch unterscheiden können

Hovestädt: Es geht ja um Wirkung von Recherche. Man sollte nicht erwarten, durch viel qualitative Recherche unglaubliche Wirkungen zu erzielen. Das ist die Erfahrung aus dem Fernsehen, dass es nicht wirklich einen Unterschied macht. Genau darum geht es ja in so einem Netzwerk, den Wert von qualitativer Recherche zu erhalten, dafür Ressourcen frei zu räumen, sich zu vernetzen, sich in dem Sinne vielleicht auch amerikanisch pragmatisch untereinander zu verständigen und diese ganzen Hürden abzubauen. Das finde ich auch sehr wichtig: Eine Lobby zu schaffen, die ausdrückt, dass gründliche Recherche etwas sehr wichtiges ist, das man erhalten muss.

Leif: Ich würde gerne noch mal Mr. Reeves das Wort geben. Er ist teilnehmender Beobachter und war für uns sozusagen als Entwicklungshel-

fer eingeflogen worden, weil wir gerne die US-Erfahrungen, obwohl sie sehr anders sind als hier, reflektieren würden. Sie haben sehr lange zugehört. Wie ist Ihr Eindruck von diesem Diskussionsprozess?

Reeves: Wenn Sie das Netzwerk wollen, da wird ein Schlaraffenland draus werden.

It's the land of milk and honey. We have a Kokurrenzprobleme in IRE as well. We have team efforts in stories but more than three fourths of IRE's work is training and software instruction: How to find something on the internet, a phonenummer of an official, very practical day to day help. The most common activity in IRE and it's brother and sister organisation knightheart, the national institute for computer assisted reporting, is the internet list serve IREL and the other list serve knightheart L, these are mailing lists on the internet. I don't know what they are called. I hope you understand. There are probably fiftytwo onehundred messages a day among working reporters that have saved me days of work at a time simply from seeing another reporters experience in handling a story, solving a problem with software. Sometimes educating need to the existence of a story even though the USA is big

enough, as you have said, that local press doesn't compete with each other. Detroit, Kansas City, Denver, L.A., not L.A. but in the rest of the country in the really big cities we don't care in a sense what other city papers report but we do care for purposes of the Pulitzer Prize, the IRE award or other high level awards. To win those you have to come up with something new. I admit that we are so obsessed with winning those awards and I think a lot of daily newspapers are at the same way. I am at the Kansas City Star which has a circulation of around 300.000 in an area of 1.7 Million. So we are a very average market and readership. I don't know how much this answers your question.

Leif: Ich möchte gerne noch einmal unseren Mitsreiter von Greenpeace vor dem Hintergrund seiner Amerika-Erfahrungen fragen: Wenn man die USA sieht, was da läuft – und jetzt unsere Diskussion mit verarbeitet und reflektiert – wo gibt es Gemeinsamkeiten? Wo sind bei uns jetzt noch Blindstellen, wo sind gemeinsame Probleme und worauf sollte man aufpassen. Was ist da Deine Einschätzung?

Redelfs: Ich möchte das jetzt nicht in einem Rundumschlag abhandeln, denn die Unterschiede zwischen Deutschland und den USA haben

wir gestern bereits ausführlich diskutiert. Stattdessen will ich mich auf den Netzwerkaspekt als große Chance beschränken: Ich denke, es ist ganz wichtig, dass überhaupt in so einem Kreis eine Debatte über Recherche als Qualitätssicherungsinstrument stattfindet. Dass hier Journalisten, die sich sonst vielleicht noch nie getroffen haben, Visitenkarten austauschen und auch am Rande des Treffens miteinander geredet haben, daraus entstehen vielleicht später einmal Kooperationen, die man gar nicht großartig strategisch planen kann. Das Schaffen dieser Anlässe ist schon ein Wert an sich. Das ist es auch, was IRE macht. Ich habe mal an einer Konferenz mit verschiedenen parallel stattfindenden Panels in New York teilgenommen, zu der sich fast 1.000 Teilnehmer angemeldet hatten. Das wichtigste dabei waren die informellen Kontakte, die daraus entstanden sind und das Lernen anhand von Rechercheerfahrungen, die Kollegen weitergegeben haben. Manche Dinge, die in den USA über IRE organisiert werden, werden uns wahrscheinlich nicht so stark beschäftigen: Der Bereich Computer Assisted Reporting spielt aus nahe liegenden Gründen wegen der strengeren Datenschutzbestimmungen, der geringeren Informationsmöglichkeiten, die wir in Deutschland haben, ein-

fach keine Rolle. Die Möglichkeit, dass man in den USA Rohdaten der Verwaltung per Diskette bekommt und auswerten kann, fast nach dem Modell der Rasterfahndung, wie wir das aus unseligern Zeiten in Deutschland kennen, ist hier unvorstellbar. Das wird so schnell in Deutschland nicht kommen und ich frage mich auch, ob man das unbedingt wünschen sollte. Besseren Informationszugang schon, aber ich glaube, die Voraussetzungen für Arbeit mit Rohdaten der Verwaltung werden wir so schnell nicht haben. Gleichwohl kann es aber Aufgabe eines solchen Netzwerkes oder Vereins sein, sich z.B. für das Informationsfreiheitsgesetz einzusetzen, das

zur Zeit im Innenministerium vorbereitet wird. Es wundert mich, dass es dazu bisher so wenige Kommentare aus dem Journalismus gibt. Ich denke auch, dass einige praktische US-Ideen zur Qualitätssicherung kopiert werden könnten, wie zum Beispiel diese Korrekturmeldungen in den Zeitungen, mit denen sich die Medien offen dazu bekennen, wenn mal etwas schief gelaufen ist.

Leif: Herr Fröhlingdorf, was ist Ihre Bilanz, auch die aus der Perspektive Ihres alten Jobs? Was könnte es bringen, was sind die drei Essentials, die Sie befürworten würden oder wo Sie auch vielleicht ein Warnschild aufstellen.



Fröhlingsdorf: Ich habe ja vorhin schon gesagt, ich habe mich sehr als Einzelkämpfer gefühlt, insofern ist natürlich eine Verbindung zu anderen Kollegen auf jeden Fall gut. Wenn man weniger in der eigenen Redaktion bekommt, sondern Informationen woanders herholen muss, dann wäre dieses Netzwerk auf jeden Fall eine große Hilfe. Wie weit dann das nachher bei konkreten Geschichten eine Rolle spielt, weiß ich nicht. Die Idee ist auf jeden Fall gut.

Leyendecker: Der Ausbildungsaspekt und die Didaktik sollten eine Lobby für Recherche sein. Infoservice und Urteile sollten heute unbedingt geboten werden. Das „Come together“ ist ein Wert an sich, das kann ich nachvollziehen. Ich glaube, dass aus dem „Come together“ aber auch praktisch etwas werden sollte. Entweder entschließt man sich tatsächlich dazu, irgendwann so eine Art Preis zu schaffen oder man schließt sich zu einer kleinen Journalistenlobby zusammen, die eingreift, wenn es darum geht, Unsitten anzuprangern.

Mascolo: Ich halte es für eine vernünftige Idee, es auszuprobieren. Ich würde allerdings, bevor ein Preis vergeben wird, darüber nachdenken, ob es nicht beispielsweise die Möglichkeit gibt, sich einmal ein gemeinsames Projekt zu suchen. Ich möch-

te noch einmal auf das Jammern über die schlechten Möglichkeiten der Recherche zurückkommen. In den drei Bundesländern, in denen es bereits Informationszugangsgesetze gibt, auf Bundesebene wird ja jetzt auch eins kommen, empfehle ich, sich die Statistiken anzugucken, wie oft Journalisten davon Gebrauch machen. Da stellt man fest, nie. Wenn man sieht, welche Möglichkeiten die Gesetze bieten, ist das enorm.

Ich glaube, die Jammerei darüber, wie es wäre, wenn man den FOIA hätte, ist 20 Jahre alt und jetzt gibt es ihn in einigen Bundesländern schon – und im Bund wird er kommen, in welcher konkreten Ausgestaltung auch immer – doch Journalisten machen keinen Gebrauch davon. Das könnte ein erstes gemeinsames Projekt sein, warum nimmt man sich nicht gemeinsam was vor und überlegt sich ein Themengebiet, an dem dann Kollegen gemeinsam arbeiten. Das ist was, das kann man nebenher machen, da hat man keinen Konkurrenzdruck.

Leif: Dagmar Hovenstädt bitte.

Hovestädt: Ich würde auch das mit der Preisverschieberei durchaus unterstützen. Ich glaube, so sehr es die Amerikaner motiviert, irgendwelche Preise zu Hause ins Regal zu stellen, in Deutschland funktioniert das

nicht so. Gemeinsame Projektideen zu entwickeln finde ich besser. Deine rhetorische Bedenkenträgerei verstehe ich gar nicht, im Grunde genommen kann man doch nichts verlieren. Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Ich finde, das ist einfach ein klarer Startschuss dafür.

Leif: Nur eine kurze Anmerkung zu dem Preis. Gestern erzählte Herr Reeves, dass die Bewerbungen für zum Beispiel einen journalistischen Preis, viel Stoff zusammen bringen. Leute rekonstruieren z.B. ihre Stories und es sind damit so viele Impulse da, so viel gutes Material, dass das eine ganz klare Innovation gegenüber den anderen PR-Preisen und Schwachmaaten-Preisen ist. Eine zweite Sache: Ich kann nur sagen, dass z.B. dieses Sammlungsbuch, das wir über „Leidenschaft Recherche“ gemacht haben, ziemlich viel bewegt und ziemlich viele jüngere Leute motiviert hat. Es wird auch in der Ausbildung genutzt, etwa bei der Bundeszentrale. Aus einem Preis dieser Art könnte man ohne Probleme wieder solch ein Buch generieren, das wird ja auch an anderer Stelle gemacht. Ich glaube, die Rekonstruktion von Geschichten erfüllt zwei Aspekte, die hier immer wieder genannt worden sind. Erstens: Journalisten müssen sich

selbst hinterfragen, es ist gar nicht so leicht, so ein Ding zu schreiben, weil man da nicht mehr rumpfuschen kann, sondern es ist anstrengend und reflektiert die Prozesse. Zweitens: Es ist immer wieder eine wunderbare Anstiftung für andere, die sich so was anschauen können und zeigt auch, dass es nicht irgendeine Spezialität ist. Das nur als Einschränkung.

Letzte Wortmeldung von Hans Leyendecker in der Reflexion auf das, was wir diskutiert haben, was es bringen kann und wie Sie einen Überraschungsscoop für die Zukunft sehen.

Leyendecker: Das meiste ist gesagt worden. Wichtig ist, dass man Leute ermutigt, andere Leute kennen zu lernen und mit denen auch über das zu reden, was sie die meiste Zeit ihres Lebens machen. Das muss dann damit verbunden sein, dass man über die handwerklichen Dinge redet. Es ist ja alles keine Geheimkunst, Recherche ist, das wissen wir alle, ein schlichtes Handwerk. So wie der Fliesenleger Fliesen legt, so recherchiert man. Von daher muss man beobachten, welche Veränderungen es in der Recherche gibt, was man voneinander lernen kann. Wenn man da so ein Netzwerk beieinander hat, ist das schon eine ganze Menge

Zehn-Punkte-Programm des „netzwerks recherche“

1.

Das „netzwerk recherche“ verfolgt das Ziel, die journalistische Recherche in der Medien-Praxis zu stärken, auf ihre Bedeutung aufmerksam zu machen und die intensive Recherche vor allem in der journalistischen Ausbildung zu fördern.

2.

Zu diesem Zweck entwickelt das „netzwerk recherche“ Ausbildungskonzepte für die Recherche-Ausbildung, vermittelt Referenten und berät Institutionen der journalistischen Aus- und Weiterbildung in der Gestaltung und Umsetzung entsprechender Ausbildungskonzepte. Das „netzwerk recherche“ bietet zudem eigene Recherche-Seminare sowie Modellseminare an.

3.

Das „netzwerk recherche“ bietet ein Recherche-Mentoring für jüngere Kolleginnen und Kollegen an, um in einem intensiven Beratungs- und

Austauschprozess über jeweils ein Jahr einen entsprechenden Wissens-Transfer von erfahrenen Rechercheuren zu interessierten Kolleginnen und Kollegen zu organisieren.

4.

Das „netzwerk recherche“ fördert den umfassenden Informationsaustausch zum Thema „Recherche“ und bietet seinen Mitgliedern entsprechende Foren an. Im Internet soll durch entsprechende newsletter die Kommunikation untereinander gefördert werden. Der Austausch über Projekte, konkrete Recherche-Erfahrungen etc., aber auch der Hinweis auf Weiterbildung und entsprechende Serviceangebote soll hier möglich sein.

5.

Das „netzwerk recherche“ beteiligt sich am internationalen Austausch entsprechender Journalisten-Organisationen in Europa und in Übersee.

6.

Das „netzwerk recherche“ vergibt einmal im Jahr einen Preis für eine aussergewöhnliche Recherche-Leistung, die Themen und Konflikte beleuchtet, die in der Öffentlichkeit bislang nicht oder nicht ausreichend wahrgenommen wurden.

7.

Die Mitglieder des Netzwerkes setzen sich dafür ein, dass die Möglichkeiten der Recherche nicht eingeschränkt werden. Das „netzwerk recherche“ äußert sich öffentlich zu Fragen der Recherche und der Bezüge zur journalistischen Qualität, wenn Begrenzungen oder Einschränkungen der Pressefreiheit festgestellt werden.

8.

Das „netzwerk recherche“ arbeitet mit anderen Journalisten-Organisationen und Gewerkschaften zusammen, die im Grundsatz ähnliche Ziele verfolgen und ebenfalls dazu beitragen, den Aspekt der Recherche im Journalismus zu stärken.

9.

Das „netzwerk recherche“ trifft sich einmal im Jahr zu einem Jahrestreffen und erörtert jeweils aktuelle Tendenzen im Umfeld des „Recherche-Journalismus“ und setzt sich hier mit zentralen Themen im Zusammenhang mit der journalistischen Recherche und konkreten Fallbeispielen auseinander. Regionale Untergliederungen ermöglichen den Austausch in bestimmten Regionen.

10.

Das „netzwerk recherche“ ist politisch unabhängig und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke. Der Zusammenschluß der Journalisten hat den Status der Gemeinnützigkeit erhalten und kann somit Spenden einwerben, mit denen die Arbeit finanziert wird.

März 2001

Kontakt:
homepage:
netzwerkrecherche.de &
thomas.leif@faberdesign.de

Start in die Informationsfreiheit nur mit angezogener Handbremse?

Stellungnahme des Netzwerks Recherche zum Referentenentwurf für das Informationsfreiheitsgesetz

Bei der Informationsfreiheit, also dem Recht auf Akteneinsicht für jedermann, hinkt Deutschland bisher hinter anderen europäischen Ländern sowie den USA und Kanada hinterher. Deshalb ist jede Initiative, die auf mehr Transparenz in Politik und Verwaltung abzielt, überfällig und grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings geht der vorliegende Referentenentwurf des Innenministeriums für ein bundesweites Informationsfreiheitsgesetz (IFG) in entscheidenden Punkten nicht weit genug. Dies betrifft sowohl den Umfang des Aktenzugangs, als auch die Regelung von Bearbeitungsfristen und Gebühren. Sofern nicht nachgebessert wird, besteht sogar die Gefahr, dass das Gesetz, das die Akteneinsicht bei Bundesbehörden regelt, hinter schon bestehende Landesgesetze in Brandenburg, Schleswig-Holstein und Berlin zurückfällt.

Damit das bisherige Prinzip der „Amtsverschwiegenheit“ überwun-

den wird, sollte das neue Gesetz möglichst wenige Ausnahmen vom Recht auf Akteneinsicht vorsehen. Im jetzigen Entwurf gibt es jedoch einige Formulierungen, die einen weiten Interpretationsspielraum eröffnen und so zu einer restriktiven Informationspraxis führen können. Zum Beispiel besteht der Anspruch auf Informationszugang dann nicht, wenn der „Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung berührt wird“ oder wenn es sich um Informationen aus einem „laufenden Verwaltungsverfahren“ handelt. Gerade Verwaltungsverfahren, die noch nicht abgeschlossen sind, interessieren die Öffentlichkeit jedoch mehr als „vollendete Tatsachen“. Hier ist eine Formulierung nötig, die eine größere Transparenz auch bei andauernden Verfahren zulässt. Der journalistische Auskunftsanspruch nach den Landespressesetzen darf zum Beispiel bei schwebenden Verfahren nur verweigert werden, wenn die Auskunft die sachgerechte

Durchführung des Verfahrens vereiteln, erschweren, verzögern oder gefährden würde. Der bloße Hinweis auf ein schwebendes Verfahren reicht in dem Falle nicht aus.

In den USA ist ein Hauptkritikpunkt am Freedom of Information Act, dass die Bearbeitung der Anträge zu lange dauert. Deshalb ist es unverständlich, dass der deutsche Gesetzesentwurf gar keine Fristen für die Antragsbearbeitung vorschreibt. Lediglich aus der Verwaltungsgerichtsordnung ergibt sich, dass ein Antragsteller nach drei Monaten wegen Untätigkeit klagen kann. Um eine Service-Orientierung in den Behörden zu fördern, ist es unerlässlich, klare Zeitvorgaben in das Bundesgesetz aufzunehmen, so wie es bei den Landesgesetzen in Schleswig-Holstein („unverzüglich, spätestens aber innerhalb eines Monats“) und in Berlin („unverzüglich“) der Fall ist.

Im Vergleich zum journalistischen Informationsanspruch nach den Landespressegesetzen eröffnet das IFG neue Recherche-Möglichkeiten durch das Recht, Originalakten einzusehen, sich Notizen zu machen oder Akten zu kopieren. Diese neue Transparenz sollte uneingeschränkt gelten und der jetzige Zusatz gestrichen werden, nach dem die Behörde

das Wahlrecht zwischen Auskunft oder Akteneinsicht bei „gewichtigen Gründen“ wieder einschränken kann. Auch in diesem Punkt sind die Landesgesetze weitreichender und eindeutiger als der Bundesentwurf.

In der Begründung zum Referentenentwurf wird zwar ausgeführt, dass die Gebühren für Behördenauskünfte oder Akteneinsicht „nicht prohibitiv wirken“, also nicht abschrecken sollen. Der vorgesehene Höchstsatz von bis zu 1.000 Mark lässt jedoch befürchten, dass genau dieser Fall eintreten wird. Leider zeigen die Erfahrungen mit dem Umweltinformationsgesetz (UIG), dass einige Behörden den zulässigen Gebührenrahmen in der Vergangenheit weitgehend ausgeschöpft haben. Daher sah sich bei diesem Gesetz sogar der Europäische Gerichtshof gezwungen, die abschreckende deutsche Gebührenpraxis zu beanstanden, so dass das UIG geändert werden muss. Um beim IFG die Gefahr zu vermeiden, dass kooperationsunwillige Behörden Antragsteller abschrecken, indem sie den Kostenrahmen ausschöpfen, sollte der Höchstsatz deutlich gesenkt werden. Im übrigen sind zu den Gebühren von bis zu 1.000 Mark die Auslagen hinzuzuzählen, also vor allem die Sachkosten für Kopien. Im Einzelfall können auf diese Weise Sum-

men erreicht werden, die sehr wohl eine „prohibitive Wirkung“ haben.

Die Möglichkeit zur Gebührenbefreiung ist im Referentenwurf sehr vage gehalten und laut Gesetzesbegründung auf den „Einzelfall aus Gründen des öffentlichen Interesses oder der Billigkeit“ beschränkt. Der Freedom of Information Act in den USA, der für die Informationsfreiheits-Gesetzgebung vorbildlich ist und bei dem bereits Erfahrungen aus 35 Jahren Gesetzespraxis vorliegen, sieht dem hingegen einen Gebührenerlass vor, wenn die gewünschten Informationen dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit einen besseren Einblick in die Arbeit der

Regierung erhält und der Antragsteller keine eigenen geschäftlichen Interessen verfolgt. Ferner werden Journalisten sowie Mitarbeiter nicht-kommerzieller wissenschaftlicher Einrichtungen ausdrücklich als Vertreter von Berufsgruppen genannt, bei denen grundsätzlich ermäßigte Gebühren gelten, die u.U. wiederum ganz erlassen werden können. In den deutschen Gesetzentwurf sollte eine ähnliche Regelung zur Gebührenbefreiung aufgenommen werden, damit überhaupt eine realistische Chance besteht, dass der Passus zur Gebührenbefreiung angewandt wird. Eine moderne, transparente Verwaltung darf nicht an Refinanzierungsüberlegungen scheitern,



sondern sollte Anfragen von öffentlichem Interesse als normale „Demokratiekosten“ behandeln.

Während das Berliner Landesgesetz die Behörden verpflichtet, Anträge bei Unzuständigkeit an die richtige Stelle weiterzuleiten, verzichtet der Bundesentwurf auf einen entsprechenden bürgerfreundlichen Passus. In der Gesetzesbegründung wird die Weiterleitung stattdessen als „nobile officium“ bezeichnet, also als „Ehrenpflicht“. Hier ist es geboten, eine verlässliche Regelung zu treffen.

Bei der Überarbeitung des Freedom of Information Act in den USA wurden Bundesbehörden bereits 1996 verpflichtet, Organisations- und Aktenpläne sowie Antworten auf Bürgeranfragen von allgemeinem Interesse auf dem Internet zu veröffentlichen. Diese Form von Transparenz ermöglicht es den Bürgern, eine genauere Vorstellung davon zu erlangen, welche Informationen überhaupt bei welchen Stellen verfügbar

sind und ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass der Zweck des Gesetzes erfüllt werden kann. Der deutsche Gesetzentwurf lässt die positiven Erfahrungen aus den USA unberücksichtigt, denn die Behörden sollen zwar Organisations- und Aktenpläne zugänglich machen. Hierfür genügt jedoch die Reaktion auf einen Antrag – es gibt keine Verpflichtung, sich der kostengünstigen und für alle abrufbaren Publikationsform Internet zu bedienen und bereits ohne ausdrückliche Nachfrage Organisations- und Aktenpläne zu veröffentlichen.

Nachdem Deutschland bei der Informationsfreiheit bisher als Nachzügler gelten muss, bietet sich mit dem geplanten Bundesgesetz eine einmalige Möglichkeit, einen Schritt zur bürgernahen, transparenten Verwaltung zu wagen. Diese Chance darf nicht durch einen zu zögerlichen Gesetzentwurf verspielt werden, der in manchen Punkten hinter bestehende Landesgesetze zurückfällt.

Walter Schumacher

Nachschlag

Ja, Nachschlag hier jetzt heute, meine Damen und Herren, gibt es den Nachschlag vor dem Essen, sonst ist das umgekehrt. Ich habe den Zuschlag bekommen, den fünfte Mainzer Mediendisput komprimiert in 1.30 oder so. Klein aber fein soll es sein, hat in der Begrüßungsrede Klaus Rüter, der Chef der Staatskanzlei, gesagt, klein aber oho, kann es auch sein. Klein, aber nicht kleinlaut, ja ein kleiner Mut sei nötig von Journalisten, sich gegen ein Mysterium zu stellen, habe ich vom ZEIT-Journalisten Uwe Jean Heuser gehört. Mit diesem kleinen Mut und der großen Hilfe prominenter Journalistinnen und Journalisten wollen wir in Mainz Medienthemen diskutieren, nicht in der Nische, nein in einer Jahr für Jahr größer werdenden Öffentlichkeit. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und ich danke Uli Röhm für seine Moderation. Das war der Raum für Beifall, den können wir reinschneiden. Als um 11.08 Uhr schon die zweite Agenturmeldung über diesen Mediendisput gelaufen war, habe ich mich zum er-

sten Mal zurückgelehnt. Das hatten wir ja auch im Sinn, als wir eingeladen haben mit der Schlagzeile Medien zwischen Sinn und Sensation, zwischen Journalismus und Politik, zwischen Anklage und Verteidigung, zwischen Beziehungen und Public Relations, zwischen Podium und Pult, zwischen Reportage und Kommentar, zwischen Öffentlich-Rechtlichen und Privaten, zwischen Zeitungen und Magazinen, zwischen Aktualität und Anekdote, zwischen Grundsätzen und Bonmots, zwischen Fakten und Fiktionen, zwischen Kampfjournalismus und Borderlines, zwischen Moral und Moralin, zwischen Gestern und Morgen, zwischen heute Vormittag und heute Nachmittag. Streit ist Lust, weiß Michel Friedman, und unser Disput will Lust machen, über das zu streiten, was wir Tag für Tag konsumieren, erleben und ersehen, und nicht entbehren wollen, die Medien. Streiten wir „positiv skeptisch“, wie Lucia Braun, die Haltung des Ministerpräsidenten Kurt Beck nannte. Übrigens kann ich es als Regierungs-

sprecher nicht gutheißen, wie gut Sie gefragt, nachgefragt und diskutiert haben.

Das war ein neuer Aspekt, und das sogar für mich im Umfeld. Und ein Dementi dann auch noch, auf eine zwispältige einspaltige Nachricht eines Meinungsmagazins. Wir haben in Rheinland Pfalz übrigens auch eine kompliziertere Nachfolge zu regeln, als die des ZDF-Intendanten, der Bischof von Trier ist zurückgetreten. In freier Assoziation fiel mir jetzt auch noch ein, dass das ZDF unlängst vom Politiker und Journalisten Günther Gaus als Ministrantenfernsehen bezeichnet wurde. Das passt. Der

nächste Mainzer Mediendisput, der sechste, wird im Herbst 2001 sein. Sie sind eingeladen, und nun ins Foyer zu Wein aus Rheinland-Pfalz. Hans Leyendecker hat heute morgen ja erzählt, wie in Berlin Journalisten Beamte füttern, in Mainz machen wir auch das anders, und ein letzter Nachschlag: In Amsterdam auf einem Medienkongress wurde zuletzt die Devise ausgegeben, schere Dich nicht ums Publikum, sei einfach Medium. Ein Motto fürs nächste Jahr, diesmal war es der Spruch, im Seichten kann man nicht ertrinken, aber ich hoffe, Sie haben den Eindruck, ich kann durchaus ein Wässerchen trüben.

ReferentInnen und ModeratorInnen des 5. Mainer Medien-Disputs

Kurt Beck
Ministerpräsident

Luzia Braun
ZDF aspekte

Nikolaus Brender
ZDF Chefredakteur

Matthias Brodowy
Kabarettist

Dr. Michel Friedman
HR – Vorsicht Friedman!

Bettina Gaus
die tageszeitung - taz

Conny Hermann
ZDF Mona Lisa

Dr. Uwe Jens Heuser
Die Zeit

Prof. Dr. Walter Hömberg
Katholische Universität Eichstätt

Michael Jungblut
ZDF WISO

Ulrich Kienzle
ZDF Frontal

Hans-Helmut Kohl

Chefredakteur - Frankfurter Rundschau

Thomas Kröter

Frankfurter Rundschau

Hans Leyendecker

Süddeutsche Zeitung

Jochen Markett

Volontär

Prof. Dr. Miriam Meckel

Universität Münster

Dr. Christoph O. Meyer

Journalist

Conny Neumann

Der Spiegel

Uli Röhm

ZDF-WISO

Klaus Rüter

Staatskanzlei

Walter Schumacher

Staatskanzlei

Prof. Dr. Helmut Thoma

Medienberater

Klaus Wirtgen

Journalist

Projektgruppe des 5. Mainzer Medien- Disput am 9.11.2000

Dr. Volker Bahl

DGB Rheinland-Pfalz

Iris Bauer

Staatskanzlei

Dr. Thomas Leif

SWR

Rolf Mantowski

FES

Uli Röhm

ZDF-WISO

Bertold Runge

SWR

Walter Schuhmacher

Staatskanzlei

Mitarbeiterinnen

Kathrin Krämer

FES

Diana Unkelhäußer

FES

New Journalism – vom Kulturgut zum Wirtschaftsgut

**Mainzer Medien-Disput 2001
am Dienstag, 27. November 2001 in Mainz
– Programmentwurf –**

- 10.00 Begrüssung und Einführung durch Klaus Rüter,
Chef der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
- 10.15 Peter Merseburger (Publizist, Ex-Panorama-Chef) – angefragt
Medien-Wandel und Demokratie-Entwicklung
- 11.00 Auftakt:
Prof. Dr. Volker Wolff, Journalistisches Seminar Mainz
Wirtschaftsjournalismus zwischen Kunden, Kohle und Kumpanei
anschl. Diskussion
Adolf Theobald (Gründer Capital) – angefragt
Jens Eckhardt (Leiter der Georg von Holtzbrinck-Schule für Wirtschaftsjournalismus) – angefragt
Wolfgang Kaden (Chefredakteur Manager Magazin)
Dr. Rainer Hank (FAZ-Sonntagszeitung)
Ursula Weidenfeld (Der Tagesspiegel)
Moderation: Prof. Dr. Stephan Rusz-Mohl (FU Berlin)
- 12.30 Mittagspause / Buffet
- 14.00 *Medienpolitik – am Publikum vorbei?*
Über die Herausforderungen in der Mediendemokratie
Auftakt: Kurt Beck, Ministerpräsident Rheinland-Pfalz
Anschl. Diskussion
Michael Jürgs (Journalist, Hamburg)
Prof. Thomas Schadt (Film-Autor, Berlin)

Manfred Helmes (Direktor der Landeszentrale für privaten Rundfunk Rheinland-Pfalz)
Pascal Krian (Arthur D. Little)
Moderation: Arno Luik (Stern, Autor)

15.30 *Online-Journalismus zwischen traffic und content*

Auftakt: Prof. Hans J. Kleinsteuber (Institut für politische Wissenschaft und Journalistik Hamburg) – angefragt

anschl. Diskussion

Kirsten Haake (Financial Times Deutschland, Online Chefredakteurin)

Philipp J. Fleischmann (Verlagsgruppe Handelsblatt)

Matthias Müller von Blumencron (Spiegel-Online, Chefredakteur)

Kai Stepp (Focus-Money, Chefredakteur) – angefragt

Moderation: Hans-Jürgen Jakobs (Süddeutsche Zeitung, Leiter der Medienredaktion)

17.00 Kaffee

17.15 *Ethik war gestern ...*

Über journalistische Werte gestern und heute

Michael H. Spreng (Medien- und Kommunikationsberater, Hamburg)

Ilka Brecht (Redakteurin, Panorama – NDR)

Klaus Harpprecht (Die Zeit)

Benjamin v. Stuckart-Barre (Autor, Hamburg)

Christina Läscher (Bertelsmann-Stiftung)

Herlinde Kölbl (Photographin/Filmautorin, München) – angefragt

Wolfgang Menge (Regisseur, Berlin) – angefragt

Moderation: Maybritt Illner (Moderatorin Berlin Mitte) – angefragt

18.30 Empfang der Landesregierung Rheinland-Pfalz

Ansprache: Klaus Rüter (Chef der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz)

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit
der Projektgruppe „Mainzer Medien-Disput“:

Stephan Engelfried (verdi), Christina Glietsch, Dr. Thomas Leif (SWR),
Klaus Lotz (Staatskanzlei), Rolf Mantowski (Friedrich-Ebert-Stiftung),
Uli Röhm (ZDF), Bertold Runge (SWR)

Redaktion: Dr. Thomas Leif, Bertold Runge, Ingmar Cario

Fotos: Diana Unkelhäußer

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden

Titel: Stefan Wolf, nina faber design, Wiesbaden

Gesamtherstellung: mops, Mainz

ISBN 3-89892-014-3